

**Die Taiwan-Frage im Kontext der US-Strategie für Ostasien-Pazifik
nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes(1990-2000)**

Dissertation

Zur Erlangung des akademischen Grades

**doctor philosophiae
(Dr. phil.)**

eingereicht an

der Philosophischen Fakultät III
der Humboldt- Universität zu Berlin

von Yuh-Feng Lee

Präsident der Humboldt-Universität zu Berlin
Prof. Dr. Jürgen Mlynek

Dekanin der Philosophischen Fakultät III
Prof. Dr. Ingeborg Baldauf

Tag der mündlichen Prüfung: 11. 12. 2003

Gutachter: 1. Michael Kreile
 2. Eberhard Sandschneider

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung.....	4
1.1. Relevanz des Themas	4
1.2. Die Taiwan-Frage im Überblick	8
1.2.1. Die historischen Wurzeln des ungelösten Dilemmas	9
1.2.2. Wechselnde Machtkonfigurationen und die Strukturen der internationalen Politik in der Ostasien-Pazifik-Region.....	14
1.3. Der Forschungsstand	17
1.4. Die analytische Perspektive, Zielsetzung, Fragestellung und Methodik der Untersuchung	24
1.5. Großtheorien internationaler Politik und ihre Relevanz für die Strategie der USA im ostasiatisch-pazifischen Raum.....	27
1.5.1. Der Neorealismus und neorealistische Strategieansätze der USA.....	30
1.5.2. Der Neoliberalismus und neoliberale Strategieansätze der USA	36
2. Die Entstehung und Entwicklung der Taiwan-Frage.....	41
2.1. Historischer Überblick bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges.....	41
2.1.1. Taiwan von der Frühzeit bis 1895.....	41
2.1.2. Von einer japanischen Kolonie zur Provinz der Republik China	45
2.2. Die Taiwan-Frage im Zeitalter des Kalten Krieges.....	49
2.2.1. Die Wende in der amerikanischen Politik: Von der Aufgabe der Republik China zur Verteidigung Taiwans.....	49
2.2.2. Taiwan als antikommunistisches Verteidigungsbollwerk der Eindämmung in Ostasien	60
2.3. Die neue globalstrategische Konstellation des Kalten Krieges und ihre Implikationen für die Entwicklung der Taiwan-Frage.....	66
2.4. Die Taiwan-Frage nach dem Ende des Ost-West-Konflikts.....	77
2.4.1. Taiwans wirtschaftliches Wachstum, die Demokratisierung und die potentielle Herausforderung des „Einen Chinas“	78

2.4.2.	Die Taiwankrise 1995-96	82
2.4.3.	Die internationale Wirkung der Taiwankrise 1995-96 und Reaktionen darauf...	87
3.	Die US-Strategie für den ostasiatisch-pazifischen Raum in den neunziger Jahren.....	90
3.1.	Ein Überblick über die internationalen Rahmenbedingungen nach dem Ende des Ost-West-Konflikts.....	90
3.2.	Die „Grand Strategy“ der USA nach dem Ende des Ost-West-Konflikts	95
3.2.1.	Die Suche nach einer “Grand Strategy”	96
3.2.2.	Bushs Konzept der „Neuen Weltordnung“	99
3.2.3.	Clintons “American Leadership”	101
3.3.	Die US-Strategie für den ostasiatisch-pazifischen Raum nach dem Ende des Ost-West-Konflikts.....	106
3.3.1.	Die Veränderungen des strategischen Milieus nach dem Ende des Ost-West-Konflikts in der ostasiatisch-pazifischen Region	106
3.3.2.	Die Herausforderungen für die ostasiatisch-pazifische Region durch den Aufstieg Chinas	111
3.3.3.	Die US-Strategie für den ostasiatisch-pazifischen Raum: eine „Pazifische Gemeinschaft“ unter amerikanischer Führung	119
3.3.3.1	„Security“ - Die Militärstrategie.....	124
3.3.3.2	„Prosperity“ - Die ökonomische Strategie.....	131
3.3.3.3	“Freedom“- Die politisch-ideologische Strategie.....	135
4.	Die Taiwan-Frage in den strategischen Beziehungen zwischen China und den USA nach dem Ende des Ost-West-Konflikts	140
4.1.	Die strategische Beziehung zwischen China und den USA.....	140
4.1.1.	Die chinesische Beurteilung der US-Strategie.....	140
4.1.2.	Chinas Strategie und Antwort auf den Primat der USA	145
4.1.3.	Die USA und China: zwei strategische Konkurrenten	152
4.2.	Die Taiwanpolitik der USA.....	160
4.2.1.	Die Haltung der USA in der Taiwan-Frage: Die „strategische Ambiguität“ in	

den siebziger und achtziger Jahren	160
4.2.2. Von der „strategischen Ambiguität“ zu „strategischer Klarheit“	166
4.3. Die politischen Beziehungen zwischen Taipeh und Beijing in den neunziger Jahren	173
4.3.1. Taipehs China-Politik	173
4.3.2. Beijings Taiwan-Politik	179
4.4. Die strategische Interaktion im „Taiwan-Straße Dreieck“	187
4.4.1. Das Konzept des „strategischen Dreiecks“	187
4.4.2. Die strategische Interaktion im „Taiwan-Straße Dreieck“ und der strategische Stellenwert Taiwans	192
4.5. Die optimale strategische Option und Politik Taiwans	207
5. Schlussfolgerung	215

1. Einleitung

1.1. Relevanz des Themas

Die Taiwan-Frage war ein Dauerproblem der internationalen Politik im Zeitalter des Kalten Krieges. Auch nach dem Ende des Ost-West-Konflikts ist die Taiwan-Frage immer noch ein gefährlicher Konfliktherd in Ostasien und das schwierigste Problem in den Beziehungen zwischen China und den USA. Im März 1996 verschärfte sich die Krise in der Taiwan-Straße zu einem regelrechten Dilemma für die strategische Beziehung der USA zu China. Dadurch drohte ein militärischer Konflikt, welcher die gesamte strategische Lage im ostasiatisch-pazifischen Raum radikal verändern könnte. Die Taiwan-Frage ist deshalb ein ausgesprochen wichtiges Thema in der US-Strategie für Ostasien-Pazifik nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes.

Der schnelle Zusammenbruch des Kommunismus in Osteuropa, die Wiedervereinigung Deutschlands und der Kollaps der Sowjetunion Ende der 80er Jahre bewirkten eine umfassende Veränderung des gesamten internationalen Systems. Die USA sind nach dem Ende des Ost-West-Konflikts die einzige verbliebene Supermacht. In Ostasien änderten die Abnahme des russischen Einflusses und der dramatische Aufstieg Chinas zur regionalen Macht die Großmächtekonstellation und die Konfiguration der strategischen Lage, besonders die strategischen Beziehungen zwischen China und den USA. Die strategische Bedeutung Chinas für die USA hatte nachgelassen, ebenso wie umgekehrt die USA für China nicht mehr als Rückendeckung gegen die militärische Bedrohung durch seinen nördlichen Nachbarn benötigt wurden. Vielmehr entwickelte sich das aufstrebende China mehr und mehr zu einem Unsicherheitsfaktor für die Stabilität im Westpazifik. Dies wird für die amerikanische Position in Ostasien nicht folgenlos bleiben.¹ Das heißt, wegen der geopolitischen Lage sowie der unterschiedlichen strategischen Interessen existiert eine natürliche Führungskonkurrenz Chinas und der USA in Ostasien. Die Behandlung Chinas ist natürlich der Mittelpunkt der US-Strategie für Ostasien-Pazifik nach dem Ende des Ost-West-Konflikts. Deshalb dominierten in der ersten Hälfte der 90er Jahre Debatten wie „Konfrontation oder Koopera-

¹ Vgl. Brzezinski, Zbigniew: The Grand Chessboard. American Primacy and its Geostrategic Imperatives, New York 1997, S. 44.

tion?“, „Einbindung oder Eindämmung?“ sowie Spekulationen über den „Kommenden Konflikt“² oder einen „Zusammenstoß der Zivilisationen“³ die Zukunftsvisionen der amerikanisch-chinesischen Beziehungen.

Es ist die größte Herausforderung für die USA, eine stabile Beziehung mit der aufsteigenden Großmacht in Ostasien, China, zu etablieren. Unter den vielen Problemen ist die Taiwan-Frage immer noch das schwierigste in den Beziehungen zwischen China und den USA. Nach der Annäherung zwischen den USA und China in den 70er Jahren wurde das Bild des strategischen Dreiecks Washington-Moskau-Beijing hinreichend angewendet, um die globalen Machtverhältnisse während des Kalten Krieges zu erklären. In dieses große Dreieck integriert war ein kleineres mit den Eckpunkten Washington-Taipeh-Beijing. Während die große Dreiecksbeziehung nach der Auflösung der Sowjetunion an Bedeutung verloren hat, scheinen die letztgenannten trilateralen Beziehungen in den 90er Jahren eher an Bedeutung zu gewinnen. China wurde in Washington als das einzige Land gesehen, das die US-Dominanz in der Asien-Pazifik Region herausfordern konnte. In diesem Kontext wurde Taiwan wieder Teil der strategischen Gleichung der chinesisch-amerikanischen Beziehungen.⁴

Taiwan besitzt eindrucksvolle militärische Fähigkeiten, eine starke technisch-industrielle Basis und befindet sich in einer ausgezeichneten wirtschaftlichen Lage. Es steht im Schnittpunkt der strategischen und ökonomischen Interessen Japans, Chinas und der USA. Zusätzlich ist Taiwan demokratisiert und kapitalistisch. Damit präsentiert es sich als Alternative zur VR China. Folglich spielt ein mehr oder weniger unabhängiges Taiwan eine Rolle in dem Teil der US-Strategie, der auf China und die Ausbalancierung des chinesischen Aufstiegs zielt. Die USA wollen die dominierende Macht in Ostasien-Pazifik bleiben, die Machtbalance in der Region aufrechterhalten und die Hegemonie eines Landes verhindern. Sollte Beijing sich in das bestehende regionale und globale politisch-ökonomische System nicht integrieren, sondern den

2 Vgl. Bernstein, Richard/ Munro, Ross H.: The coming conflict with China, New York 1997, S.186ff.

3 Vgl. Huntington, Samuel P.: Kampf der Kulturen (The Clash of Civilizations). Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert, München/Wien 1996. Huntington entwirft ab S.515ff. ein Szenario für eine kriegerische Auseinandersetzung zwischen China und den USA im Jahr 2010.

4 Eine der besten Untersuchungen der chinesisch-amerikanischen Beziehungen und der Rolle, die darin Taiwan spielt ist Tyler, Patrick: A Great Wall: Six Presidents and China, New York 1999.

Status quo der Sicherheitsarchitektur in Ostasien-Pazifik herausfordern, müsste Washington unweigerlich in der Taiwan-Frage eingreifen. Daher ist die Zukunft Taiwans für die USA das wichtigste und zugleich konfliktrträchtigste bilaterale Thema im Verhältnis zu Beijing.

Aus der Perspektive Beijings stellt sich die Taiwan-Frage freilich vollkommen anders dar. Die Kommunisten gewannen den Bürgerkrieg 1949 auch mit dem Versprechen, das durch ausländische Mächte und Kriege fast hundert Jahre lang gedemütigte und zerrissene Land zu einen. Taiwan symbolisiert für Beijing deshalb ein nationales Trauma: ein geteiltes China, während Tibet (1951), Hongkong (1997) und Macao (1999) mit gewaltsamen oder friedlichen Mitteln in das Reich der Mitte zurückgeholt werden konnten. Im März 1996 schien eine Wiedereingliederung sich abzuzeichnen, als China in der Straße von Taiwan groß angelegte Manöver abhielt und Raketen mit scharfer Munition testete, um die ersten freien Präsidentschaftswahlen in Taiwan zu stören. Das Motiv für dieses Vorgehen der chinesischen Führung war die Befürchtung, Taiwan könnte sich offiziell für unabhängig erklären. Die USA reagierten in unerwarteter Deutlichkeit und entsandten zwei Flugzeugträgergruppen in die benachbarten Gewässer. Das war seit dem Vietnamkrieg die stärkste Konzentration amerikanischer Militärmacht in der Region. Aus der Sicht von Chinas oberster Führung besteht das strategische Ziel der USA darin, ihre Hegemonie auf die ganze Welt auszudehnen, da sie nicht hinnehmen wollen, dass in Europa oder Asien eine Großmacht entsteht, die ihre Führungsposition bedrohen könnte. Somit werden die USA die Wiedervereinigung Chinas möglichst zu verhindern suchen.⁵

China ist unstreitig bereits eine bedeutende regionale Macht und strebt wahrscheinlich nach höheren Zielen. Man darf nicht vergessen, daß China nie in eine endgültige Abtrennung Taiwans eingewilligt hat. Für die chinesische Führung in Beijing ist die Wiedervereinigung mit Taiwan höchstes Staatsinteresse. Dafür mit allen möglichen Mitteln zu kämpfen, muss China vorbereitet werden. Der Aufstieg Chinas wird die Tai-

⁵ Vgl. Song, Yimin: „A Discussion of the Division and Grouping of Forces in the World After the End of the Cold War“, in: *International Studies* (China Institute of International Studies, Beijing), 6 (1996) 8, S. 10.

wan-Frage in Zukunft unumgänglich wieder aufwerfen und könnte irgendwann einmal eine direkte Konfrontation zwischen China und den USA heraufbeschwören.⁶

Diese einführenden Gedanken sollten die Aktualität und Relevanz des Themas verdeutlichen. Auf der einen Seite wird selbstverständlich die US-Strategie für Ostasien-Pazifik den entscheidenden Einfluss auf die Zukunft Taiwans ausüben. Auf der anderen Seite ist die Taiwan-Frage für die USA ein vitales Thema in ihrer Strategie für Ostasien-Pazifik und hat profunde strategische Implikationen für die Region nach dem Ende des Ost-West-Konflikts. Wenn sie nicht klug gehandhabt werden, könnten große Gefahren für Stabilität und Frieden im gesamten ostasiatisch-pazifischen Raum drohen. Auch aufgrund ihrer Kompliziertheit und Empfindlichkeit hat die Lösung der Taiwan-Frage große Auswirkungen auf die globale Wirtschaft und Sicherheit.

⁶ Vgl. Brzezinski, Zbigniew: The Grand Chessboard. American Primacy and its Geostrategic Imperatives, New York 1997, S. 188.

1.2. Die Taiwan-Frage im Überblick

Der Kern der Taiwan-Frage nach dem Ende des Ost-West-Konflikts kann folgenderweise zusammengefaßt werden: Die Führung der Volksrepublik China verfolgt unabwandelbar zwei Ziele: kurzfristig die Anerkennung der staatlichen Unabhängigkeit Taiwans zu verhindern, wobei sie Gewalt als Mittel zur Durchsetzung ihrer Interessen nicht ausschließt, und langfristig die friedliche Wiedervereinigung Taiwans mit dem Mutterland anzustreben, ohne jedoch auch hier gewaltsame Optionen auszuschließen. Trotz der Tatsache, dass die Mehrheit der Weltgemeinschaft Beijings Anspruch anerkannte, dass es nur „ein China“ (die Volksrepublik China) gebe, wovon Taiwan nur einen Teil bilde, genoss das taiwanische Regime seit dem Rückzug der Nationalchinesischen Partei (Kuomintang) auf die Insel infolge des Sieges der Kommunisten im Chinesischen Bürgerkrieg de facto Autonomie. Taipeh hatte nicht nur darin Erfolg, inoffizielle, in Wirklichkeit jedoch quasi-offizielle Beziehungen zu den meisten Staaten aufzunehmen. Vielmehr trieb die taiwanische Führung in den letzten Jahren energisch eine Kampagne zu Aufwertung des internationalen Status⁷ des Landes voran, indem internationale Beziehungen zunehmend offiziell gestaltet und die Repräsentation in internationalen Körperschaften ausgeweitet wurden. Beijing betrachtete diese Bestrebungen als direkte Kampfansagen an die Doktrin vom „einen China“, welche die Unabhängigkeit Taiwans zum Ziel hätten.⁷

Die Taiwankrise 1995-96 verschärfte die Gefahr eines militärischen Zusammenstoßes in der Straße von Taiwan in einem Maße, wie man es seit den fünfziger Jahren nicht mehr erlebt hatte. Die Ursachen dieses Konflikts reichen jedoch weit in die Vergangenheit. Das schon seit langem der Zukunft Taiwans im Wege stehende Dilemma harret immer noch seiner Lösung. Um die von der ungeklärten Taiwan-Frage aufgeworfenen Probleme verstehen zu können, ist es notwendig, das historische Erbe, die wechselnden internationalen Kräfteverhältnisse und zu Grunde liegenden strategischen Strukturen darzustellen und zu analysieren.

⁷ Vgl. Barnett, A. Doak: „Dangerous Dilemmas. The Unresolved Problem of Taiwan's Future“, in: *American Foreign Policy Interests*, 18 (1996) 4, S. 5-20, hier S. 9.

1.2.1. Die historischen Wurzeln des ungelösten Dilemmas

Nachdem die chinesischen Kommunisten die Nationalchinesische Partei (Kuomintang, KMT) auf dem Festland besiegt und 1949 ihre Herrschaft errichtet hatten, genoss die Rückgewinnung der Insel Taiwan höchste Priorität. Beijings neue Führer betrachteten dies als absolut notwendige Voraussetzung, um den Bürgerkrieg beenden und die Wiedervereinigung Chinas abschließen zu können. Im Jahre 1950 bereiteten sie eine Invasion auf Taiwan vor. Nachdem die amerikanische Regierung im Januar 1950 öffentlich erklärt hatte, dass die Vereinigten Staaten im Falle einer kommunistischen Machtübernahme in Taiwan nicht zu intervenieren gedächten, wurde allgemein angenommen, dass die kommunistischen Streitkräfte die Insel innerhalb weniger Monate einnehmen würden.

Der Mitte 1950 erfolgte nordkoreanische Angriff auf Südkorea gab den USA nicht nur zur aktiven Verteidigung Südkoreas, sondern auch zu einer Neubeurteilung ihrer politischen Haltung in der Taiwanfrage Anlass. Kurz nach Beginn des Krieges in Korea und noch bevor die VR China Truppen zur Unterstützung Nordkoreas entsandt hatte, erklärte Washington, dass die Siebente Flotte die Straße von Taiwan „neutralisieren“ werde, um die Nationalisten vor einer Invasion zu schützen. Ebenso gaben die USA bekannt, dass in ihren Augen der Status Taiwans noch nicht entschieden sei.⁸ Vom Standpunkt Beijings aus verhinderten diese Maßnahmen der Vereinigten Staaten den Abschluss des revolutionären Bürgerkrieges und der Einheit Chinas.

Die Konfrontation amerikanischer und chinesischer Streitkräfte im Koreakrieg sowie die Protektion Taiwans durch die USA waren die fundamentalen Ursachen des nach dem Waffenstillstand in Korea lange (beinahe zwei Jahrzehnte) überdauernden Konflikts zwischen den USA und der VR China. China verstand die „Befreiung“ Taiwans weiterhin als grundlegendes Ziel höchsten Ranges. Die Vereinigten Staaten hörten nicht auf, die Republik China auf Taiwan als rechtmäßige Regierung Chinas anzusehen und entscheidende militärische und ökonomische Hilfen zur Stärkung des natio-

⁸ Am 27. Juni 1950 erklärte Präsident Truman zur Entsendung der Siebenten U.S.-Flotte in die Straße von Taiwan: „The determination of the future status of Formosa must await the restoration of security in the Pacific, a peaceful settlement with Japan or consideration by the United Nations“. Vgl. Chiu, Hungdah: China and the Question of Taiwan. Documents and Analysis, New York 1973, S. 228.

nalchinesischen Regimes zu gewähren. Im Jahre 1954 unterzeichneten sie einen gegenseitigen Beistandspakt mit Taiwan.⁹

Beijing, über diese Entwicklungen brüskiert und verärgert, übte in der Hoffnung, die Nationalisten zu demoralisieren und Washington dazu zu bewegen, sich von seinem Engagement in Taiwan zurückzuziehen, zweimal, 1954-1955 und wiederum 1958, starken militärischen Druck auf die kleine, von dem nationalchinesischen Regime gehaltene Insel vor der Küste Chinas aus. Mit keiner der beiden Kampagnen wurden diese Ziele erreicht. Mitte der fünfziger Jahre nahmen China und die Vereinigten Staaten, trotz offiziell nicht bestehender diplomatischer Beziehungen, informelle Gespräche auf Botschafterebene auf, die für anderthalb Jahrzehnte fortgeführt wurden. Obwohl diese Gespräche einen Kommunikationsweg eröffneten, der zur Vermeidung von durch Fehleinschätzungen verursachten Konflikten genutzt wurde, führten sie zu keinem signifikanten Fortschritt in Richtung einer Normalisierung der politischen Beziehungen. Taiwan stand während des langwierigen Verhandlungsprozesses immer im Mittelpunkt. Die USA zur Beendigung ihres Engagements in Taiwan zu bewegen, war eines der chinesischen Hauptanliegen und aus Beijings Sicht Voraussetzung einer Normalisierung der chinesisch-amerikanischen Beziehungen. Kernanliegen der Vereinigten Staaten war es, daß Beijing den Gewaltverzicht gegenüber Taiwan erklärte, was von dort allerdings mit der Begründung, dadurch würde der Souveränitätsanspruch über Taiwan untergraben, abgelehnt wurde.¹⁰

Erst in den frühen siebziger Jahren verstanden sich die chinesische (vertreten durch Mao Zedong und Zhou Enlai) und die amerikanische Regierung (vertreten durch Richard Nixon und Henry Kissinger) darauf, dass ihr gemeinsames Interesse, ein weltpolitisches Übergewicht der Sowjetunion zu verhindern, es erforderlich machte, die Taiwanfrage als das Kernproblem, das die Aufnahme ordentlicher Beziehungen verhindert hatte, zumindest vorübergehend beiseite zu legen. Beide Parteien erkannten Kompromisse als notwendig an, die in drei aufeinander folgenden Gemeinsamen Communiqués (1972, 1978 und 1982) niedergelegt wurden und noch heute den Rahmen der chinesisch-amerikanischen Beziehungen bilden. Aber auch in diesen Übereinkünften

⁹ Vgl. Stolper, Thomas E.: China, Taiwan, and the Offshore Islands, Armonk 1985, S.23ff.

¹⁰ Vgl. Barnett, A. Doak, a.a.O., S.10.

bestand Beijing darauf, offizielle diplomatische Beziehungen zu den USA erst dann aufzunehmen, wenn diese prinzipiell die Doktrin vom „einen China“ anerkannt, ihre gegenseitigen Verteidigungsabkommen mit Taiwan gelöst, ihre Streitkräfte von der Insel abgezogen, ihre diplomatischen Verbindungen nach Taipeh abgebrochen und auf Beijing übertragen hätten und zukünftige Beziehungen zu Taiwan nur noch auf einer informellen Basis unterhielten.¹¹

Seit Ende der siebziger Jahre, als Deng Xiaoping China auf den Weg verstärkter innerer Wirtschaftsreformen und eines intensiveren Engagements in der internationalen Gemeinschaft führte, hat sich Beijing bei zahlreichen Gelegenheiten in seinem politischen Kurs Taiwan gegenüber - innerhalb bestimmter Grenzen – als flexibel erwiesen. Nach dem Wechsel von einer Politik der gewaltsamen „Befreiung“ zu einer der „friedlichen Vereinigung“ begann China in den frühen achtziger Jahren wechselseitige Kontakte, den gegenseitigen Austausch, Reisen, Handel, Investitionen und den Dialog zu fördern. Obwohl Taipeh anfangs zurückhaltend reagierte, erlaubte die taiwanische Regierung seit der zweiten Hälfte der achtziger Jahre ein rapides Wachstum des ökonomischen Austausches mit dem Festland, einschließlich intensiven Handels und erheblicher Investitionen in China (jedoch ausschließlich auf indirektem Wege, hauptsächlich über Hongkong). Mitte der neunziger Jahre zeichnete sich aufgrund Chinas enorm schnellen und weltweit unerreichten Wirtschaftswachstums und der engen und nachhaltigen Einbindung der Ökonomien Taiwans und Hongkongs in diese Entwicklung die Herausbildung eines „Chinesischen Wirtschaftsraumes“ ab. Damit war die Entstehung neuer und sehr vorteilhafter ökonomischer Interdependenz verbunden, wodurch sich die Region zu einem der dynamischsten Zentren des weltwirtschaftlichen Wachstums entwickelte.¹²

11 Im Shanghaier Kommuniqué vom 27. Februar 1972 erkannten die USA den Anspruch aller Chinesen auf staatliche Einheit an. Sie bekräftigten überdies ihr Interesse an einer friedlichen Beilegung der Taiwan-Frage. Bis zum 01. Januar 1979 erhielten die Vereinigten Staaten ihre diplomatischen Beziehungen und den Sicherheitsvertrag mit Taipeh aufrecht. In einem zweiten Gemeinsamen Kommuniqué vom 15. Dezember 1978 erklärten sie, ab dem 01. Januar 1979 die Regierung der VR China innerhalb des vorgezeichneten politischen Rahmens als einzig rechtmäßige Regierung Chinas anzuerkennen. Siehe die Beide Kommuniqués in: Chiu, Hungdah (Hrsg.), *China and The Taiwan Issue*, New York 1979, S. 246-249 & S.255.

12 Vgl. Barnett, A. Doak, a.a.O., S. 10.

Beijing hegte ganz offensichtlich die Hoffnung, dass stärkere Wirtschaftsbeziehungen zu politischer Annäherung führen würden. In den achtziger Jahren hatte Deng Xiaoping die neue Doktrin einer politischen Wiedervereinigung sowohl Hongkongs als auch Taiwans mit dem Mutterland vorgestellt. „Ein Land, zwei Systeme.“ - damit versprach China, dass Hongkong und Taiwan ihre bestehenden ökonomischen und sozialen Systeme über fünfzig Jahre nach der Wiedervereinigung beibehalten und einen hohen Grad von Autonomie genießen könnten. Im Falle Hongkongs wurde diese Formel die Grundlage langwieriger und schwieriger Verhandlungen zwischen London und Beijing, die in die Verabschiedung eines Grundgesetzes mündeten, auf dessen Basis die Regierung in Hongkong nach der Wiedervereinigung arbeiten sollte. Beijing sicherte Taiwan für den Fall der Wiedervereinigung eine noch weitergehende Autonomie als Hongkong zu, u. a. die Beibehaltung eigener Streitkräfte. Die taiwanischen Regierungskreise brachten der Formel „Ein Land, zwei Systeme“ jedoch nur geringes Interesse entgegen und sahen keine Notwendigkeit, diese mit Beijing zu erörtern.¹³

Im Juni 1995 zwang der US-Kongress die Clinton-Administration dazu, Taiwans Präsident Lee Teng-Hui einen inoffiziellen Besuch der Cornell-Universität zu gestatten. China zeigte sich brüskiert, deutete dies doch auf eine Unterstützung der taiwanischen Unabhängigkeitsbestrebungen durch die USA hin. Die chinesische Führung befürchtete, ähnliche „inoffizielle Besuche“ in Japan oder anderen Ländern könnten sich anschließen. Sie argumentierte, China habe seine Positionen gegenüber den USA mit Nachdruck zu vertreten, da es sonst weiterhin auf „respektlose und beschämende Art und Weise“ behandelt und Taiwans Unabhängigkeitsbestrebungen bestärkt würden. Beijing verfolgte nun gegenüber Taiwan eine Offensivstrategie, die Schmähkampagnen in den Medien mit militärischen Einschüchterungsversuchen verband. Im Juli und August 1995 ließ die Regierung der VR China in Nähe der taiwanischen Nordküste zwei von einer intensiven Medienkampagne begleitete Raketentests durchführen. Während im März 1996 in Taiwan erstmals in seiner Geschichte direkte Präsidentschaftswahlen stattfanden, begann Beijing eine Reihe militärischer Manöver in der Straße von Taiwan. Dabei fand ein Raketentest statt, dessen Zielgebiet nur 30-40 Meilen von den beiden größten Häfen Taiwans, Keelung und Kaohsiung, entfernt lag. Ih-

13 Vgl. Barnett, A. Doak, a.a.O., S. 10f.

ren Höhepunkt erreichten die Spannungen, als die USA zwei Flugzeugträger – die USS Independence und die USS Nimitz – samt Begleitschiffen entsandten, um die internationalen Gewässer in der Straße von Taiwan und Beijings Raketentests zu überwachen. Dies war die größte Machtdemonstration der Vereinigten Staaten gegenüber China seit der Krise in den fünfziger Jahren.¹⁴

Am 09. Juli 1999 betonte Präsident Lee Teng-Hui in einem Interview, dass die Beziehungen zwischen Taiwan und China spezielle zwischenstaatliche Beziehungen seien.¹⁵ Damit beabsichtigte er klarzustellen, dass diese Beziehungen nicht denen zwischen einer Zentral- und einer Lokalregierung, aber auch nicht denen zwischen unabhängigen Staaten gleichkämen. Vielmehr handele es sich um die speziellen Beziehungen zwischen Gleichen. Regierungsvertreter des Festlandes übergingen das Wort „speziell“ und konzentrierten sich auf den Begriff „zwischenstaatlich“. Sie interpretierten Lees Bemerkungen als einer Eigenstaatlichkeits- bzw. Unabhängigkeitserklärung äquivalent.

Am 18 März 2000 wurde Chen Shui-Bian zum Präsidenten Taiwans gewählt. Da es sich bei ihm um eines der Gründungsmitglieder der nach Unabhängigkeit strebenden Demokratischen Fortschrittspartei (DPP) handelte, hatte seine Wahl den Anschein einer Provokation Beijings, war doch Chen Shui-Bian für die Regierung in Beijing nicht vertrauenswürdig. Entgegen aller Signale der Verhandlungsbereitschaft, die im Vorfeld des Urnengangs in Richtung Festland ausgesandt wurde, beschuldigte man ihn des Verrats an der chinesischen Einheit. Einer Entspannung der sino-taiwanischen Beziehungen konnte dieser Wahlausgang insofern nicht dienen; faktisch ist die Kriegsgefahr in der Taiwanstraße unverändert groß, möglicherweise sogar noch größer als gegen Ende der 90er-Jahre.¹⁶

14 Vgl. Barnett, A. Doak, a.a.O., S. 13-15.

15 Interview mit Präsident Lee Teng-Hui vom 09.07. 1999, Deutsche Welle, nach: Taipei Speaks Up: Special State-to-State Relationship, Mainland Affairs Council, Taipeh, August 1999.

16 Vgl. Schubert, Gunter: „Abschied von China? – Eine politische Standort- Bestimmung Taiwans nach den Präsidentschaftswahlen im März 2000“, in: *ASIEN*, (April 2001) 79, S. 5.

1.2.2. Wechselnde Machtkonfigurationen und die Strukturen der internationalen Politik in der Ostasien-Pazifik-Region

Die Ostasien-Pazifik-Region befindet sich wie auch andere Regionen der Welt in einer Periode dynamischer Veränderungen, die Ungewißheiten und Ängste für die Zukunft hervorrufen können. Als Ende der 80er Jahre der Untergang des Kommunismus' in Osteuropa, der Zusammenbruch der Sowjetunion, der ökonomische Zerfall Russlands und das Ende der bipolaren Konfrontation zwischen Washington und Moskau erfolgten, erfuhr das gesamte internationale System weitreichende Transformationen. Zusätzlich zur Abnahme des russischen Einflusses haben einige wichtige Tendenzen Änderungen der internationalen Beziehungen in der Region hervorgerufen. Eine der wichtigsten ist der Aufstieg Chinas als in zunehmendem Maße einflussreicher Großmacht gewesen.

Die Konfiguration der Macht und die Muster der internationalen Beziehungen in der Ostasien-Pazifik Region sind durch den Aufstieg Chinas sowie den Kollaps der Sowjetunion stark beeinflusst worden. Mindestens zum dritten Mal seit den fünfziger Jahren hat die grundlegende Struktur des regionalen internationalen Systems weitreichende Änderungen durchgemacht.¹⁷

In den späten fünfziger Jahren und in den frühen sechziger Jahren geschah dies aufgrund der chinesisch-sowjetischen Spannungen. Wieder in den späten sechziger Jahren und in den frühen siebziger Jahren wegen der erneuten Annäherung Chinas an die Vereinigten Staaten und Japan. Dadurch wurde das Gegenüber zweier Supermächte, welches die bipolare Konfiguration der internationalen Politik nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges regional sowie global geprägt hatte, durch ein komplizierteres System regionaler Relationen ersetzt. Die siebziger Jahren und achtziger Jahren kennzeichnete im ostasiatischen Pazifik ein vierseitiges Gleichgewicht. Die komplizierten Verhältnisse bezogen alle vier führenden Mächte dieser Region mit ein: die Vereinig-

¹⁷ Vgl. Barnett, A. Doak, a.a.O., S. 6.

ten Staaten, Japan, die Sowjetunion und China. Die Beziehungen unter diesen Mächten schienen dynamisch, aber relativ stabil zu sein.¹⁸

Innerhalb dieses Vier-Mächte-Systems stellte das amerikanisch-japanische Bündnis¹⁹, das seit dem Anfang der fünfziger Jahre bestand, eine entscheidende und wichtige Grundlage für die regionale Stabilität dar. Es war und ist nicht nur das Fundament für bilaterale Beziehungen, sondern auch ein Primärfaktor, der zur Bewahrung des regionalen Friedens und der Sicherheit beiträgt. Zusätzlich bildete die chinesisch-amerikanische Annäherung einen neuen Ausgleichsdämpfer zur sowjetischen Macht. Nach der Normalisierung der chinesisch-japanischen Beziehungen und schließlich im Zuge der russisch-amerikanischen Entspannung entstand ein neues regionales Gleichgewicht. Dann wurde dieses sich entwickelnde vierseitige Gleichgewicht am Ende der achtziger Jahre und am Anfang der neunziger Jahre durch den Einsturz der Sowjetunion empfindlich gestört. Ein regionales Machtdreieck entstand. Der plötzliche Ausfall des Moskauer Einflusses in Ostasien wird möglicherweise nicht von Dauer sein. Russland besitzt noch leistungsfähige Land- und Seestreitkräfte in der Region, und es kann erwartet werden, daß Moskau irgendwann wieder bedeutenden Einfluss ausüben wird. Aber es kann kein Zweifel daran herrschen, dass in den kommenden Jahren der Frieden und die Stabilität in der Region hauptsächlich von den Verhältnissen unter drei Großmächten abhängt: den Vereinigten Staaten, Japan und China.²⁰

Die Aussichten für das Herbeiführen und Aufrechterhalten eines stabilen internationalen Milieus hängen vor allem von den Verhältnissen zwischen China, den Vereinigten Staaten und Japan ab. Diese Verhältnisse formen die politische und ökonomische Zukunft der gesamten Ostasien-Pazifik Region. Wenn die Verhältnisse unter oder zwischen einzelnen dieser Hauptmächte sich auch nur punktuell verschlechtern, wird es kaum noch eine Grundlage für reale Stabilität in dieser Region geben und die Interessen aller Nationen in dieser Region werden leiden.

18 Ebd.

19 Mit der Unterzeichnung des bilateralen Sicherheitsvertrags zwischen den USA und Japan im Jahr 1951 wurden die USA von einer Besatzungsmacht in einem sicherheitspolitischen Kooperationspartner umgewandelt.

20 Vgl. Barnett, A. Doak, a.a.O., S.6

Die größte Herausforderung, der Washington und Tokio gegenüberstehen, ist eine Politik zu finden, welche die Spannungen zu China mindert und das Land in das regionale sowie globale internationale System friedlich integriert. In der Frage des richtigen politischen Umgangs mit China liegt das Potential ernster Spannungen zwischen den USA und Japan. Deshalb ist es besonders wichtig, eine friedliche Lösung für Taiwans Zukunft zu finden. Zugleich hat die Zukunft Taiwans sehr großen strategischen Stellenwert für das Beziehungsdreieck China-USA-Japan. Dies gilt besonders für das strategische Verhältnis zwischen China und den USA und den Frieden und die Stabilität in der gesamten Ostasien-Pazifik-Region.

1.3. Der Forschungsstand

Seit den späten achtziger Jahren sind die Taiwan-Frage und die Beziehungen zwischen der Insel und dem chinesischen Festland Gegenstand einer Vielzahl akademischer Debatten geworden. Im Zentrum dieser hoch politisierten Diskussionen standen die bilateralen Beziehungen der beiden Seiten. Eine Reihe politischer Vorschläge stützt sich auf wichtige Annahmen der politischen Theorie, die jedoch selten eindeutig zum Ausdruck gebracht werden. Diese theoretischen Aspekte erhalten jedoch keine gebührende Anerkennung von wissenschaftlicher Seite.²¹ Ein Ziel der vorliegenden Arbeit ist es, mehr Aufmerksamkeit auf die Theoriebildung statt auf die bislang vorherrschende Analyse von Fakten und bestimmten Politiken zu lenken.

Diesbezügliche Forschungsliteratur lässt sich grob in drei Gruppen teilen: Normendiskussion, deskriptive Analyse und schließlich Theoriebildung. Im Folgenden sollen Normendiskussion und Konzentration auf beschreibende Analysen erörtert und die theoriegeleitete Forschung dargestellt werden.

1) Normendiskussion

Es liegt in der Natur der Sache, dass den akademischen Debatten zur Taiwan-Frage normative Übertreibungen innewohnen. In den meisten Fällen werden Analyse und Theorieentwicklung der einzelnen Autoren durch deren Wertvorstellungen bestimmt. Normative Aspekte sind fast notwendig Bestandteil einer jeden Untersuchung zur Taiwan-Frage. Ein in der Literatur hervorstechendes politisches Ziel ist die Wiedervereinigung der Nation. Folgerichtig entwickeln viele Arbeiten, die vor der Folie des Modells von der geteilten Nation entstehen, Formeln, um die zwei gegensätzlichen ideologischen Systeme über die Stufen der Konföderation und Integration schließlich zur Wiedervereinigung zu führen.²²

21 Eine prominente Ausnahme bildet Tun-Jen Cheng, der fünf Ansätze bezüglich der Dyade Taiwan – VR China entwickelte. Dies sind der diplomatiegeschichtliche, der von der geteilten Nation, von der rationalen Entscheidung, des Elitenkonflikts und der des asymmetrischen politischen Prozesses. Vgl. Cheng, Tun-Jen: „On Taiwan-Mainland Dyad“, in: *Issues & Studies*, 29 (1993) 2, S.36-55.

22 Cheng, Tun-Jen: „The Mainland China-Taiwan Dyad as a Research Program“, in: Cheng, Tun-Jen (Hrsg.): *Inherited Rivalry. Conflict across the Taiwan Strait*, Lynne Rienner 1995, S. 6.

Das zweite in der Literatur vorherrschende Motiv ist die Maximierung der Sicherheit Taiwans. Folglich diskutiert Emerson M. S. Niou die Abschreckungsstrategien, um Taiwans Schutz sicher zu stellen.²³ In Wus, Lins und Chiangs Untersuchung einer möglichen Entwicklung nach Deng werden vier kurz- und langfristige Szenarien entwickelt, die jeweils vom tatsächlichen Zeitpunkt seines demnächst erwarteten Todes abhängen.²⁴ Nach der Krise in der Taiwan-Straße 1996 entstanden zahlreiche Studien, die sich mit dem Thema „Sicherheit Taiwans“ unter Erörterung seiner militärischen Fähigkeiten und möglicher Szenarien eines Konflikts zwischen Taiwan und China befassen.²⁵

2) Deskriptive Analyse

Die Mehrzahl der wissenschaftlichen Untersuchungen zur Taiwan-Frage sind deskriptiver Natur. Weder kritisieren, modifizieren noch formulieren sie Theorien, obwohl ihnen - jedoch nicht explizit zum Ausdruck gebrachte - theoretische Substrate eigen sind. Sie können in drei Gruppen unterschieden werden: ökonomische, politische und wirtschaftspolitische Arbeiten. Wirtschaftsanalysen widmen sich entweder den Investitions- und Handelsbeziehungen zwischen Taiwan und China oder den Folgen dieser Beziehungen für die Wirtschaft Taiwans. Erstere beginnen immer mit einer detaillierten Darstellung der Entwicklung der taiwanischen Investitionen in China und diskutieren im Folgenden die Ursachen des Investitionsanstieges, das exponentielle Wachstum des Derivatehandels, die Entstehung einer extrem unausgeglichene Handelsbilanz und bewerten die gegenseitigen Abhängigkeiten im Handel.²⁶

Ebenso werden die Auswirkungen des wirtschaftlichen Austausches für die Ökonomie Taiwans untersucht. Ein Teil der Arbeiten betont die negativen Aspekte der Investitio-

23 Vgl. Niou, Emerson M. S.: „An Analysis of the Republic of China's Security Issues“, in: *Issue & Studies*, 28 (1992) 1, S. 82-95.

24 Vgl. Wu, Yu-Shan / Lin, Wen-Cheng, und Chiang, Shui-Ping: *Deng Xiaoping shenhou dui dalu yu Taiwan de zhendang* (The shocking impact from Deng Xiaoping's death on mainland China and Taiwan), Taipeh 1995.

25 Vgl. Roy, Denny: „Tensions in Taiwan Strait“, in: *Survival*, 42 (2000) 1, S.76-96; s.a. Shlapak, David A. / Orletsky, David T. / Wilson, Barry A.: *Dire Strait? Military Aspects of the China-Taiwan Confrontation and Options for U.S. Policy*, , RAND publications, Santa Monica 2000.

26 Vgl. Wei, Ai: „The Development and Limitations of Taiwan-Mainland Economic and Trade Relations“, in: *Issues & Studies*, 27 (1991) 5, S. 43-60.

nen Taiwans, wie z. B. ein stagnierendes Produktivitätswachstum und die Gefahr der wirtschaftlichen Aushöhlung.²⁷ Auf der anderen Seite findet sich die „optimistische Schule“, welche die gegenseitigen Beziehungen als natürliches Ergebnis unterschiedlicher Faktorausstattungen (factor endowments) und von generellem gegenseitigen Nutzen betrachten.²⁸ Beide „Schulen“ geraten über die Frage, ob Taiwans massive Investitionen in China die langfristige wirtschaftliche Entwicklung der Insel schädigen würden, in klaren Gegensatz zueinander.

Politische Analysen beschränken sich entweder auf eine chronologische Darstellung der Taiwanfrage und der bilateralen Beziehungen oder auf die Untersuchung des Einflusses dieser Beziehungen auf die Politik Taiwans. Erstere dokumentieren die politischen Interaktionen zwischen der Insel und dem chinesischen Festland - zuweilen einfach als Unterkapitel der Beziehungen zwischen Washington und Beijing.²⁹ Diese Studien sind naturgemäß Narrationen. Der Hauptbeitrag dieses Literaturtyps liegt in dem Versuch, Fakten zu verifizieren.³⁰ Daneben fokussieren politische Untersuchungen auf die Folgen der bilateralen Beziehungen für Taiwans Politik. Hier wird das Argument bemüht, diese Beziehungen seien Ursache einer Identitätskrise in Taiwan.³¹ So kommen Ramon Myers und

Linda Chao zu der Ansicht, dass die wirtschaftliche Integration der beiden chinesischen Wirtschaftssysteme, die sowieso schon steigende Transaktionskosten und wachsende Spannungen mit sich brächte, die öffentliche Meinung zu einer „größtaiwanischen Identität“ hin verschieben könne. Für die Autoren steht fest: „the democratic process of election, the passage of new laws, and constitutional reform can only move Taiwan further from the orbit of Chinese culture and political interests.“³²

27 Vgl. Wu, Yu-Shan: „The Impact of Cross-Strait Relations on Taiwan's Growth Pattern“, in: *Issues and Studies*, 34 (1995) 2, S. 1-19.

28 Vgl. Yen, Tzung-Ta: „Taiwan Investment in Mainland China and Its Impact on Taiwan's Industries“, in: *Issues & Studies*, 27 (1991) 5, S. 10-42.

29 Vgl. Gilbert, Stephen P. / Carpenter, William M.: *America and Island China: A Documentary History*, Lanhan 1989; s.a. Copper, John F.: *China Diplomacy: The Washington-Taipei-Beijing Triangle*, Boulder 1992.

30 Cheng, Tun-Jen: „The Mainland China-Taiwan Dyad as a Research Program“, a.a.O., S. 5.

31 Vgl. Chao, Chien-Min: „Taiwan's Identity Crisis and Cross-Strait Exchanges“, in: *Issues & Studies*, 30 (1994) 4, S. 1-13; s.a. Buruma, Ian: „Taiwan's New Nationalists“, in: *Foreign Affairs*, 75 (1996) 4, S. 77-91 und Schubert, Gunter: „Die Taiwanfrage und die nationale Identität Chinas“, in: *IPG*, 3 (1998), S. 167-274.

32 Vgl. Myer Ramon H. / Chao Linda: „Cross-Strait Economic Relations and Their Implications for Taiwan“, in: *Issues & Studies*, 30 (1994) 12, S.111-112.

Der dritte deskriptive Ansatz konzentriert sich auf die Wechselbeziehung von Politik und Wirtschaft. Ein hervorstechendes Motiv ist die Manipulation von Wirtschaftsbeziehungen zu politischen Zwecken. Deshalb untersucht Cheng-Tian Kuo die „ökonomische Staatskunst“ (als Politik des Austausches und des Zwanges)³³, spricht Chen Te-Sheng von der „Einheitsfront“-Strategie der Wirtschaftspolitik Chinas gegenüber Taiwan.³⁴ Ein anderer Schwerpunkt der Untersuchung der politischen Ökonomie sind die unterschwellig Spannungen zwischen sich angleichenden Ökonomien und auseinander driftenden politischen Vorstellungen auf beiden Seiten.³⁵ Man glaubt nicht an ein längeres Anhalten dieser schizophrenen Situation. Entweder werden die wirtschaftlichen Konvergenzen sich auch im politischen Bereich durchsetzen oder die divergenten Tendenzen der politischen Sphäre gewinnen die Oberhand.

3) Theoriebildung

Es ist üblich, von drei Analyseebenen in der Theorie der internationalen Beziehungen auszugehen: der Ebene der politischen Akteure, der Ebene der Staaten und der Systemebene. Auf allen drei analytischen Niveaus finden sich Theorien, welche die Taiwan-Frage und die bilateralen Beziehungen zwischen Taiwan und China zu erklären behaupten können.

Die Akteursebene

Die erste Untersuchungsebene konzentriert sich auf den Prozess der Entscheidungsfindung. Vorherrschendes Thema ist hier der Konflikt der Eliten. Demnach wird Politik nicht sorgfältig von den Führungspersönlichkeiten mit den besten Informationen entwickelt, sondern ist vielmehr das Ergebnis eines von miteinander konkurrierenden Elite-Gruppierungen dominierten Prozesses. Somit ist die Struktur des Eliten-Konflikts der Erklärungsschlüssel. Nach diesem Model hat der politische Aufstieg bestimmter

33 Vgl. Kuo, Cheng-Tian: „Economic Statecraft Across the Taiwan Strait“, in: *Issues & Studies*, 29 (1993) 10, S. 19-37.

34 Vgl. Chen, Te-Sheng: *Zhongnanhai zhengjing dongxiang* (Beijing's recent political and economic trends), Taipeh 1992, S. 261-72.

35 Vgl. Wu, Hsin-Hsing: „The Political Economy of ROC-PRC Relations“, in: *Issue & Studies*, 31 (1995) 1, S. 51-62.

bürokratischer Institutionen oder Eliten-Fraktionen wesentlichen Einfluss auf die taiwanisch-chinesischen Beziehungen.³⁶

Ein weiteres nützliches Modell für die Entscheidungsfindung liefert das Modell des zu erwartenden Nutzens. Diesem liegt die Annahme zugrunde, dass regionale Konflikte am besten verstanden werden können, wenn innenpolitische, bilaterale und internationale Faktoren hinsichtlich eines erwarteten Nutzens untersucht werden. Innenpolitische Faktoren berücksichtigen die politische Stabilität einer Nation und ihrer Gegenspieler. Bilaterale Faktoren beschreiben den Grad der Verschiedenheit der dem Status quo zugrunde liegenden Wertesysteme. Schließlich, nach Abwägung der genannten Faktoren, entscheiden die Stärke des Engagements der Supermächte in der Region und die Tiefe der Beziehungen der Rivalen zu anderen Ländern, ob ein Konflikt gewagt werden könne. Dabei werden zu erwartende Gewinne oder Verluste an Handlungsfähigkeit gegeneinander abgewogen und schließlich der Weg gewählt, welcher einen zu erwartenden Nutzen maximiert. Von diesen Annahmen ausgehend, untersuchen Chi Huang, Woosang Kim und Smuekl S. U. Wu die Konflikte in der Straße von Taiwan von 1954/55 und 1962.³⁷

Die Spieltheorie gibt Forscher ein mächtiges heuristisches Werkzeug an die Hand, um komplizierte Gegebenheiten zu untersuchen. In seinen bahnbrechenden Arbeiten beschreibt Tzong-Ho Bau das Spiel zwischen Taipeh und Beijing für die Jahre 1949-78 als ein Unentschieden, als ein sich herausbildendes Prisoners' Dilemma für die Jahre von 1979-1986 und als voll entwickeltes Prisoners' Dilemma für die Zeit nach 1987. Seine politischen Prognosen baut er dann auf eine auch in einem Prisoner's Dilemma mögliche Kooperation auf.³⁸ Kao Yung-Kuang zufolge ist das Spiel zwischen Taipeh und Beijing jedoch eine Reihe von Hahnenkämpfen und somit keine dominierende Strategie zu erkennen.³⁹ Chihcheng Lo und Jih-Wen Lin hingegen erkennen in den

36 Vgl. Chang, Parris H.: „Beijing's Policy Toward Taiwan: An Elite Conflict Model“, in: Chen, Tun-jen (Hrsg.), *Inherited Rivalry. Conflict across the Taiwan Strait*, Lynne Rienner 1995, S. 65-79.

37 Vgl. Huang, Chi / Kim, Woosang und Wu, Samuel S. G.: „Rivalry Between the ROC and the PRC: An Expected-Utility Theoretical Perspective“, in: Chen, Tun-jen (Hrsg.): *Inherited Rivalry. Conflict across the Taiwan Strait*, Lynne Rienner 1995, S. 25-46.

38 Vgl. Bau, Tzong-Ho: „Taipei-Peking Interaction as a Two-Person Conflict: A Game Theoretical Analysis 1949-88“, in: *Issues & Studies*, 27 (1991) 10, S. 72-96.

39 Vgl. Kao, Yung-kuang: „The Issue of China's Reunification: Analysis from Models of Game Theory“, in: *Zhongshan shehui kexue qikan (Journal of Social Sciences)*, 1 (1990) 1, S. 45-64.

Beziehungen der beiden Länder ein „mixed strategy game model“. Sie argumentieren, dass Taipehs Sicherheitsbedürfnis und Beijings Souveränitätsanspruch zusammen die Dynamik der Beziehungen zwischen den Ufern der Straße von Taiwan bestimmen. Die Situation ähnele der „gegenseitigen Abschreckung“ des Kalten Krieges. Von einer Kalkulation des strategischen Gleichgewichts im Spiel der beiden Seiten ausgehend, diskutieren die Autoren dann die gegenseitige Strategie und die möglichen politischen Folgen.⁴⁰

Die Ebene der Staaten

Institutionen spielen bei Untersuchungen auf der Ebene der Attribute der Staaten eine ausgesprochen wichtige Rolle. Dabei wird das Hauptaugenmerk zumeist auf die Gegensätzlichkeit der beiden politischen Systeme gelegt. Taiwan wird hierbei eine funktionierende, wenn auch stark entwicklungsbedürftige Demokratie zugestanden. Das Festland hingegen habe gerade erst den Schritt von einem totalitären hin zu einem autoritären politischen System vollzogen. Welche Auswirkungen hat dieser große institutionelle Unterschied für die gegenseitigen Beziehungen? In der Frage geht es um die Leistungsfähigkeit von Regimen. Zum einen wird dabei das Regime auf dem chinesischen Festland als in der Lage gesehen, in hohem Maße die Gesellschaft unterdrücken und einschüchtern zu können. Somit ständen ihm sämtliche Mittel und Wege in der Auseinandersetzung mit Taiwan zur Verfügung. Die Regierung Taiwans unterliegt hingegen erheblichen Zwängen, da sie die taiwanische Gesellschaft nicht mehr unumstritten beherrscht.⁴¹ Andererseits, so ist betont worden, biete die Demokratie den Rahmen, Taiwans innenpolitische Probleme zu entspannen, wenn nicht gar zu lösen. Somit könnte eine Art Konsens bezüglich der Bindungen an das Festland entstehen.⁴² Es heißt, die Demokratie habe das Selbstvertrauen des taiwanischen Volkes angesichts der militärischen Drohungen vom anderen Ufer der Meerenge gestärkt.

40 Vgl. Lo, Chih-Cheng / Lin Jih-Wen, „Between Sovereignty and Security: A Mixed Strategy Analysis of Current Cross-Strait Interaction“, in: *Issues & Studies*, 31 (März 1995) 3, S. 64-91.

41 Nathan, Andrew J.: „The Effect of Taiwan's Political Reforms on Taiwan-Mainland Relations“, in: Chang, King-Yuh (Hrsg.), *Zhonghua minguo minzhuhua: Guocheng, zhidu yu yingxiang (Democratization in the Republic of China: Process, institution, and impact)*, Taipeh 1992, S.379-397.

42 Cheng, Tun-Jen: „The Mainland China-Taiwan Dyad as a Research Program“, a.a.O., S. 12.

Die Systemebene

Auf der Ebene der Systeme ist die Taiwan-Frage in das weltweite internationale System und in das Dreieck Taipeh-Washington-Beijing eingebettet. Das unmittelbar nach Ende des Kalten Krieges entstandene globale politische System hat sich gewandelt. Dies führte zu einer Neuverteilung der Kräfte und neuen Allianzen zwischen den Nationen. Die Taiwan-Frage ist unweigerlich mit dem internationalen politischen System verknüpft, obwohl noch ein gewisser Zeitraum vergehen dürfte, bis sich die neuentstandenen Strukturen in den Beziehungen zwischen Taipeh und Beijing niederschlagen.⁴³

Die Neuverteilung der Kräfte im internationalen System beeinflusst nicht allein die relativen Machtpositionen von Taiwan und der VR China, sondern auch die Hegemonie Amerikas, die direkten Einfluss auf die Zukunft der Taiwan-Frage hat. Die US sind noch immer eine Supermacht und spielen bei der Lösung des Disputes zwischen den beiden chinesischen Staaten eine entscheidende Rolle. Folglich ist der Begriff des strategischen Dreiecks für die Beziehungen zwischen Washington, Moskau und Beijing⁴⁴ auf die Verflechtungen von Washington, Taipeh und Beijing übertragen worden.⁴⁵ Obwohl zwischen Washington, Taipeh und Beijing kein Gleichgewicht herrscht, lassen sich bestimmte Verhaltensmuster für die auf bestimmten Positionen diese Beziehungsdreiecks stehenden Mitspieler feststellen.

⁴³ Vgl. Wu, Yu-Shan: „The Collapse of the Bipolar System and Mainland China’s Foreign Policy”, in: *Issue & Studies*, 29 (1993) 7, S. 1-25.

⁴⁴ Vgl. Dittmer, Lowell: „The Strategic Triangle: An Elementary Game-Theoretical Analysis”, in: *World Politics*, 33 (1981) 4, S. 485-515.

⁴⁵ Vgl. Wu, Yu-Shan: „Exploring Dual Triangles: The Development of Taipei-Washington-Beijing Relations”, in: *Issue & Studies*, 32 (1996) 10, S. 26-52.

1.4. Die analytische Perspektive, Zielsetzung, Fragestellung und Methodik der Untersuchung

Seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges ist die Entstehung und Entwicklung der Taiwan-Frage von den globalen und regionalen Strategien der USA ausschlaggebend beeinflusst worden. Selbstverständlich ist die Taiwan-Frage auch ein entscheidender Punkt zu Überlegungen der US-Strategie für Ostasien. Deswegen sollte eine aus der strategischen Sichtweise untersuchende Studie zu der Taiwan-Frage auf großes Interesse im Rahmen der internationalen Politikwissenschaft stoßen. In Hinblick darauf, dass das oben angeführte Modell des Dreiecks Washington-Taipeh-Beijing besonders gut für die strategische Analyse der Interaktion innerhalb diesen Beziehungsdreiecks ist, will die vorliegende Arbeit auf der systemischen Ebene das Modell des „Taiwan-Straßen-Dreiecks“ auch anwenden, um die Taiwan-Frage aus der strategischen Perspektive zu untersuchen.

Wie schon erwähnt, war die Zeit nach der Krise von 1996 eine außerordentlich produktive Periode in Bezug auf Publikationen, die sich innerhalb des Themas „Taiwan-Frage“ auf den Schwerpunkt der Sicherheit Taiwans konzentrierten. Leider erschienen nur sehr wenige Monographien, welche die internationale strategische Struktur oder die strategische Dimension der Taiwanproblematik systematisch diskutieren. Vor allem aber fehlt es an realitätsnahen Vorschlägen, wie eine alternative staatliche Strategie, die den vitalen Interessen Taiwans am besten gerecht wird, etabliert werden könnte. Diese Lücke soll mit der vorliegenden Arbeit geschlossen werden.

Eine Untersuchung der Taiwan-Frage aus strategischer Perspektive kann aufgrund der Änderung der internationalen strategischen Lage von drei Entwicklungsphasen ausgehen: die Taiwan-Frage im Zeitalter des Kalten-Krieges, die Taiwan-Frage in der Phase der Veränderung der Konstellationen des Kalten-Krieges und die Taiwan-Frage nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes.

Die vorliegende Untersuchung will auf den Zeitraum von 1990-2000 und damit auf die dritte Phase der Taiwan-Frage fokussieren. Dazu sind eine eingehende Darstellung und Analyse der strategischen Strukturen der Taiwan-Frage ebenso notwendig wie eine

Auseinandersetzung mit theoretischen Ansätzen und deren Untersuchung in Hinblick auf die ostasiatisch-pazifische Strategie der Vereinigten Staaten. Durch theoretische Untersuchung und empirische Analyse soll diese Forschungsarbeit ein in der politischen Praxis operationalisierbares Modell der strategischen Interaktion in der Taiwan-Frage entwickeln, von dem aus die optimale strategische Option für Taiwan gewählt und somit Lösungsmöglichkeiten diskutiert werden können.

In Hinsicht auf das methodische Vorgehen orientiert sich die vorliegende Arbeit vor allem an der historisch-soziologischen Methode nach Raymond Arons, „weil sie von der historischen Bedingtheit der weltpolitischen Strukturenentwicklungen ausgeht und nach denjenigen Elementen fragt, die in der derzeitigen Phase des Wandels Weltpolitik neu definieren und die globale strategische Lage verändern und somit die Außenpolitik eines Staats beeinflussen“.⁴⁶

Wie die knappe Erörterung des bisherigen Forschungsstandes und der Forschungsergebnisse zeigt, besteht hoher Bedarf, die neuen Entwicklungen in der Taiwan-Frage gründlich aufzuarbeiten und die strategische Lage in Ostasien-Pazifik unter grundsätzlich veränderten weltpolitischen Konstellationen nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes zu analysieren. Damit sollen Antworten auf die folgenden zentralen Fragen gefunden werden:

1. Wie hoch sind das Gewicht und die Problematik der Taiwan Frage für die US-Strategie in Ostasien-Pazifik nach dem Ende des Ost-West-Konflikts einzuschätzen?
2. Welche Einflüsse hat der Aufstieg Chinas auf die Entwicklung der strategischen Lage im ostasiatischen Pazifik?
3. Was sind die Ziele und Hauptbestandteile der US-Strategie für Ostasien-Pazifik nach dem Ende des Ost-West Konflikts?
4. Wie ist der strategische Stellenwert Taiwans in dieser Region?
5. Wie sehen die strategischen Beziehungen zwischen China und den USA nach dem Ende des Ost-West Konflikts aus?

46 Vgl. Aron, Raymond: „Conflict and war from the viewpoint of historical sociology“, in: Raymond Aron, Jessie Bernard, T. H. Pear: *The Nature of Conflict – Studies on the sociological aspects of international tensions*, Paris 1957, S.177ff; s.a. Krause, Joachim: *Strukturwandel der Nichtverbreitungspolitik*, München 1998, S. 21.

6. Wie wirkt sich die US-Strategie auf die strategische Beziehung zwischen China und den USA und auf die Entwicklung der Taiwan-Frage aus?
7. Welchen Charakter hat die strategische Interaktion des Dreiecks Washington-Taipeh-Beijing?
8. Was ist die optimale strategische Option und Politik Taiwans unter den Rahmenbedingungen der US-Strategie für Ostasien-Pazifik, insbesondere bezüglich der Dynamik der strategischen Beziehungen zwischen China und den USA?
9. Welche verschiedenen Szenarien für Taiwans künftige Entwicklungen sind möglich?
10. Was sind die Lösungsmöglichkeiten der Taiwan-Frage?

1.5. Großtheorien internationaler Politik und ihre Relevanz für die Strategie der USA im ostasiatisch-pazifischen Raum

Strukturelle Veränderungen der Weltpolitik haben in der Vergangenheit immer wieder aufs Neue den wissenschaftlichen Diskurs belebt. Leider hat sich dabei oft die Tendenz herausgebildet, zeitbedingte Fragen mit möglichst zeitlosen Formeln zu beantworten. Dies führte letztendlich zu festgefahrenen, anhaltenden Theoriedebatten, deren praktisch-politische Relevanz sich in Grenzen hält. Nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes stehen somit die etablierten Theorien der internationalen Beziehungen vor zweierlei Herausforderungen, nämlich einerseits die Fragen zu beantworten, was um 1990 geschah und wie es dazu kam und welche langfristigen Implikationen daraus für die zukünftige Weltpolitik entstanden. Andererseits blieb die Frage zu beantworten, wie man anhand der Ereignisse in den Jahren nach 1990 die theoretischen Schwächen identifizieren und neue Ansätze dafür schaffen könnte.⁴⁷ Vor diesem Hintergrund entstand in der ersten Hälfte der 90er Jahre eine vielschichtige Diskussion über die US-Strategie für Ostasien. Verschiedene Ansätze, Konzepte und Ideen finden sich nicht nur in der spezifischen Literatur über Ostasien, sondern schlagen sich auch in der allgemeinen Debatte über die Theorien der internationalen Politik nieder.

Warum sich mit theoretischen Aspekten von der internationalen Politik beschäftigen? Helga Haftendorn begründet die Notwendigkeit einer theoretischen Durchdringung von Vorgängen der internationalen Politik damit, daß die intellektuelle Bewältigung der Vielfalt internationaler Prozesse und Strukturen nicht möglich ist, „ohne vorgefaßte oder systematisch ausgewählte gedankliche Filter, Ordnungs- oder Erklärungsschemata, welche die Fülle des Wahrgenommenen überschaubar machen“.⁴⁸ Reinhard Meyers, der den Begriff „Großtheorie“ geprägt hat, versteht darunter die „idealtypische Konstruktion eines in sich weitgehend kohärenten Systems von Überzeugungs-, Wahrnehmungs- und Handlungsmustern, die je ein bestimmtes wissenschaftliches Weltbild etablieren“.⁴⁹ Für Reinhard Meyers hat eine Theorie

⁴⁷ Vgl. Halliday, Fred: „The End of the Cold War and International Relations: Some Analytical and Theoretical Conclusions“, in: Booth Ken / Smith, Steve S (Hrsg.), *International Relations theory Today*, Pennsylvania 1995, S. 38-61, hier S. 38.

⁴⁸ Vgl. Haftendorn, Helga: „Theorie der internationalen Beziehungen“, in: Woyke Wichard (Hrsg.): *Handwörterbuch Internationale Politik*, 4. Auflage, Opladen 1990, S. 480.

⁴⁹ Vgl. Meyers, Reinhard: „Metatheoretische und Methodologische Betrachtungen zur Theorie der

„Darstellungs-, Erklärungs- und Rechtfertigungsmittel“ zu sein und eine Großtheorie fünf Funktionen: (1) Interpretationsfunktion, d.h. eine Strukturierung von Teilbereichen der perzipierten Realität (2) Orientierungsfunktion, d.h. die Reduktion komplexer Sachverhalte auf idealtypische Einsichten (3) Zielbeschreibungsfunktion, d.h. die Anleitung zum politischen Handeln (4) Handlungslegitimationsfunktion, d.h. die Legitimierung praktischen Handelns und (5) epistemologische Funktion, d.h. die Anleitung für die Formulierung wissenschaftlicher Aussagen über den von der Großtheorie konstruierten Realitätsausschnitt einschließlich der Bestimmung von Kriterien für deren Geltung.⁵⁰

Für die sichere Erklärung und Prognostizierung internationaler Phänomene gibt es weder ein von allen akzeptiertes Paradigma noch Theorien, die überdies einen Anspruch auf Allgemeingültigkeit erheben könnten. Entgegen dem Begriff des Paradigmenwechsels von Thomas Kuhn⁵¹ stützt sich Reinhard Meyers darum auf die These, dass sich in der Wissenschaft von der internationalen Politik kein Wechsel von völlig konträr zueinander stehenden Paradigmen ereignet, sondern die einmal formulierten Großtheorien im Fundus der Wirklichkeitskonstruktionen verbleiben und ihren partiellen Erklärungswert behalten. Eine solche Herangehensweise im Sinne einer „paradigmatischen Koexistenz“⁵² erfüllt dann auf der Ebene der Großtheorien eine wissenschaftlich fundierte weltbildartige Filterfunktion und auf der Ebene der Ansätze.

Zwei „Großtheorien“ bieten sich grundsätzlich zur Analyse der gegenwärtigen internationalen Politik an: der „Neorealismus“⁵³ und der entgegengesetzte „Neoliberalismus“⁵⁴. Typische Streitfragen zwischen Anhängern des heute vorherrschenden „Neorealismus“ und Vertretern des „Neoliberalismus“ drehen sich darum, ob Staaten generell zur Kooperation neigen oder ob jeder Staat in einer prinzipiell anarchischen Welt

internationalen Beziehungen“, in: Rittberger, Volker: *Theorien der internationalen Beziehungen*, Opladen 1990, S. 59.

50 Vgl. Meyers, Reinhard: Theorien der internationalen Beziehungen, in: Woyke Wichard (Hrsg.): *Handwörterbuch Internationale Politik*, 6. Auflage, Opladen 1995, S. 410-411.

51 Vgl. Kuhn, Thomas: *The Structure of Scientific Revolutions*, Chicago 1962.

52 Vgl. Meyers, Reinhard: „Die Theorie der internationalen Beziehungen zwischen Empirismus und paradigmatischer Koexistenz. Ein typologisch-taxonomischer Versuch“, in: Haungs, Peter (Hrsg.): *Wissenschaft, Theorie und Philosophie der Politik*, Baden-Baden 1990, S. 3-25.

53 Vgl. Waltz, Kenneth N.: *Theory of international Politics*, New York 1979.

54 Vgl. Keohane, Robert O.: *After Hegemony*, Princeton, N.J. 1984.

für sich selber kämpft, ob Staaten international nach relativen oder nach absoluten Gewinnen suchen, ob Sicherheit oder Wohlfahrt die prioritären Ziele von Staaten sind, ob es wichtiger ist, Absichten oder Fähigkeiten von Staaten zu verfolgen oder wie dauerhaft internationale Regime an und für sich sind.⁵⁵ Eine adäquate Forschungsarbeit zur internationalen Politik sollte jedoch beide Sichtweisen berücksichtigen und in der Lage sein, neorealistische durch neoliberale Komponenten (und vice versa) zu ergänzen. Demnach werden in dieser Studie die beiden „Großtheorien“ angewendet, die nach allgemeiner Auffassung grundsätzlich unterschiedliche, aber jeweils wertvolle Hilfen zur Betrachtung und Beleuchtung der Taiwan-Frage im Rahmen der ostasiatisch-pazifischen Strategie der USA leisten. Im folgenden werden die Kernaussagen der beiden Großtheorien erklärt und darauf aufbauende analytische Ansätze für eine ostasiatisch-pazifische Strategie der USA nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes untersucht.

⁵⁵ Vgl. Baldwin, David: „Neoliberalism, Neorealism, and world Politics“, in: Baldwin, David (Hrsg): *Neorealism and Neoliberalism – The Contemporary Debate*, New York 1993, S.209-233.

1.5.1. Der Neorealismus und neorealistische Strategieansätze der USA

Im Neorealismus werden vor allem folgende Elemente vertreten:

1. Der Neorealismus begreift den Staat als analytische Grundeinheit in einem dezentralen anarchischen Selbsthilfesystem.⁵⁶ In der internationalen Politik werden Staaten als die einzigen Hauptakteure betrachtet und als einheitliche, rational kalkulierende Akteure aufgefasst. Aufgrund des Selbsthilfeprinzips versuchen Staaten einen permanenten Balancierungsprozess zu gestalten, der eine Machtzentralisierung verhindern kann. Wenn Staaten fremde Machtpotentiale als den eigenen überlegen einschätzen, versuchen sie diese Potential durch Gegenmachtbildung auszubalancieren.⁵⁷

2. Das nationale Interesse wird als die Verbesserung der relativen Machtposition gegenüber anderen Staaten bestimmt. Der Einsatz militärischer Mittel ist aus realistischer Sicht eine legitime Art und Weise der Durchsetzung nationaler Interessen.

3. Internationale Kooperation basiert auf dem Kalkül, entweder durch eine Allianz einer gemeinsamen Bedrohung zu begegnen (ihr Machtpotential auszubalancieren) oder durch Kooperation relative Machtgewinne gegenüber dem Staat, mit dem man kooperiert, zu erlangen. Die kooperativen Staaten werden immer ihre relativen Machtgewinne zu maximieren anstreben.⁵⁸

Nach der neorealistischen Theorie von Kenneth N. Waltz besteht ein internationales politisches System aus seinen Strukturen und Einheiten (Staaten). Die Ursachen und Wirkungen der Verhältnisse der Staaten werden dadurch festgestellt, daß Untersuchungen der strukturellen und der Ebene der Einheiten durchgeführt werden. Dazu

56 Vgl. Meyers, Reinhard: „Grundbegriffe, Strukturen und theoretische Perspektiven der Internationalen Beziehungen“, in: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): *Grundwissen Politik*, Bonn 1993, S.235.

57 Vgl. Herz, John H: *Staatenwelt und Weltpolitik. Aufsätze zur internationalen Politik im Nuklearzeitalter*, Hamburg 1974, S. 12.

58 Vgl. Hellmann, Gunther/Wolf, Reinhard: „Systemische Theorien nach dem Ende des Ost-West-Konflikts. Bilanz und Perspektiven der Neorealismus-Institutionalismus-Debatte“, in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft (ÖZP)*, 22 (1993) 2, S. 157.

wird durch den Begriff des strukturellen Systems hinsichtlich der Systemstrukturen und der Interaktionen untersucht, wie sie auf ihre Einheiten Einfluß ausüben und welche Ergebnisse sich für die Einheiten im System ergeben. Die internationalen Strukturen werden von Waltz definiert: internationale Systeme unterscheiden sich hinsichtlich der Anzahl der zu ihnen gehörenden großen Mächte. Die großen Mächte werden durch die gesamten Machtpotentiale, über die sie verfügen von anderen unterschieden.⁵⁹ Diese Änderungen können zu Veränderungen von folgenden Systemstrukturen führen: von Bipolarität entweder zu Multipolarität oder zu Unipolarität, von Unipolarität entweder zu Bipolarität oder zu Multipolarität, von Multipolarität entweder zu Unipolarität oder zu Bipolarität.⁶⁰ Die Entstehung der großen Mächte wird von strukturellen Ursachen bewirkt, die von ihrem Verhalten als Einheiten ausgelöst werden, d.h. dies ist ein Rückkoppelungsverfahren.

Bezüglich der Großmacht betont Waltz, dass die Großmacht auf die internationale Politik einwirke und dies dazu führe, dass die anderen Staaten Gegenmacht gegen sie ausbilden, um das Gleichgewicht im System zu bewahren.⁶¹ In Hinsicht darauf wird Unipolarität nur für kurze Zeit zustande kommen. Dies veranlaßt die sogenannten gleichberechtigten Großmächte, ihre relative Macht zu stärken und eine Großmachtsstellung anzustreben. Darüber hinaus wird die Systemstruktur von Unipolarität geändert.⁶²

Die Verteilung von Macht zwischen den Einheiten hat eine große Bedeutung. Das bedeutet, daß die Macht nicht nur als ein Ziel zu erwerben ist, sondern auch als ein Mittel dient, die Sicherheit zu bewahren.⁶³ Jeder Staat befindet sich in einem „Macht- und Sicherheitsdilemma“, d.h. er muß um seine Sicherheit fürchten und sieht sich daher gezwungen, immer mehr Macht zu akkumulieren, um der Macht der anderen begegnen zu können. Als Folge davon können Machtstellungen zur Kooperation führen

59 Waltz, Kenneth N.: *Theory of international Politics*, New York 1979, S.131; s.a. Waltz: „The Emerging Structure of International Politics“, in: *International Security*, 18 (1993) 2, S. 50.

60 Layne, Christopher: „The Unipolar Illusion“, in: *International Security*, 17 (1993) 4, S. 9.

61 Vgl. Link, Werner: *Der Ost-West-Konflikt. Die Organisation der internationalen Beziehungen im 20. Jahrhundert*, Stuttgart/Berlin/Köln, 1980, S. 7.

62 Ebd., S. 11.

63 Vgl. Waltz: „The Emerging Structure of International Politics“, a.a.O., S.34-36.

oder sich zu Konflikten vergrößern, wenn gegensätzliche Interessen vorhanden sind; das ist je nach der konkreten Konstellation der Systemstruktur unterschiedlich.⁶⁴

Der nachhaltige Friedenszustand nach dem Zweiten Weltkrieg hat sich aus der Bipolarität und der nuklearen Rüstung ergeben. Mit der Entwicklung der gegenseitigen gesicherten Vernichtung durch nukleare Waffen, also durch die Abschreckung, waren die beiden Supermächte, die USA und die Sowjetunion, bestrebt, das bestehende bipolare System zu erhalten. Nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes haben sich die Rahmenbedingungen der Weltpolitik grundsätzlich geändert: Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion besteht die Struktur der Bipolarität nicht mehr. Es gibt einige Großmächte, aber die USA üben die Vorherrschaft in dem neuen internationalen System aus. Ihre Verhältnisse sind zueinander durch neue Formen und Inhalte gekennzeichnet.⁶⁵

Was den Zustand des internationalen Systems nach Beendigung der Ost-West-Konfrontation betrifft, so wurde er von dem amerikanischen Kolumnisten Charles Krauthammer als unipolarer Zustand („The Unipolar Moment“) bezeichnet.⁶⁶ Auf längere Sicht ging er zwar von der Existenz einer multipolaren Welt aus, in der die Staaten USA, Russland, China, Japan und Deutschland eine entscheidende Rolle spielen, was aber in den nächsten Jahrzehnten nichts an der dominanten Position Washingtons ändern wird.⁶⁷ Nicht zuletzt sind es einzig die USA, die in der Lage sind, weltweit eine Führungsrolle zu übernehmen, der Golfkrieg ist hierfür ein anschauliches Beispiel. Für den Fall, dass die Vereinigten Staaten eine Isolationspolitik bevorzugen, weil sie dieser Führungsrolle nicht gewachsen sind, kann dies zu einer weltweiten Destabilisierung und Chaos führen.⁶⁸

Noch deutlicher formuliert es Samuel P. Huntington von der Harvard University, der in seinem Essay „Why International Primacy Matters“⁶⁹ argumentiert, dass die Moti-

⁶⁴ Vgl. Link, Werner, a.a.O., S. 15-16.

⁶⁵ Diese werden im Kapitel 3 ausführlich diskutiert.

⁶⁶ Vgl. Krauthammer, Charles: „The Unipolar Moment“, in: *Foreign Affairs*, 70 (1991) 1, S. 23-33.

⁶⁷ Ebd., S.24.

⁶⁸ Ebd., S. 29.

⁶⁹ Huntington, Samuel P.: „Why International Primacy Matters“, in: *International Security*, 17 (1993) 4, S. 68.

vation für den Führungsanspruch Washingtons nicht nur die Durchsetzung der nationalen Interessen Amerikas ist, entscheidend ist auch der Nutzen für das gesamte internationale Staatensystem. Da die USA die einzige Supermacht weltweit sind, verfügen sie über das moralische Ansehen, auf lange Sicht weltweit für Demokratisierung, wirtschaftliches Wachstum und Frieden zu sorgen.⁷⁰

Huntington und Krauthammer sind beide davon überzeugt, dass die globale Vormachtstellung der Vereinigten Staaten erhalten bleiben wird, obgleich es nach dem Kalten Krieg einen zwischenstaatlichen Wettbewerb um die globale Führungsrolle gibt. Welche Konsequenzen hätte jedoch ein von den USA dominiertes unipolares Staatensystem für die ostasiatisch-pazifische Region?

Optimisten behaupten, eine solche Vormachtstellung werde den nationalen Interessen Washingtons in dieser Region optimal gerecht. Die USA würden auf absehbare Zeit weder von China, noch von Japan oder Rußland militärisch oder ökonomisch bedroht, sofern es Washington gelänge, die volle Bandbreite der für eine Führungsrolle erforderlichen Machtressourcen zur Verfügung zu stellen. Da kein anderer Staat es wagen würde, die Vereinigten Staaten herauszufordern, wäre Ostasien ein Hort der Stabilität und des Friedens. Diese Vorstellung einer US-Führungsrolle in Ostasien findet bei vielen japanischen Gelehrten Zustimmung. So vertritt Yoichi Funabashi in seinem berühmten Artikel „Japan and the New World Order“ die Auffassung, daß Japan nicht die Fähigkeit mitbringt, die Führungsrolle der USA in Asien in Frage zu stellen. Funabashi nimmt deshalb an, daß Japan eine größere, aber nur „hilfreiche Rolle“ in der Weltpolitik übernehmen sollte.⁷¹

Doch kann China eine amerikanische Vormachtstellung vor der eigenen Haustür auf Dauer wirklich akzeptieren? Beijings Führung weiß es zwar zu würdigen, daß Washingtons „Primacy“ gleichzeitig auch Japans Machtstreben eindämmt, doch ist die traditionell anti-hegemonistische Außenpolitik der Volksrepublik mit einer US-Führungsrolle in Ostasien nicht zu vereinbaren. Das ist der Grund, weshalb Thomas L.

⁷⁰ Ebd., S. 82

⁷¹ Funabashi, Yoichi: „Japan and the New World Order“, in: *Foreign Affairs*, 75 (Winter 91/92) 5, S. 58-74

McNaugher die größten Herausforderungen für die führende Rolle der USA im west-pazifischen Raum in der VR China liegen⁷², eine Meinung, die er mit Thomas F. Cristensen teilt.⁷³ Zu der Personengruppe, für die die Stationierung amerikanischer Streitkräfte in Japan ein unverzichtbarer Faktor für das Kräfteverhältnis ist, gehört u.a. Mamdouh G. Salameh. Sollten die US-amerikanischen Truppen aus dem ostasiatischen Raum abziehen, so befürchtet er, dass „The south China Sea could well become a Chinese lake“.⁷⁴

Obwohl Christopher Layne im Gegensatz dazu ein Befürworter der Strategie des Kräftegleichgewichtes in Ostasien ist, argumentiert er für die Rolle eines „off-shore balancer“ der USA in der Region.⁷⁵ Für Layne, der die mögliche Dauer eines unipolaren Systems untersucht, bedeutet das Auftauchen neuer Großmächte auf der internationalen Arena zwangsläufig ein Nachlassen des relativen Einflusses einer Hegemonialmacht, was letztlich zum Ende dieser Führungsposition führt. Auch wenn die USA weiterhin versuchen, das unipolare System aufrechtzuerhalten, kann damit der Aufstieg neuer Großmächte wie z.B. Japan und China nicht verhindert werden. Nach Laynes Einschätzungen würden sich für die USA mit der Rolle des „off-shore balancer“ verschiedene Vorteile ergeben. Ein wichtiger Schritt in diese Richtung wäre dann der Abzug der amerikanischen Streitkräfte im pazifischen Raum, da mit den Truppen hohe Kosten verbunden sind und das Risiko einer Verwicklung in einen bewaffneten Konflikt besteht, ohne dass dies den vitalen Interessen Amerikas entsprechen würde. Darüber hinaus wird den Vereinigten Staaten eine Rolle im sich neu formierenden multipolaren System spielen, die sehr treffen als „strategische Balancierung“ beschreiben lässt. So hätte Washington trotz „stand by“-Position immer noch ausreichend Machtmittel, mit denen die Entstehung einer Hegemonialmacht im asiatisch-pazifischen Raum kontrolliert und verhindert werden kann.⁷⁶

⁷² Vgl. McNaugher, Thomas L.: „U.S. Military Forces in East Asia“, in: Curtis, Gerald L. (Hrsg.): *The United States, Japan and Asia*, New York 1994, S. 184-215, hier 193-198.

⁷³ Vgl. Christensen, Thomas F.: „Chinese Realpolitik“, in: *Foreign Affairs*, 75 (1996) 5, S.37-52.

⁷⁴ Vgl. Salameh, Mamdouh G.: „China, Oil and the Risk of Regional Conflict“, in: *Survival*, 37 (1995-96) 4., S. 133-146.

⁷⁵ Vgl. Layne, Christopher: „The Unipolar Illusion – Why New Great Power will Rise“, in: *International Security*, 17 (1993) 4, S. 5-51.

⁷⁶ Ebd., S. 47-48.

In einem weiteren neorealistischen Denkansatz wird das Dreiecksverhältnis Japan-China-USA in Ostasien herausgearbeitet. Demnach kann mit großem Fingerspitzengefühl in den drei bilateralen Beziehungen die Stabilität in der Region bewahrt werden. In diesem Sinne spricht sich Michel Oksenberg für „ruhige und nicht provokative Konsultationen“ zwischen Washington und Tokio aus, wobei es aber für beide Seiten wichtig ist, „zu vermeiden, dass die China in den bilateralen Beziehungen als eine Art Joker eingesetzt wird.“⁷⁷ Anders als Oksenberg gehen Richard Bernstein und Ross H. Munro davon aus, dass die USA in dem „neuen strategischen Dreieck“ die Japan-Karte gegen China aktiv spielen sollten.⁷⁸

Wie oben dargestellt, sind die realistischen Vorstellungen über die Sicherheitsordnung in Ostasien durch strategische Varianten gekennzeichnet. Trotz unterschiedlicher Ausrichtungen und Akzentuierungen gehen fast alle wichtigen Vertreter der „neorealistischen Schule“ bewusst oder unbewusst davon aus, dass das Dreiecksverhältnis zwischen den USA, China und Japan eine entscheidende Rolle in der ostasiatisch-pazifischen Strategie der USA nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes spiele.

⁷⁷ Vgl. Oksenberg, Michel: „China and the Japanese-American Alliance“, in: Curtis, Gerald L. (Hrsg.): *The United States, Japan and Asia*, New York 1994, S.96-121.

⁷⁸ Vgl. Bernstein, Richard und Munro, Ross H.: „The Coming Conflict with American“, in: *Foreign Affair*, 76 (1997) 2, S. 18-32.

1.5.2. Der Neoliberalismus und neoliberale Strategieansätze der USA

Im Gegensatz zum Neorealismus halten die Neoliberalisten die Anarchie des Staatensystems durch Errichtung von internationalen Institutionen und Anbindung der Staaten an diese Institutionen für reduzierbar. Obwohl im Neoliberalismus der Nationalstaat als wichtigster Akteur verstanden wird, so doch nicht als einziger. So werden Internationale Organisationen und Regime als Akteure anerkannt, die eine zentrale Rolle in der internationalen Politik spielen, werden doch Kooperation und grenzüberschreitende Integration als Instrumente zur Überwindung von Machtkonflikte und Sicherheitsdilemma in den internationalen Beziehungen angesehen.⁷⁹

Demnach kann Kooperation durchaus mit den nationalen Interessen eines Staates korrespondieren, wenn seine unilaterale Handlungsfähigkeit nicht gegeben ist oder nur zu hohen Kosten. Jedoch steht für einen Staat die Durchsetzung seiner Interessen allein nicht an erster Stelle. Vielmehr ist es wichtig, existierende Strukturen der Kooperation und Integration zu erhalten und vielschichtige Probleme in multilateraler Zusammenarbeit zu lösen, um damit absolute Gewinne zu erzielen. Für solche langfristig zu erwartende absolute Gewinne könnten Staaten durchaus auf kurzfristige und relative Vorteile verzichten.⁸⁰ Gegenüber dem kurzfristigen Nachteil, dass im Rahmen der Kooperationsstrukturen mit den Partnern Kompromisse eingegangen werden müssen, steht der langfristige Nutzen, der sich aus der Kooperation ergibt.⁸¹

Auf weite Sicht geht es den Anhängern des Neoliberalismus darum, Machtkonflikte und Sicherheitsdilemma zu überwinden und mittels politischer und rechtlicher Rahmenbedingungen, durch die Kooperation, Vertrauensbildung, Institution und Integration ermöglicht werden, die Zivilisierung der internationalen Beziehungen zu ermöglichen.⁸² Außerdem wirkt sich Kooperation auf Wirtschaft und Handel positiv aus, dem-

79 Vgl. Czempiel, Ernst-Otto: „Aktivieren, reformieren, negieren? Zum 50jährigen Bestehen der Vereinten Nationen“, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B42 /1995, S.36-45, hier S. 38.

80 Vgl. Powell, Robert: „Absolute and Relative Gains in international Relations Theory“, in: Baldwin, David (Hrsg.): *Neorealism and Neoliberalism – The Contemporary Debate*, New York 1993, S.209-233.

81 Vgl. Hellmann, Gunther/Wolf, Reinhard: „Systemische Theorie nach dem Ende des Ost-West-Konflikts. Bilanz und Perspektiven der Neorealismus-Institutionalismus-Debatte“, in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 22 (1993) 2, S.153-167, hier S.158.

82 Vgl. Axelrod, Robert / Keohane Robert O.: „Achieving Cooperation under Anarchy: Strategies and Institutions“, in: Baldwin, David (Hrsg.): *Neorealism and Neoliberalism-The Contemporary Debate*,

zufolge auch auf den Wohlstand der beteiligten Staaten. Darüber hinaus bietet sich damit die Möglichkeit, grenzüberschreitende Problemkomplexe (z. B. zur Verhütung von Kriegen, Streitschlichtung bei Konflikten, zum Schutz von Umwelt und Ressourcen, zur Verhinderung der Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen, zur Bekämpfung von Drogenhandel und Terrorismus) zu lösen.

Die Neoliberalisten setzen an dem qualitativen Wandel der internationalen Beziehungen an und weisen darauf hin, dass dieser Wandel auch zu einem nachhaltigen Wandel der zwischenstaatlichen Beziehungen geführt habe. Joseph S. Nye, einer der neoliberalen „Feldherren“ in der Debatte mit dem Neorealismus,⁸³ lehnen deshalb die Theorien, die sich ausschließlich auf die systemische Ebene und die Rolle von Nationalstaaten konzentrieren, wegen ihres begrenzten Erklärungswertes ab: „National boundaries will be more permeable than in the past. Transnational technological changes in communications and transportation are making the world smaller. ...The United States cannot escape from these transnational problems, and few of them are susceptible to unilateral solutions.“⁸⁴

Die Weltordnung nach dem Ende der Bipolarität sei durch vielschichtige Interdependenzen gekennzeichnet. Diese neue Machtverteilung in den internationalen Beziehungen lasse sich mit dem Modell einer dreischichtigen Torte erklären. Die oberste, militärische Schicht ist unipolar, da es keine andere Nation gibt, die mit den USA in diesem Bereich konkurrieren könnte. Die mittlere, ökonomische Schicht ist tripolar und besteht aus den Machtzentren Ostasien, Europa und Nordamerika. Die unterste, multipolare Schicht symbolisiert jene neuen zwischenstaatlichen und subnationalen Interdependenzen, die zu einer Streuung von Macht führen. „Power is becoming more multi-dimensional, structures more complex and states themselves more permeable.... This evolution makes more relevant the liberal conception of a world society of peoples as well as states, and of order resting on values and institutions as well as military power.“⁸⁵

New York 1993, Kapitel 4.

83 Zur Debatte zwischen Neoliberalismus und Neorealismus vgl. Baldwin, David (Hrsg.): Neorealism and Neoliberalism-The Contemporary Debate, New York 1993

84 Nye, Joseph S. Jr.: „What New World Order?“, in: Foreign Affairs, 71(Spring 1992) 2, S. 85.

85 Ebd., S. 88f.

Nye spricht von "The Changing Face of Power"⁸⁶ und meint damit, dass "soft power"(wie Ideen und Wertvorstellungen) in einer interdependenten Welt ständig bedeutender werden. „The realist who focuses only on the balance of hard power will miss the power of transnational ideas.“⁸⁷ Ein Land kann seine Ziele in der Weltpolitik erreichen, wenn andere Länder ihm folgen, seine Werte bewundern, seinem Beispiel folgen, versuchen sein Niveau an Wohlstand und Offenheit zu erreichen. In diesem Sinne ist es genauso wichtig, die Agenda in der Weltpolitik zu bestimmen und andere für sich zu gewinnen, wie es auch wichtig ist, sie mit Androhung oder Anwendung von militärischen oder wirtschaftlichen Waffen zu Veränderungen zwingen. Dieser Aspekt der Macht – andere dazu zu bringen zu wollen, was du willst – ist "soft power". "Soft power" ist die Fähigkeit, gewünschte Ziele in internationalen Beziehungen mit Anziehung statt Zwang zu erreichen.⁸⁸

Da Amerika aber grundsätzlich über genügend sanfte und harte Machtressourcen verfüge, sei die Gefahr eines relativen Abstiegs nicht gegeben. „it is a mistake to portray the problem as American decline rather than diffusion of power.....The United States retains more traditional hard power resources than any other country. It also has the soft ideological and institutional resources to preserve its lead in the new domains of transnational interdependence.“⁸⁹

Obwohl sich Nye für den Erhalt der amerikanischen Stützpunkte im ostasiatischen Raum ausspricht, wird in seiner Haltung eine starke liberale Sichtweise deutlich. Mit den in Ostasien stationierten US-amerikanischen Truppen soll nicht nur ein Kräfteausgleich geschaffen werden, sondern auch eine günstige Atmosphäre, in der sich die „soft power“ Amerikas ausbreiten kann. Nye zufolge sollte die Ostasien-Strategie der USA auf lange Sicht vor allem die Verbreitung westlicher Wertvorstellungen verfol-

86 Die Macht bedeutet nicht nur, dass sie über ausschlaggebende, konkrete Ressourcen und Faktoren verfügt und dadurch andere internationale Akteure beeinflussen kann, sondern dass sie auch ideelle bzw. nicht greifbare Ressourcen hat, wie Kultur, Ideologie und Institutionen. Solche Macht wird als "sanfte Macht" gegenüber den konkreten Ressourcen als "harte Macht" bezeichnet. Vgl. Nye, Joseph S. Jr.: *Bound to Lead: The Changing Nature of American Power*, New York 1990, S.31-32.

87 Nye, Joseph S. Jr.: „Soft Power“, in: *Foreign Policy*, 80 (Fall 1990), S. 170.

88 Nye, Joseph S. Jr.: *The Paradox of American Power: Why the world's only superpower can't go it alone*, Oxford 2002, S. 8f.

89 Nye, Joseph S. Jr.: „Soft Power“, in: *Foreign Policy*, 80 (Fall 1990), S. 171.

gen. So ist nach Nye Annahme die Übernahme des liberal-demokratischen Staatssystems der USA durch die Staaten Asiens, verbunden mit der amerikanischen Militärpräsenz, die beste Garantie für eine sichere Zukunft im ostasiatischen Raum.⁹⁰

Die „Engagement-Strategie“ der Vereinigten Staaten wurde tatsächlich von den Neoliberalen für die ostasiatisch-pazifische Region empfohlen. Kenneth Lieberthal meint, dass Beijing von den Vereinigten Staaten ermutigt werden sollte, mehr internationale Verantwortung zu übernehmen. Dabei sollte die VR China nicht etwa eingedämmt werden, sondern – wie in den internationalen Regelwerken festgehalten – ein integrierter Bestandteil in der regionalen und internationalen Ordnung sein.⁹¹ Dementsprechend sind Analytiker, die immer wieder für Institutionen plädieren, der Meinung, dass mit der Integration der ostasiatischen Staaten und insbesondere China als zukünftige Großmacht in internationale Organisationen am wahrscheinlichsten die Stabilität in der Region bewahren können. So empfiehlt die einflussreiche „Trilaterale Kommission“, die VR China auf globaler, regionaler und subregionaler Ebene stärker in die internationalen Institutionen zu integrieren, damit die wechselseitige und regionale Abhängigkeit Chinas verstärkt werden kann, jedoch ohne dass dafür zusätzliche Hindernisse oder Barrieren für Nichtzugehörige künstlich geschaffen werden müssten.⁹² Ähnliche Meinungen werden auch von Robert Ross und David M. Lampton vertreten.⁹³

Aus neoliberaler Sicht sollten sich die Vereinigten Staaten für eine künftige Strategie in der ostasiatisch-pazifischen Region insbesondere darüber klar werden, dass sie auf ein von Kooperation geprägtes Verhältnis zu China und Japan hinarbeiten müssen. Aber wird sich ein ökonomisch und militärisch starkes China an absoluten Gewinnen orientieren und um Kooperation bemüht sein? Der Angelpunkt ist: Washington muß die von Joseph Nye beschriebenen „weichen“ Machtressourcen im Rahmen einer Stra-

90 Vgl. Nye, Joseph S. Jr.: „Conflicts After the Cold War“, in: *The Washington Quarterly*, 19 (1996) 1, S. 5-24.

91 Vgl. Lieberthal, Kenneth: „A New China Strategy“, in: *Foreign Affairs*, November/Dezember 1995, S. 35-49.

92 Vgl. Funabashi, Yoichi / Oksenberg, Michael / Weiss, Heinrich: China auf dem Wege zur Großmacht. Konsequenzen in einer interdependenten Welt. Ein Bericht an die Trilateral Kommission, Bonn 1994, S. 95 ff.

93 Vgl. Ross, Robert: „Beijing as a Conservative Power“, in: *Foreign Affairs*, 76 (1997) 2, S. 33-44; s.a. Lampton, David M.: „America's China Policy in the Age of the Finance Minister: Clinton Ends Linkage“, in: *The China Quarterly*, (September 1994) 139, S. 597-621.

ategie des „engagement“ möglichst effizient einsetzen, damit die Wirtschaftsreformen der Volksrepublik von einer politischen Öffnung begleitet werden können.

2. Die Entstehung und Entwicklung der Taiwan-Frage

2.1. Historischer Überblick bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges

2.1.1. Taiwan von der Frühzeit bis 1895

Taiwan, mit einer Fläche von 36.000 km², liegt circa 160 km östlich vom chinesischen Festland, 1100 km südlich der japanischen Hauptinseln und 320 km nördlich der Philippinen. Manche Geologen und Geographen vermuten, dass Taiwan ursprünglich mit dem Festland verbunden war. Man nimmt weiterhin an, dass sich die Insel während des letzten Eiszeitalters aufgrund geologischer Veränderungen im Gebiet der jetzigen Straße von Taiwan von China ablöste.⁹⁴

Während die Geschichte der geologischen Formierung Taiwans unumstritten ist, herrscht Unklarheit über die Erstbesiedlung und Eroberung durch die Chinesen, was zu verschiedenen, einander widersprechenden Interpretationen führt. Einige Historiker haben das *Shang-Shu*, eine chinesische Chronik, die wahrscheinlich im frühen 3. Jahrhundert v. u. Z. beendet wurde, angeführt, um zu beweisen, dass Taiwan in dieser Zeit China tributpflichtig gewesen sei. Doch handelt es sich dabei wohl eher um Legenden als um historische Tatsachen. Andere Historiker wiederum haben den ersten chinesischen Einfluss in Taiwan auf einen wesentlich späteren Zeitpunkt datiert. Diese behaupten, dass im 3. Jahrhundert u. Z. eine chinesische Militärexpedition des Wu-Herrschers Sun Chüan (Regierungszeit 222-252) gegen „I-Chou“ und im 7. Jahrhundert ein Feldzug des Kaisers Yang aus der Sui-Dynastie (589-618) gegen „Liu Chiu“ geführt wurden.⁹⁵

Sollten die genannten zwei Feldzüge auch tatsächlich den Beginn der Eroberung Taiwans durch die Chinesen darstellen, so waren sie doch lediglich vorübergehende militärische Erfolge und hatten keine Besiedlung der Insel durch Chinesen zur Folge. Es dauerte noch einige Jahrhunderte, bis sich chinesische Einwanderer auf Taiwan und den dazugehörigen Peng-Hu-Inseln niedergelassen und eine eigene Verwaltung aufge-

⁹⁴ Vgl. Chiao-Min: *Taiwan-ilha Formosa: A Geography in Perspective*, Washington, D.C. 1964, S. 2-4.

⁹⁵ Vgl. Lien, Heng: *Tai-Wan-Tung-Shih (Taiwan History)*, Taipeh 1954, S. 1-7.

baut hatten. Erstmals 1171 erwähnen Quellen die Peng-Hu (die Pescadoren) als chinesischen militärischen Außenposten. Spätestens 1225 sind die Inseln in das Chinesische Kaiserreich eingegliedert und der Präfektur Chüan Chou in der Provinz Fukien unterstellt worden.⁹⁶

Im Jahre 1338 verbot der chinesische Hof die Auswanderung von Chinesen auf die Ostmeer-Inseln und schaffte die Verwaltung auf den Pescadoren-Inseln ab. Während der folgenden drei Jahrhunderten wurde die Insel Taiwan von chinesischen und japanischen Piraten als Stützpunkt benutzt und auch in den Wettstreit der europäischen Kolonialmächte in Ostasien hineingezogen.⁹⁷

Ende des 16. Jahrhunderts drangen die Holländer erstmals in den Fernen Osten vor. Im Jahre 1602 wurde die Vereinigte Ostindische Kompanie gegründet mit dem Ziel, die holländischen Kolonialbestrebungen in Ost- und Südostasien, und damit auch auf Taiwan, zu koordinieren. Die erstmalige Besetzung der Insel erfolgte jedoch erst 1622. In jener Zeit betrachtete man am Ming-Hof die Peng-Hu-Inseln als wesentlich wichtiger für die Wirtschaft und die Sicherheit der Südküste Chinas als vorher. Somit wurde entschieden, die Holländer von den Peng-Hu zu vertreiben, was 1624 auch gelang. Um andererseits das niederländische Verlangen nach Handel mit China zufrieden zu stellen, erlaubte man den Holländern, sich auf Taiwan niederzulassen und Handelsposten einzurichten. Damit wurde Taiwan für 37 Jahre niederländische Kolonie.⁹⁸ Die chinesische Haltung zu der Frage Taiwans bis zur Mitte des 17. Jahrhunderts kann etwa wie folgt zusammengefaßt werden: Taiwan war ein natürlicher Bestandteil des unbegrenzten Einflußbereichs Chinas, aber nicht ein unmittelbarer Teil seines Herrschaftsgebietes und seiner Verwaltungsorganisation.⁹⁹

⁹⁶ Vgl. Fang, Hao: „Looking at the Chinese Sovereignty over Taiwan and Penghu from Some Historical Documents,” in: *Chung-yüan wen-hua yü Taiwan (Chinesische Kultur und Taiwan)*, Taipei 1971, S. 355-379.

⁹⁷ Vgl. Kuo, Ting-Yi: „History of Taiwan”, in: Chiu, Hungdah (Hrsg.), *China and the Question of Taiwan, Documents and Analysis*, New York 1973, S.3-27.

⁹⁸ Vgl. Shaw, Yu-Ming: „Modern History of Taiwan: An Interpretative Account,” in: Chiu, Hungdah (Hrsg.), *China and The Taiwan Issue*, New York, 1979, S. 8.

⁹⁹ Vgl. Wiethoff, Bodo: *Chinas Dritte Grenze: Der traditionelle chinesische Staat und der küstennahe Seeraum*, Wiesbaden 1969, S.24-29.

Als die Holländer 1642 Taiwan besetzten, betrug die chinesische Population zwischen 25.000 und 50.000 Menschen, die größtenteils aus den Provinzen Fukien und Kwangtung stammten. Die Okkupation Taiwans durch die Niederländer wurde von der Ming-Regierung mit Unbehagen verfolgt. Ein hoher Ming-Beamter namens Ho-Kai forderte 1635 in einem Schreiben an den Hof die Vertreibung der Holländer von der Insel. Sein Vorschlag kam jedoch zu einem Zeitpunkt, da die Ming-Dynastie von der Niederschlagung innerer Aufstände und der Invasion durch die Mandschu im Norden völlig in Anspruch genommen war. Somit geriet sein Ansinnen in Vergessenheit.¹⁰⁰

Im Jahre 1644 hatten die Mandschu die Macht in Beijing erobert und begründeten die Ching-Dynastie (1644-1912). Das Ching-Heer zog weiter nach Süden, um die Kontrolle über ganz China zu erlangen. Für die Wiedereinsetzung der gestürzten Ming-Dynastie kämpfte der General Cheng Cheng-Kung, genannt Koxinga (Herr des kaiserlichen Namens), der bald einer der Führer der Ming-Loyalisten werden sollte. Zwischen 1646 und 1660 führte Cheng Cheng-Kung zahlreiche Feldzüge mit dem Ziel, die Ching-Regierung zu stürzen. 1659 wurde er jedoch zum Rückzug nach Amoy gezwungen. Dadurch nicht mehr in der Lage, ein größeres Unternehmen gegen die Ching zu starten, suchte er nach einem sicheren Ort, an dem er seine Kräfte neu formieren konnte. So entschied sich Cheng Cheng-Kung Taiwan zu erobern.¹⁰¹

Mit 25.000 Mann und 400 Schiffen landete Cheng im April 1661 auf Taiwan, vertrieb die Holländer und begründete die chinesische Herrschaft über die Insel.¹⁰² Er führte auf Taiwan Regierungsformen nach Vorbildern der Ming-Dynastie ein. Für 21 Jahre, von 1662-1683, herrschten Cheng Cheng-Kung und seine Nachfolger über Taiwan.

Im September 1683, einer unmittelbar drohenden Invasion von Taiwan durch Chingkräfte gegenübergestellt, trat die Regierung Cheng ab. Mit der Niederlage der Ming-Loyalisten wurde die Überlegenheit des nunmehr Ching-chinesischen Herrschaftssystems anerkannt. Der Ching-Hof in Beijing war zunächst bereit, Taiwan wieder in die Kategorie des Einflußbereichs zurückzustufen, denn nach der Vorstellung des Hofes

¹⁰⁰ Ebd., S. 9-10.

¹⁰¹ Ebd., S. 10.

¹⁰² Vgl. "Koxinga-Dutch Treaty, February 1, 1662", in: Chiu, Hungdah (Hrsg.), *China and The Taiwan Issue*, New York, 1979, S. 212.

sollten alle chinesischen Siedler von Taiwan auf das Festland zurückkehren und die Insel wieder den Eingeborenen überlassen werden. General Shih Liang, der die Eroberung Taiwans geleitet hatte, empfahl dem Thron jedoch, Taiwan mit Chinesen zu besiedeln und es in den unmittelbaren chinesischen Herrschaftsbereich einzubeziehen: somit wurde Taiwan zum ersten Mal als Teil des Staates ins chinesische Reich aufgenommen und unterlag der chinesischen Gerichtsbarkeit und Administration.¹⁰³

¹⁰³ Vgl. Wiethoff, Bodo: Chinas Dritte Grenze: Der traditionelle chinesische Staat und der küstennahe Seeraum, Wiesbaden 1969, S. 27.

2.1.2. Von einer japanischen Kolonie zur Provinz der Republik China

Es war die günstige geographische Lage Taiwans am wirtschaftlich und strategisch wichtigen Seeweg von und nach Japan, weshalb Taiwan für das japanische Kaiserreich ein attraktives Ziel darstellte, das mit seinem Expansionsdrang versuchte, der imperialistischen Politik der westlichen Mächte im 19. Jahrhundert in nichts nachzustehen.¹⁰⁴

Im Oktober 1872 annektierte Japan die Ryukyu-Inseln. Daraufhin wurde im Mai 1874 eine militärische Expedition nach Taiwan unternommen, angeblich, um taiwanesischen Eingeborenen zu bestrafen, die Seeleute aus Ryukyu ermordet haben sollten. Diese faktische Besetzung der Ostküste Taiwans durch Japan drohte einen Krieg auszulösen. Gesandte der Westmächte vermittelten zwischen China und Japan, um den Frieden zu erhalten und ihre eigenen Interessen im ostasiatisch-pazifischen Raum und vor allem in China zu wahren. Nach fünfmonatigen Verhandlungen wurden die „humanitären“ Beweggründe des japanischen Einfalls in Taiwan von China anerkannt und den Familien der ermordeten Seeleute, Entschädigungen zugesprochen. Im Gegenzug erkannte Japan die chinesische Souveränität über Taiwan an.¹⁰⁵

Dieses Ereignis brachte eine nicht unbedeutende Veränderung für Taiwan: Nachdem es bis zu dahin weitestgehend vom chinesischen Festland vernachlässigt wurde, stieg nun das Interesse an dem Ausbau der Fähigkeiten zur Verteidigung als auch der Wirtschaftskraft der Insel.¹⁰⁶ Eine Politik der aktiven Integration wurde eingeleitet, und schon 1885 wurde Taiwan offiziell als chinesische Provinz anerkannt. Seitdem wurde Taiwan zum integralen Teil des chinesischen Hoheitsgebietes und der effektiven Jurisdiktion der Zentralregierung in Beijing untergeordnet.¹⁰⁷

¹⁰⁴ Durch den Vertrag von Beijing 1860 mußten vier Häfen auf Taiwan für den ausländischen Handel geöffnet werden. 1884 wurden die Peng-hu (Pescadoreen) und die Nordspitze Taiwans durch Frankreich besetzt, das während des Französisch-Chinesischen Krieges von 1884 ein Jahr lang eine Blockade über die Insel verhängte. Vgl. Maurer, Jürgen: Taiwan in den Internationalen Beziehungen, Hamburg 1996, S. 23.

¹⁰⁵ Vgl. Yen-Scharf, Sophia: „Chinas Taiwan-Probleme bis 1949. Die regionale Dimension“, in: Kindermann, von Gottfried-Karl (Hrsg.), *Chinas unbeendeter Bürgerkrieg. Im Spannungsfeld Peking-Taiwan-USA 1949-1980*, Wien/München 1980, S. 97; s.a. Yen, Sophia: Taiwan in China's Foreign Relations, 1836-1874, Hamden 1965, S. 154-174, 212-295.

¹⁰⁶ Vgl. Hsu, Chieh-lin: „The Republic of China and Japan“, in: Wang, Yu-san (Hrsg.), *Foreign Policy of the Republic of China on Taiwan. An Unorthodox Approach*, New York 1990, S. 45f.

¹⁰⁷ Vgl. Yen-Scharf, Sophia, a.a.O., S. 98.

Durch den Vertrag von Shimonoseki am 17. April 1895, nach der Niederlage im Krieg mit Japan um die Suzeränität über Korea 1894/95, wurde China aber gezwungen, unter anderem Taiwan und die Penghu-Inselgruppe an Japan abzutreten.¹⁰⁸ Nach der Bekanntgabe der Unterzeichnung dieses Vertrags rief der damalige Gouverneur von Taiwan, Tang Jing-song, am 25. Mai 1895 die Unabhängigkeit der Republik Taiwan (*Taiwan Minzhuguo*) aus.¹⁰⁹ Seine Hoffnung auf Unterstützung durch die Westmächte wurde jedoch enttäuscht, und der Widerstand der Taiwanesen und Chinesen gegen die weit überlegenen japanischen Truppen wurde nach nur kurzer Zeit gebrochen mit dem Ergebnis, dass Taiwan Ende August 1895 unter japanischer Herrschaft stand. Taiwan wurde eine japanische Kolonie.¹¹⁰ Die Kolonialisierung Taiwans war nur der erste Schritt einer japanischen Expansionspolitik gegen seinen großen Nachbarn, da Taiwan aufgrund seiner günstigen geographischen Lage zum „Trittsstein“ für Gebietseroberungen auf dem chinesischen Festland genutzt werden konnte.¹¹¹

Zur Zeit der japanischen Machtübernahme in Taiwan stand die Herrschaft der Ching am Rande des Zusammenbruchs. Eine Rebellion des Militärs im Oktober 1911 brachte das Regime endgültig zu Fall. An seine Stelle trat die am 1. Januar 1912 gegründete Republik China, an deren Spitze der Nationalist Sun Yat-Sen als Präsident stand. Suns Regierung wurde bald durch die Diktatur von Yuan Shi-Kai ersetzt, der eine konstitutionelle Monarchie einführte, sich selbst zum Kaiser erhob und Suns Nationalistische Partei (KMT) verbot. Yuans Tod im Jahre 1916 hinterließ ein Machtvakuum, in dem rivalisierende Militärführer die Kontrolle zu erlangen suchten. Vor diesem Hintergrund innerer Uneinigkeit und äußerer Schwäche wurde im Juli 1921 die Kommunistische Partei Chinas (KPCh) gegründet. Drei Jahre später schloss Sun einen Freundschaftsvertrag mit der Sowjetunion und reorganisierte die KMT gemäß leninistischen Vorgaben. Durch Moskau ermutigt, kooperierte die Kommunistische Partei Chinas mit der National-Partei in einer Einheitsfront. Dieser war nur ein kurzes Leben beschieden.

¹⁰⁸ Vgl. Chiu, Hungdah: *China and the Question of Taiwan: Document and Analysis*, New York 1973, S. 197f.

¹⁰⁹ Tang machte es der Regierung in Beijing ausdrücklich klar, daß die Unabhängigkeit nur zur Rechtfertigung des Widerstandes gegen Japan dienen sollte. Vgl. Lamley, Harry J.: „The 1895 Taiwan Republic, A Significant Episode in Modern Chinese History“, in: *Journal of Asian Studies*, 27 (1968), S. 739-762.

¹¹⁰ Chang, Han-yu und Myers, Roman H., „Japanese Colonial Development Policy in Taiwan, 1895-1906: A Case of Bureaucratic Entrepreneurship“, in: *Journal of Asian Studies*, 22(1963), S. 433-449.

¹¹¹ Jeon, Jei Guk: „The Origins of Northeast Asian NICs in Retrospect: The Colonial Political Economy, Japan in Korea and Taiwan“, in: *Asian Perspective*, 16, 1(1992), 77ff.

Nach Suns Tod im März 1925 ging die Führung der KMT an Chiang Kai-Shek über, welcher die Partei politisch rechts ausrichtete und die Zusammenarbeit mit den Kommunisten beendete. Im Jahre 1928 beherrschten Chiang und die KMT fast ganz China. Jedoch verhinderten die kommunistische Opposition und das stete Vordringen ausländischer Mächte eine vollständige Beherrschung des Festlandes. 1931 besetzte Japan die Mandschurei. Um der japanischen Aggression entgegen zu können, bildeten die KMT und die KPCh, die zu diesem Zeitpunkt die Macht in Nord-West-China besaß, eine zweite Einheitsfront. Nichtsdestoweniger dauerten die Auseinandersetzungen zwischen KMT und KPCh an.¹¹²

Im Juli 1937 schuf Japan mit dem Vorfall an der Marco-Polo-Brücke bei Beijing einen Kriegsvorwand, um weitere Gebietsteile Chinas zu erobern. Der Angriff Japans auf Pearl Harbor am 7. Dezember 1941 bedeutete den Beginn des Kriegs im Pazifik und des Zweiten Weltkriegs in Asien. Kurz nach dem Angriff auf Pearl Harbor am 9. Dezember 1941 erklärte die Republik China Japan offiziell den Krieg, der praktisch schon ab Juli 1937 in vollem Gange gewesen war, und hob alle Verträge zwischen China und Japan auf. In einer Pressekonferenz sagte Chinas damaliger Außenminister, sein Land sei voll entschlossen, die Pescadoren, Taiwan und die Mandschurei wieder in chinesischen Besitz zu bringen.¹¹³

Erst nach der Niederlage Japans im Zweiten Weltkrieg fiel Taiwan an China zurück. Japan mußte seine ehemaligen Kolonialterritorien der Regierung der Republik China überantworten, wie in der Kairo-Konferenz vom 26. November 1943 – von Präsident Roosevelt, Generalissimo Chiang Kai-Shek und Premierminister Churchill zusammen beschlossen – festgelegt worden war und in der Potsdam-Deklaration von 1945 bekräftigt werden sollte. Darin heißt es, daß alle Gebiete, die Japan von den Chinesen ‘gestohlen’ habe, wie z. B. die Manchurei, Formosa und die Pescadoren-Inseln, an China zurückgegeben werden sollen.¹¹⁴

¹¹² Kindermann, von Gottfried-Karl: “Zur Entstehungsgeschichte und Frühphase des Bürgerkrieges in China 1927-1949“, in: Kindermann, von Gottfried-Karl (Hrsg.), *Chinas unbeendeter Bürgerkrieg. Im Spannungsfeld Peking-Taiwan-USA 1949-1980*, Wien/München 1980, S. 25-40.

¹¹³ Chiu, Hungdah: “The Question of Taiwan in Sino-American Relations“, in: Chiu, Hungdah (Hrsg.), *China and The Taiwan Issue*, New York, 1979, S. 148.

¹¹⁴ Vgl. “The Cairo Declaration, November 26, 1943”: „*all the territories Japan has stolen from the Chinese, such as Manchuria, Formosa, and the Pescadores, shall be restored to the Republic of China*“.

Am 25 Oktober 1945 übernahm die ROC-Regierung Taiwan und Peng-hu von Japan und am nächsten Tag wurde verkündet, daß Taiwan zu einer Provinz Chinas geworden war.

2.2. Die Taiwan-Frage im Zeitalter des Kalten Krieges

2.2.1. Die Wende in der amerikanischen Politik: Von der Aufgabe der Republik China zur Verteidigung Taiwans

Trotz Beendigung des Zweiten Weltkrieges in Asien 1945 wurden die Kampfhandlungen auf chinesischem Boden nicht eingestellt, im Gegenteil: Die schon längere Zeit anhaltenden Spannungen zwischen der Nationalchinesischen Partei (KMT) und der Kommunistischen Partei (KPCh) konnten kaum von der kurzen Allianz im Krieg gegen Japan kompensiert werden und mündeten in einen Bürgerkrieg.

Ende 1948 beschleunigte sich der Niedergang des nationalistischen Regimes in China. Dies warf für die Vereinigten Staaten einige grundlegende Fragen auf. Die Regierung unter Harry S. Truman hatte sich vorher der Hoffnung hingegeben, die Nationalisten wären in der Lage, mit Unterstützung der USA einen militärischen Sieg der Kommunisten zu verhindern. Infolge der verheerenden Niederlagen der Nationalisten gegen Ende des Jahres 1948 jedoch, kam die US-Führung zu dem Schluss, dass das Schicksal der Nationalisten besiegelt sei. Eine vorausschauende US-Politik sollte sich deshalb darauf richten, in direkten Verhandlungen mit Chinas neuen kommunistischen Herrschern die amerikanischen Interessen weiter zu verfolgen. Nach dem Motto „let the dust settle“ hatte die Truman-Administration Anfang 1948 beschlossen, sich aus dem chinesischen Bürgerkrieg zurückzuziehen und die nationalistische Regierung fallen zu lassen. In einem nächsten Schritt wollte man sich irgendwie mit dem neuen kommunistischen China arrangieren.¹¹⁵

So wurden als Antwort auf diese Entwicklung gegen Ende des Jahres 1948 zwei Hauptstrategien formuliert. Erstens sollte der chinesische Titoismus ermutigt werden, um das neue, kommunistisch regierte China von der UdSSR zu entfremden. Die Differenzen zwischen den chinesischen Kommunisten und Moskau sollten dazu genutzt werden, den sowjetischen Einfluss in China möglichst gering zu halten. Beraten durch sein Außenministerium, hegte Truman Zweifel an einer Kontrolle der Kommunisti-

¹¹⁵ Vgl. Tucker, Nancy B.: Patterns in the Dust: Chinese-American Relations and the Recognition Controversy, 1949-1950, New York 1983. S.131ff.

schen Partei Chinas durch Moskau. Er war sich vielmehr der früheren Spannungen bewusst und erwartete neue über solche Fragen wie sowjetische Rechte in der Mandschurei und in Xinjiang. Zweitens wollte man, unter Ausnutzung der natürlichen Gegebenheiten, einen Verteidigungsring errichten. Dieser sollte sich über die der ostasiatischen Küste vorgelagerten Inseln erstrecken von den Aläuten über Japan und die Ryukyu bis zu den Philippinen. In der amerikanischen Regierung herrschte darüber Einigkeit, dass diese Inselkette für die USA eine lebenswichtige Verteidigungslinie darstelle. Aufgrund der Überlegenheit der amerikanischen Seestreitkräfte könnte diese Linie im Kriegsfall relativ leicht verteidigt werden. Die Truppen der Sowjetunion und ihrer Verbündeten sollten hier so lange aufgehalten werden, bis die Vereinigten Staaten Verstärkung herangeschafft, die Mobilmachung ausgerufen und Gegenschläge geplant hätten. Wenn, wie es wahrscheinlich schien, die USA in Europa die strategische Offensive gegen die UdSSR ergreifen würden, wäre die pazifische Verteidigungslinie mit minimalen Kräften zu halten gewesen. Dies würde andernorts die Konzentration größerer Verbände für offensive Operationen ermöglichen.¹¹⁶

Zwischen beiden Strategien bestand ein tiefer Widerspruch. Dieser bezog sich auf Taiwan, ein wichtiges Glied in der neuen Verteidigungskette. Die Abwehr einer kommunistischen Machtübernahme auf der Insel durch die USA musste sich gegenteilig auswirken auf alle Versuche, die Differenzen zwischen Beijing und Moskau auszunutzen. Wollte man sich dem chinesischen „Titoismus“ annähern, brachte dies unweigerlich die Distanzierung von den Nationalisten auf Formosa mit sich. Im Falle positiver Reaktionen aus der Volksrepublik hätte dies sogar die Aufgabe der Insel bedeuten können. Als Teil der Verteidigungskette im Pazifik nahm Taiwan eine wichtige Rolle ein.

Während die nationalistische Regierung auf dem Festland immer mehr Niederlagen erlitt, vollzog sich die Absetzbewegung der Regierung und der Streitkräfte nach Taiwan. Dieser Schritt wurde als eine vorübergehende Maßnahme betrachtet, um interne Kräfte für die Rückeroberung des Festlandes zu sammeln und die weitere Kooperation

¹¹⁶ Vgl. Gaddis, John Lewis: „The Strategic Perspective: The Rise and Fall of the Defense Perimeter Concept, 1947-1951,” in: Borg, Dorothy/Heinrichs, Waldo (Hrsg.), *Uncertain Years: Chinese-American Relations, 1947-1950*, New York 1980, S.77-93.

und finanzielle Unterstützung von außen zu sichern. Die Wahl Taiwans als Rückzugsbasis war dabei beeinflusst durch die strategisch günstige Lage der Insel.¹¹⁷ Außenminister George Yeh verwies darauf, dass, solange die Vereinigten Staaten Taiwan als zentralen Punkt ihrer Verteidigungskette im westlichen Pazifik betrachteten, die Insel kaum an die Roten fallen werde.¹¹⁸ Dadurch hoffte die nationalistische Regierung, die US-Regierung zur weiteren Kooperation und finanziellen wie militärischen Unterstützung überreden zu können.

Die geographischen Gegebenheiten verdeutlichen das Dilemma. Als eine ziemlich große Insel und nur 100 Seemeilen vor dem asiatischen Festland gelegen, liess sich Taiwan durch die Vereinigten Staaten mit relativ geringem Aufwand verteidigen und war so für die Seeherrschaft der USA im westlichen Pazifik von großem Wert. Dennoch entschied sich die US-Regierung schließlich, die Insel aufzugeben, um weiter gesteckte politische Ziele zu erreichen. Es war keine einfache Entscheidung. Anfangs versuchte die US-Führung, indem sie auf indirekte wirtschaftliche und diplomatische Mittel vertraute, beide Ziele, der Ausnutzung des chinesischen Titoismus und der Einbindung der Insel in die pazifische Verteidigungskette, miteinander ins Gleichgewicht zu bringen. Am 08. November 1948 beauftragte der amerikanische Verteidigungsminister die Joint Chiefs of Staff (JCS) mit einer Einschätzung der strategischen Auswirkungen auf die Sicherheit der Vereinigten Staaten, sollten Formosa und seine unmittelbar angrenzenden Inseln unter eine Regierung fallen, die für die Ausnutzung durch vom Kreml gelenkte Kommunisten zugänglich wäre.¹¹⁹ Am 24. November 1948 antworteten die JCS, dass eine kommunistische Machtübernahme in Taiwan sehr unvorteilhaft für die Sicherheit der Vereinigten Staaten wäre. Sie befanden, dass Formosa große Bedeutung als Kriegsbasis beigemessen werden könne „...*of use for the staging of troops, strategic air operations and control of adjacent shipping routes...*“ Die Kontrolle Taiwans durch eine vom Kreml gesteuerte Macht hingegen hätte noch größere

¹¹⁷ Die Insel Hainan, die ebenfalls als Rückzugsbasis in Frage kam, bildete nur eine unzureichende Alternative, da sie sehr viel näher am chinesischen Festland lag und von den Hauptseewegen von Japan und Korea relativ weit entfernt war.

¹¹⁸ Vgl. „The Minister-Counselor of Embassy in China (Clark) to the Secretary of The United States, April 8, 1949“, in: *Foreign Relations of the United States, 1949, vol. 8*, Washington, D. C.: US Government Printing Office (USGPO), 1978, S. 234.

¹¹⁹ Vgl. Garver, John W.: *The Sino-American Alliance--Nationalist China and American Cold War Strategy in Asia*, New York 1999, S. 15.

strategische Auswirkungen. Für den Kriegsfall, so betonte das Papier der JCS, würde die Kontrolle der Insel den Feind begünstigen mit der „*capability of dominating to his advantage and our disadvantage the sea routes between Japan and the Malay area, together with a greatly improved enemy capability of extending his control to the Ruyukyus and the Philippines, either of which could produce strategic consequences very seriously detrimental to our national security.*“¹²⁰ Die JCS betonten, es sei für die Sicherheitsinteressen der USA sehr nützlich, wenn, trotz der derzeitigen chinesischen Situation und ihrer offensichtlichen Tendenzen, die kommunistische Beherrschung Formosas verhindert werden könne, indem diplomatische und wirtschaftliche Schritte unternommen werden, die dazu dienlich seien, eine den Vereinigten Staaten freundlich gesinnte Regierung auf Formosa zu gewährleisten.¹²¹

Dem Nationalen Sicherheitsrat (National Security Council, NSC) 37/2 wurden diese Empfehlungen am 4. Februar 1949 vorgelegt. In einem ersten Entwurf dieses Memorandums hieß es: „*The basic aim of the United States should be to deny Formosa and the Pescadores to the Communists without ourselves taking any open unilateral responsibility for them or power over them.*“¹²² Das bedeutet, dies sollte auf diplomatischem und wirtschaftlichem, nicht aber auf militärischem Wege erreicht werden. In dem Dokument wurden die politischen Folgen eines Abweichens von diplomatischen und ökonomischen Mitteln herausgestellt. An erster Stelle drohte eine zunehmend feindselige Haltung Chinas.

Der NSC 37/2 war sich indessen wohl bewusst, dass diplomatische und wirtschaftliche Hebel allein zu schwach sein dürften, Taiwan den Kommunisten vorzuenthalten. Einen Tag nachdem Truman den NSC 37/2 bestätigt hatte, bat der Sicherheitsrat die JCS abzuschätzen, wie groß die Bedrohung für die amerikanische Sicherheit wäre „*in the event that diplomatic and economic steps to deny Communist domination of Formosa prove insufficient*“. Diese gaben in ihrer Antwort vom 10. Februar 1949 zu bedenken, dass die immer wahrscheinlicher werdende Machtübernahme der Kommunisten auf

¹²⁰ Zit. nach Garver, John W. (ebd.), S.16. Der Originaltext in: “Memoir of Secretary of Defense, 24 November 1948, Record Group 273, NSC 37, National Archives of the United States.

¹²¹ Garver, John W. (ebd.), S.16.

¹²² Zit. nach Garver, John W. (ebd.), S.16. Der Originaltext in: “NSC 37/2, 4 February 1949, Record Group 273”, National Archives of the United States.

Taiwan ohne Zweifel die Position der USA in Asien gefährden werde: *"the United States faces the prospect of strategic impotence on the continent of Asia, and that our military capabilities in the Western Pacific must rest primarily on control of sea lanes and maintenance of strategic air potential from a strategically tenable island position."* Sie fuhren fort: *"Enemy control of Formosa would seriously jeopardize our capabilities in these respects while constituting a major contribution to enemy capabilities."*¹²³ Der Verlust Taiwans an eine feindlich gesonnene VR China würde folglich eine ernsthafte Bedrohung für die Sicherheit der Vereinigten Staaten darstellen. Trotz der großen strategischen Bedeutung der Insel schlugen die JCS nur einige kleinere Maßnahmen zur Unterstützung Taiwans vor. Sie schlossen jeglichen „öffentlich militärischen Einsatz“ zur Verteidigung Formosas aus.¹²⁴

Nach der totalen Niederlage der nationalchinesischen Truppen auf dem Festland zog sich die nationalchinesische Regierung 1949 mit einem kompletten Beamtenapparat und 600.000 Soldaten über die Straße nach Taiwan zurück. Am 1. Oktober 1949 gründeten die chinesischen Kommunisten die Volksrepublik China in Beijing. Der Rückzug nach Taiwan bedeutete auch die Verlagerung des nationalistischen Regierungssitzes nach Taipeh als neue „zeitweilige“ Hauptstadt der Republik China am 7. Dezember 1949.¹²⁵

Am 30. Dezember bewilligte Truman das NSC 48/2. In ihm wurde verfügt, dass die Vereinigten Staaten durch angemessene politische, psychologische und wirtschaftliche Mittel jede Differenz sowohl zwischen den chinesischen Kommunisten und der UdSSR, als auch zwischen den Stalinisten und anderen Elementen in China ausnutzen und gleichzeitig jeglichen Anschein von Intervention unbedingt vermeiden sollten. Hinsichtlich der Insel Formosa sollten die Vereinigten Staaten weiterhin versuchen, der KPCh mit diplomatischen und wirtschaftlichen Mitteln die Insel zu verweigern.

¹²³ Zit. nach Garver, John W.(ebd.), S.17. Der Originaltext in: "NSC 37/2, 10 February 1949, Record Group 273", National Archives of the United States.

¹²⁴ Garver, John W. (ebd.), s. 17-18.

¹²⁵ Lai, Tse-han/Myers, R. H./Wei, W.: A tragic Beginning: The Taiwan Uprising of February 28, 1947, Stanford 1991, S. 15ff.

Das Dokument bekräftigt explizit, dass die strategische Bedeutung Formosas keine offenen US-Militärmaßnahmen rechtfertige.¹²⁶

Am 05. Januar 1950 gab Präsident Truman eine unmißverständliche Erklärung zum chinesischen Bürgerkrieg ab: Die Vereinigten Staaten hätten keinerlei Eroberungspläne für Formosa oder irgendwelche andere chinesische Territorien. Die Vereinigten Staaten hätten zum gegenwärtigen Zeitpunkt kein Interesse daran, Sonderrechte auf Formosa zu erhalten oder Militärbasen zu errichten. Noch hätten sie die Absicht, mit ihren Streitkräften in der jetzigen Situation zu intervenieren. Die Vereinigten Staaten würden keinen Kurs verfolgen, der zu ihrer Verwicklung in den Bürgerkrieg in China führen könnte. Ebenso wenig würden die Vereinigten Staaten den nationalistischen Streitkräften auf Formosa militärische oder logistische Hilfe zuteil werden lassen.¹²⁷

Wenige Tage später, am 12. Januar 1950, stellte US-Außenminister Acheson in einer Rede vor dem National Press Club klar, dass die amerikanische Verteidigungslinie im Westpazifik sich entlang der Aleuten über Japan und die Ryukyus bis zu den Philippinen ziehe. Taiwan und Südkorea wurden demonstrativ ausgeschlossen. Acheson ging sogar so weit zu sagen, niemand könne für die Gebiete außerhalb amerikanischer Verteidigungsgrenzen im Falle eines militärischen Angriffs garantieren. Sollte solch ein Angriff erfolgen, müßte er von den angegriffenen Völkern selbst und von der gesamten zivilisierten Welt unter der Charta der Vereinten Nationen abgewehrt werden.¹²⁸ Die Aussage war eindeutig: Es gab kein amerikanisches Engagement für Taiwan oder Südkorea. Anfang 1950 hatte die Truman-Regierung Taiwan also abgeschrieben. Die US-Führung spürte, dass es nur noch eine Frage der Zeit war, bis die Insel der Volksbefreiungsarmee zum Opfer fiel, die die Überreste der Nationalisten vernichten und schließlich den chinesischen Bürgerkrieg beenden würde.¹²⁹

¹²⁶ Vgl. Garver, John W., a.a.O., S.20.

¹²⁷ Vgl. "President Truman's Statement on U.S. Policy Respecting the Status of Formosa (Taiwan), January 5, 1950", in: Chiu, Hungdah (Hrsg.), *China and the Question of Taiwan. Document and Analysis*, New York 1973, S.220-221. Der Originaltext in: *American Foreign Policy, 1950-1955, Basic Documents* 2, Washington, D. C.: US Government Printing Office (USGPO), 1957, S. 2448-2449.

¹²⁸ Vgl. *The Department of State Bulletin*, Vol. XXII, No. 551, 23 January 1950, S. 111-118, hier S. 116.

¹²⁹ Vgl. Gaddis, John Lewis, a.a.O., S. 83.

Anfang 1950 veränderten zwei Ereignisse radikal die internationale Situation in Ostasien. Eines war die Bildung der Allianz zwischen der UdSSR und der VR China im Februar, das andere war der Einmarsch Nordkoreas in Südkorea im Juni. Obwohl Josef Stalin und Mao Tse Tung voll starkem gegenseitigen Mißtrauen zusammentrafen, gelang es ihnen, dieses Mißtrauen zu überwinden und einen dreißig Jahre währenden Vertrag der „Freundschaft, Allianz und gegenseitigen Hilfe“ abzuschließen. Dies geschah hauptsächlich aufgrund der Vorteile, die sich jeder der beiden von dem Vertrag gegenüber den USA versprach.¹³⁰

Stalin sah revolutionäre Offensiven in Asien offensichtlich als Möglichkeit an, die amerikanische Stärke und die Aufmerksamkeit Europas abzulenken und einen Keil zwischen die Volksrepublik China und die Vereinigten Staaten zu treiben. Mao, der der revolutionären Ideologie eng verbunden war, betrachtete weitere revolutionäre Erweiterungen in Asien als Möglichkeit, den US-Imperialismus zurückzudrängen und dadurch die Sicherheit von Chinas neuem revolutionären Staat zu verbessern. Der chinesisch-sowjetische Vertrag war eine militärische Allianz. Die chinesische Entscheidung für das Bündnis mit der UdSSR war mit der Planung einer Invasion Taiwans verbunden. Die Volksbefreiungsarmee hatte minimales Luft- und Seepotential, als sie Mitte 1949 begann, die Invasion Taiwans zu planen. Ein Erfolg erforderte den Aufbau dieses Potentials.¹³¹

Der chinesisch-sowjetische Vertrag erhöhte weiterhin die Wahrscheinlichkeit, dass Taiwan, sollte es unter Beijings Kontrolle geraten, für sowjetische Luft- und Seekräfte verfügbar würde. Taiwans Unterwerfung durch China wäre mit starker sowjetischer Unterstützung und Zustimmung erreicht worden.¹³² Durch das Bündnis mit Moskau vergrößerte Beijing den Ernst der Bedrohung gegen die USA im aufkommenden Kalten Krieg erheblich. Die Vereinigten Staaten wurden nun mit einem riesigen eurasischen Zusammenschluß konfrontiert, der sich von Zentraleuropa bis Südostasien erstreckte. Es wurde außerdem wahrscheinlicher, ja es war sogar sicher, dass jeder Kon-

¹³⁰ Vgl. Garver, John W., a.a.O., S. 21.

¹³¹ Vgl. Chen Jian: China's Road to the Korean War: The Making of the Sino-American Confrontation, New York 1994, S. 97-98.

¹³² Vgl. Garver, John W., a.a.O., S.23.

flikt mit der UdSSR global wäre und den Vereinigten Staaten große Kriege in Europa und im Fernen Osten aufzwingen würde.

Der chinesisch-sowjetische Vertrag vernichtete außerdem jegliche Aussicht auf einen chinesischen Titoismus in absehbarer Zukunft. Es schien sicher, dass die US-Bemühungen, chinesische irredentistische Haltungen hinsichtlich der sowjetischen Maßnahmen in der Mandschurei, der Mongolei und Xinjiang auszunutzen, fehlschlagen würden. Hinzu kam, dass die geopolitische Bedeutung Taiwans für den Widerstand gegen den neuen chinesisch-sowjetischen Block zunahm. Wenn Taiwan unter amerikanischer Kontrolle wäre, wären die sowjetischen U-Boote im Ostchinesischen Meer eingeschlossen. Wenn Taiwan in den Händen der Volksrepublik China wäre, wäre der Weg frei. Selbst amerikanische Führungskräfte, die noch vor kurzem Taiwan opfern wollten, um den chinesischen Titoismus stärker zu fördern, kamen nun zu dem Schluß, dass die Integrität der Barriere vor den küstennahen Inseln äußerst wichtig für die amerikanischen Sicherheitsinteressen war.¹³³

Einige der interessantesten Entwürfe formulierte der damalige Stellvertretende Außenminister für Fernöstliche Angelegenheiten, Dean Rusk. Am 30. Mai 1950 über sandte Rusk ein Memorandum an Außenminister Dean Acheson. Was er darin zur weiteren Vorgehensweise in der Taiwanproblematik empfahl, ließe sich am besten grob als Domino-Theorie bezeichnen. Wenn die Regierung nicht bald der Ausbreitung des Kommunismus eine Grenze setze, argumentierte Rusk, sei der Einfluß Amerikas hin: „we can expect an accelerated deterioration of our influence in the Mediterranean, Near East, Asia and Pacific“. Er fügte hinzu, dass Taiwan die ideale Stelle wäre, eine solche Linie zu ziehen: Wenn die Vereinigten Staaten öffentlich die Neutralität Formosas verkündeten und somit ihre Bereitschaft zum Ausdruck brächten, weder eine Eroberung durch die Kommunisten noch die Nutzung der Insel als Basis für Militäroperationen gegen das Festland zuzulassen, dann wäre dies eine Entscheidung, die mit Sicherheit nicht zurückgezogen werden müsse und einen offenen Krieg mit der Sowjetunion vermeide.¹³⁴

¹³³ Vgl. Garver, John W., a.a.O., S.24.

¹³⁴ Vgl. „Extract from a Draft Memorandum by the Assistant Secretary of State for Far Eastern Affairs (Rusk) to the Secretary of State, May 30, 1950“, in: *Foreign Relations of the United States, 1950, vol. 6*,

Das zweite Ereignis, dass die amerikanische Taiwan-Politik entscheidend veränderte, war Nordkoreas Angriff auf Südkorea im Juni 1950. Die US-Führung glaubte, dass dieser Angriff mit der Zustimmung und Unterstützung von Stalin und Mao Tse Tung erfolgte. Der nordkoreanische Angriff überzeugte die US-Führung davon, dass der neu gebildete chinesisch-sowjetische Block zu aggressiven Maßnahmen bereit war, um die Grenzen des kommunistischen Lagers in Asien zu erweitern. Ein freiwilliger Rückzug vor diesem Angriff wäre für die Einheit der westlichen Allianz verheerend gewesen.¹³⁵

In dem neuen internationalen Kontext von Juni 1950 wurde die Aufmerksamkeit der Entscheidungsträger in Washington wieder auf die geopolitische Bedeutung Taiwans gelenkt, und zwar durch das lange „Memorandum on Formosa“ des Oberbefehlshabers für den Fernen Osten (Commander in Chief Far East, CINCFE) Douglas MacArthur, das am 14. Juni 1950 verfasst worden war - elf Tage vor dem Angriff Nordkoreas auf den Süden.¹³⁶ Laut MacArthurs Denkschrift wäre die Beherrschung Taiwans durch eine Macht, die den Vereinigten Staaten nicht freundlich gesinnt war, eine Katastrophe von größter Bedeutung. Er wies darauf hin, dass Formosa geographisch und strategisch ein integraler Teil der westlichen strategischen Grenze der Vereinigten Staaten sei, die sich von den Aläuten durch den Philippinischen Archipel zog. Andererseits würde der Besitz Taiwans durch eine nicht freundschaftliche Macht einen Hauptgegner im Zentrum der westlichen strategischen Grenzen der Vereinigten Staaten schaffen. Von Stützpunkten auf Taiwan aus befänden sich feindliche Kräfte 100 Meilen näher an Okinawa und 150 Meilen näher an Clark Field und der Subic Bay auf den Philippinen als von jedem Punkt des chinesischen Festlands aus. Hätten die sowjetischen Luft- und Seestreitkräfte Zugang zu Taiwan, würde es zu einer Basis für sowjetische U-Boote und Flugzeuge werden, die die US-Stützpunkte auf den Philippinen und in Okinawa bedrohten.¹³⁷ Von dort aus würden sowjetische Kräfte die US-Positionen im Pazifik spalten, die Nordflanke von der Südflanke abschneiden und die US-Basen und ihre Versorgungslinien von Pearl Harbor und Guam bedrohen. Wegen Taiwans zentraler Position und seines Stützpunktpotentials warnte MacArthur: "*For-*

Washington, D. C.: US Government Printing Office (USGPO), 1976, S. 349-351.

¹³⁵ Vgl. Garver, John W., a.a.O., S.26-27.

¹³⁶ Vgl. Garver, John W., a.a.O., S.27.

¹³⁷ Vgl. Garver, John W., a.a.O., S.28.

mosa's value to the Communists is the equivalent of an unsinkable aircraft carrier and submarine tender, ideally located to accomplish Soviet strategy as well as to checkmate the offensive capabilities of the central and southern positions of the FEC (Far Eastern Command) front line."¹³⁸

MacArthur schlug eine Seestrategie vor, um mit dem chinesisch-sowjetischen Block in Asien fertigzuwerden. Dieser Block beherrschte den eurasischen Kontinent und konnte auf interne Kommunikationsverbindungen zurückgreifen. Andererseits waren diese Kommunikationsverbindungen primitiv. Die Vereinigten Staaten hingegen hatten sowohl externe Kommunikationsverbindungen als auch überlegene Luft- und Seestreitkräfte zur Verfügung. Laut MacArthur sollten die Vereinigten Staaten die Kontrolle über die Gewässer und den Luftraum über dem Westpazifik aufrechterhalten und die Seeherrschaft dazu nutzen, die riesigen Landstreitkräfte Chinas zu besiegen. In diesem Kontext war Taiwan als Zentrum der küstennahen Inselgruppe wichtig.¹³⁹

MacArthurs Seestrategie wurde dementsprechend angenommen. Am 27. Juni 1950 informierte Truman die Welt über die Veränderung der US-Politik in bezug auf Taiwan:

*„The attack upon Korea makes it plain beyond all doubts that Communism has passed beyond the use of subversion to conquer independent nations and will now use armed invasion and war. It has defied the orders of the Security Council of the United Nations issued to preserve international peace and security. In these circumstances the occupation of Formosa by Communist force would be a direct threat to the security of the Pacific area and to United States forces performing their lawful and necessary functions in that area”*¹⁴⁰

Er gab anschließend bekannt, dass die Siebte Flotte abgeordnet worden sei, über die Neutralität der Straße von Taiwan zu wachen.¹⁴¹

¹³⁸ Zit. nach Gaddis, John Lewis, a.a.O., S. 89. Der Originaltext in: MacArthur to Department of the Army, C56410, May 29, 1950, MacArthur Papers, RG 6, box 2, "Formosa" folder.

¹³⁹ Vgl. Garver, John W., a.a.O., S. 29-30.

¹⁴⁰ Zitiert in "President Truman's Statement on the Mission of the U.S. Seventh Fleet in the Formosa Area, June 27, 1950". Vgl. Chiu, Hungdah (Hrsg.), China and the Question of Taiwan: Document and Analysis, New York 1973, S. 228. Der Originaltext in: American Foreign Policy, 1950-1955, Basic Documents 2, Washington, D. C.: US Government Printing Office (USGPO), 1957, S. 2468.

¹⁴¹ Präsident Truman sagte in seiner Verlautbarung zur Mission der Siebten U.S.-Flotte im Gebiet um Formosa am 27.06.1950: „I have ordered the Seventh Fleet to prevent any attack on Formosa. As a cor-

Seit Präsident Truman am 27. Juni 1950 der amerikanischen Taiwanpolitik eine neue Richtung gab, ist die Taiwan-Frage eines der Hauptthemen in den Beziehungen zwischen den USA, der Republik China auf Taiwan und der Volksrepublik China auf dem Festland geworden. Die USA wurden damit zum entscheidenden Mitspieler in dem noch nicht beigelegten innerchinesischen Konflikt, eine Frage, die seither die Kontroverse zwischen den USA, der VR China und der Regierung auf Taiwan bestimmt.

ollary of this action, I am calling upon the Chinese Government on Formosa to cease all air and sea operations against the mainland." Zit. in "President Truman's Statement on the Mission of the U.S. Seventh Fleet in the Formosa Area, June 27, 1950". Vgl. Chiu, Hungdah (Hrsg.), China and the Question of Taiwan: Document and Analysis, New York 1973, S. 228. Der Originaltext in: American Foreign Policy, 1950-1955, Basic Documents 2, Washington, D. C.: US Government Printing Office (USGPO), 1957, S. 2468.

2.2.2. Taiwan als antikommunistisches Verteidigungsbollwerk der Eindämmung in Ostasien

Mit dem Einfall der nordkoreanischen Streitkräfte am 25. Juni 1950 kam es zu einer Eskalation des Kalten Krieges in Ostasien, der in einen „heißen Krieg“ umschwang. Damit wurde deutlich, dass es sich beim Kalten Krieg nicht ausschließlich um eine typisch europäische Erscheinung¹⁴² und für diese Region relevante Bedrohung handelte, die sich bis in den ostasiatischen Raum erstreckt und auch dort als solche wahrgenommen werden muß.

Dabei war es der US-Regierung, die mit dem UN-Mandat vom 27. Juni 1950 handelte, nicht gelungen, die Ausbreitung des Konfliktes zu unterbinden. Nachdem den UN-Streitkräften unter General MacArthur die Verdrängung der Nordkoreanischen Aggressoren über den 38. Breitengrad hinaus geglückt war und sie sich bereits auf die nordkoreanisch-chinesische Grenze zu bewegten, kam es im Oktober 1950 zum Eingriff der volksrepublikanischen Truppen in den Koreakrieg. Was die chinesische Sichtweise betrifft, so war die Einmischung in den Koreakrieg für die Sicherung der eigenen Grenzen zu gewährleisten. Die Regierung der USA wiederum wertete dieses Eingreifen als aggressiv.¹⁴³ Weiterhin ging es der US-Regierung - wie auch der Regierung auf Taiwan - darum, als Reaktion auf den Koreakrieg innerhalb kurzer Zeit eine starke Verteidigungsbasis zu schaffen, um der unmittelbaren Bedrohung einer Invasion Taiwans vom chinesischen Festland entgegenzutreten. Nach ihrer Entscheidung versorgte die US-Regierung die Republik China nicht nur mit materieller Hilfe in Form von militärischer Ausrüstung und personeller Unterstützung, sondern auch mit finanzieller Verteidigungshilfe.¹⁴⁴

¹⁴² 1947, mit der Übernahme der britischen Rolle durch die USA in Griechenland und in der Türkei kristallisierte sich die Eindämmungspolitik in Europa heraus. Sie zeigte sich auch in dem Bemühen der USA, den sowjetischen Druck auf Iran zu verringern. Nachdem Osteuropa bereits unter sowjetische Kontrolle gefallen war, gewährte die US-Regierung diesen Regierungen militärische und wirtschaftliche Hilfe, um eine sowjetische Expansion in den Mittelmeerraum zu verhindern. Vgl. Maurer, Jürgen: Taiwan in den Internationalen Beziehungen, Hamburg 1996, S. 39.

¹⁴³ Vgl. Friedman, Edward: "Real interests of China and America in the Taiwan Area", in: Cohen, Jerome Alan et al., *Taiwan and American Policy. The Dilemma in U.S.-China Relations*, New York 1971, S. 38ff; s.a. Maurer, Jürgen, a.a.O., S. 40.

¹⁴⁴ Militärische Organisations-, Ausbildungs- und Koordinationsdienstleistung wurde von US-Seite durch die Military Assistance Advisory Group (MAAG) wahrgenommen, die im April 1951 auf Taiwan eingerichtet wurde. Vgl. Maurer, Jürgen, a.a.O., S. 44f.

Nachdem der Korea-Krieg mit dem Eintritt Chinas Ende 1950 praktisch zu einem chinesisch-amerikanischen Krieg geworden war, waren die Chancen, dass die Vereinigten Staaten nach Ende des Korea-Krieges zu ihrer Politik von vor 1950 zurückkehren und Taiwan freiwillig opfern würden, gleich Null. Hinzu kam, dass die sowjetische Herausforderung durch die zunehmende chinesische Stärke viel bedrohlicher geworden war. Die Frage, die sich die US-Führung jetzt stellte, war, wie man mit dem neuen, unvermeidbaren chinesisch-sowjetischen Block fertigwerden sollte. Angesichts dieser Frage waren die Vorteile einer Seestrategie für die Vereinigten Staaten bei einer Konfrontation mit dem chinesisch-sowjetischen Block und die Bedeutung Taiwans im Rahmen einer solchen Strategie einfach zu groß.

Im Mai 1953 wies Präsident Eisenhower seine Stabschefs an, die globale Militärstrategie der USA zu überprüfen. Eine Reihe von Überlegungen bestimmte diese Arbeit. Eine ging davon aus, dass die Streitkräfte der Vereinigten Staaten zu ungünstig platziert seien. Zu viele Truppen seien an weit entlegenen Außenposten stationiert und ließen so nur eine zu kleine strategische Reserve in den USA zurück. Eine Umgruppierung der Streitkräfte hätte für die USA auch finanzielle Vorteile. Eisenhower und der Generalstab befürchteten jedoch, ein zu weitreichender oder zu schneller Rückzug der US-Streitkräfte von ihren ausländischen Positionen würde die Kommunisten stärken und das Vertrauen befreundeter Staaten in Amerikas Fähigkeit, sie zu schützen, und das Interesse daran untergraben. Demzufolge musste der strategische Rückzug der US-amerikanischen Streitkräfte in ihr Heimatland durch einen Ausbau der „indigenen Kräfte“ ausgeglichen werden. Taiwan bot in Asien die vielversprechendsten „indigenen Kräfte“ an.¹⁴⁵

Der Glaube, die USA müssten durch eine aggressivere Auseinandersetzung mit dem chinesisch-sowjetischen Lager die Initiative im Kalten Krieg ergreifen, bestimmte als zweite Idee Eisenhowers Überlegungen. Er meinte, die Vereinigten Staaten sollten auf das Vordringen der Kommunisten nicht länger bloß reagieren. Solange man nicht die Initiative ergreife, würde die Sowjetunion keinen Anlass für ernsthafte Verhandlungen

¹⁴⁵ Vgl. Garver, John W.: *The Sino-American Alliance--Nationalist China and American Cold War Strategy in Asia*, New York 1999, S. 52.

sehen. Demgemäß sollten die USA durch offene und versteckte Aktivitäten die Macht der Sowjetunion unterminieren. Natürlich standen die Absicht eines aggressiveren Vorgehens gegen den sino-sowjetischen Block und der Wunsch nach einem Rückzug der Streitkräfte in das amerikanische Mutterland im Widerspruch zueinander. Eine Lösung dieses Widerspruchs sah man in der Aufrüstung der Verbündeten in den am weitesten vorgerückten Gebieten. Dies brachte ebenso das nationalistische Regime in Taiwan wieder ins Spiel.¹⁴⁶

Die Ergebnisse der neuen strategischen Planungen unter Eisenhower wurden im Beschluss 146/2 des nationalen Sicherheitsrates niedergelegt, den der Präsident am 6. November 1953 bestätigte. Darin wurde Formosa formal in den westpazifischen Verteidigungsring eingegliedert. Die Truman-Administration hatte in Beschluss 48/5 vom Mai 1951 Japan, die Ryukyus, die Philippinen, Australien und Neuseeland als „the off-shore defence line“ festgelegt. Darüber hinaus wollten die USA Formosa gegen jedes chinesische Regime verteidigen, das mit der UdSSR verbündet oder von dieser kontrolliert sei. Mit anderen Worten, unter Truman wäre die Insel an eine chinesische Regierung, die nicht mit der UdSSR verbündet oder von dieser kontrolliert gewesen wäre, ausgeliefert worden. Nicht so nach dem unter Eisenhower formulierten Beschluss. Hier sollten Formosa und die Pescadorensen tatsächlich in die fernöstliche Verteidigungslinie der USA integriert werden. Feindliche Kräfte sollten selbst bei Risiko eines großen Krieges an der Kontrolle der Insel gehindert werden. Die Vereinigten Staaten ließen keinen Zweifel daran, im Falle eines Angriffs entsprechend zu reagieren. Doch diese gewichtigen Worte bedeuteten hier immer noch ein geringeres Engagement der USA als an anderen Stellen der westpazifischen Verteidigungskette. Eine Aggression des Chinesisch-Sowjetischen Blocks gegen Japan, Südkorea, die Philippinen, Australien oder Neuseeland hätte automatisch den Kriegseintritt der Vereinigten Staaten zur Folge gehabt. Für Taiwan und Indochina war keine automatische Reaktion der USA vorgesehen. Aber das amerikanische Interesse war auch hier so stark, dass ein Angriff die Vereinigten Staaten wahrscheinlich zum militärischen Eingreifen gezwungen hätte. Für diese flexiblere Einstellung gab es ein Hauptgrund: zwischen Washington und Taipeh bestanden grundlegende Meinungsverschiedenheiten über „das Ziel der Rück-

¹⁴⁶ Ebd.

eroberung des Festlands“. Für die gesamte Dauer ihres Bündnisses mit den chinesischen Nationalisten sahen sich die Vereinigten Staaten gezwungen, mit aus den unterschiedlichen Zielvorstellungen erwachsenden Problemen kämpfen zu müssen. Während die USA die Verteidigung Taiwans im Rahmen ihres westpazifischen Verteidigungsringes als absolut notwendig für ihre Sicherheit ansahen und bereit waren, dafür einen großen Konflikt zu riskieren, waren sie nicht bereit, einen Krieg für die Befreiung Chinas von der kommunistischen Herrschaft zu führen.¹⁴⁷

Unter dieser Berücksichtigung war die Eisenhower-Administration in der Frage des Abschlusses eines Verteidigungsabkommens mit Taiwan sehr zurückhaltend. Wenige Tage bevor die South East Asian Treaty Organization (SEATO)¹⁴⁸ in Manila gegründet wurde, am 3. September 1954, kam von volksrepublikanischen Führung der Befehl, die von nationalchinesischen Truppen gehaltene Insel Jinmen (die in geringer Entfernung vor der chinesischen Festlandküste liegt) zu bombardieren. Das war gleichzeitig der Auslöser der ersten Taiwan-Straßen-Krise, die sich über den Zeitraum von 1954 bis 55 erstreckte. Neben den Plänen, die stärkere Einbindung Taiwans in das multilaterale Verteidigungsbündnis der SEATO oder ähnlicher Sicherheitsallianzen zu verhindern, sollte vor allem die US-Regierung von einer weiteren Einmischung in den innerchinesischen Konflikt abgehalten werden.¹⁴⁹ Im Ergebnis brachte dies alles jedoch eine Beschleunigung der Verhandlungen über den bilateralen Verteidigungsvertrag zwischen Washington und Taipeh, der Anfang Dezember 1954 geschlossen wurde.¹⁵⁰

Die Initiative für diesen Vertrag kam von Taipeh. Taipeh wollte einen beiderseitigen Sicherheitsvertrag, weil er die US-Politik gegenüber Taiwan stabilisieren und es Washington schwieriger machen würde, seine Politik gegenüber Taiwan radikal zu verändern, so zum Beispiel durch die Schaffung eines UN-Mandats über Taiwan oder die Aufgabe Taiwans als Preis für einen „modus vivendi“ mit Beijing. Sobald die Vereinigten Staaten einen formalen beiderseitigen Sicherheitsvertrag mit der Regierung in

¹⁴⁷ Ebd., S. 53-54.

¹⁴⁸ Der SEATO-Pakt wurde am 8. September 1954 unterzeichnet und umfaßte die USA, Großbritannien, Frankreich, Australien, Neuseeland, Pakistan, die Philippinen und Thailand.

¹⁴⁹ Vgl. Stolper, Thomas E.: China, Taiwan, and the Offshore Islands, Armonk 1985, S.23ff.

¹⁵⁰ Vgl. Clough, Ralph N.: Island China, Cambridge 1978, S. 10f.

Taipeh unterzeichnet hatten, wurde es für sie politisch und juristisch schwieriger, den Kurs zu ändern und eine Neuorientierung vorzunehmen, die den Vertragspartner in Taipeh ignorieren würde. Ein Vertrag mit den Vereinigten Staaten würde außerdem das innenpolitische und internationale Ansehen des nationalistischen Regimes erhöhen.¹⁵¹

Aus Washingtons Sicht diente der beiderseitige Sicherheitsvertrag verschiedenen Absichten. Er half, die Volksrepublik China von militärischen Aktionen gegen Taiwan abzuhalten, indem man jegliche Mehrdeutigkeit in bezug auf das amerikanische Engagement für Taiwans Verteidigung beseitigte. Außerdem könnte eine formale Ausweitung des amerikanischen Militärschutzes für Taiwan Beijing ermutigen, der De-facto-Abspaltung der Insel vom Festland entgegenzukommen. Ein beiderseitiger Sicherheitsvertrag würde auch die politische und juristische Basis für die Nutzung von Stützpunkten in Taiwan durch US-Streitkräfte hergeben, wenn dies notwendig werden sollte. Washington war sich außerdem der positiven Auswirkungen bewußt, die ein Vertrag auf die innenpolitische und internationale Position der Nationalisten hätte, und befürwortete diese Auswirkungen. Ein legitimer Partner in Taipeh war ein wirkungsvollerer Partner.¹⁵²

Ein weiteres Mal tauchte die Frage der Verteidigungsbereitschaft der dem Festland vorgelagerten Inseln, die von nationalchinesischen Truppen gehalten wurden, im August 1958 auf, als von der kommunistischen Regierung befohlen wurde, Jinmen und Mazu zu bombardieren. Damit sollte die Aufmerksamkeit der Welt auf die Taiwan-Frage gelenkt und getestet werden, wie weit die Unterstützung der sowjetischen Seite gegenüber der VR China geht. Wiederum konnte mit Unterstützung der US-Regierung verhindert werden, dass kommunistische Truppen in Jinmen und Mazu einfallen. Dafür wurde von amerikanischer Seite erneut gedroht, Nuklearwaffen einzusetzen, für den Fall, dass die Kommunisten versuchen, die Inseln zu übernehmen. Das war auch der Moment, in dem die Sowjetunion zögerte, der VR China bei dieser provokanten militärischen Handlung ihre Unterstützung zuzusichern.¹⁵³

¹⁵¹ Vgl. Shao, Yu-ming: *Zhong Mei guanxi yanjiu wenji*, Taipeh 1980, S. 111-116.

¹⁵² Vgl. Garver, John W., a.a.O., S. 54.

¹⁵³ Vgl. He, Di: "The Evolution of the People's Republic of China's Policy toward the Offshore Islands",

Dass bei zwei aufeinanderfolgenden US-Regierungen durchaus die Bereitschaft bestand, umfangreiche Ressourcen für die Verteidigung Taiwans zu mobilisieren und damit ihre eigenen Verpflichtungen entsprechend dem bilateralen Verteidigungsvertrag wahrzunehmen, haben die Entwicklung nach dem Koreakrieg und den beiden Krisen in der Taiwan-Straße hinlänglich gezeigt. Hier wird deutlich, dass es zwischen dem Interesse der US-Regierung und dem der nationalchinesischen Regierung eine signifikante Übereinstimmung gab: Während die USA versuchten, mit dem Argument der strategischen Position Taiwans die kommunistischen Expansionspläne einzudämmen und die eigene nationale Sicherheit zu erhöhen, war für die nationalchinesische Regierung lebenswichtig, den Einfall der chinesischen Kommunisten auf Taiwan zu verhindern.

in: Cohen, Warren I. / Iriye, Akira (Hrsg.), *The Great Powers in East Asia 1953-1960*, New York 1990, S. 235ff.

2.3. Die neue globalstrategische Konstellation des Kalten Krieges und ihre Implikationen für die Entwicklung der Taiwan-Frage

Die Chinapolitik der Vereinigten Staaten entsprach bis zum Ende der 60er Jahre im wesentlichen noch der von der Truman-Administration nach dem Eingreifen Chinas in den Korea-Konflikt formulierten. Ihr lag die Theorie einer engen politischen Abstimmung zwischen der Sowjetunion und China (der Sino-Sowjetische Block) zu Grunde. Ziel dieses politischen Schulterschlusses sollte die Hegemonie der Kommunisten über die schwachen Staaten in Asien und im Pazifischen Raum der Nachkriegszeit sein. Diese Grundannahme war durch den Koreakrieg ganz offensichtlich bestätigt worden. Ziel der amerikanischen Politik war es, das „kommunistische China“ zu isolieren und einzudämmen. Die USA erkannten die chinesischen Kommunisten nicht als die rechtmäßigen Herrscher des Landes an. Ebenso widersetzten sie sich einer Aufnahme Chinas in die Vereinten Nationen oder in andere internationale Foren. Sie unterstützten weiterhin nachdrücklich die internationale Anerkennung des geschlagenen nationalistischen Regimes auf Taiwan und den Anspruch der „Republik China“ auf die Insel.

Im Jahre 1968 wurden die Grundlagen dieser Politik ernsthaft in Frage gestellt. Das chinesisch-sowjetische Bündnis war eindeutig eine Sache der Vergangenheit. Die Divergenzen zwischen Moskau und Beijing waren ohne Zweifel die wichtigste Ursache für die veränderte Situation. Die Spannungen zwischen den beiden nahmen ihren Anfang in den 50er Jahren, wuchsen stetig in den Sechzigern und erreichten 1968-69 ihren Höhepunkt. Am Ende sah sich Beijing in seiner Sicherheit so bedroht, dass man einen flexibleren politischen Kurs gegenüber der übrigen Welt einschlug. Schließlich gelang es China, die anderen Großmächte, einschließlich der USA zu überzeugen, dass es sowohl möglich als auch wünschenswert sei, mit Beijing und Moskau separat und nicht als Teil eines Blockes zu verhandeln.¹⁵⁴

Der politische Kurs sowohl Chinas als auch Moskaus trug dazu bei, die wachsenden Widersprüche und Spannungen zu mehren. Aber in erster Linie waren es wohl die rings um China zusammengezogenen sowjetischen Truppen, welche die Chinesen zu

¹⁵⁴ Vgl. Barnett, A. Doak: „The Changing Strategic Balance in Asia“, in: Hsiao, Gene T. (Hrsg.), *Sino-American Détente and Its Policy Implications*, New York 1974, S. 23.

der Überzeugung gelangen ließen, dass ihre Politik gegenüber den anderen Großmächten der Änderung bedürfe. Die sowjetische Truppenmassierung vollzog sich größtenteils in der zweiten Hälfte der 60er Jahre. China erlebte in dieser Zeit durch die Kulturrevolution große innenpolitische Unruhen. Mit zunehmender Sorge verfolgte auch Moskau die Fortschritte der Chinesen beim Aufbau eigener nuklearer Kapazitäten. Ebenso war man über Beijings rücksichtslose ideologische und politische Attacken verärgert und über die Versuche, in der Welt ebenso großen Einfluss wie die Sowjetunion zu erlangen bzw. den sowjetischen Einfluß zu untergraben. Darüber hinaus waren die Russen zunehmend von dem scheinbar „irrationalen“ Verhalten der chinesischen Führung irritiert – vor allem während der Kulturrevolution. Zusätzlich trugen antichinesische Vorurteile zu der übertriebenen Wahrnehmung einer „chinesischen Bedrohung“ bei. Aus diesen Motiven speiste sich die Entscheidung Moskaus, entlang der chinesischen Grenze gewaltige Truppenstärken zu konzentrieren.¹⁵⁵

Von China wurde der sowjetische Aufmarsch mit zunehmender Sorge betrachtet. Ende der 60er Jahre war die „sowjetische Bedrohung“ zweifelsohne das beherrschende Thema der chinesischen Außenpolitik. Sicher nahm Beijing die Hinweise auf mögliche sowjetische Angriffe auf Chinas nukleare und industrielle Zentren ernst. Ganz eindeutig jedoch fürchtete die chinesische Führung nicht nur eine militärische Auseinandersetzung, sondern auch und vor allem wachsenden sowjetischen Druck und sowjetische Einflussnahme auf die inneren Angelegenheiten. Die sowjetische Intervention in der Tschechoslowakei 1968 trieb die chinesischen Ängste auf die Spitze. Die kleinen aber erbitterten Grenzstreitigkeiten am Fluss Ussuri steigerten die Leidenschaften auf beiden Seiten und brachten die zwei Staaten an den Rand eines Krieges. Seit dieser Zeit scheinen noch vor ideologischen oder anderen Gesichtspunkten nationale Sicherheitspläne der wichtigste Punkt in der chinesischen Außenpolitik zu sein. Dies zwang China zu einer flexibleren Herangehensweise, die es ihm ermöglichte, seinen Bewegungsspielraum zu erweitern und seine Politik sowohl gegenüber den USA als auch Japan anzupassen. Eines der chinesischen Hauptziele ist seit Ende der 60er Jahre die Entwicklung neuer Beziehungen zu den anderen Großmächten Asiens gewesen, um so

¹⁵⁵ Ebd., S. 23-24.

ein Gegengewicht zur Sowjetunion zu schaffen und die Handlungsfreiheit Moskaus einzuschränken.¹⁵⁶

Ebenso wie China begannen auch die USA ihre Politik zu überdenken. Unter starkem innenpolitischen Druck bereitete sich Washington - wenn auch vorsichtig - seit 1968 auf den Rückzug aus Vietnam vor. 1969 verkündete der neu gewählte Präsident die nach ihm benannte „Nixon-Doktrin“. Darin kam der neue Trend zur Verringerung statt Verstärkung der amerikanischen Militärpräsenz in Asien zum Ausdruck. Dies deutete auf das Interesse der USA an flexibleren politischen und diplomatischen Mitteln, die die Umstellung in der amerikanischen Militärmacht in Asien kompensieren könnten. Nixon und Kissinger, sein wichtigster Ratgeber in außenpolitischen Fragen, unterwarfen die US-amerikanische Außenpolitik einer völligen Neubewertung. Dabei gingen sie von der Annahme aus, dass eine neue multipolare Konstellation von Großmächten im Entstehen begriffen sei. Dieses weltweite, pentagonale Kräfteverhältnis umfasste die USA, die Sowjetunion, China, Japan und Westeuropa. In diesem Kontext stand auch die Neuausrichtung der Beziehungen zu China.¹⁵⁷

Schon 1969 unternahm die Nixon-Administration erste Schritte, die ein höheres Maß an Flexibilität und das Interesse, die Kontakte zu China auf eine breitere Basis zu stellen, aufwiesen. Im November des Jahres wurde die schon neunzehn Jahre währende Überwachung der Straße von Taiwan durch die Siebte Flotte eingestellt. Diese hatte in der Zeit des Koreakrieges begonnen, um eine Invasion der Insel zu verhindern. Um Beijing gegenüber den Eindruck zu vermeiden, die USA hätte kein Interesse mehr am Schutz Taiwans, ließ Kissinger durch den pakistanischen Präsidenten Yahya Khan in Beijing mitteilen, dass die Verpflichtungen der USA gegenüber Taiwan unverändert weiter bestünden. Am 16 April 1976 gab Nixon seiner Hoffnung Ausdruck, eines Tages China besuchen zu können. Diesen Wunsch wiederholte er auf einer Pressekonferenz am 29. April. Dann veröffentlichte die Zeitschrift „Life“ in ihrer Ausgabe vom 30. April Maos Einladung an Nixon. Am 11. Juni nahm der chinesische Premier Zhou Enlai offiziell den amerikanischen Vorschlag zu einem Besuch Kissingers in Beijing für den 9. bis 11. Juli an. Dieser fand wie geplant statt, woraufhin Präsident Nixon in

¹⁵⁶ Vgl. Barnett, A. Doak, a.a.O., S. 24.

¹⁵⁷ Vgl. Barnett, A. Doak, a.a.O., S. 25.

der Lage war, einer überraschten Weltöffentlichkeit am 15. Juli mitzuteilen, er habe eine Einladung nach Beijing angenommen.¹⁵⁸

Die US-Regierung begann Anfang der 70er Jahre, auch ihre Position in der Frage einer UN-Repräsentation der VR China zu überdenken. Der US-Kongreß verabschiedete 1971 zum ersten Mal in zwanzig Jahren keine Resolution, die gegen die Zulassung der VR China sprach. Zwar setzte die US-Regierung auf die Möglichkeit einer Aufnahme der VR China ohne Ausschluß der nationalchinesischen Vertreter, jedoch erwiesen sich diese Bemühungen als vergeblich. In der UN-Abstimmung vom 25. Oktober 1971 sprach sich die UN-Mehrheit für die Aufnahme volksrepublikanischer an Stelle nationalchinesischer Vertreter aus.¹⁵⁹

Unmittelbares Ziel der Initiative Nixons war es, für diplomatische Manöver in den Beziehungen zur Sowjetunion Spielraum zu gewinnen und in Hinsicht auf Vietnam eine gemäßigte Haltung seitens der Soviet Union zu erreichen.¹⁶⁰ Aber die Vereinigten Staaten verfolgten auch weitreichendere Ziele. Diese lassen sich wie folgt zusammen fassen:¹⁶¹

1. China in einer Art und Weise den Eintritt in die internationale Gemeinschaft zu ebnen, die Stabilität und Weltfrieden sichern würde,
2. dem Land die Entwicklung zu einem starken, sicheren, ökonomisch erfolgreichen Staat zu ermöglichen, der eine angemessene und konstruktive Rolle im asiatisch-pazifischen Raum und schließlich auch weltweit einnehmen kann;
3. die bestehenden Kontroversen, wie z. B. die Taiwan-Frage, zu entschärfen und die mit der Herausbildung einer regionalen und nuklearen Großmacht verbundene Gefahr von Fehleinschätzungen auszuräumen;

¹⁵⁸ Vgl. Freeman, Charles W.: "The Process of Rapprochement: Achievements and Problems", in: Hsiao, Gene T./Witunski, Michael (Hrsg.), *Sino-American Normalization and Its Policy Implications*, New York 1983, S. 3-7.

¹⁵⁹ Vgl. Clough, Ralph N.: "The Republic of China and the World", in: Chiu, Hungdah/leng, Shao-chuan (Hrsg.), *China: Seventy Years After the 1911 Hsin-hai Revolution, Charlottesville 1984*, S. 524-557.

¹⁶⁰ Vgl. Kissinger, Henry A.: *White House Years*, Boston 1979, S. 763-765.

¹⁶¹ Vgl. Freeman, Charles W., a.a.O., S. 7-8.

4. mit China konstruktive Konsultationsmechanismen für internationale Fragen sowie freundliche und einvernehmliche wirtschaftliche, kulturelle und sonstige Beziehungen aufzubauen, um die genannten Ziele zu erreichen.

Die USA ließen keinen Zweifel daran bestehen, dass die Öffnung China gegenüber als langfristige strategische Maßnahme anzusehen sei. Unter Bezugnahme auf die von Premierminister Zhou Enlai auf dem 10. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas am 24. August 1973 gehaltene Rede, lassen sich die Ziele Beijings folgendermaßen zusammenfassen:¹⁶²

1. durch die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten ein Gegengewicht zur Sowjetunion zu schaffen und somit die Gefahr eines sowjetischen Angriffs zu reduzieren;
2. entweder unilateral oder durch Geheimabkommen mit der Sowjetunion, Japan oder anderen die Gefahr eines amerikanischen Angriffs zu minimieren;
3. die Herausbildung einer globalen sowjetisch-amerikanischen „Supermacht-Dominanz“ zu verhindern, aus der China ausgeschlossen und der es unterworfen wäre;
4. durch die USA und die Weltgemeinschaft die diplomatische Anerkennung der VR China, ihrer nationalen Interessen und ihrer Rolle als regionale und globale Großmacht zu erreichen und somit ihr Mitspracherecht in internationalen Angelegenheiten zu sichern;
5. Zugang zu den ökonomischen und technologischen Ressourcen der USA zu erlangen und diese für den Aufbau von Industrie und der Landesverteidigung Chinas zu nutzen;
6. schließlich das Einverständnis der Vereinigten Staaten für die Wiedereingliederung Taiwans in die VR China zu erhalten.

Auf internationaler Ebene stimmten die amerikanischen und chinesischen strategischen Ziele größtenteils überein. Normalen bilateralen Beziehungen stand jedoch ein grundlegendes Problem im Wege: Taiwan. Die von Kissinger und Zhou Enlai geführ-

¹⁶² Vgl. Peking Review, 16 (September 1973) 35-36, S. 17-25.

ten Gespräche waren davon überschattet, obwohl Kissingers bahnbrechende Besuche in Beijing vom Juli und Oktober 1971 darum bemüht waren, die Positionen beider Seiten in internationalen Fragen in einen strategischen Kontext zu stellen. Die Schlüsselfrage war, ob Taiwan auf dem Altar der Großmachtpolitik geopfert werden sollte. Schließlich löste das strategische Dreieck die Eindämmung als dominierendes Paradigma der US-Außenpolitik gegenüber China ab. Stillschweigend vereinbarten beide Seiten, kontroverse Fragen nicht auf die Spitze zu treiben.¹⁶³ Dies schuf die Grundlage für einen Normalisierungsprozess, in dem beide Seiten bemüht waren, immer größere Übereinstimmung zu erzielen und Differenzen bis zu einer späteren Lösung zurückzustellen.

Präsident Nixons Besuch in China fand vom 21. bis 28. Februar 1972 statt. Am Ende der Reise wurde am 28. Februar in Shanghai ein gemeinsames Kommuniqué veröffentlicht, das das Recht beider Länder zur Meinungsverschiedenheit festhielt, ein „agreement to disagree“. Hinsichtlich der Taiwan-Frage bestand die VR China mit ihrem Selbstverständnis als einzige rechtmäßige Regierung Chinas weiterhin auf ihrem Anspruch auf die Insel. Sie bekräftigte, dass die Befreiung Taiwans eine innere Angelegenheit Chinas sei, in die sich einzumischen kein Land das Recht hätte. Weiterhin forderte sie den Rückzug aller amerikanischen Streitkräfte und den Abbau aller militärischen Einrichtungen auf der Insel. Das Kommuniqué schloss mit dem Satz: *„the Chinese government firmly opposes any activities which aim at the creation of ,one China, two governments’, ,two Chinas’, an ,independent Taiwan’ or advocate that ,the status of Taiwan remains to be determined’.*“¹⁶⁴

Im Wortlaut des amerikanischen Kommuniquéteils wurde eine Konfrontation einfach durch folgenden Wortlaut umgangen: *„The United States acknowledge that all Chinese on either side of the Taiwan Strait maintain there is but one China and that Taiwan is a part of China. The United States government does not challenge that position. It affirms its interest in a peaceful settlement of the Taiwan question by the Chinese*

¹⁶³ Vgl. Kissinger, Henry A., a.a.O., S. 749.

¹⁶⁴ Siehe „The Shanghai Communique, February 28, 1972“, in: Chiu, Hungdah (Hrsg.), *China and The Taiwan Issue*, New York 1979, S. 246-249. Der Originaltext in: Department of State Bulletin 66, no. 1708 (March 20, 1972): 435-438.

themselves.”¹⁶⁵ Die Verwendung des Begriffes „acknowledge“ (zur Kenntnis nehmen) statt „recognize“ (anerkennen) in Verbindung mit dem Zusatz „there is but one China and Taiwan is a part of China“ für „all Chinese on either side of the Taiwan Strait“ schuf die legale Basis für fortgesetzte, vom Veto Beijings unabhängige diplomatische Beziehungen zwischen den USA und Taiwan. Im diplomatischen Gebrauch impliziert „recognition“ (Anerkennung) die Akzeptanz der souveränen Ansprüche eines Staates oder seiner Regierung. Eine solche Tragweite kommt dem Begriff „acknowledge“ (zur Kenntnis nehmen) nicht zu. Demzufolge äußerten sich die USA nicht zu der Frage, ob Taiwan ein Teil Chinas sei, sondern nahmen lediglich zur Kenntnis, dass dies die Position anderer Staaten sei. Die Vereinigten Staaten versprachen lediglich, diese Auffassung nicht in Frage zu stellen (to challenge). Dies stand auch im Einklang mit der festen Zusage Amerikas, die taiwanischen Unabhängigkeitsbestrebungen nicht zu unterstützen. Weiterhin bekräftigten die USA ihre Absicht, sämtliche Streitkräfte von der Insel abzuziehen, setzten dafür jedoch kein Abschlußdatum fest. Vorläufig stimmten sie einer kontinuierlichen Reduzierung ihrer Truppen und Einrichtungen auf Taiwan zu. Trotz ihrer Differenzen in der Taiwan-Frage vereinbarten die VR China und die Vereinigten Staaten den Ausbau ihrer Handelsbeziehungen und ihrer kulturellen und sonstigen Kontakte. Zudem einigte man sich auf eine weitere Normalisierung der gegenseitigen Beziehungen.¹⁶⁶

Obwohl sich das Kommuniqué über die diplomatischen Beziehungen und den gegenseitigen Beistandspakt zwischen den USA und der Republik China ausschwig, sah Beijing keinen Nachteil darin, sich zwecks Erlangung von Sicherheitsgarantien den USA gegenüber zu öffnen und gleichzeitig über die Frage nach dem weiteren Schicksal Taiwans Kompromisse zu schließen. Die Annäherung an Washington sollte beiden Zielen dienen. Man ging davon aus, dass Washington die Zusammenarbeit mit Beijing aus einer Vielzahl von regionalen und globalen Gründen suchte. Solange China die Taiwan-Frage mit Nachdruck weiterverfolgte und auf einem vollständigen Rückzug Washingtons in dieser Angelegenheit bestand, würden sich die USA, so glaubte man, schließlich den chinesischen Ansprüchen beugen. So wäre die Sowjetunion abgeschreckt und würde Taiwan schließlich wieder in die Arme des Mutterlandes zurück-

¹⁶⁵ Ebd.

¹⁶⁶ Ebd.

kehren.¹⁶⁷ Aus diesen Gründen veröffentlichte die VR China nachfolgend die sogenannten drei Bedingungen für eine Normalisierung der Beziehungen. Diese beinhalteten neben dem bereits im Kommuniqué von Shanghai erwähnten Abzug der US-Truppen, die Beendigung der diplomatischen Beziehungen mit der Republik China und die Aufgabe des gegenseitigen Beistandspaktes. Präsident Nixon hat sich öffentlich nie darüber geäußert, ob er die letzten beiden Forderungen akzeptierte oder ihre Annahme wenigstens für möglich hielt. Im Gegenteil: Nixon und andere hochrangige Repräsentanten der USA bestätigten der Republik China sowohl vor als auch nach dem Besuch in Beijing wiederholt, dass der Vertrag davon unberührt bliebe. Überdies befand sich Nixon auch gar nicht in der Lage, die Bedingungen der VR China annehmen zu können, da ihm ein Amtsenthebungsverfahren drohte und er dringend auf die Unterstützung der konservativen Senatoren im Kongress angewiesen war.¹⁶⁸ Doch trotz wiederholten Versicherungen der USA in Richtung Taiwans gingen viele Staaten davon aus, dass es nur noch eine Frage der Zeit sei, bis die Vereinigten Staaten die Republik China fallen lassen würden. Deshalb verlagerten nacheinander viele Länder ihre diplomatische Anerkennung der Republik China hin zur VR China. Nach seinem dritten Besuch in Beijing kündigte Außenminister Henry Kissinger am 23. Februar 1973 die Eröffnung gegenseitiger ständiger Vertretungen (*liaison offices*) in den USA und der VR China an.¹⁶⁹

1974 hob der US-Kongress die Formosa-Erklärung¹⁷⁰ von 1955 auf. Entsprechend dem Shanghaier Kommuniqué kam es zur schrittweise Reduzierung der US-amerikanischen Streitkräfte auf Taiwan, im Februar 1975 wurde die letzte Kampfeinheit von Taiwan abgezogen. Jedoch verlief der Normalisierungsprozess wegen der innenpolitischen Schwierigkeiten wie Watergate und aufgrund der wirtschaftlichen Re-

¹⁶⁷ Vgl. Garver, John W., a.a.O., S. 274-275.

¹⁶⁸ Vgl. Chiu, Hungdah: "The Question of Taiwan in Sino-American Relations", in: Chiu, Hungdah (Hrsg.), *China and The Taiwan Issue*, New York 1979, S. 180.

¹⁶⁹ Vgl. Chiu, Hungdah (ebd.), S. 181.

¹⁷⁰ Die Formosa-Erklärung vom 29. Januar 1955 deklariert, „that the President of the United States be and he hereby is authorized to employ the Armed Forces of the United States as he deems necessary for the specific purpose of securing and protecting Formosa and the Pescadores against armed attack, this authority to include the securing and protection of such related positions and territories of that area now in friendly hands and the taking of such other measures as he judges to be required or appropriate in assuring the defense of Formosa and the Pescadores“. Vgl. "U.S. Congressional Authorization for the President to Employ the Armed Forces of the United States to Protect Formosa, the Pescadores, and Related Positions and Territories of that Area", in: Chiu, Hungdah (Hrsg.), *China and the Question of Taiwan: Document and Analysis*, New York 1973, S. 257.

zession, von der die USA betroffen war, nicht so schnell wie zu Beginn. Ein weiterer Grund hierfür kann in den außenpolitischen Schwierigkeiten gesehen werden, sei es wegen der fortschreitenden Verwicklung der Amerikaner in den Vietnamkrieg oder aufgrund der politischen Führungskämpfe, wie sie sich in der VR China Mitte der 1970er Jahre ereigneten. Die Möglichkeit, verstärkt eine Normalisierung der Lage zu verfolgen, ergab sich jedoch für beide Seiten erst nach 1975, als sich die USA vollständig aus dem Indochinakonflikt zurückzogen und die Sowjetunion ihre Präsenz im Südchinesischen Meer wie auch im Pazifik ausweiteten. Das bedeutete für die VR China eine erneute Bedrohung ihrer Südgrenze und für die USA und ihre Verbündeten eine Bedrohung ihrer Sicherheit im westpazifischen Raum.¹⁷¹ Mit der Verbesserung der Beziehungen zwischen den USA und der VR China verlor Taiwan zunehmend an strategischer und die nationalchinesische Regierung an politischer Bedeutung. Obwohl sich die US-Regierung an die VR China annäherte, wollte sie ihre Unterstützung für Taiwan zunächst nicht aufgeben, da die Führung der VR China den Gebrauch von Gewalt in der Lösung der Taiwan-Frage nicht ausschliessen wollte.

Die Regierung auf Taiwan versuchte, jeglichen Prozessen, die einer Normalisierung zuträglich wären, entgegenzuwirken bzw. wenigstens sicherzustellen, dass keine Vereinbarungen getroffen werden, die Taiwans Existenz gefährden könnten. Es wurden Kampagnen durchgeführt, mit denen die Vereinigten Staaten über die Nachteile und Gefahren, die eine Normalisierung der Beziehungen zur VR China mit sich bringen würden, aufgeklärt werden sollten. Außerdem äußerten sich Funktionäre gezielt zu einer Annäherung zwischen Taiwan und der Sowjetunion, einer Taktik, derer sich sowohl Taiwan als auch die Sowjetunion bedienten, schließlich gab es auf beiden Seiten kein Interesse an einem Normalisierungsprozeß zwischen den USA und der VR China – im Gegenteil, eine solche Entwicklung sollte möglichst verhindert werden.¹⁷²

Aber es wurde deutlich, daß nur Zeit gewonnen werden konnte, da die Normalisierung der Beziehungen zwischen den USA und der VR China letztlich nicht zu verhindern war. Am 15. Dezember 1978 verkündete US-Präsident Carter der Welt, dass die Vereinigten Staaten am 1. Januar 1979 diplomatische Beziehungen zur Volksrepublik

¹⁷¹ Vgl. Maurer, Jürgen, a. a. O., S. 107; s.a. Clough, Ralph N.: *Island China*, Cambridge 1978, S. 206ff.

¹⁷² Maurer, Jürgen, a. a. O., S. 108; s.a. Clough, Ralph N.(ebd.), S. 168f.

China aufnehmen würden. Er erklärte außerdem, dass er die diplomatischen Beziehungen zur Republik China an diesem Tag abbrechen, den beiderseitigen Verteidigungsvertrag ein Jahr später beenden und alle US-Streitkräfte innerhalb von vier Monaten aus Taiwan abziehen würde. Es gab weder eine Verpflichtung der Volksrepublik China, Gewalt gegen Taiwan zu unterlassen, noch eine einseitige US-Verpflichtung, für Taiwans Sicherheit zu sorgen. Die Erklärung des Präsidenten, die die gemeinsame Verlautbarung zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen begleitete, besagte, dass die Vereinigten Staaten weiterhin ein Interesse an einer friedlichen Lösung der Taiwan-Frage hätten, und dass sie erwarteten, dass die Taiwan-Frage von den Chinesen selbst friedlich gelöst werden würde.¹⁷³

Anders als beim Wechsel der Republik China zur VR China, mit dessen Anerkennung gerechnet werden konnte und aus der Perspektive der USA auch eine Notwendigkeit war, gab es sowohl in Taiwan als auch in den USA viele Gegenstimmen, was die Art und Weise des Normalisierungsprozesses und die Behandlung des Verbündeten Taiwan betraf. Noch im September 1978 kam es im US-Kongreß zur Verabschiedung eines Zusatzes zum Sicherheitsbeistandsgesetz, in dem speziell der beiderseitige Verteidigungsvertrag zwischen den USA und der Republik China einen zentralen Stellenwert einnahm. So wurde in diesem Zusatz hervorgehoben, daß die Vereinigten Staaten an einer stabilen und sicheren Lage im ostasiatischen Raum ein großes strategisches Interesse haben. Sollten Änderungen des Vertrages von 1954 erforderlich sein, dann mußte dafür eine vorherige Beratung zwischen Kongreß und Exekutive stattfinden. Damit versuchte man, die Folgen für den Sicherheitsstatus Taiwans einzudämmen, unabhängig davon, daß mit der offiziellen Anerkennung der VR China die Aufhebung des bilateralen Verteidigungsvertrages notwendig gewesen wäre. Da jedoch der US-Kongress umgangen wurde und von der Regierung Carter in der Politik gegenüber Taiwan die Sicherheitsproblematik nicht genügend Beachtung fand, wurde der Taiwan Relations Act (TRA) vom US-Kongress aus Angst vor noch mehr Vertrauenseinbußen bei den asiatischen Verbündeten ausgearbeitet und verabschiedet und

¹⁷³ Siehe "United States Statement Accompanying the Joint Communiqué on the Establishment of Diplomatic Relations between the United States and the People's Republic of China, December 15, 1978", in: Chiu, Hungdah (Hrsg.), *China and The Taiwan Issue*, New York 1979, S. 256. Der Originaltext in: Department of State Bulletin 79, no. 2022 (January 1979): 26.

bildet seit dem 10. April 1979 die gesetzliche Grundlage für die Beziehungen zwischen den USA und Taiwan.¹⁷⁴

Trotz fehlender offizieller Beziehungen zwischen den USA und Taiwan wird im TRA die amerikanische Unterstützung Taiwans für seine Sicherheit unterstrichen. Der Sicherheitsaspekt wurde deshalb pragmatisch und flexibel definiert, damit der Verpflichtung zur Unterstützung Taiwans auch ohne Verteidigungsvertrag nachgekommen werden kann.¹⁷⁵ Substantielle Beziehungen zwischen den USA und Taiwan wurden damit ermöglicht, in die sich die VR China nicht einmischen konnte, obwohl der Souveränitätsanspruch von amerikanischer formal anerkannt wurde.¹⁷⁶

Beijing verurteilte den TRA als unvereinbar mit dem "Shanghai Komunique" (1972) und dem gemeinsamen Komunique (Dezember 1978). Vor allem richtete die volksrepublikanische Regierung ihren Protest gegen fortgesetzte Waffenverkäufe an Taiwan. Die Kontroverse mit der VR China über die fortgesetzte Versorgung Taiwans mit US-Waffen führte am 17. August 1982 zum dritten gemeinsamen Komunique.¹⁷⁷ Darin verpflichteten sich die USA, Waffenverkäufe an Taiwan hinsichtlich Quantität und Qualität unter dem Niveau der vorangegangenen Jahre zu halten bzw. nach einem nicht näher benannten Zeitraum zu reduzieren und letztendlich ganz einzustellen. Jedoch zeigten sich die USA gegenüber der taiwanischen Regierung ebenfalls bereit, Taiwan auch zukünftig bei der Aufrechterhaltung seiner Verteidigungsfähigkeit weiterhin zu unterstützen.¹⁷⁸

¹⁷⁴ Vgl. Chou, David S.: "The Role of the U.S. President and Congress in American Foreign Policy-Making, with Special Reference to the Making and Implementation of the Taiwan Relations Act", in: *Issues & Studies*, 20 (1984) 3, S.41-66.

¹⁷⁵ Im TRA, Abschnitt 2, sichert die USA zu, "to provide Taiwan with arms of a defensive character; and to maintain the capacity of the United States to resist any resort to force or other forms of coercion that would jeopardize the security, or the social or economic system, of the people on Taiwan". Siehe "Taiwan Relations Act, 1979", in: Chiu, Hungdah (Hrsg.), *China and The Taiwan Issue*, New York 1979, Dokument 35, S. 266-275.

¹⁷⁶ Im TRA, In Abschnitt 4 wird konstatiert, dass Taiwan, insofern als es US-amerikanisches Gesetz betrifft, in gleicher Weise behandelt wird wie andere Länder, Nationen, Staaten, Regierungen oder ähnliche politische Gebilde. Siehe "Taiwan Relations Act, 1979", in: Chiu, Hungdah (Hrsg.), *China and The Taiwan Issue*, New York 1979, Dokument 35, S. 266-275; s.a. Auw, David C.L.: Commitment, Policy Legacy, and Policy Options: The U.S.-R.O.C. Relations Under Reagan", in: *Issue & Studies*, 18 (1982) 3, S. 8-26.

¹⁷⁷ Vgl. Geldenhuys, Deon: *Isolated States: A comparative Analysis*, Cambridge 1990, S. 482f.

¹⁷⁸ Die USA bekräftigten ihre Position gegenüber Taiwan in sechs Punkten: „1. Not to set a date for ending arms sales to the ROC; 2. Not to hold prior consultations with Peking on arms sales to the ROC; 3. Not to play any mediatory role between Taipei and Peking; 4. Not to revise the TRA; 5. Not to exert

2.4. Die Taiwan-Frage nach dem Ende des Ost-West-Konflikts

Seit 1989 hat der Kalte Krieg, der die Nachkriegsentwicklung entscheidend geprägt hat, seinen Einfluß verloren. Die geringer gewordene sowjetische Bedrohung zwang die US-Regierung zu einer Neubewertung ihrer strategischen Konzepte. Die strategische Bedrohung, die die VR China für die USA darstellte, hatte auch nachgelassen. Doch entwickelte sich die VR China daraufhin vielmehr zu einem steigenden Unsicherheitsfaktor für die Stabilität im Westpazifik, da sie weiterhin an einem sozialistisch-diktatorischen politischen System festhielt, auf den Ausbau ihrer militärischen Stärke setzte und mit Regionalmachtansprüchen für die ost-und südostasiatischen Nachbarn neue Bedrohungspereptionen schaffte.

Aus Beijings Sicht werfen die amerikanischen Reaktionen auf die Tiananmen-Krise von 1989 und Washingtons anschließende Politik gegenüber China zunehmend neue Probleme auf. Als Präsident Bush während der Kampagne zu seiner Wiederwahl 1992 die politisch motivierte Entscheidung fällte, 150 F-16 Flugzeuge an Taiwan zu verkaufen, sah Beijing das als schweren Schlag, und extrem schädigend für die chinesisch-amerikanischen Beziehungen. Nachdem Clinton Bush als Präsident ersetzt hatte, veranlasste seine Regierung neue Maßnahmen, die große Herausforderungen an China stellten. Am schwierigsten war Clintons Entscheidung, die normalen chinesisch-amerikanischen Handelsbeziehungen auf der Grundlage von Chinas „Most Favored Nation Status“ (MFN) fortzusetzen, unter der Bedingung, dass Beijing bereit sei, bestimmte Schritte zu unternehmen, um Chinas Menschenrechtspolitik zu verbessern. Die chinesische Führung betrachtete das als feindselige Maßnahme und als inakzeptable Einmischung in Chinas Innenpolitik.¹⁷⁹ Die Clinton-Regierung kritisierte Beijing trotzdem weiterhin in vielen Fragen der Wirtschaft, der Nichtverbreitung von Atomwaffen und der Menschenrechte und forderte Veränderungen in vielen Bereichen der chinesischen Politik. In einer Atmosphäre zunehmender Schärfe und Spannung verschlechterten sich die amerikanisch-chinesischen Beziehungen zusehends. Der

pressure on Taipei to enter into negotiations with Peking; 6. Not to alter the United States' position regarding sovereignty over Taiwan “; zit. nach Lin, Bih-jaw: “Taipei-Washington Relations: Moving Toward Institutionalization”, in: Chang, King-yuh (Hrsg.), *ROC-US Relations Under the Taiwan Relations Act: Practice and Prospects*, Taipeh 1988, S. 40-52.

¹⁷⁹ Sutter, Robert: “The Bush Administration and U.S. China Policy Debate-Reasons for Optimism”, in: *Issues & Studies*, 38 (June 2002) 2, S. 21.

Verfall der amerikanisch-chinesischen Beziehungen stellte einen wichtigen Teil des Hintergrunds zur Taiwan-Krise von 1995-96 dar, dennoch wichtiger war Beijings wachsende Besorgnis über Tendenzen in Taiwan, die in Richtung Unabhängigkeit führten.

2.4.1. Taiwans wirtschaftliches Wachstum, die Demokratisierung und die potentielle Herausforderung des „Einen Chinas“

Taiwan ist zu einer beeindruckenden wirtschaftlichen Erfolgsgeschichte geworden. Beijings Besorgnis galt allerdings nicht dem wirtschaftlichen Erfolg der Insel; selbst die Tatsache, dass das wirtschaftliche Wachstum Taiwan zur Demokratisierung führte, war nicht der Hauptgrund für Beijings wachsende Sorge in den neunziger Jahren. Die zunehmenden Anzeichen für Tendenzen, die das Streben Taiwans nach Unabhängigkeit unterstützten, ließen die Alarmglocken in Beijing läuten.

In der schwierigen Zeit direkt nach 1949 war Taiwans Überleben stark von der wirtschaftlichen, politischen und militärischen Unterstützung der USA abhängig. Während der ersten Phase seiner wirtschaftlichen Entwicklung nach 1949 blieb Taiwans politisches System im wesentlichen unverändert; es war weiterhin ein stark autoritäres System, das von einer Partei, der Kuomintang (KMT), dominiert wurde.

Wirtschaftliches Wachstum in den 50er und 60er Jahren war für die nationalchinesische Regierung notwendig, sowohl um das schiere Überleben auf Taiwan zu sichern, als auch um die Unzufriedenheit der Bevölkerung auf Taiwan über die repressive Herrschaftsausübung der KMT mindestens teilweise zu kompensieren und um die Unterstützung der Bevölkerung zu bekommen. Sicherlich dazu beigetragen hat die Tatsache, dass auf Provinz- und Lokalebene innerhalb bestimmter Grenzen politische Aktivitäten erlaubt waren, solange diese die KMT-Herrschaft auf Taiwan und die interne und externe Stabilität Taiwans nicht berührten.¹⁸⁰

¹⁸⁰ Vgl. Maurer, Jürgen: Taiwan in den Internationalen Beziehungen, S. 184-185.

In den späten sechziger Jahren hob Taiwans wirtschaftliche Entwicklung geradezu ab; seine Wachstumsrate stieg; der durchschnittliche Lebensstandard stieg sprunghaft an. Eine der Folgen des schnellen wirtschaftlichen Wachstums war der weitreichende soziale Wandel, der entscheidende Konsequenzen hatte, da er sich auf Haltungen und Muster sozialen und persönlichen Verhaltens auswirkte. Die politisch bedeutendste Entwicklung war die stete „Taiwanisierung“ der politischen und wirtschaftlichen Führung der Insel. Die einheimischen Taiwanesen (die Mehrheit der Bevölkerung, deren Vorfahren vor vielen Generationen vom Festland abwanderten, und die sich daher zunächst eher mit Taiwan identifizieren als mit dem Festland) erwarben zunehmend Einfluß und das Sagen der „Festländer“¹⁸¹ nahm relativ ab.

In den siebziger Jahren hatten der soziale Wandel und die wirtschaftliche Entwicklung begonnen, Forderungen nach politischer Liberalisierung hervorzurufen. Die wirtschaftliche und soziale Entwicklung, die so große politische Bedeutung hatte, war das Auftreten eines neuen und zunehmend wohlhabenden Mittelstandes, deren Vertreter kontinuierlich Druck nach politischer Beteiligung und für demokratischen Wandel ausübten. Daraus resultierend tauchten neue politische Gruppen auf, die die KMT herausforderten. Diese neue Klasse der Herausforderer bestand tendenziell aus in Taiwan geborenen Mitgliedern der Intelligenz: Anwälte, Studenten und Universitätsprofessoren.¹⁸² Angesichts ihrer diplomatischen Isolation im Ausland und der zunehmenden politischen Herausforderungen im Inland kam die KMT den Forderungen nach politischer Liberalisierung bereitwilliger nach. Der „Taiwanisierungsprozess“ schritt immer schneller voran, als Partei-, Justiz- und Polizeiorganisationen sich gemeinsam bemühten, gebürtige Taiwanesen zu integrieren.

In den 1980er Jahren wurde Taiwan zu einer großen Handelsnation, es häufte nach und nach große Reserven an ausländischen Devisen an, es begann, beträchtliche ausländische Investitionen zu tätigen und einer Reihe von Ländern, besonders in Afrika und Lateinamerika, Wirtschaftshilfe zu geben. Taiwan war einer von Ostasiens sogenannten „wirtschaftlichen Tigern“ (eine Gruppe, zu der auch Südkorea, Hongkong und

¹⁸¹ Der Minderheit, zu der die Familien gehören, die nach dem Zweiten Weltkrieg nach Taiwan kamen und stärkere Verbindungen mit dem Festland haben als der durchschnittliche Taiwanese.

¹⁸² Tien, Hung-mao: „Elections and Taiwan's Development“, in: Tien, Hung-mao (Hrsg.), *Taiwan's Electoral Politics and Democratic Transition: Riding the Third Wave*, New York 1996, S. 10.

Singapur gehörten). Wirklicher Fortschritt in Richtung Demokratisierung in Taiwan begann, als Chiang Ching-Kuo (Sohn und Nachfolger Chiang Kai-Sheks, des langjährigen Führers der Kuomintang) die Notwendigkeit für einen politischen Wandel erkannte und begann, die Repression zu lockern, wodurch er einen freieren politischen Diskurs ermöglichte. Der Prozess der Demokratisierung in Taiwan brachte zahlreiche innenpolitische Probleme zum Vorschein, aber er löste auch eine öffentliche Debatte darüber aus, welche Beziehung Taiwan in Zukunft mit dem Festland haben sollte, was einige wichtige taiwanische Gruppen dazu anregte, sich öffentlich für die Unabhängigkeit auszusprechen. Am 28. September 1986 verkündete die Fortschrittspartei (DPP) ihre Gründung. Den Kern der unterstützenden Kräfte der DPP bildeten die gebürtigen Taiwaner, die eine vollständige Unabhängigkeit favorisieren. Die DPP präsentierte sich daher als Partei des taiwanischen Volkes, in Abgrenzung zur KMT, die, wie die DPP behauptet, bisher hauptsächlich um festländische Interessen besorgt war. Im Dezember 1991 wurde auf dem Parteitag eine Resolution durchgesetzt, das Ziel der Unabhängigkeit in der DPP-Charta festzuschreiben.¹⁸³ Durch das Anzweifeln des „Ein-China-Prinzips“ und das Hervorheben einer entstehenden separaten taiwanischen Identität forderte die DPP die Vision der KMT von einer Republik China heraus.

Lee Teng-Hui (ein gebürtiger Taiwaner, der von Chiang Ching-Kuo als Vizepräsident ausgewählt worden war) wurde Chiangs Nachfolger und damit der erste in Taiwan geborene Präsident, der nach Chiangs Tod am 13. Januar 1988 das Amt des Parteivorsitzenden der KMT übernahm. Viele aus der alten Garde der Festländer in der KMT betrachteten Lees Nachfolge mit Mißtrauen, obwohl die Auffassung, dass seine Führung nur vorübergehend sei, den Widerstand schwächte. Um seine eigene Autorität zu etablieren und zu festigen, verringerte er den Einfluß der vom Festland stammenden Mitglieder in der KMT und richtete die Partei nach ihren in Taiwan geborenen Mitgliedern aus.¹⁸⁴

¹⁸³ Chu, Yun-han und Lin, Tse-min, „The Process of Democratic Consolidation in Taiwan: Social Cleavage, Electoral Competition, and the Emerging Party System“, in: Tien, Hung-mao (Hrsg.), *Taiwan's Electoral Politics and Democratic Transition: Riding the Third Wave*, New York 1996, S. 83.

¹⁸⁴ Vgl. Lee, Bernice: *The Security Implication of the New Taiwan*, IISS Adelphi Paper 331, London 1999, S. 30-31.

Lee hat in seinen öffentlichen Erklärungen durchweg das „Ein-China-Prinzip“ und die letztendliche Wiedervereinigung unterstützt. Jedoch hat er für eine Wiedervereinigung weitreichende politische, soziale und wirtschaftliche Veränderungen auf dem Festland zur Vorbedingung gemacht, was nach Meinung vieler bedeutet, dass eine Wiedervereinigung erst in ferner Zukunft ernsthaft in Erwägung gezogen werden kann. Lee und seine Regierung haben eine duale Politik verfolgt: Einerseits regte er die wirtschaftliche Expansion und andere nichtoffizielle Bindungen mit dem Festland an und stimmte sogar quasi-offiziellen Gesprächen mit China über eine begrenzte Zahl praktischer Probleme zu. Gleichzeitig führte er energische und aufsehenerregende Kampagnen durch, um Taiwans internationale Bindungen zu stärken, um die Beteiligung an internationalen Institutionen auszuweiten und im allgemeinen Taiwans Lebensraum international zu erweitern und zu verfestigen. Als Teil dieser Kampagne hat sich die taiwanische Regierung aktiv für eine erneute Schaffung eines separaten Sitzes für Taiwan in den Vereinten Nationen ausgesprochen, etwas, das unter den gegebenen Umständen offensichtlich nicht zu erreichen ist (Beijing würde im Sicherheitsrat einfach sein Veto einlegen), was aber Chinas Führung verärgert, da sie dies als Provokation betrachtet.¹⁸⁵ Diese Taktik brachte Beijing zu der Vermutung und dem Vorwurf, dass Lee in Wirklichkeit eine Täuschungspolitik verfolge, die darauf abziele, zunächst die Vollständigkeit der de facto vorhandenen Unabhängigkeit zu erreichen, und letztlich die internationale Anerkennung von Taiwans unabhängigem Status zu erzielen.

¹⁸⁵ Vgl. Barnett, A. Doak: Dangerous Dilemmas. The Unresolved Problem of Taiwan's Future, in: *American Foreign Policy Interests*, 18 (1996) 4, S. 12-13.

2.4.2. Die Taiwankrise 1995-96

Die wachsende Sorge der chinesischen Führung über mögliche Unabhängigkeitsbestrebungen in Taiwan verstärkte sich, als bekannt wurde, dass Lee Teng-Hui eingeladen worden war, 1995 die USA zu besuchen und einen Vortrag an der Cornell University zu halten. Beijing beschloss, dies mit allen Mitteln zu verhindern. Sowohl die USA als auch Taiwan wurden gewarnt, dass im Falle einer Reise Lees China äußerst heftig reagieren würde, wobei offengelassen wurde, was Beijing exakt zu tun gedachte. Obwohl die Reise als inoffizieller Besuch eingestuft wurde, war sie in den Augen Beijings von großer politischer Bedeutung. Man betrachtete sie aufgrund Lees politischen Ranges als eine ernsthafte Verletzung der „Doktrin vom einen China“. Zudem sah die Führung in Beijing darin einen Bruch der ihrer Meinung nach mit den Vereinigten Staaten bestehenden Übereinkunft, Besuche taiwanischer Spitzenpolitiker nicht zu gestatten.¹⁸⁶

China beschloss deshalb eine Grenzlinie zu ziehen, deren Überschreiten die ernsthaftesten Folgen nach sich ziehen würde. Aus Beijings Sicht hatte die Entwicklung seit dem Tiananmen-Massaker die Grundlagen des „Ein-China-Prinzips“ stetig untergraben. Dadurch seien Taiwans Führer dazu ermutigt worden, eine Politik der schleichenen Unabhängigkeit zu betreiben. Die chinesische Regierung zog daraus den Schluss, dass, sollte sie im Falle einer Reise Lees nicht mit Nachdruck reagieren, die Regierungen in Washington, Taipeh und anderen Hauptstädten den Widerstand Chinas gegen eine Aufwertung des Status von Taiwan nicht länger den nötigen Stellenwert beimessen würden. Man befürchtete, dass, wenn Lees Reise nicht verhindert werden könne und Beijing nicht in aller gebotenen Schärfe darauf reagierte, der Damm bräche, welcher bislang alle Versuche, Taiwans Status international aufzuwerten, zurückgehalten hatte, und dass daraufhin eine Flut von Veränderungen folgen müsste, an deren Ende Taiwans Unabhängigkeit stünde.¹⁸⁷

Die meisten Mitglieder des Kongresses in Washington schenkten dem Standpunkt Beijings nur wenig Aufmerksamkeit und befürworteten fast einhellig die Erteilung

¹⁸⁶ Ebd., S. 13.

¹⁸⁷ Ebd.

eines Visums für Lee. Die China-Spezialisten in der Exekutive nahmen jedoch die Warnungen aus Beijing ernst und befürchteten, ein Besuch Lees könnte einen weiteren schwerwiegenden Rückschlag in den diplomatischen Beziehungen zu China bedeuten. Sie empfahlen deswegen Präsident Clinton, Lee kein Visum zu erteilen. Clinton folgte diesem Rat, worauf das amerikanische das chinesische Außenministerium informierte, welches die Nachricht an die Führung in Beijing weitergab. Unmittelbar darauf verabschiedete der empörte Kongress eine Resolution (einstimmig im Senat und mit nur einer Gegenstimme im Repräsentantenhaus), welche die Erteilung eines Visums an Lee einforderte. Da es ihm offenbar ratsam schien, sich einer solch starken Opposition im Kongress nicht entgegenzustellen, gab Clinton hierauf seine Position auf und die U.S. Regierung stellte Lee ein Visum aus. Clintons Rückzug verärgerte Chinas Führungsspitze, die am 23. Mai ihren Protest veröffentlichte, in dem sie die USA anklagte, die den drei gemeinsamen Kommuniqués zugrundeliegende „Doktrin vom einen China“ zu verletzen, die Schaffung „zweier Chinas“ voranzutreiben und somit die chinesisches-amerikanischen Beziehungen zu gefährden.¹⁸⁸

Lee Teng-Hui setzte inzwischen seine Reise fort. Diese war zwar als „inoffiziell“ und „apolitisch“ bezeichnet worden, doch wurde Lee von einer großen Zahl an Journalisten begleitet und an der Cornell University herzlich begrüßt. In seiner Rede, die er hier anlässlich der Absolventenfeier hielt, verwendete Lee den Ausdruck „die Republik China auf Taiwan“ – eine Formulierung, die sowohl von Beijing als auch von Washington als Provokation verstanden werden musste – siebzehn mal. Dass er von „Volkssouveränität“ sprach, wurde von Beijing ebenfalls als Beweis für sein offensichtliches Streben nach der Unabhängigkeit Taiwans gewertet. China zeigte sich über die hohe öffentliche Aufmerksamkeit, welche dem Besuch zuteil wurde, irritiert. Die sechs Tage dauernde Reise Lees schlug sich weltweit in 949 Artikeln nieder, wovon 239 in der nordamerikanischen Presse erschienen.¹⁸⁹ Die Medien Taiwans feierten die Reise als einen Triumph. Lee selbst schätzte sie als wichtigen Meilenstein auf Taiwans Weg ein, seinen internationalen Status zu verbessern.

¹⁸⁸ Ebd., S. 14.

¹⁸⁹ Vgl. Chang, Joanne Jaw-ling: 1995-1996 Taihai Weiji. Huafu, Beijing, Taipei Zhi Juetse Xiwu Janto, Taipeh 1998, S. 99-143.

Beijing beschloss daraufhin, erstmals seit den späten fünfziger Jahren großangelegte Militärmanöver in der Nähe Taiwans durchzuführen. Damit wurden die Voraussetzungen einer neuen Taiwankrise geschaffen, die in den Monaten zwischen Lees Besuch in den Vereinigten Staaten und den Präsidentschaftswahlen in Taiwan im März 1996 schwelte. Die Führung in Beijing verfolgte verschiedene Ziele. An erster Stelle galt es, Taiwans vermeintlichen Unabhängigkeitsbestrebungen Einhalt zu gebieten. Weiterhin sollten die Regierungen in Taipeh und Washington einmal mehr davon überzeugt werden, dass Beijing zwar eine friedliche Wiedervereinigung anstrebe, ebenso aber bereit sei, falls nötig militärische Mittel zu ergreifen, um die Unabhängigkeit Taiwans zu verhindern, auch wenn dies mit den größten Opfern für China und alle anderen Beteiligten verbunden sein sollte.¹⁹⁰

Am 18. Juli meldete die offizielle chinesische Nachrichtenagentur Xinhua, dass die Volksarmee fünf Tage lang Raketentests durchführen werde. Diese sollten 150 km vor der Nordostküste Taiwans stattfinden und Beijings Politik des „militärischen Schutzes für Taiwan“ bekräftigen.¹⁹¹ Weitere Manöver mit scharfer Munition fanden zwischen dem 15. und 21. August statt, wobei sechs Raketen abgeschossen wurden. Um die Hardliner in Beijing nicht zu stärken, verzichteten die USA darauf, öffentlichen Protest zu erheben.

Joseph Nye, Staatssekretär für Internationale Sicherheitsfragen im US-Verteidigungsministerium, stattete vom 14. bis zum 18. November einen Gesprächsbesuch in Beijing ab. Die Führung der Volksarmee deutete ganz unmißverständlich eine Revision ihrer Taiwan betreffenden Pläne an. Trotz Drängens chinesischerseits lehnten Nye und seine Delegation die Erörterung „möglicher Vorgehensweisen“ ab und verlautbarten lediglich, dass jede Militäraktion gegen Taiwan einen schwerwiegenden Fehler darstellen würde.¹⁹² Überdies bekräftigte Nye erneut die Verbindlichkeit des „Taiwan Relations Act“ für die USA. In einer am 12. Dezember 1995 vor der Asia Society in Seattle gehaltenen Rede war Nye in seinen Aussagen jedoch weniger deutlich. Er betonte, dass „niemand wisse“, wie sich die USA im Falle eines Konflikts

¹⁹⁰ Vgl. Barnett, A. Doak, a.a.O., S. 14.

¹⁹¹ Vgl. „China Accuses US of Escalating“, *New York Times*, 11 March 1996.

¹⁹² Vgl. Garver, John W.: *Face Off: China, the United States, and Taiwan's Democratization*, Seattle 1997, S. 86.

in der Straße von Taiwan verhalten würden. Dennoch sollten sich beide Seiten der „schwerwiegenden Gefahr“ und des ernsthaften Eskalationsrisikos bewußt sein. Nyes Äußerungen konnten als Erwägung der Möglichkeit, nicht aber als Bekenntnis zu einer US-Intervention im Konfliktfalle verstanden werden.¹⁹³ Auf China machten diese unbestimmten Warnungen keinen Eindruck.

Anfang März 1996 wurden 150.000 Mann und 300 Flugzeuge für die anstehenden Manöver vor Taiwan zusammengezogen.¹⁹⁴ Beijing kündigte die ersten Raketentests für den 8. bis 15. März an - unmittelbar nach Beginn des dreiwöchigen Wahlkampfes zu den taiwanischen Präsidentschaftswahlen am 23. März. Das Testgebiet lag über 80km näher an Taiwan als in den Manövern von 1995. Sowohl Clinton als auch der US-Kongress verurteilten die Nähe des Zielgebietes. Am 7. März registrierten amerikanische Aufklärungsflugzeuge und der Kreuzer Bunker Hill die Übertragung der Flugdaten dreier chinesischer M9-Raketen an ihre Bodenstationen. Die M9 der zu den nuklearen Raketenstreitkräften gehörenden Zweiten Artillerie schlugen in den Schifffahrtsrinnen der wirtschaftlich bedeutendsten Häfen Taiwans ein: Kaohsiung im Süden, Chilung im Norden. Indem China Zielgebiete auswählte, die Taiwans nördlichen und südlichen Häfen vorgelagert waren, bewies es sein Vermögen, die wichtigsten See- und Luftwege der Insel abzuschneiden.¹⁹⁵

Am folgenden Tag gab der amerikanische Verteidigungsminister Perry die Entsendung eines Flottenverbandes unter Führung des Flugzeugträgers Independence in benachbarte Gewässer Taiwans bekannt. Unbeeindruckt kündigte Beijing am 9. März eine zweite Welle von Manövern der Volksarmee an. Dabei sollte es sich um fünf Übungen der Luft-, Land- und Seestreitkräfte zwischen dem 12. und 22. März mit scharfer Munition handeln. Sie sollten in einem riesigen trapezförmigen Gebiet südlich der Küste von Fujian, nahe der psychologisch bedeutsamen Mittellinie der Straße von Taiwan stattfinden.¹⁹⁶ Am 11. März gab das Pentagon bekannt, dass der

¹⁹³ Vgl. Lee, Bernice: The Security Implication of the New Taiwan, *Adelphi Paper 331*, London 1999, S. 48.

¹⁹⁴ Vgl. Garver, John W.: Face Off: China, the United States, and Taiwan's Democratization, Seattle 1997, S. 99.

¹⁹⁵ Vgl. Lee, Bernice, a.a.O., S. 49.

¹⁹⁶ Ebd., S. 50.

Flugzeugträger Nimitz mit einem zweiten Schiffsverband zu dem um die Independence hinzugestoßen sei. Das war die stärkste Konzentration amerikanischer Militärmacht in der Region seit dem Vietnamkrieg.

Drei Tage später verkündete Beijing eine dritte Manöverwelle für den 18. bis 25. März. Premier Li Peng warnte die USA am 17. März vor Machtdemonstrationen in der Meerenge von Taiwan, da diese fruchtlos seien und die Situation nur komplizierten.¹⁹⁷ Die Taiwankrise von 1995/96 erreichte ihren Höhepunkt mit den Präsidentschaftswahlen auf der Insel. Unmittelbar danach ließen die Spannungen nach. Am Wahlabend beendete Beijing seine militärischen Einschüchterungsversuche und nahm eine versöhnlichere Position ein. Ähnliches traf auch auf die taiwanische Führung zu. Premierminister Lien Chang gab Taipehs Hoffnung auf eine Wiederaufnahme des Dialogs und seiner Bereitschaft, die Möglichkeiten eines „Friedensabkommens“ und einer umfassenden Entspannung auszuloten, Ausdruck. Präsident Lee ließ verlauten, keine Absichten zu einem weiteren Besuch der USA zu hegen. US-Präsident Clinton begrüßte die Entspannung und Vertreter des US-Militärs gaben den Rückzug der amerikanischen Flugzeugträger aus dem Krisengebiet bekannt.¹⁹⁸

Obwohl in der Straße von Taiwan wieder Frieden herrscht und sich die Beziehungen sowohl zwischen Washington und Beijing als auch zwischen Beijing und Taipeh zu verbessern scheinen, bestehen alle die Krise von 1996 auslösenden Probleme weiter fort. Chinas Ziel ist klar - die Unabhängigkeit Taiwans bzw. alle politischen Versuche, diese voranzutreiben, zu verhindern. Für Taiwan ist die Lage komplizierter. Hier verbinden sich Bemühungen, seine internationale Stellung zu verbessern, die wirtschaftliche Prosperität abzusichern und die junge Demokratie weiter zu entwickeln. Für die USA stellen die chinesisch-taiwanischen Beziehungen ein Dilemma dar, welches in das Herz ihrer asiatischen Interessen zielt.

¹⁹⁷ Vgl. Garver, John W.: Face Off: China, the United States, and Taiwan's Democratization, Seattle 1997, S.107.

¹⁹⁸ Vgl. Barnett, A. Doak, a.a.O., S. 16.

2.4.3. Die internationale Wirkung der Taiwankrise 1995-96 und Reaktionen darauf

In Bezug auf Chinas auswärtige Beziehungen hatte die Krise in der Straße von Taiwan unterschiedliche Auswirkungen. Beijings Vorgehen brachte allen Nationen des asiatisch-pazifischen Raumes in Erinnerung, dass China auf seinem Widerstand gegen die Unabhängigkeit Taiwans unbeirrt verharren werde und das „Taiwan-Problem“ weiterhin eine potentielle Bedrohung für Stabilität und Entwicklung der gesamten Region darstellen werde. Zweifellos sollte Beijings Politik dazu dienen, andere Länder zu einem vorsichtigeren Agieren in Fragen Taiwans zu bewegen. Heute scheint es die Position der meisten Regierungen im ostasiatisch-pazifischen Raum zu sein, Chinas wachsender Macht durch die internationale Gemeinschaft ein effizientes politisches Gewicht entgegenzustellen, gleichzeitig jedoch die chinesischen Interessen zu befriedigen und nach Möglichkeit Kooperationsbeziehungen zu entwickeln. Chinas Bereitschaft, in der Straße von Taiwan militärischen Druck auszuüben, beunruhigte zweifellos alle diejenigen seiner Nachbarstaaten, welche noch ungelöste territoriale Fragen mit China hatten. Das könnte diesen Staaten einerseits zu verstärkten Verteidigungsbemühungen, andererseits zu größerer Rücksichtnahme auf chinesische Positionen Anlaß geben.¹⁹⁹

Die amerikanische Antwort auf die Taiwankrise war vorsichtig aber bestimmt. Washington kritisierte Chinas militärisches Muskelspiel, drängte aber gleichzeitig Taiwan wie Beijing zur Zurückhaltung. Die US-Regierung bekräftigte erneut ihre Ablehnung militärischer Lösungen der Taiwan-Frage und rief allen Seiten die Washington aus dem „Taiwan Relations Act“ erwachsende Verpflichtung, den Inselstaat mit Defensivwaffen auszurüsten, in Erinnerung. Die Entsendung von Seestreitkräften in die Taiwan umgebenden Gewässer, die dazu diente, das Interesse der USA an der Region zu unterstreichen und ihren Widerstand gegen gewaltsame Konfliktlösungen zu betonen, war gerechtfertigt und für Beijing vorhersehbar gewesen. Dennoch ist die Entscheidung, zwei Flugzeugträger statt nur einem zu entsenden, vielerorts als Überreaktion angesehen worden. Man riskierte damit die Übermittlung unerwünscht missverständlicher Signale an China und Taiwan. Diese konnten sowohl Chinas Verdacht,

¹⁹⁹ Vgl. Barnett, A. Doak, a.a.O., S. 15.

Ziel der US-Politik sei die Teilung Chinas als auch Taipehs Glauben (oder zumindest Hoffnung) auf uneingeschränkte Unterstützung durch die USA bestärken.²⁰⁰

Die Entscheidung Beijings, auf die US-Reise Lees mit einer militärischen Machtdemonstration zu reagieren, somit Chinas fortwährenden Widerstand gegen die Unabhängigkeit Taiwans zu dramatisieren und seine militärischen Kapazitäten zu zeigen, ist nachvollziehbar, obwohl sie weitreichende Kritik anderer Länder hervorrief. Jedoch hätte schon allein Chinas erster Raketentest nördlich von Taiwan diesen Zweck erfüllt. Die den chinesischen Raketenabschüssen in der Straße von Taiwan folgende Eskalation der Spannungen barg jedoch die Gefahr von Zufällen oder Fehlentscheidungen in sich, die zu wirklichen militärischen Zusammenstößen hätten führen können.²⁰¹

Obwohl der Wunsch Lee Teng –Huis, Taiwans internationale Stellung zu verbessern, verständlich ist und teilweise aus innenpolitischen Erfordernissen gewachsen war, lag der Anlass der Krise doch in seinem Besuch der Cornell-Universität. Sein Bestehen auf der Reise erwies sich als schwerwiegende Fehleinschätzung. Den Warnungen Beijings, sein Besuch würde als ernsthafte Provokation angesehen werden, maß er keine Bedeutung bei und unterschätzte so die Stärke einer chinesischen Reaktion. Hinsichtlich der Vereinigten Staaten stützte er sich auf die Unterstützung aus dem amerikanischen Kongress und übersah den Widerstand, der seinem Aufenthalt aus der Exekutive entgegengebracht wurde. Dabei unterschätzte er stark die Langzeitfolgen seines Handelns.

Die Krise des Jahres 1996 in der Straße von Taiwan kann als Wendepunkt in den internationalen Beziehungen der dem Kalten Krieg folgenden Ära angesehen werden. Erstmals seit den fünfziger Jahren begegneten sich die Streitkräfte der USA und Chinas in offener Konfrontation. Sowohl in geographischer wie in politischer Hinsicht war Taiwan zwischen diese beiden Großmächte geraten. Taiwan war derjenige der drei in die Krise verwickelten Protagonisten, der das meiste zu gewinnen, aber auch das meiste zu verlieren hatte. China und die Vereinigten Staaten verfügen über ausreichende Ressourcen, um weitreichende bilaterale Spannungen und regionale Konflikte

²⁰⁰ Vgl. Barnett, A. Doak, a.a.O., S. 16.

²⁰¹ Ebd.

zu überstehen. Taiwans wirtschaftliche und strategische Verwundbarkeit ist auf die Abhängigkeit von den bilateralen Beziehungen der Großmächte zurückzuführen. Ein Scheitern der Beziehungen mit China und den USA würde Taiwans Sicherheit, seine wirtschaftliche Entwicklung und seine junge Demokratie untergraben.

3. Die US-Strategie für den ostasiatisch-pazifischen Raum in den neunziger Jahren

3.1. Ein Überblick über die internationalen Rahmenbedingungen nach dem Ende des Ost-West-Konflikts

Die internationalen Rahmenbedingungen sind nach dem Ende des Ost-West-Konflikts durch den strukturellen Wandel verändert worden. Die neue weltpolitische Struktur ist grundverschieden von derjenigen, die seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges bestand, als im Zeichen der Biopolarität die Atlantische Allianz aus den USA und den westeuropäischen Staaten als Gegenpol zum Ostblock mit der Sowjetunion als Führungsmacht und den osteuropäischen kommunistischen Staaten begründet worden ist.²⁰²

Die fortlaufenden Geschehnisse Anfang der 1990er Jahre, wie die Wiedervereinigung Deutschlands, der Zerfall des Ostblocks und der Zusammenbruch der Sowjetunion, haben zum Ende der Biopolarität der Weltstruktur geführt. Der Abbau der Bipolarität und die Änderung der Machtverhältnisse zwischen den Großmächten schufen neue Rahmenbedingungen nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes. Welchen Charakter haben die neuen internationalen Rahmenbedingungen und wie sieht die Struktur der internationalen Rahmenbedingungen nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes aus?

„Die Machtrelationen zwischen den Hauptmächten des internationalen Systems haben sich nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes verändert.“ Auf der Strukturebene ist die neue globale Grundkonfiguration, die in den neunziger Jahren evolutionär entstanden ist, charakterisiert durch eine Kombination aus unipolarer und multipolarer Machtverteilung. Aus den weltpolitischen Konkurrenzen sind die USA siegreich hervorgegangen, und ihr militärstrategisches Potential hat sich relativ erhöht. Man kann daher von einer unipolaren Machtverteilung in der gegenwärtigen internationalen Rahmenstruktur sprechen, wenn man auf die Quantität und Qualität der militärischen Potentiale der USA abhebt.²⁰³ Was die Wirtschaft angeht, so kann hier von Multipolarität gesprochen

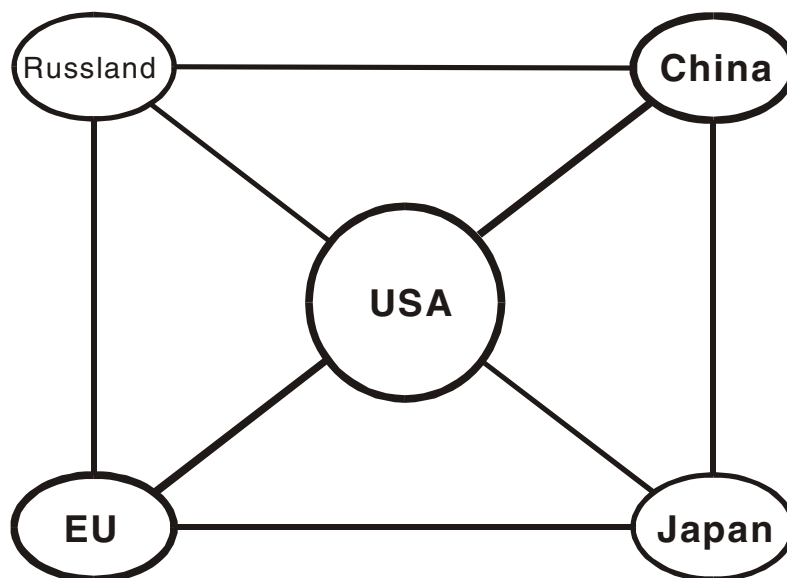
²⁰² Vgl. Hoffmann, Stanley: „The Case for Leadership“, in: *Foreign Policy*, 81 (Winter 1990/91), S. 20-21.

²⁰³ Vgl. The International Institute for Strategic Studies: *The Military Balance 2000-2001*, London 2000, S. 12-34.

werden, wobei sich die wirtschaftlichen Potentiale auf Amerika, Europa und Ostasien mit den jeweiligen Wirtschaftsmächten USA, EU und Japan konzentrieren, zwischen denen ein gewisses Kräftegleichgewicht besteht. Für die Zukunft kann damit gerechnet werden, dass auch China sich zu einer führenden Wirtschaftsmacht entwickelt.²⁰⁴

Bei einem Blick auf die gesamtpolitische Struktur wird deutlich, dass drei atomare Großmächte, neben USA Russland und China, sowie Japan und die EU mit den einflußreichen Ländern Deutschland, Frankreich und Großbritannien die Spitzenposition bilden.²⁰⁵ Diese gesamtpolitische Konfiguration kann nach der vom chinesischen Politikwissenschaftler Feng entworfenen Skizze folgendermaßen verdeutlicht werden:²⁰⁶

Fünfmächte-Konfiguration in den 1990er Jahren



Diese Skizze zeigt deutlich die zentrale und herausragende Stellung der USA wie auch die multipolare Gesamtstruktur. Nichtsdestotrotz sind allein die Vereinigten Staaten als

²⁰⁴ Vgl. Link, Werner: Die Neuordnung der Weltpolitik--Grundprobleme globaler Politik an der Schwelle zum 21. Jahrhundert, München 1998, S. 128-130.

²⁰⁵ W. Weidenfeld nennt die USA als Weltmacht und die selben weiteren vier Großmächte als potentielle Weltmächte. Siehe Weidenfeld, Werner, "Europa- Weltmacht im Werden", in: *Internationale Politik*, 5/1995, S. 17-18.

²⁰⁶ Vgl. Link, Werner, a. a. O., S. 131.

globale Zentralmacht innerhalb der Spitzengruppe in allen Teildreiecken vertreten, jedoch erfährt auch ihre Position durch politische und wirtschaftliche Interdependenzen eine Relativierung.²⁰⁷

Nach der von Joseph Nye 1990 angefertigten Einschätzung der Machtressourcen ergab sich, dass die USA sowohl über die "harte Macht" als auch über die "sanfte Macht" verfügen,²⁰⁸ d.h. sie sind in den vier entscheidenden Bereichen globaler Macht vertreten: militärisch, politisch, wirtschaftlich und kulturell.

Trotz der nicht zu leugnenden Sicherheitsprobleme wie Terrorismus und Verbreitung von Massenvernichtungsmitteln, die eine ganz neue Dynamik erhalten haben, gibt es für die USA auf absehbare Zeit keine direkte militärische Bedrohung. Die USA verfügen über Streitkräfte, Waffen und Führungsmittel, mit denen sie global handlungsfähig und in der Lage sind, ihre nationalen Interessen zu verteidigen. Es gibt weltweit nur wenige Länder, die auch nur in einem der vier genannten Bereiche eine ernstzunehmende Konkurrenz für die Vereinigten Staaten sein könnten, ganz zu schweigen von allen vier Bereichen. Auch wenn der Einfluß und die Dominanz der USA nicht mit ihrer Stellung Anfang des "amerikanischen Jahrhunderts" verglichen werden kann, als allein die Hälfte des Weltbruttosozialprodukts von den USA erwirtschaftet wurde und sich auf sie das Nuklearmonopol konzentrierte, so scheint offensichtlich, dass sie im Zenit ihrer Macht angekommen sind, woraus eine gewisse nationale Selbstgefälligkeit resultiert.²⁰⁹

Was die wirtschaftlich wichtigsten Kennzahlen angeht, so liegen die USA auch hier wieder vorn, knapp gefolgt von den Staaten der Europäischen Union. Entgegen den Prognosen vieler Ökonomen, die aufgrund der weltwirtschaftlichen Krisenherde von einem starken Nachlassen der amerikanischen Konjunktur ausgegangen sind, hält der Aufschwung nach wie vor an, Arbeitslosigkeit und Inflation befinden sich auf dem seit Jahrzehnten niedrigsten Stand, es geht dem Land so gut wie schon lange nicht

²⁰⁷ Vgl. Link, Werner, a.a.O., S. 131-132.

²⁰⁸ Vgl. Nye, Joseph S., Bound to Lead--The Changing Nature of American Power, New York 1990, S.31-32.

²⁰⁹ Vgl. Schwarz, Klaus-Dieter: Weltmacht USA: Zum Verhältnis von Macht und Strategie nach dem Kalten Krieg, Baden-Baden 1999, S. 16-17.

mehr. Vor allem bei der Modernisierung der Wirtschaft und in der Wettbewerbsfähigkeit kommt Amerika immens voran. Das wird deutlich an den Millionen neu geschaffener Arbeitsplätze v.a. im Dienstleistungssektor und dem Vorsprung Amerikas im Bereich der Hochtechnologie. Der mit der Informationsrevolution einhergehende Strukturwandel und die Synergieeffekte haben für die Unternehmen deutliche Produktivitätsvorteile gebracht. Die globale Vernetzung der wichtigsten Industriezweige wie Computer-Software, Luft- und Raumfahrt, Finanzdienste, Film und Fernsehen ist überwiegend "made in USA" und tonangebend für den modernen Kapitalismus, dem die Wende in der Weltwirtschaft offenbar leichter fällt als den einzelnen Marktwirtschaften in Europa oder Japan.²¹⁰

Der politische Einfluss der USA ist im Vergleich zu anderen Staaten größer. Beim Auftreten von größeren Problemen richtet sich die Aufmerksamkeit der Welt auf Washington. In solchen Situationen wird weltweit von den Vereinigten Staaten Führung erwartet, für die es jedoch keine Gewissheit gibt, schließlich liegt das Interesse der USA nicht darin, als Weltpolizei aufzutreten. Vielmehr geht es einfach darum, weiterhin den Status der einzigen Supermacht zu behalten und den landeseigenen Wohlstand auszubauen. Was diese Einstellung angeht, so stehen die USA nicht allein da, ähnlich verhält es sich mit anderen großen Staaten. Da diese alle mehr oder weniger mit innenpolitischen oder wirtschaftlichen Schwierigkeiten kämpfen, muss die „unersetzliche Nation“ zwangsläufig in Notfällen, wie etwa zu Friedensmissionen auf dem Balkan, einspringen.²¹¹

Auch im Bereich der Kultur gehen die entscheidenden Impulse für die Entwicklung einer globalen Informations- und Konsumgesellschaft von den USA aus. Von den Vereinigten Staaten werden die Standards für Wissenschaft, Unterhaltungsindustrie, Hochschulen, Internet und Konsumverhalten breiter Bevölkerungsschichten festgelegt, von den Medien wird der „American way of life“ bis in die entlegensten Orte der Welt transportiert.²¹² In weiten Bereichen des amerikanischen Lebens werden Werte wie Demokratie, persönliche Freiheit, Mobilität und Offenheit vertreten. In diesem Sinne

²¹⁰ Schwarz, Klaus-Dieter (ebd.), S. 15.

²¹¹ Ebd.

²¹² Ebd.

hat die amerikanische Kultur einen so starken Einfluss auf andere Regionen, der vergleichbar mit dem des Römischen Reiches ist.²¹³

Das Zusammenwirken dieser vier Kriterien ist der Grund dafür, dass die USA die einzige globale Supermacht im umfassenden Sinne ist, die einzige verbliebene Supermacht nach dem Ende der Sowjetunion, deren einzigartige Vormachtstellung zum gegenwärtigen Zeitpunkt von niemandem herausgefordert werden kann. Es stellt sich jedoch die Frage, ob diese Situation der unangefochtenen Vorherrschaft der USA auch in Zukunft bestehen bleiben wird und welche Eigenschaft die oben genannte Staatenkonfiguration in dieser Hinsicht hat.

Nach der realistischen Theorie ist jede Großmacht bestrebt, die Hegemonie einer anderen Großmacht zu verhindern. Gleichzeitig aber möchte jede Großmacht auch mächtiger als andere Großmächte sein bzw. werden. Sollte das einer Großmacht gelingen, dann wird sie wahrscheinlich versuchen, eine Hegemonialpolitik zu verfolgen. Das wiederum führt dazu, dass die anderen weniger starken Großmächte, die mit dieser einen Großmacht konkurrieren, versuchen eine Balancepolitik zu betreiben. Sollte die Hegemonialmacht keine explizite oder akute Sicherheitsbedrohung sein und wird eine kooperative Beziehung zwischen den Großmächten mit einem entsprechenden kooperativen Gleichgewicht bevorzugt, dann schwächt sich die Neigung zur Bildung einer Gegenmacht ab.²¹⁴ Trotzdem kann davon ausgegangen werden, dass es sich bei diesem "unipolar moment"²¹⁵ um keinen dauerhaften Zustand handelt, den eine neue Weltordnung mit einem entsprechend neuen Kräftegleichgewicht ablösen wird. Entscheidend werden dann China und Russland, möglicherweise auch Japan und die EU sein, womit sich erneut die grundlegende Tendenz abzeichnet, die Vorrangstellung einer Großmacht abzuwehren, nicht zuletzt deshalb, um die Stabilität einer neuen Weltordnung zu gewährleisten.²¹⁶

²¹³ Vgl. Joffe, Josef: "Who's Afraid of Mr. Big?", in: *The National Interest*, Summer 2001, S.43.

²¹⁴ Vgl. Link, Werner, a.a.O., S. 127-128.

²¹⁵ Vgl. Krauthammer, Charles: The Unipolar Moment, in: *Foreign Affairs*, 70 (Winter 1990/91) 1, S. 23-33.

²¹⁶ Vgl. Schwarz, Klaus-Dieter (ebd.), S. 17.

3.2. Die „Grand Strategy“ der USA nach dem Ende des Ost-West-Konflikts

Strategie ist Struktur. In dieser Hinsicht unterscheidet sie sich von Politik. Strategie bündelt die nationalen Kräfte, um die politischen Ziele eines Regimes herbeizuführen. Die dabei in Betracht zu ziehenden Mittel sind ökonomischer, diplomatischer, technologischer und militärischer Natur. Große Strategien müssen ebenfalls die konkreten Gegebenheiten des internationalen Kräftespiels berücksichtigen: Die Natur, die Interessen und Absichten der Gegner, der Verbündeten, der nicht verbündeten Nationen und der vielen transnationalen Gruppen, welche die heutige internationale Gemeinschaft prägen.²¹⁷

Strategie kann als die Verknüpfung dreier Bereiche angesehen werden – des politischen, des ökonomischen und des militärischen. Diese Bereiche repräsentieren die primären Dimensionen nationaler Machtausübung. Die Herausforderung für großangelegte Strategien liegt genau dort, wo sich diese drei Gebiete überschneiden: im Politisch-Ökonomischen, im Militärisch-Wirtschaftlichen, im Politisch-Militärischen und schließlich im Zentrum, wo alle drei Bereiche zusammenfallen. Die Untersuchung von Strategien verlangt eine vergleichende, den politischen Charakter von Freund und Feind untersuchende Herangehensweise. Strategien können weder in ihrer Formulierung noch in ihrer Ausführung losgelöst von einem Vergleich der Ziele eines Regimes und der seiner Verbündeten und seiner Feinde betrachtet werden.²¹⁸

Sicherlich kann die Beendigung des Kalten Krieges als Erfolg für die USA und der von ihnen vertretenen Werte eingeschätzt werden. Nichtsdestotrotz verfügte die Regierung der Vereinigten Staaten nach 40 Jahren Eindämmungspolitik über keinerlei klare, der neuen Ära gerechte Richtlinien, ganz zu schweigen von einer Idee oder abgestimmten Strategie für die amerikanische Außenpolitik.

Zu Beginn und vor allem dann, als Amerika allen voran den irakischen Einmarsch in Kuwait verurteilte, äußerte sich Präsident Bush enthusiastisch über die Entstehung

²¹⁷ Vgl. Foster, Richard B.: "Strategy and the American Regime", in: *Comparative Strategy*, 19 (2000) 4, S.288-290.

²¹⁸ Ebd.

einer „neuen Weltordnung“, deren Grundlage die neue Partnerschaft jener Nationen sein sollte, für die Ziele wie die Weiterentwicklung von Demokratie und Wohlstand, die Sicherung des Friedens und Abrüstung erstrebenswert seien. Obwohl die Rede von der „neuen Weltordnung“ zunächst im chaotischen Nachspiel des Golfkrieges eine ironische Färbung erhielt, so fand die Rhetorik der Weiterverbreitung von Werten wie Demokratie und freie Marktwirtschaft in der Clinton-Administration neuen Ausdruck, da der Nationale Sicherheitsberater Anthony Lake die „Ausbreitung“ (enlargement) zum zentralen Punkt für die Weiterverbreitung westlicher Werte machte. Es hatte den Anschein, als ob handele es sich beim Ende des Kalten Krieges um das Ende eines großen globalen Krieges, wodurch sich den Siegern ähnlich wie auf dem Wiener Kongress 1815 oder nach dem Ende der beiden Weltkriege des 20. Jahrhunderts die Gelegenheit zur Errichtung einer neuen politischen Ordnung eröffnete.

3.2.1. Die Suche nach einer “Grand Strategy”

Wie bereits gesagt, haben die USA nach dem Fall der Berliner Mauer noch keinerlei außenpolitische Strategie für die Zeit nach dem Kalten Krieg entwickelt. In einer Epoche weltweiter Veränderungen, nach einem Jahrhundert mit Weltkriegen, Revolution, Entkolonialisierung, Globalisierung und enormem technischen Fortschritt sind die Gründe für die Schwierigkeiten der amerikanischen Außenpolitik in der veränderten globalen Situation zu finden, einer neuen Welt ohne den dominanten Konflikt und stattdessen mit zahlreichen Problemen, die viel schwieriger beeinflusst werden können.²¹⁹ Jetzt besteht die Schwierigkeit der Weltpolitik darin, die internationalen Beziehungen neu zu formulieren und einen neuen Ansatz für die amerikanische Außenpolitik zu entwickeln.

Was können die USA als einzige Weltmacht in einer Welt ohne Supermachtkonflikte tun, wie sieht ihre zukünftige Rolle in der Weltpolitik aus? Die Amerikaner haben auf diese Frage eine doppeldeutige Antwort gegeben: auf der einen Seite sprachen sich die

²¹⁹ Vgl. Schwarz, Klaus-Dieter, a.a O., S. 13.

Vereinigten Staaten für eine aktive Rolle in der Weltpolitik aus, gleichzeitig wurde aber auch die Ansicht geäußert, dass die USA sich weniger um die Probleme anderer Länder kümmern sollten als um die eigenen.²²⁰ Zwei Dinge werden angestrebt: die erstrangige Bedeutung der eigenen, amerikanischen Interessen – an erster Stelle Amerika - und das weltweite Engagement als Führungsmacht – Amerika als Nummer Eins.²²¹

Jedoch ist in der Debatte um eine Strategie umstritten, wo genau die Grenze zwischen zuviel oder zuwenig Engagement liegen sollte. Demnach mussten sich die Vereinigten Staaten nach dem Ende des Kalten Krieges für eine von fünf außenpolitischen Strategien entscheiden: Neoisolationismus, Kollektive Sicherheit, Eindämmung, Hegemonie oder selektives Engagement.²²²

Auch wenn die Strategie des Neoisolationismus für die Amerikaner am attraktivsten erscheint, handelt es sich dabei um keine überzeugende Alternative in einer neuen, durch starke Interdependenz gekennzeichneten Welt. Es sieht so aus, als ob die Mehrheit der außenpolitischen relevanten Politiker in den USA akzeptiert, dass eine Weltmacht sich nicht von heute auf morgen gänzlich zurückziehen kann.

Unter Berücksichtigung der Tatsache, dass für die Mehrheit der Amerikaner eine weniger kostenintensive Außenpolitik wünschenswert ist, bei der vor allem die eigenen Interessen statt großer Ordnungsvisionen im Mittelpunkt stehen, dann könnte davon ausgegangen werden, dass es für die Strategie der globalen Vorherrschaft keinen Konsens mehr gibt. Entgegen einer solchen Vorgehensweise würde eine auf ein globales System kollektiver Sicherheit setzende Strategie den USA ein gemeinsames Handeln mit anderen Nationen ermöglichen. Bei multilateralen Interventionen kämen auf Amerika weniger Verantwortung und Kosten zu. Jedoch ist in Washington die Meinung verbreitet, von internationalen Organisationen wie die UNO keinen ausreichenden

²²⁰ Vgl. Schweigler, Gebhard: „America First? Die öffentliche Meinung und die amerikanische Außenpolitik“, in: Matthias Dembinaki/Peter Rudolf/Jürgen Wilzewski (Hrsg.), *Amerikanische Weltpolitik nach dem Ost-West-Konflikt*, Baden Baden 1994, S.23.

²²¹ Vgl. Schwarz, Klaus-Dieter, a.a.O., S. 12.

²²² Vgl. Posen, Barry / Ross, Andrew L.: „Competing Visions for U.S. Grand Strategy“, in: *International Security*, 21(Winter 1996/97) 3, S.5-53; Nacht, Alexander: „U.S. Foreign Policy Strategies“, in: *The Washington Quarterly*, 18 (Sommer 1995) 3, S. 195-210.

Schutz der amerikanischen Interessen zu erhalten. So hält nach wie vor die Enttäuschung über die gescheiterten Missionen der Vereinten Nationen in Bosnien und Somalia an, weshalb die USA nun nicht ohne Weiteres ihre globale Strategie auf einem System kollektiver Sicherheit aufbauen werden.

Wenn neue Feindbilder fehlen, lässt sich in der neuen Epoche kaum eine Eindämmungsdoktrin als Grundlage einer amerikanischen Globalstrategie verfolgen. In der Frage, ob China sich zu einer den USA feindlich gesinnten Großmacht entwickeln wird, ist mittlerweile eine heftige Diskussion entbrannt. Das zeigt, dass auch nach dem Zerfall der UdSSR die Eindämmungspolitik durchaus noch Befürworter in den Vereinigten Staaten hat.

Diejenigen, die ein selektives Engagement befürworten, sind der Meinung, dass Außenpolitik sich auf die Weltregionen konzentrieren muss, die für die USA von vitalem Interesse sind. Dazu gehören Regionen, die wichtige Weltregionen wie den asiatisch-pazifischen Raum, Europa oder Naher und Mittlerer Osten tangieren und die zudem potentiell auch die Großmächte in einen Konflikt verwickeln können. In jedem einzelnen Fall muss genau geprüft werden, ob wirklich vitale Interessen verteidigt werden müssen oder nur humanitäre oder andere für die USA zweitrangige Interessen auf dem Spiel stehen.²²³

Zweifelsohne ist selektives Engagement eine Strategie, die recht wenig Platz für Idealismus bietet. Wichtige Prinzipien wie Freiheit, Demokratie und Menschenrechte werden in der US-Außenpolitik hinter rationalen Kosten-Nutzen-Rechnungen und Interessenanalysen zurücktreten.²²⁴ Und trotzdem handelt es sich bei dieser Strategie nicht darum, sich aus der Welt zurückzuziehen. Eher geht es um eine sparsamere Festlegung der Punkte, die amerikanischen Interessen berühren und gleichzeitig mit der globalen Führungsrolle vereinbar sind.

²²³ Vgl. Kast, Günter: Der Schwierige Abschied Von Der Vorherrschaft, Münster 1998, S. 26.

²²⁴ Ebd.

3.2.2. Bushs Konzept der „Neuen Weltordnung“

Vor der Auflösung des Warschauer Pakts und dem Ende der UdSSR 1991 hatte Bush mit der Ankündigung einer neuen Weltordnung (a new world order) die Grundlage einer neuen amerikanischen Außenpolitik gelegt.²²⁵ Was die Entwicklung dieser „Grand Strategy“ angeht, so heißt es, Bush habe sie für die Zeit nach Beendigung des Kalten Krieges geplant.

In einer nach dem Ende des kalten Krieges konfliktreichen Welt wäre die Rolle der Vereinigten Staaten als einzige noch existierende Supermacht die einer militärischen als auch einer politisch-ideologischen Führung. In der zerfallenden Sowjetunion gab es innenpolitische und wirtschaftliche Probleme zu lösen, Japan war, wenn überhaupt, einzig in wirtschaftlicher Hinsicht ein ernst zu nehmender Konkurrent, Chinas Aufsteigen zur Weltmacht wurde noch nicht als wirkliche Bedrohung empfunden, und den Machtzuwachs des wiedervereinigten Deutschlands absorbierte die Europäische Union. Das war Bushs Vorstellung einer nicht länger durch ideologische Gegensätze geteilten Welt, die in Zukunft gemeinschaftlich gegen Bedrohungen vorgehen werde. Den Beweis für diese Interpretation von Bushs Konzeption schien der Golfkrieg zu liefern. Am 29. Januar 1991 erklärte Präsident Bush gegenüber dem amerikanischen Volk: *“...we lead the world in facing down a threat to decency and humanity. What is at stake is more than one small country; it is a big idea- a new world order where diverse nations are drawn together in common cause to achieve the universal aspirations of mankind: peace and security, freedom and the rule of law.”*²²⁶

Zwar wurden die Aktionen der Bush-Administration immer mit dem Hinweis auf die zwölf UN-Resolutionen, von denen die letzte den Gebrauch aller notwendigen Mittel zur Vertreibung der irakischen Invasoren aus Kuwait legitimierte (U.N. Resolution 678), durchgeführt, jedoch blieb trotz dieser Legitimierung die militärische Führung in amerikanischer Hand und nicht unter der Kontrolle des UN-Sicherheitsrates. Von C. Fred Bergsten wurde die Operation „Wüstensturm“ folgendermaßen treffend charak-

²²⁵ President Bush: “Toward a New World Order”, Address before a joint session of Congress, September 11, 1990, in: *U.S. Department of State Dispatch*, 1 (September 1990) 3, S.91-94.

²²⁶ Zit. nach Talbott, Strobe: “Post-Victory Blues”, in: *Foreign Affairs*, 71 (1992) 1, S. 58.

terisiert: „'Collective leadership' in the Gulf war meant that the United States led and the United States collected”.²²⁷ Mit der Sowjetunion, die geschwächt aus der Niederlage im Kalten Krieg hervor ging und China, das nach dem Massaker von Tienanmen weltweit geächtet wurde, gab es bei der entscheidenden Abstimmung im Sicherheitsrat über den Einsatz von Gewalt zur Befreiung Kuwaits zwei Sicherheitsratmitglieder, die Kooperationsbereitschaft zeigten. Eine derart reibungslose Zusammenarbeit wie während des Golfkonfliktes konnte jedoch von einem wieder selbstbewusster auftretenden Russland oder China in Zukunft nicht erwartet werden.

Hinzu kommt, dass sich die Lage weltweit als weniger friedlich erwies, als von Bush ursprünglich prophezeit. Schon innerhalb kürzester Zeit war das erste strategische Großkonzept nach dem Ende des Kalten Krieges gescheitert, weil es ein zu optimistisches Weltbild suggerierte, das nicht mit der Realität in Einklang gebracht werden konnte. Sowohl in Jugoslawien als auch in einigen Nachfolgestaaten der Sowjetunion entflammten ethnische Konflikte und Kriege, was aber die Vereinigten Staaten nicht veranlasste, zu intervenieren. Das wirkte sich negativ auf die Glaubwürdigkeit des Präsidenten aus, der in seiner Ansprache am Vorabend des Golfkrieges die Begriffe „freedom“ und „humanity“ so sehr hervorgehoben hatte.

Trotz der Rhetorik von einer neuen Weltordnung war nicht zu übersehen, dass von der Bush-Administration Machtpolitik im alten Stil betrieben wurde. Bei Bush handelte es sich nicht um einen Politiker, der sich an Ideologien orientierte und dabei das Leben seiner eigenen Soldaten für demokratische Werte und humanitäre Prinzipien riskierte. In diesem Sinne formulierte Joseph Nye:” The problem for the Bush administration was that it thought and acted like Nixon, but borrowed the rhetoric of Wilson and Carter.”²²⁸

Jedoch kam von den “America Firsters” Kritik hinsichtlich Bushs Strategie, weil diese sich stark an außenpolitischen Themen orientierte. Nach der Überwindung des Kalten Krieges wären Interventionen weltweit und die Ausübung der Rolle einer Weltpolizei

²²⁷ Zit. nach Dittgen, Herbert: „Das Dilemma der amerikanischen Außenpolitik: Auf der Suche nach einer neuen Strategie“, in: Dittgen, Herbert/Minkenberg, Michael (Hrsg.), *Das amerikanische Dilemma—Die Vereinigten Staaten nach dem Ende des Ost-West-Konflikts*, Paderborn 1996, S.302-303.

²²⁸ Vgl. Nye, Joseph S.: ”What New Order?”, in: *Foreign Affairs*, 71 (Spring 1992) 2, S.84.

überhaupt nicht mehr gerechtfertigt. Meinungsumfragen zufolge erachten die Bürger der Vereinigten Staaten die Gesundung der amerikanischen Wirtschaft und die Schaffung von Arbeitsplätzen als wichtigste Ziele.²²⁹ Bush gelang es nicht zu verhindern, dass seine außenpolitische Stärke im Wahlkampffahr 1992 sich mehr und mehr zum innenpolitischen Handicap und letztlich zum Schicksal seines Abstiegs wandelte.

3.2.3. Clintons “American Leadership”

Anders als George Bush nahm sein Nachfolger Bill Clinton die Sorgen der Menschen wahr, hatte er doch den Wahlkampf mit dem Versprechen gewonnen, sich in erster Linie auf die Lösung der innen- und wirtschaftspolitischen Probleme der USA zu konzentrieren. Jedoch ließ er auch klar erkennen, dass eine Politik der Isolation keine adäquate Strategie in einer immer stärker interdependenten Welt sein kann und die Strategie „America first“ nicht als Absage an eine aktive Außenpolitik verstanden werden darf. Clinton unterstrich aber auch immer wieder die vorrangige Stellung, die der Erneuerung der amerikanischen Wirtschaft beigemessen werden muss. Seinem Verständnis zufolge ist es die wirtschaftliche Gesundung des Landes, mit der gewährleistet werden kann, dass die USA ihre globale Führungsrolle auch künftig in rechtfertigen können: „America must regain its economic strength to maintain our position of global leadership.“²³⁰

Obwohl die neue Administration sich auf innenpolitische Themen konzentrieren wollte, konnte Clinton die außenpolitischen Probleme nicht ignorieren. Die Administration begann zu verstehen und darauf einzugehen, dass internationale Probleme mit ad-hoc-Entscheidungen und ohne eine außenpolitische Leitstrategie nicht gelöst werden können. Und so kam es dann doch dazu, dass die ausschlaggebenden Fragen gestellt wurden: Wie sieht die außenpolitische Vision aus, für die Amerika weiterhin reichlich Machtmittel und Ressourcen einsetzen soll? Was sind die Charakteristika der im Ent-

²²⁹ Vgl. Schweigler, Gebhard, a. a. O., S.23-67.

²³⁰ Vgl. Clinton: „A New Covenant for American Security“, eine Rede an der Georgetown University, Washington D.C., am 12. 12. 1991. In: <http://www.ibiblio.org/pub/docs/speeches/clinton.dir/c53.txt>.

stehen begriffenen neuen internationalen Rahmenbedingungen? Was sind die vitalen Interessen der USA in der neuen Weltpolitik? Mit der im Juli 1994 vom Weißen Haus vorgestellten Nationale Sicherheitsstrategie- „A National Security of Engagement and Enlargement“²³¹ sollte das Ergebnis dieser Überlegungen vorgestellt werden.

Von Anthony Lake, Clintons damaliger Sicherheitsberater, wurde der zweite Leitbegriff „Enlargement“ in den Vordergrund gestellt und dazu erklärt: „*The successor to a doctrine of containment must be a strategy of enlargement, the enlargement of the world's free community of market democracies.*“²³² Die Logik dieser neuen Doktrin bestand darin, dass die nationale Sicherheit Amerikas in großem Maße von der Einführung marktwirtschaftlicher und demokratischer Strukturen in den Ländern dieser Welt abhängt. Aus diesem Grund müsse Amerika alles versuchen, um die Zahl der demokratischen Nationen zu erhöhen. Gemeint waren dabei die ehemals kommunistischen Staaten in Mittel- und Osteuropa und die sich entwickelnden Demokratien in Lateinamerika und Asien.

In dem Vorhaben, Demokratie nach dem Ende des Kalten Krieges zu fördern, spiegelt sich der Idealismus amerikanischer Außenpolitik in der Tradition Woodrow Wilsons wieder, die alle Regierungen mal weniger, mal mehr engagiert fortgesetzt haben. Von der Clinton-Administration wird diese Tradition ebenfalls pragmatisch aufgefaßt, da sich die Doktrin des „enlargement“ schon in den frühen politischen Krisen seiner Amtszeit als politisch unpassend im Umgang mit Konflikten wie in Bosnien, Somalia etc erwies. Bei der NATO-Erweiterung hingegen war sie als Teil der amerikanischen Strategie von Bedeutung, und das entgegen der Widerstände im Pentagon und State Department, die von Clinton unter Einfluss seines Sicherheitsberaters und mit Unterstützung der Republikaner überwunden wurden.²³³

²³¹ „A National Security of Engagement and Enlargement“, The White House, Washington, D.C., July 1994. Diesem Dokument sind zwei weitere Fassungen gefolgt: eine unter demselben Titel im Februar 1996; die andere im Mai 1997 unter dem Titel „A National Security strategy for a New Century“. Auffälliger Unterschied der letzten Fassung zu den vorhergehenden ist die schwächere Betonung von „enlargement“.

²³² Zit. nach Schwarz, Klaus-Dieter, a.a.O., S. 23; Vgl. Anthony A. Lake, Speech at John Hopkins University. School of Advanced International Studies, Washington, D.C., 21. 9. 1993, in: *U.S. Policy Information and Texts*, 23. 9. 1993, S. 6ff.

²³³ Vgl. Goldgeier, James: „NATO-Enlargement. Anatomy of a Decision“, in: *The Washington Quarterly*, 21 (Winter 1998) 1, S. 85-102.

Dass die USA weiterhin eine weltweit entscheidende Rolle spielen wollen, wird mit dem Begriff „Engagement“ deutlich, dem Leitmotiv der Clinton-Administration. Allerdings entspann sich die Debatte über seine Brauchbarkeit an der Frage, wie weit das amerikanische Engagement in der Weltpolitik überhaupt reicht.²³⁴ Von der Clinton-Regierung würde diese Frage pragmatisch interpretiert – je nach Lage, Zweckmäßigkeit und Durchführbarkeit des amerikanischen Einsatzes. Im Ergebnis steht eine Politik des „selective engagement“, die zwar sicherlich gewissen Werten und Zielen unterliegt, jedoch vor dem Hintergrund der Innenpolitik betrachtet oft sprunghaft erscheint.²³⁵ Clinton äußerte sich gegenüber der „Washington Post“ folgendermaßen: „*It's simply not possible for the United States to become the ultimate resolve of every problem in the world. We've simply got to focus on rebuilding America.*“²³⁶

Es gibt verschiedene Faktoren, die für diese Strategie sprechen: der relative Rückgang der wirtschaftlichen Leistungskraft des Landes, womit die Kostenfrage bei allen internationalen Aktionen in den Mittelpunkt gerückt wird; die nachlassende Bereitschaft seitens der internationalen Staatengemeinschaft, weltpolitische Alleingänge der USA als Führungsmacht zu akzeptieren; und das große Interesse der amerikanischen Bevölkerung an der Lösung akuter innen- und sozialpolitischer Probleme. Aus diesem Grund wurden von Außenminister Christopher vier Kriterien definiert, anhand derer amerikanische Interventionsentscheidungen zukünftig getroffen werden sollten: Das Ziel der Intervention muss politisch klar festgelegt sein und für die Öffentlichkeit nachvollziehbar; es muss seitens der Bevölkerung eine Unterstützung dafür geben; die Chance der Operation auf Erfolg muss hoch sein, die Operation muss multilateral eingebettet und finanzierbar sein; und es muss im Falle eines Scheitern eine „Exit-Strategie“ geben, mit der ein rascher Rückzug aus dem Kampfgebiet gewährleistet ist.²³⁷

²³⁴ Vgl. Mandelbaum, Michael: „Foreign Policy as Social Work“, in: *Foreign Affairs*, 75 (Januar/Februar 1996) 1, S.16-32.

²³⁵ Vgl. Schwarz, Klaus-Dieter, a.a.O., S. 24.

²³⁶ Zitiert in *Washington Post* vom 17. 10. 1993, S. A28.

²³⁷ Vgl. Daase, Christopher: „Regel oder Ausnahme? - Der Golfkrieg und die Zukunft der amerikanischen Interventionspolitik“, in: Matthias Dembinaki/Peter Rudolf/Jürgen Wilzewski (Hrsg.), *Amerikanische Weltpolitik nach dem Ost-West-Konflikt*, Baden Baden 1994, S.378f.

Clintons pragmatisches Konzept basierte auf der Vorstellung einer amerikanischen Führungsrolle, die nicht nur unilateral, sondern auch multilateral ausgeübt wird. Hinzu kommt das Leitmotiv: „Gemeinsam handeln, wo wir es können, und allein handeln, wo wir es müssen.“²³⁸ In der Frage um die Mittel für die Anwendung der Strategie des selektiven Engagements, d.h. die Art und Weise, in der von Amerika Macht eingesetzt wird, hat die politische Kostenfrage einen außerordentlichen Stellenwert. Am besten gelingt es im multilateralen Rahmen, den Aufwand zu reduzieren, eine Tatsache, aufgrund derer die Clinton-Administration mit dem Konzept eines „assertive multilateralism“ angetreten ist.²³⁹ Damit sollte die für Clinton typische Balance zwischen der Bereitschaft zu multilateralem Handeln einerseits und der Betonung eigener Interessen andererseits auf eine klare Formel gebracht werden,²⁴⁰ nicht zuletzt ging es aber auch darum, dass die USA in keinem Falle ihren Anspruch auf Führung aufgeben wollten. „Leadership“ blieb ein politisches Postulat, das von Clinton und seinen Mitarbeitern verfolgt wurde.

Im Wesentlichen haben sich seit dem Zweiten Weltkrieg die amerikanischen Hauptinteressen nicht verändert. Vor allem aus „realistischer“ Sicht besteht das amerikanische Grundinteresse nach dem Sieg im Kalten Krieg darin, das „unipolare Moment“ der Weltpolitik im Sinne der amerikanischen Führungs- und Ordnungsmachtrolle auch im neuen Jahrhundert so lange wie nur möglich aufrecht zu erhalten.²⁴¹ Die Bush-Regierung verfolgte dieses Ziel, indem sie eine neue Weltordnung ausrief, in der die Fortsetzung der amerikanischen Politik zur Sicherung einer globalen *Pax Americana* vorgesehen war. An diesem Anspruch, Weltmacht „second to none“ zu sein, hielt auch die Clinton-Administration fest.²⁴² Dabei handelt es sich um den von Clinton immer wieder unterstrichenen Anspruch auf eine „world leadership“, d.h. die Bewahrung und Wahrnehmung der globalen Führungsrolle.²⁴³

²³⁸ Weston, Charles M.: „Die US-Außenpolitik zwischen Kontinuität und Neubestimmung“, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 17/ 1995, S. 18.

²³⁹ Vgl. Schwarz, Klaus-Dieter, a.a.O., S. 28.

²⁴⁰ Dazu heißt es in der „National Security Strategy of Enlargement and Engagement“ vom Februar 1996: „We must also use the right tools – being willing to act unilaterally when our direct national interests are most at stake; in alliance and partnership when our interests are shared by others; and multilaterally when our interests are more general and the problems are best addressed by the international community.“

²⁴¹ Vgl. Schwarz, Klaus-Dieter, a.a.O., S. 24.

²⁴² Vgl. Schwarz, Klaus-Dieter, a.a.O., S. 25.

²⁴³ In seine Rede vor den Vereinten Nationen im September 1993 betonte Clinton zum Beispiel: „The

Von Bush und Clinton wurde dieses Interesse mit reduzierten Mitteln weiterverfolgt. Dabei handelten sie in jedem Falle global, wenn auch im regionalen Kontext differenzierter und selektiver, in Verbindung mit Elementen eines „liberalen Internationalismus“, bei dem die Intentionen einer kooperativen Engagement-Strategie von vorrangiger Bedeutung sind. Gerade in Bezug auf potentielle Rivalen der amerikanischen Weltmachtposition, wie es China und Russland, aber auch Europa und Japan sind, die mittels konstruktiven Engagements an der Schaffung einer liberalen Weltordnungspolitik mit amerikanischer Führung beteiligt werden sollen.²⁴⁴

United States occupies a unique position in world affairs today. We intend to remain engaged and to lead.”—“Address by the President to 48th Session of the United Nations General Assembly”: The White House, Office of the Press Secretary, 27. 9. 1993.

²⁴⁴ Vgl. Schwarz, Klaus-Dieter, a.a.O., S. 25.

3.3. Die US-Strategie für den ostasiatisch-pazifischen Raum nach dem Ende des Ost-West-Konflikts

3.3.1. Die Veränderungen des strategischen Milieus nach dem Ende des Ost-West-Konflikts in der ostasiatisch-pazifischen Region

Bevor nun die US-Strategie für den ostasiatisch-pazifischen Raum untersucht wird, sollen jene innerstaatlichen und systematischen Veränderungen in dieser Region nach dem Ende des Ost-West-Konflikts diskutiert werden, die einen strategischen Anpassungsprozess erforderlich machen können.

Die Weltpolitik des 20. Jahrhunderts ist vom Paradigma der strukturellen Realpolitik beherrscht gewesen. Demzufolge verbanden sich Staaten zum Zwecke des Schutzes oder der Expansion mit- oder gegeneinander. Innen- oder sozialpolitische Probleme wurden in der Außenpolitik klar den mechanistischen Thesen einer „Balance of Power“ untergeordnet. Dieses Paradigma setzte jedoch leicht zu identifizierende Staatenblöcke als Verbündete oder Feinde voraus. Das Ende des Kalten Krieges und der daran anschließende Zerfall der Sowjetunion bezeichnen das Ende der bipolaren Ära. Diese hatte sich durch eine weltumspannende zentrale strategische Balance ausgezeichnet. Trotz vieler Unwägbarkeiten ist es möglich, die einzelnen Trends und Veränderungen herauszuarbeiten, die seit dem Ende der Bipolarität für den ostasiatisch-pazifischen Raum von besonderer Bedeutung und Herausforderung gewesen sind.

An erster Stelle hat das Ende der bipolaren Struktur selbst die zentrale strategische Balance zerstört, in die regionale und lokale Konflikte vorher eingebunden waren. Dies führte zur Lokalisierung von Konflikten. Örtliche politische Auseinandersetzungen nahmen so die Stelle des Kampfes der Ideologien als größte Bedrohung der Sicherheit ein. In diesem Sinne sind sie regionalisiert und örtlich beschränkt worden. Das bedeutete aber nicht, dass die USA als die überlebende Supermacht mit weltweiten Interessen und Verpflichtungen sich plötzlich aus all diesen Konflikten zurückgezogen hätten. Ebenso wenig bedeutete dies, andere Großmächte spielten keine Rolle mehr. Aber der übergeordnete Rahmen, in den sich lokale Gegner und regionale Rivalen bislang eingebunden gesehen hatten, existierte nicht mehr. Dies bedeutete auch, dass

den Vereinigten Staaten und den verbleibenden Großmächten nicht länger die Mechanismen der zentralen Machtbalance zur Verfügung standen, um die relative Bedeutung kleinerer Konflikte oder das geopolitische Gewicht verschiedener Regionen einschätzen zu können. Überdies erwiesen sich die regionalen und globalen Interessen der USA nicht mehr als deckungsgleich. Kurz, die internationale Bedeutung regionaler Angelegenheiten und lokaler Konflikte variierte auf neue und ungewohnte Weise.²⁴⁵

Zweitens fiel im Gegensatz zu Europa das Ende der Bipolarität im ostasiatisch-pazifischen Raum nicht mit dem Ende des ideologischen Kalten Krieges zusammen. China, Vietnam und Nord-Korea werden weiterhin von kommunistischen Parteien regiert. Von diesen behauptet eine jede, der ideologische und politische Konflikt mit der westlichen Welt sei noch lange nicht beendet. Nord-Korea bewegt sich durch seinen ausgeprägten Personenkult und seine autarke, stalinistisch geprägte Kommandowirtschaft auf dem Niveau der kommunistischen Regime der 50er Jahre. Obwohl China und Vietnam ihre Türen dem westlichen Kapital geöffnet und durch Wirtschaftsreformen die Transformation ihrer Gesellschaften eingeleitet haben, vertreten die Führer dieser Staaten immer noch die Ansicht, dass in den Vereinigten Staaten und der westlichen Welt Kräfte walten würden, deren Ziel die Unterminierung und der Sturz der kommunistischen Herrschaft seien. Diese Kräfte, so behaupten sie, hätten zwar ihre Konfrontationspolitik der militärischen Drohungen und Handelsembargos aufgegeben, doch ihre neue Strategie der „friedlichen Entwicklung“ stelle eine ernstzunehmende Gefahr für das Überleben der kommunistischen Regime, besonders in Zeiten der Wirtschaftsreformen, dar.

Drittens brachte die Wirtschaftsdynamik des größten Teils der Region wachsende Interdependenzen und stärkeren Wettbewerb mit sich.²⁴⁶ Innen- wie außenpolitisch erhielten ökonomische Fragen somit einen höheren Stellenwert. Das Anwachsen von Interdependenzen und Wettbewerb setzte eine Reihe von Themen an die Spitze der innenpolitischen Agenda buchstäblich jeden Landes der Region: erstens die Aufrecht-

²⁴⁵ Vgl. Nye, Joseph S. Jr.: „Conflicts After the Cold War“, in: *The Washington Quarterly*, 19 (1996) 1, S. 5-24; s.a. Nye, Joseph S.: „International Conflicts After the Cold War“, in: The Aspen Institute, *Managing Conflict in the Post-Cold War World: The Role of Intervention*, Washington, D. C. 1996, S. 63-76, hier S. 70-72.

²⁴⁶ Vgl. Asian Development Bank: „Emerging Asia“, Manila 1997, S. 11.

erhaltung des rasanten Wirtschaftswachstums; zweitens das Erkennen von Wettbewerbsvorteilen; drittens die Steigerung des Bruttosozialprodukts und viertens die Festlegung nationaler Wirtschaftsstrategien. Dadurch spielen ökonomische Fragen in fast allen bilateralen Beziehungen eine viel größere Rolle als zuvor.²⁴⁷

Die Länder des pazifisch-asiatischen Raumes versuchen nun zum ersten Mal – wenn gleich auch nur auf der Ebene von Konsultationen – multilaterale Mechanismen zu etablieren, um die neue Sicherheitssituation in der Region erörtern zu können. Im Jahre 1989 wurde das Asiatisch-Pazifische Wirtschaftsforum (APEC) gegründet. Damit wurde erstmals eine transpazifische Organisation auf Regierungsebene gegründet. Gründungskonsens der APEC war, offene Kooperation und keinen Handelsblock anzustreben. Die Zusammenarbeit im Rahmen der APEC ist auf die Schwerpunkte Liberalisierung von Handel und Investitionen, wirtschaftspolitische Zusammenarbeit und Entwicklungsförderung ausgerichtet. Die Ministerkonferenz der ASEAN-Staaten beschloss 1993 in Singapur die Gründung des ASEAN Regional Forums (ARF),²⁴⁸ das zu die Politik und Sicherheit ganz Asiens betreffenden Konsultationen dienen sollte. Zu den damaligen sechs ASEAN-Staaten und ihren regulären Dialogpartnern²⁴⁹ traten in dieser Versammlung Russland, China, Vietnam, Laos und Papua-Neuguinea hinzu. Die Entwicklung regionaler Informationskanäle für Sicherheitsfragen durch das ARF ist von besonderer Wichtigkeit für die Entwicklung eines tieferen Verständnisses innerhalb der Region für die Entwicklungschancen und -probleme anderer Staaten.²⁵⁰ Dies könnte auch zur Entstehung vertrauensbildender Maßnahmen führen. Die tieferen Ziele dieser multilateralen Konsultationsorgane umfassen mehrere Punkte: die regionalen Großmächte (vor allem China) sollen in einen fortwährenden Dialog hineingezogen werden, der sie in kooperative Verhaltensmuster einbindet und der gegenseitige Austausch wird als Mittel betrachtet, die USA aus regionalen

²⁴⁷ Harding, Harry: "American Security policy in the Pacific Rim", in: Weltman, Jihn J/Nacht, Michael/Quester, George H. (eds.), *Challenges to American National Security in the 1990s*, New York 1991, S. 131-152, hier S.139.

²⁴⁸ Vgl. Leifer, M.: *The ASEAN Regional Forum*, IISS-Adelphi Paper 302, London 1996, S. 19 & 31; s.a. Yahuda, Michael: *The International Politics of the Asia-Pacific, 1945-1995*, New York 1996, S. 144-145.

²⁴⁹ The dialogue partners are the United States, Japan, Australia, New Zealand, the Republic of Korea, Canada, and the European Union.

²⁵⁰ Vgl. Huiskens, Ron: „Civilizing the Anarchical Society: Multilateral Security Process in Asia-Pacific“, in: *Contemporary Southeast Asia*, 2 (2002) 24, S. 187-202, hier S. 198.

Austausch wird als Mittel betrachtet, die USA aus regionalen Sicherheitsfragen herauszuhalten.²⁵¹

Viertens tauchte China im Kielwasser des Endes der Bipolarität wieder als die Großmacht der Region auf. Chinas Machtgewinn könnte zu einer neuartigen Verknüpfung lokaler, regionaler und internationaler Angelegenheiten im ostasiatisch-pazifischen Raum führen. Über Chinas Verhalten in dieser neuen, erweiterten Rolle herrscht Ungewissheit. Die aufstrebende Großmacht könnte auf der Suche nach ihrem Platz in der Weltordnung zu einer Gefahr für die regionale Ordnung werden. Die Staaten der Region haben ihrerseits versucht, China und seine vielfältigen Bürokratien und Provinzen in lebendigere Beziehungen einzubinden. Dies zeigt sich am deutlichsten in den Konsultationen der APEC und des ARF.

Fünftens. Die Ära der bipolaren Konfrontation endete mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion und ließ die USA als alleinige Supermacht zurück. Eine Neupositionierung der Hauptakteure in der Region ist im Gange. Die Nachfolgestaaten der Sowjetunion spielen keine Rolle mehr. Seit mehr als 150 Jahren sieht sich China zum ersten Mal von der Gefahr eines drohenden konventionellen Militärschlages befreit. Das Land, das eine in ihrer Geschwindigkeit einzigartige Modernisierung erfährt, wird als die neue aufsteigende Macht betrachtet und verfügt über ein seit 1949 nicht gekanntes Maß an strategischem Spielraum. Japan wird als die stärkste wirtschaftliche Kraft gesehen, die ihre internationale politische Rolle jedoch noch nicht gefunden hat. Die USA sind noch immer die dominierende Macht. Zur Zeit steht keine ostasiatische Nation an der Schwelle zu regionaler oder gar kontinentaler Hegemonie, doch bedeutet dies nicht, dass eine solche Bedrohung nicht entstehen könnte.

Diese obengenannten fünf Schwerpunkte sollten folgendes gezeigt haben: Das Ende des Kalten Krieges beeinflusst auch die Rolle der USA im strategischen Viereck. An die Stelle einer eindimensional auf Sicherheitsfragen ausgerichteten Politik zur Eindämmung der Sowjetunion tritt eine neue Agenda, die den traditionellen amerikanischen Interessen „democracy“ und „prosperity“ wieder einen gleichberechtigten Stel-

²⁵¹ Vgl. Umbach, Frank: Konflikt oder Kooperation in Asien-Pazifik? Chinas Einbindung in regionale Sicherheitsstrukturen und die Auswirkungen auf Europa, München 2002, S. 184-192.

lenwert einräumt. Zum einen spielt Russland im strategischen Viereck kurz- und mittelfristig nur eine untergeordnete Rolle. Damit bleiben von den ursprünglich sechs bilateralen Beziehungen in Ostasien nur drei übrig (Washington-Beijing, Beijing-Tokio, Washington-Tokio), die momentan von strategischer Bedeutung sind.²⁵²

²⁵² Vgl. Brzezinski, Zbigniew: *The Grand Chessboard*, New York 1997, S. 151-193.

3.3.2. Die Herausforderungen für die ostasiatisch-pazifische Region durch den Aufstieg Chinas

Eine der grundlegendsten Veränderungen in internationaler Politik und Weltwirtschaft in der letzten Dekade des 20. Jahrhunderts findet sich im ungewöhnlichen Wirtschaftswachstum der Volksrepublik China. Und wirklich, entgegen den Vorhersagen vieler Chinaexperten nach der Tragödie von Tiananmen hat sich die wirtschaftliche Entwicklung in China im Zeitraum von 1992 bis 2000 trotz der ostasiatischen Finanzkrise von 1997 stark fortgesetzt und beschleunigt. China verzeichnet bei seinem Bruttoinlandsprodukt (BIP) eine Wachstumsrate von 8-9 Prozent jährlich, wobei dieses sich innerhalb von weniger als zwei Jahrzehnten verdreifacht hat.²⁵³ Je nachdem, wie gerechnet wird, ist Chinas Wirtschaft heute wahrscheinlich schon die weltweit dritt- oder viertgrößte.²⁵⁴ Nach Berichten der Asiatischen Entwicklungsbank (ADB) würde in 30 Jahren das Pro-Kopf-Einkommen in China die Höhe von 10.000 USD erreichen und Chinas Wirtschaft dann 16 Billionen USD umfassen.²⁵⁵

Man sagt, dass die Expansion der wirtschaftlichen Fähigkeiten einer Nation normalerweise ein Verlangen nach mehr internationalem Einfluss und Macht nach sich zieht. In Hinblick auf Chinas schnelle wirtschaftliche Entwicklung stellt sich demnach die Frage, ob China sich zu einer dominanten Regionalmacht oder in der Zukunft sogar zu einer hegemonialen Weltmacht entwickeln wird. Die meisten Analysen hatten eines gemein: unabhängig davon, wie China bewertet wurde, wird es als neu aufsteigende Macht zu einem wichtigen Teilnehmer im existierenden internationalen System. Die Geschichte ist dabei nicht ermutigend. Das aufsteigende Nazi-Deutschland, das imperialistische Japan und Frankreich unter Napoleon haben schließlich jeweils Kriege begonnen. Das waren nicht einfach aufsteigende Mächte, sondern aufsteigende Mächte, deren Ziel darin bestand, die grundsätzliche Ordnung des internationalen Systems neu zu gestalten um ihre eigenen nationalen Ziele zu verwirklichen. Sie waren, wie

²⁵³ Vgl. Nye, Joseph S. Jr.: "As China rises, must other bow?", in: *The Economist*, Juni 1998, S. 22.

²⁵⁴ Dagegen setzt eine vorsichtiger und anerkanntere Einschätzung die chinesische Wirtschaft an die neunte Stelle. Jedoch war einem Bericht des Internationalen Währungsfonds von 1993 zufolge, bei dem die Methode der Kaufkraftparität und nicht die gängige Wechselkursmethode verwendet wurde, Chinas BIP bereits das drittgrößte weltweit.

²⁵⁵ Vgl. Asian Development Bank: *Emerging Asia*, Manila 1997, S. 124.

Randall Schweller beschreibt, revolutionäre Mächte, deren Forderungen absolut unvereinbar mit dem existierenden Status quo waren, oder, um es mit Schwellers Worten zu sagen, „unlimited aim revisionists“.²⁵⁶ Des weiteren meint Schweller, dass nicht alle unzufriedenen "rising powers" eine fundamentale Veränderung der bestehenden internationalen Ordnung anstreben. Da gibt es solche, die begrenztere Veränderungen versuchen, um ihre Ziele besser verfolgen zu können. Solche Staaten, so Schweller, können mit berechtigten Zugeständnissen in die bestehende Ordnung eingefügt werden.²⁵⁷

Für die Länder Ostasiens und die Vereinigten Staaten ist die Aussicht auf Chinas Aufstieg sehr problematisch. Ihre Sorge basiert auf einer Reihe von Beobachtungen und Überlegungen, unter denen die folgenden drei am beständigsten und häufigsten zitiert werden:

1. Während sich die chinesische Wirtschaft in einem ungeahnten Tempo entwickelte, ist das politische System Chinas nach wie vor von der Einparteienregierung der Chinesischen Kommunistischen Partei (KPCh) geprägt. Mit der anhaltenden Dominanz des politischen Autoritarismus in Beijing hat sich die Situation der Menschenrechte nach Einschätzung vieler Beobachter (besonders von internationalen Menschenrechtsbeobachtern) nicht verbessert und unter Umständen sogar verschlechtert. Der bekannte Experte für chinesische Geschichte und Politik, Arthur Waldron, stellt allgemein fest, dass sich China seit 1989 auf eine erneuerte Diktatur hinbewegt, „moving toward renewed dictatorship“.²⁵⁸ Wird ein China, das nicht die politischen Rechte seiner eigenen Menschen respektiert, gewillt sein, verantwortungsbewußt auf der internationalen Bühne zu handeln? Daran gibt es weltweit ernsthafte Zweifel.

2. Was den Aufbau der Armee der VR China im vergangenen Jahrzehnt betrifft, so weisen einige Wissenschaftler und Militäranalysten nachdrücklich darauf hin, dass es in Beijing nicht nur eine sehr starke Tendenz gibt, die nationale chinesische Verteidigung zu modernisieren, sondern die chinesische Armee mit Angriffskapazitäten weit über Chinas Grenzen hinaus auszurüsten. Das „International Institute for Strategic Studies“ (IISS) geht davon aus, dass die derzeitigen Verteidigungsausgaben Chinas die

²⁵⁶ Vgl. Schweller, Randall L.: Managing the Rise of Great Powers. History and Theory, in: Johnston, Alastair Iain und Ross, Robert S. (Hrsg.), *Engaging China: the management of an emerging power*, New York 1999, S. 19.

²⁵⁷ Ebd., S. 19f.

²⁵⁸ Vgl. Waldron, Arthur: "Eight Steps toward a New China Policy," in: *Orbis*, 41 (Winter 1997) 1, S. 77.

offiziellen Zahlen um mindestens das Vierfache übersteigen.²⁵⁹ In einer Untersuchung des Modernisierungsprogrammes der VR China für die Armee behaupten Richard Bernstein und Ross Munro, dass die Militärausgaben Beijings schon eine Summe von 87 Milliarden USD jährlich erreicht haben könnten.²⁶⁰ Demzufolge schlussfolgern sie, dass hinter dem Aufbau der Armee der VR China ein der Plan für eine direkte Auseinandersetzung mit den Vereinigten Staaten irgendwann im 21. Jahrhundert steht. Eine RAND-Studie zeigt, das 2015 die Militärausgaben Chinas diejenigen Japans um mehr als das Sechsfache übersteigen und das angehäuften militärischen Kapital Chinas etwa das Fünffache des japanischen betragen wird (gemessen an der Kaufkraftparität).²⁶¹ Solange Chinas Wirtschaft wächst, ist anzunehmen, dass sich seine militärische Macht vergrößert, was China seinen Nachbarn gegenüber gefährlicher erscheinen lässt und die Verpflichtungen Amerikas in der Region verkompliziert.

3. Obwohl sich China verstärkt in das Weltwirtschaftssystem eingefügt hat, was auf Reformen und den Öffnungsprozess in den vergangenen zwei Jahrzehnten zurückzuführen ist, bleibt das Land nach Meinung vieler ein „Aussenseiter“ (outsider) im internationalen System, der sich weigert, einige der grundsätzlichen Normen und Bestimmungen dieses Systems anzunehmen. So hat Beijing z.B. abgelehnt, auf Gewalt als mögliches Mittel zur Problemlösung zu verzichten. Im Bereich der Waffenkontrolle wurde Beijing verdächtigt, verantwortungslos Waffen in andere Länder wie Pakistan, Syrien und den Iran zu exportieren. Die Ausweitung des Machtpotenzials der VR China wird, so von vielen befürchtet, eine weitere substanzielle Schädigung der Stabilität und Ordnung in der Welt allgemein und speziell in der ostasiatisch-pazifischen Region ermöglichen. Diese Sorge findet in der Geschichte Bestätigung, da nach Meinung einiger Wissenschaftler Beijing immer wieder Gewalt angewendet hat, um Krisensituationen in Chinas Außenbeziehungen zu bewältigen. So zeigt z. B. in einer Studie über die chinesische Kultur der Strategie der Politikwissenschaftler der Harvard University Alastair Iain Johnston, dass die VR China im Zeitraum 1950-1985 in acht von elf außenpolitischen Krisen Gewalt angewandt hatte, und damit im Verhältnis

²⁵⁹ The International Institute for Strategic Studies: The Military Balance 1996/97, Oxford 1996, S. 174.

²⁶⁰ Vgl. Bernstein, Richard/Munro, Ross H.: The Coming Conflict with China, New York 1997, S. 70.

²⁶¹ Vgl. Wolf, Charles Jr./Bamezai, Anil/Yeh, K. C./Zyher, Benjamin: Asian Economic Trends and Their Security Implications, RAND publications, Santa Monica 2000, S. 19-22.

wesentlich häufiger als jede andere Großmacht im 20. Jahrhundert.²⁶² Warren I. Cohen, ein führender Wissenschaftler für ostasiatisch-amerikanische Beziehungen, fragte sich folgendes: wenn Beijing in der Vergangenheit zur Gewaltanwendung bei der Lösung außenpolitischer Fragen tendierte, wie kann dann erwartet werden, dass die Führung in Beijing dies in der Zukunft weniger tun könnte?²⁶³

Wie dem auch sei, es gibt kaum Zweifel daran, dass die Volksrepublik China eine aufsteigende Großmacht ist und sich zu einem bestimmenden Element in der internationalen Politik in der Zeit nach dem Kalten Krieg entwickelt. Die wachsende Wirtschaft und die militärische Macht Chinas, des bevölkerungsreichsten Landes der Welt, werden eine zentrale Herausforderung für die ostasiatisch-pazifische Region sein.²⁶⁴ Deshalb versuchen die Politikplaner in dieser Region, immer stärker ihre nationalen Strategien auf die wachsende Macht Chinas auszurichten.

Die anderen Länder Ostasiens (ob allein oder gemeinsam) sind nicht stark genug, ein wirkliches Gegengewicht gegenüber der VR China zu bilden, allein die Vereinigten Staaten können ein Machtgleichgewicht herstellen, das ihnen die notwendige Freiheit gewährt, sich zwischen diplomatischen, politischen und wirtschaftlichen Optionen bewegen zu können. Das in der Region vorherrschende Konzept des Kräftegleichgewichts geht trotzdem nicht davon aus, dass sich China unweigerlich zu einer Bedrohung entwickelt. Eher soll es als Absicherung bzw. Versicherungspolitik gegenüber der Möglichkeit dienen, dass China auf einen Konfrontationskurs einschwenkt. Die anderen Länder wollen eine starke US-Präsenz in der Region kultivieren, jedoch Maßnahmen vermeiden, die ungewollt oder verfrüht feindliche Gesinnungen gegenüber China signalisieren könnten. Aus diesem Grund z.B. haben Thailand und die Philippinen die Vorschläge der Clinton-Administration ausgeschlagen, bereits jetzt Kriegsmaterial für mögliche regionale Konfrontationen zu stationieren. Dagegen begrüßen sie

²⁶² Vgl. Johnston, Alastair Iain: *Cultural Realism: Strategic Culture and Grand Strategy in Chinese History*, Princeton 1996, S. 257.

²⁶³ Vgl. Cohen, Warren I.: "China's Strategic Culture," in: *Atlantic Monthly*, 279 (1997) 3, S. 104–105.

²⁶⁴ Vgl. Nye, Joseph S.: China's Re-emergence and the Future of the Asia-Pacific, in: *Survival*, 39 (1997-98) 4, S. 65-79.

weiterhin gemeinsame Militärübungen und andere Möglichkeiten der Kooperation in der Verteidigung mit den USA und anderen Staaten.²⁶⁵

Darüber hinaus würde ein relatives Anwachsen der Macht Chinas das regionale Machtgleichgewicht beeinflussen und zu Veränderungen bei den Orientierungen der kleineren Mächte führen. Das wird die regionale Präsenz Amerikas und seine Interessen reduzieren. So würde beispielsweise ein relativer Machtzuwachs für China im insularen Südostasien eine stärkere strategische Orientierung auf Malaysia, Singapur und die Philippinen nach sich ziehen. Die Vereinigten Staaten würden so einen geringeren Einfluss in diesen Ländern haben und weniger intensiv mit ihnen in einer Vielzahl von Bereichen kooperieren. Dazu gehören wirtschaftliche Beziehungen und militärische Kooperation, wie z.B. der Zugang zu Häfen, Territorialgewässern und Schifffahrtswegen vom Nahen Osten in den westlichen Pazifischen Ozean, sowie die politische Kooperation, insbesondere in multilateralen Institutionen oder Konflikten in Drittländern.

266

Die amerikanische Strategie gegenüber China und der gesamten Region ist offensichtlich von grundlegendem Interesse für jeden einzelnen Staat in der Region. Können die Vereinigten Staaten als die weltweit dominierende Macht sich an den Aufstieg einer neuen Macht anpassen, wie es bei England gegenüber den Vereinigten Staaten am Ende des 19. Jahrhunderts der Fall war,? Oder wird es so kommen wie bei den westlichen Mächten mit Japan und Deutschland in der ersten Hälfte des letzten Jahrhunderts?

Es gibt einen breiten amerikanischen Konsens über die Rolle Amerikas in Ostasien und über die Notwendigkeit, die potentielle chinesische Macht auszubalancieren, doch hat dies nicht zu einem Konsens hinsichtlich einer Politik gegenüber China geführt. In Übereinstimmung mit der Strategie des Machtgleichgewichts bleibt für die USA eine Reihe politischer Möglichkeiten, die bilaterale Partnerschaft zwischen den USA und

²⁶⁵ Vgl. Paal, Douglas H.: "China and the East Asian Security Environment: Complementarity and Competition", in: Vogel, Ezra F. (Hrsg.), *Living with China: U.S.-China Relations in the Twenty-first Century*, New York 1997, S. 97-119.

²⁶⁶ Vgl. Ross, Rober S.: "Engagement in US China Policy", in: Johnston, Alastair Iain/ Ross, Rober S. (Hrsg.), *Engaging China: the management of an emerging power*, London 1999, S. 180.

China zu entwickeln und die Art der regionalen oder globalen Ordnung zu beeinflussen. Diese Möglichkeiten sind es, die zu der Debatte über die US-amerikanische Strategie im Umgang mit dem chinesischen Machtaufstieg zwischen Anhängern einer Containment- und Anhängern einer Engagement-Politik geführt haben.

Diese beiden Politikkonzepte fußen auf der Annahme, dass im Falle eines chinesischen Machtzugewinns unausweichlich die Vormachtstellung der USA in Asien in Frage gestellt wird, jedoch orientieren sich ihre politischen Präferenzen eher an einem diametral entgegengesetzten Verständnis der chinesischen Intentionen. Vertreter der Containment-Strategie argumentieren, dass ein China mit modernisiertem Militär seine bewaffneten Kräfte nutzen wird, um seine territorialen Ziele zu erreichen, die Wiedervereinigung Taiwans mit dem Festland und die Kontrolle über die Senkaku-Inseln, Paraoel-Inseln und die Spratly-Inseln eingeschlossen. Da China ein Hauptölimporteur sein wird, wird es versuchen, die Schifffahrtswege zu kontrollieren, die chinesische Häfen mit dem Nahen und Mittleren Osten verbinden. Nach Ansicht dieser Analysten hat die chinesische Führung bereits geschlussfolgert, dass die Vereinigten Staaten das wichtigste Hindernis bei der Verwirklichung von Chinas Zielen sind und deshalb der amerikanische Einfluss geschwächt und letztlich ganz aus Ostasien verdrängt werden sollte, um die territorialen Ziele wie auch das letztendliche Ziel – regionale Hegemonie – zu erreichen.²⁶⁷ Diese Perspektive ähnelt den US-amerikanischen Containment-Politiken aus der Zeit des Kalten Krieges insofern, da sie eine scharfe Reaktion auf alle diplomatischen, wirtschaftlichen und militärischen Initiativen der VR China begünstigt, die die US-amerikanischen Interessen berühren. Diese Strategie blockiert außerdem die Beteiligung der VR China an internationalen Wirtschafts- oder Sicherheitssystemen, bis Beijing seinen Willen und seine Fähigkeit unter Beweis stellt, die Regeln zu befolgen.

Engagement ist das andere Konzept der strategischen Politik des Ausbalancierens der Macht der VR China. Es geht ebenfalls davon aus, dass die Vereinigten Staaten China weder erlauben dürfen noch erlauben werden, ein unipolares Ostasien zu schaffen. Es macht aber deutlich, dass innerhalb eines Systems des Machtgleichgewichts die Wahl

²⁶⁷ Vertreter von diesem Argument sind Richard Bernstein und Ross Munro. Vgl. Bernstein, Richard/Munro, Ross H.: *The coming conflict with China*, New York 1997.

der politischen Mittel das Spannungs- und Gewaltniveau bestimmen kann, die für Interessenkonflikte zwischen Großmächten charakteristisch sind. Befürworter dieses Konzepts in den Vereinigten Staaten argumentieren, dass die chinesische Spitze eine unmißverständliche Sichtweise auf die langfristigen Beziehungen zwischen China und den USA formulieren müssen und dass die amerikanische Politik Chinas Bereitschaft beeinflussen kann, bestimmte Vorschläge zur Kooperation anzunehmen. Washington sollte eine Chinapolitik entwickeln, die die wachsende Macht Chinas ausgleicht, die US-amerikanischen Interessen wahrt und das Potenzial globaler oder regionaler Instabilität und bilateraler Spannungen minimiert. Die Engagement-Strategie baut aber auch auf die Möglichkeit, dass bei der Behandlung Chinas durch die Vereinigten Staaten als Partner China nicht zum Feind wird. Befürworter der Engagement-Strategie argumentieren weiterhin, dass die Vereinigten Staaten, nachdem sie ihr Bündnis mit Japan und ihre strategische Präsenz in Ostasien gefestigt haben, ihre strategische Überlegenheit nutzen könnten, um China aus einer Haltung der Härte herauszulösen und damit die Möglichkeiten zu erhöhen, China zu einer kooperativeren Haltung auf regionaler Ebene zu ermuntern. Statt China zu isolieren sollten die Vereinigten Staaten ihrer Meinung nach eher das soziale und politische Interesse Chinas an stabilen Beziehungen zwischen den USA und China als auch in den internationalen Ordnungen fördern.

268

Die Clinton-Administration hat verschiedentlich ihre Politik gegenüber China als „engagement“, „constructive engagement“ und „comprehensive engagement“²⁶⁹ charakterisiert. Auf der Grundlage der Engagement-Politik der Clinton-Administration haben die Vereinigten Staaten und China den sogenannten „strategischen Dialog“ eröffnet, indem regelmäßig gegenseitige offizielle Besuche der Staatsoberhäupter, von Mitgliedern des amerikanischen Kongresses und anderen hochgestellten Persönlichkeiten durchgeführt werden, gleichzeitig der militärische Dialog gestärkt und mehr Transparenz in den Bereichen Wirtschaft, Handel, Kultur und Sicherheit geschaffen wird.

²⁶⁸ Vgl. Ross, Rober S.: „Engagement in US China Policy“, in: Johnston, Alastair Iain/ Ross, Rober S. (Hrsg.), *Engaging China--the management of an emerging power*, London 1999, S. 183-185.

²⁶⁹ Vgl. Betts, Richard K.: „Wealth, Power and Instability: East Asia and the United States after the Cold War,“ in: *International Security*, 18 (Winter 1993-94) 3, S. 35-77; Friedberg, Aaron L.: „Ripe for Rivalry: Prospects for Peace in a Multipolar Asia,“ in: *International Security*, 18 (Winter 1993-94) 3, S. 5-33.

Obwohl die Politik der Beteiligung zur offiziellen Sprachregelung bei der Beschreibung der Beziehung zwischen den USA und China wurde, ist es für die USA und China unmöglich, ihre beachtlichen strategischen Differenzen zu begraben.²⁷⁰ Die Vereinigten Staaten verstärken gerade ihre Engagement-Politik gegenüber China. Zur gleichen Zeit behalten die USA eine bedeutende Truppenpräsenz in der ostasiatischen Region bei, stärken das US-amerikanisch-japanische Sicherheitssystem, erneuern bilaterale militärische Vereinbarungen und die militärische Kooperation mit anderen Status-quo-Ländern, entwickeln ein Raketenabwehrsystem zur Selbstverteidigung und verkaufen Verteidigungswaffen an andere Länder in Ostasien.²⁷¹ All das ist eine Möglichkeit einen wirkungsvollen strategischen Rahmen und Mechanismus zur Bewältigung zukünftiger Herausforderungen und Bedrohungen beizubehalten und macht den Willen und die Entschlossenheit der Vereinigten Staaten deutlich, den Status quo – Frieden in der Region Ostasien zu erhalten.

Die Geschichte zeigt, dass große Konflikte die Regel sind. Die Herausforderung besteht darin, aus der Geschichte zu lernen und gleichzeitig mit dem unvermeidbaren Aufstieg Chinas zu einer Großmacht ohne Krieg fertig zu werden. Das explizite Ziel besteht darin, China konstruktiv und vollständig in die Handlungen der Internationalen Gemeinschaft einzubeziehen und damit China abzuhalten, seine Ziele unter Anwendung von Gewalt erreichen zu wollen. Wie auch immer, während die durch Chinas Potential hervorgerufenen Herausforderungen groß sind, ist die Chance, dieses Potential zu formen, genauso groß.

²⁷⁰ Vgl. Gill, Bates: "Limited Engagement," in: *Foreign Affairs*, 78 (July-August 1999) 4, S. 65-76.

²⁷¹ Vgl. Department of Defense, "United States Security Strategy for the East Asia-Pacific Region", Washington, D.C., 1995.

3.3.3. Die US-Strategie für den ostasiatisch-pazifischen Raum: eine „Pazifische Gemeinschaft“ unter amerikanischer Führung

Die amerikanische Ostasienpolitik ist seit Ende des Zweiten Weltkrieges von drei grundlegenden Elementen gekennzeichnet: Im Bereich der Sicherheitspolitik wirkten die USA in großem Maße mit, ein strategisches Gleichgewicht in der Region zu schaffen, was durch die vorgelagerte Stationierung von Boden-, Marine- und Luftstreitkräften auf amerikanischen Stützpunkten auf ostasiatischem Gebiet geschah. Im Bereich der Wirtschaft waren die Amerikaner zu freiem Handel verpflichtet, was dazu führte, dass sich die offenen amerikanischen Märkte als Motor für die wirtschaftliche Entwicklung in der ostasiatischen Region erwiesen, wodurch wiederum die amerikanischen Konsumenten von den preisgünstigen und qualitativ hochwertigen Produkten ostasiatischer Hersteller profitierten. Außerdem war die Förderung von Demokratie, Menschenrechten und kapitalistischer Marktwirtschaft in Ostasien ein weiterer wichtiger Punkt der amerikanischen Außenpolitik, zumindest in den letzten beiden Jahrzehnten.²⁷²

Angeichts der veränderten Bedingungen in der ostasiatisch-pazifischen Region nach dem Ende des Kalten Krieges ergaben sich für die USA eine große Anzahl großer Herausforderungen. Mit dem Zerfall der Sowjetunion verschwand auch die wichtigste Rechtfertigung für eine große amerikanische Militärpräsenz im asiatischen Raum. Durch eine Stagnation im amerikanischen Lebensstandard und ernsthafte Defizite im Handel der USA mit wichtigen Ländern Asiens stand die amerikanische Verpflichtung zu freiem Handel in Frage, auch ging die Bereitschaft der USA, in der ostasiatischen Region Sicherheit zu gewährleisten, zurück.²⁷³ Der ostasiatisch-pazifische Raum sieht sich demnach vor eine Reihe schwerwiegender Probleme gestellt, die Frieden und Wohlstand gefährden könnten.

Die zentrale Frage in der Diskussion zur amerikanischen Ostasienpolitik ist, ob die Politik der Vergangenheit auch noch unter den veränderten Bedingungen angemessen

²⁷² Vgl. Harding, Harry: „Die Zukunft der USA als Stabilitätsmacht in Asien/Pazifik“, in: Maull, Hans W./Segal, G./Wanandi, J. (Hrsg.), *Europa und Asien-Pazifik*, München 1999, S. 177.

²⁷³ Ebd.

ist, oder ob sie stark modifiziert werden sollte. Jedenfalls haben die USA ein besonderes Interesse daran, dass Ostasien weiterhin auf dem Weg der wirtschaftlichen Entwicklung, Demokratisierung und der regionalen Friedenswahrung bleibt. Um diesen Herausforderungen zu begegnen, müssen die Vereinigten Staaten drei langfristige Ziele anstreben:²⁷⁴

1. Den Aufstieg einer regionalen Hegemonialmacht verhindern. Jede potentielle Hegemonialmacht würde versuchen, die führende Rolle der USA in Ostasien zu untergraben und zu diesem Zweck durchaus zum Mittel der Gewalt greifen. In Anbetracht der Ressourcen Asiens an Menschen sowie in technologischer und wirtschaftlicher Hinsicht würde die Oberherrschaft einer feindlichen Macht in der Region eine globale Herausforderung bedeuten und die bestehende internationale Ordnung bedrohen.

2. Die Stabilität aufrechterhalten. Stabilität bildete die Grundlage für den Aufstieg Asiens. Die Vereinigten Staaten müssen versuchen, diese aufrecht zu erhalten, indem sie durch „gestaltende Maßnahmen“ kooperatives Verhalten belohnen und Gewaltanwendung als Mittel zur Durchsetzung geopolitischer Ziele ächten. Denn wenn die asiatischen Staaten ihre Wirtschaftskraft ausbauen und sich zu freien Gesellschaften entwickeln sollen, müssen sie frei von der Bedrohung durch bewaffnete Angriffe oder Druck von außen sein. Nur Stabilität wird diese Staaten in die Lage versetzen, nicht mehr als die für die Selbstverteidigung notwendigen Ressourcen für Militärausgaben aufzuwenden.

3. Den Transformationsprozess in Ostasien steuern. Zusammen mit ihren Verbündeten müssen die Vereinigten Staaten den Wandel in Ostasien helfend begleiten. In Anbetracht der zu bewältigenden Problem können die USA sicher nicht jedes Problem lösen oder in jedem denkbaren Fall ihren Einfluss ausüben. Sie sollten jedoch die Kontrolle über die meisten Szenarien behalten, um zu verhindern, dass diese aus dem Ruder laufen. Ohne jeden Zweifel sollten die Vereinigten Staaten ihren Einfluss in der Region so gestalten, dass die Entwicklung demokratischer, marktorientierter Gesellschaften gefördert wird, die willens und in der Lage sind, sich internationalen Verhaltensnormen zu unterwerfen. Zusätzlich wollen die USA ihre wirtschaftlichen Zugangsmög-

²⁷⁴ Vgl. Khalilzad, Zalmay(Hrsg.): The United States and Asia: Toward a New U.S. Strategy and Force Posture, RAND Publications MR 1315, Santa Monica 2001. S.XIII.

lichkeiten in die Region beibehalten und erweitern. Dies bedarf einer kontinuierlichen Fortsetzung der Freihandelspolitik, die in den letzten Jahrzehnten den Aufschwung der Region sicherstellte.

Um diese Ziele zu erreichen, bedarf es einer in sich geschlossenen politisch-militärisch-wirtschaftlichen Strategie. Eine notwendige Voraussetzung dafür bildet die fortgesetzte und unangefochtene globale Führerschaft der USA. Dies wiederum bedeutet, dass die Vereinigten Staaten weiterhin die notwendigen politischen, technologischen und militärischen Investitionen aufwenden müssen, um ihre globale Vorherrschaft zu sichern.

Im Winter 1991/92 hatte Bushs Außenminister James Baker in *Foreign Affairs* die „*Emerging Architecture for a Pacific Community*“ beschrieben:

*“To visualize the architecture of U.S. engagement in the region, imagine a fan spread wide, with its base in North America and radiating west across the Pacific. The central support is the U.S.-Japan alliance, the key connection for the security structure and the new Pacific partnership we are seeking. To the North, one spoke represents our alliance with the Republic of Korea. To the south, others extend to our treaty allies—the Association of Southeast Asian Nations (ASEAN) countries of the Philippines and Thailand. Further south a spoke extends to Australia—an important, staunch economic, political and security partner. Connecting these spokes is the fabric of shared economic interests now given form by the Asia Pacific Economic Cooperation (APEC) process. Within this construct, new political and economic relationships offer additional support for a system of cooperative action by groups of Pacific nations to address both residual problems and emerging challenges.”*²⁷⁵

Diese “Pazifische Gemeinschaft” wird als ein Sicherheitssystem unter der Führung der Vereinigten Staaten verstanden. Allerdings war in dem Artikel nicht klar ersichtlich, wie eine Integration der asiatisch-pazifischen Region unter Mitwirkung der Vereinigten Staaten zustande kommen sollte, da die USA multilaterale Struktur ablehnten und stattdessen weiterhin bilateralen Bindungen den Vorzug gaben.

²⁷⁵ Zit. nach Baker, James A.: “America in Asia: Emerging Architecture for a Pacific Community”, in: *Foreign Affairs*, 70 (Winter 1991/92) 5, S. 4-5

Die Clinton Administration war hingegen davon überzeugt, dass um Frieden und Stabilität zu wahren und diese Herausforderungen zu bewältigen, die USA eine Strategie für die Region entwickeln müssen, die den ökonomischen, politischen und Sicherheitsfragen der Region gerecht wird.

Clintons Vize-Außenminister Winston Lord zufolge ruht die US-Strategie im ostasiatisch-pazifischen Raum auf drei Pfeilern: Wirtschaftswachstum, Sicherheit und Demokratie:

*Economic prosperity is a powerful force for democratic change. But economies need a stable, secure environment to grow and develop. We have long worked with our allies and friends in Asia to provide that environment, to our mutual benefit. We are now reaping the fruits of that stability in the form of growing markets and flourishing trade. Likewise, we know that open, democratic societies make better trading partners and more peaceful neighbours. We need to integrate our economic, political and security policies. We need fresh approaches and structures of cooperation. It is time to build – with others - a New Pacific Community.*²⁷⁶

Präsident Clinton konkretisierte die Idee einer „New Pacific Community“ während seiner Ostasien-Tour im Juli 1993. Vor Studenten der Tokioter Waseda-Universität nannte er die amerikanisch-japanische Partnerschaft:

*„the centerpiece of our policy toward the Pacific Community The new Pacific Community will rest on a revived partnership between the United States and Japan, on progress toward more open economies and greater trade, and on Support for democracy. Our community must also rest on the firm and continuing commitment of the United States to maintain its treaty alliances and its forward military presence in Japan and South Korea and throughout this region.“*²⁷⁷ Clinton hatte damit die drei

²⁷⁶ Zit. nach Lord, Winston: „A New Pacific Community - Ten Goals for American Policy“, confirmation Hearing of the Senate Foreign Relations Committee, 31. 3. 1993, S. 2.

²⁷⁷ President Clinton: „Building a New Pacific Community“, Address to students and faculty at Waseda University, Tokyo, Japan, July 7, 1993, in: *U.S. Department of State Dispatch*, 4 (July 1993) 28, S. 485.

Eckpfeiler seiner Strategie deutlich identifiziert: „Prosperity“, „Security“ und „Democracy“.

Es wird somit im Anschluss an die Analyse der drei strategischen Komponenten „Security“, „Prosperity“ und „Democracy“ zu erörtern sein, wie die drei Eckpfeiler der US-Strategie für den ostasiatisch-pazifischen Raum die Veränderungen und Herausforderungen in dieser Region effektive bewältigen können.

3.3.3.1 „Security“ - Die Militärstrategie

Während des Kalten Krieges hatte die „Containment Doctrine“ die Ratio der amerikanischen Sicherheitsstrategie in der Region gebildet. Die USA versuchten die Expansion der UdSSR und später auch der Volksrepublik China in die Nachbarstaaten zu verhindern. Die mit einer Anzahl von Staaten abgeschlossenen Sicherheitsvereinbarungen bildeten für die Strategie der USA eine wichtige Basis: 1951 mit Japan der „Mutual Security Treaty“ und mit den Philippinen der „Mutual Defence Treaty“; Verträge mit Australien und Neuseeland (ANZUS 1951); Süd-Korea (1953); Taiwan (1954) und Thailand (1962). Alle diese Verträge wurden in San Francisco unterzeichnet, weshalb das gesamte Netzwerk auch als „San Francisco System“ bezeichnet wurde.²⁷⁸

Die militärische Basis des US-amerikanischen Engagements im ostasiatisch-pazifischen Raum rührt aus der Frühzeit der „Containment Doctrine“ her. Japan und Südkorea spielen hierbei als vorgerückte Stützpunkte der US-Streitkräfte eine bedeutende Rolle. Gleiches traf bis 1991 auf die Philippinen zu. Australien stellt den Vereinigten Staaten Aufklärungs- und Kommunikationseinrichtungen zur Verfügung. Zusätzlich sind die USA selbst eine pazifische Macht. Abgesehen von ihren militärischen Einrichtungen an der Westküste und in Alaska, reicht ihr militärischer Machtbereich über die Stützpunkte in Hawaii und Guam in den pazifischen Raum. Während der 80er Jahre setzten die USA als Grundlage ihres militärischen Einflusses auf eine „maritime Strategie“.²⁷⁹ Ihre Überlegenheit bei den Seestreitkräften wurde als effektivste Methode, den sowjetischen Einfluss in der Region zurückzuhalten, angesehen. Ebenso bot sich damit ein Ausgangspunkt für den möglicherweise notwendigen Einsatz der amerikanischen Militärmacht in anderen Situationen.

Die andauernde Hegemonie der Vereinigten Staaten in Ostasien ist das herausragendste Strukturmerkmal der Sicherheitsarchitektur dieser Region seit Ende des Kalten Krieges. Mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion endete die zweiseitige Konfrontation. Die USA blieben als einzige Supermacht zurück. Ihre militärische, wirtschaftli-

²⁷⁸ Vgl. Stuart, Douglas T. /Tow, William T: A US Strategy for the Asia-Pacific, *Adelphi Paper* 299, London 1995, S. 4-5.

²⁷⁹ Vgl. Langdon, Frank C.: Superpower Maritime Strategy in the Pacific, London 1990, Teil 3.

che, politische und technologische Überlegenheit stärkten ihre Position und erlaubten es den Vereinigten Staaten, in militärischen Fragen und Sicherheitsfragen überall auf der Welt die Führungsrolle zu übernehmen. Demzufolge ist es nach Ende des Kalten Krieges für jede Region in der Welt ein entscheidender Sicherheits- und Stabilitätsfaktor, inwieweit die USA ihre weltweiten Verpflichtungen beibehalten bzw. ausbauen.

Die Bush-Administration

Vorsicht und politische Kontinuität waren die Prinzipien der Bush-Administration bei ihren strategischen Planungen in der Zeit nach dem Ende des Kalten Krieges. Außenminister James Baker formulierte diese Politik für den asiatisch-pazifischen Raum. Er vertrat 1991 die Ansicht, dass das von den USA geförderte System gegenseitiger Partnerschaften weiterhin die unverzichtbare Basis für die regionale Ordnung sei und verglich das Netzwerk der Allianzen mit einem „*fan spread wide, with it's base in North America*“.²⁸⁰ Die USA bildeten die Achse dieses Systems. Während Baker die generelle Marschrichtung vorgab, wurden die meisten militärischen Sicherheitsaspekte in zwei Berichten des amerikanischen Verteidigungsministeriums unter dem Titel „*A Strategic Framework for the Asian Pacific Region*“ 1990 und 1992 im Kontext der *East Asia Strategy Initiative* (EASI) ausgearbeitet. In der EASI ging man davon aus, dass ein Weltkrieg mit asiatischen Frontlinien nicht mehr wahrscheinlich sei. Indem der strategische Fokus von der UdSSR abgewendet wurde, traf der Bericht die Vorhersage, dass – als Balance- und Abschreckungsfaktor – die Vereinigten Staaten zur Stabilität der Region beitragen würden.²⁸¹ Dieser Argumentationsgang wurde in dem Report von 1992 beibehalten, nun bestärkt durch den Zusammenbruch der UdSSR. Mit dem Verschwinden der sowjetischen Bedrohung wurde es zum Hauptziel der USA, den Aufstieg einer Führungsmacht oder -koalition zu verhindern.²⁸²

Die EASI forderte, die USA sollten unter Beibehaltung einer starken Militärpräsenz und bei gleichzeitigem Ausbau ihrer Kriseninterventionskräfte die Sicherheitslage im

²⁸⁰ Vgl. Baker, James A., a.a.O..

²⁸¹ Vgl. US Department of Defense: *A Strategic Framework for the Asia-Pacific Rim: Looking Toward the 21st Century*, Washington, D.C. 1990.

²⁸² Vgl. US Department of Defense: *A Strategic Framework for the Asia-Pacific Rim: A report to Congress*, Washington, D.C. 1992, S. 2-5.

ostasiatisch-pazifischen Raum „in ways favourable to the United States and to our allies and friends“ gestalten.²⁸³ In dem Dokument wurde ebenso davon ausgegangen, dass die wirtschaftliche Dynamik in Ostasien aufrechterhalten werden könne, dass die US-Kontrolle der wichtigsten Seestraßen im ostasiatischen Pazifik auch in Zukunft gesichert sei und sich die Weiterverbreitung liberaler demokratischer Werte durch die USA in der gesamten Region fortsetzen werde. Besonderes wichtig ist die von der EASI formulierte Voraussetzung, weiterhin auf das von den USA dominierte San-Francisco-System bilateraler Verträge für die Absicherung der amerikanischen Sicherheitsinteressen im asiatischen Pazifik bauen zu können.

Die Clinton-Administration

Die Unterstützung der Clinton-Administration für die Doktrin von „*Engagement and Enlargement*“ mit der strategischen Alternative einer US-Führung erzeugten besondere Bedenken bezüglich ihrer strategischen und militärischen Pläne. Im Februar 1995 veröffentlichte das Verteidigungsministerium die „*United States Security Strategy for the East Pacific Region*“, welche die Sicherheitsaspekte von Präsident Clintons Strategie der Einmischung und der Ausweitung deutlich zur Sprache brachte.²⁸⁴ Dem stellvertretenden Verteidigungsminister für Internationale Sicherheitsfragen Joseph Nye zufolge besteht die Strategie der USA für Ostasien aus drei Teilen: An erster Stelle und als Kernpunkt steht die Stärkung der Allianzen. Wie in der vorangegangenen Strategie der EASI bildete die Sicherung der Kernelemente des San-Francisco-System den wichtigsten Punkt. Zweite Komponente dieser Strategie ist die Aufrechterhaltung einer starken Militärpräsenz. Im Unterschied zu den Dokumenten des Verteidigungsministeriums aus den Jahren 1990 und 1992 sah dieses Papier keinen weiteren Truppenabbau in der Region vor. Eine Truppenstärke von 100.000 Mann sollte in Ostasien aufrechterhalten werden. Die dritte Dimension dieser Strategie bildet die Entwicklung regionaler Institutionen. Diese sollen die Allianzen mit den Amerikanern nicht ersetzen, sondern als vertrauensbildende Maßnahmen in der Region wirken. Dem *Association of Southeast*

²⁸³ Ebd., S.2.

²⁸⁴ Vgl. Nye, Joseph S. Jr.: „The Case for Deep Engagement“, in: *Foreign Affairs*, 74 (Sommer 1995) 4, S. 92-94.

Asian Nations Regional Forum (ARF) sagte die Clinton-Administration ihre Unterstützung zu.²⁸⁵

Unter dem Titel „The United States Security Strategy for the East Asia-Pacific Region 1998“ (kurz: East Asian Strategy Report [EASR] 1998) wurde am 23.11.1998 vom US-Department of Defense (DoD) der bereits vierte Bericht zur Politik der USA in Fernost herausgegeben.²⁸⁶ In seinem Begleitschreiben zum EASR 1998 spricht Kurt Campbell, Deputy Assistant Secretary for Asian and Pacific Affairs im DoD, von „*nine elements of our strategic approach*“, mit denen die Grundlage des amerikanischen Engagements in der Region umrissen wird:²⁸⁷

1. Aufrechterhaltung einer amerikanischen Vorpräsenz mit ca. 100.000 Soldaten;
2. Ausbau der Bündnisse mit Japan, Südkorea, Australien, Thailand und den Philippinen;
3. Einbindung Chinas;
4. Sicherheitskooperation und Vertrauensbildung mit den Staaten Südostasiens;
5. Ausdehnung der regionalen Kooperation mit Russland;
6. Unterstützung der Entwicklung bi- und multilateraler Dialoge;
7. Förderung der Demokratie;
8. Eindämmung der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen;
9. Bewältigung transnationaler Sicherheitsprobleme (Terrorismus, Umweltzerstörung, Drogenhandel etc.).

Hierbei geht es darum, Kontinuität zu demonstrieren, d.h. wiederholt zu bestätigen, dass die Grundlage der amerikanischen Strategie wie in den 40 Jahren zuvor bilaterale Sicherheitsbündnisse mit Japan, Korea und Australien und in kleinerem Maße mit Thailand und den Philippinen sein werden. Demzufolge werden die USA auch in Zu-

²⁸⁵ Vgl. Nye, Joseph S. Jr. (ebd.), S. 94-95.

²⁸⁶ Vgl. Department of Defense: The United States Security Strategy for the East Asia-Pacific Region 1998, Washington, D.C. 1998.

²⁸⁷ Vgl. Wagener, Martin: „Amerikanische Asien-Pazifik-Politik aus der Sicht des Pentagons- Anmerkungen zum East Asian Strategy Report 1998“, in: *Österreichische Militärische Zeitschrift* (ÖMZ), 3/1999, S.269-280, hier S.270.

kunft versuchen, eine Stärkung der regionalen Stabilität und Sicherheit mit Hilfe multilateraler Faktoren herbei zu führen. Stärker als in anderen Berichten, die in den letzten zehn Jahren herausgegeben wurden, wird hier die Begeisterung für multilateralistische Ideen deutlich. Und trotzdem entspricht diese Strategie der Überzeugung, dass Stabilität einzig mit Hilfe von multilateralen Initiativen, die aber wiederum auf festen bilateralen US-amerikanischen Allianzen basieren, möglich ist. Obwohl im EASR von 1998 vor allem davon die Rede ist, den eingeschlagenen Kurs der amerikanischen Politik im asiatisch-pazifischen Raum fortzusetzen, hat das amerikanische Verteidigungsministerium ein wichtiges Dokument vorgelegt, mit dessen Hilfe die Sicht der USA auf sich selbst als „Pacific power“ kurz vor dem neuen Jahrtausend skizziert werden kann.²⁸⁸

Der EASR von 1998 ist eine Dokumentation dessen, wie sich in den vergangenen dreieinhalb Jahren die Erneuerung und Erweiterung des auf Bündnis- und Kooperationsabkommen gründenden bilateralen Sicherheitssystems der USA vollzogen hat. Die größte Bedeutung kommt dem 1996 begonnenen Ausbau der Zusammenarbeit mit Japan im Bereich der Sicherheit zu, darüber hinaus wurde mit Australien im Juli 1996 eine „Joint Security Declaration“ (das sogenannte „Sydney Statement“) abgeschlossen, die den Ausbau der gemeinsamen Übungen und Trainingsmöglichkeiten vorsieht. Im Januar 1998 wurde mit den Philippinen ein „Visiting Forces Agreement“ (VFA) vereinbart, womit die Beziehungen zwischen beiden Ländern nach dem Rückzug der amerikanischen Truppen 1992 ein solideres Fundament erhalten sollten. Ebenfalls im Januar 1998 wurde eine Vereinbarung mit Singapur abgeschlossen. Darin war die Möglichkeit für amerikanische Marineeinheiten (u.a. Flugzeugträger) vorgesehen, ab dem Jahr 2000 die Changi Naval Base anzulaufen. Im EASR 1998 wird der weitere Ausbau dieses Sicherheitssystems angekündigt: „All of our alliance relationships promise to expand both in scope and degree in coming years to encompass a more comprehensive concept of security cooperation.“²⁸⁹

²⁸⁸ Ebd.

²⁸⁹ Vgl. Department of Defense: The United States Security Strategy for the East Asia-Pacific Region 1998, Washington, D.C. 1998, S. 61.

Für Washington stellt Tokio ein wichtiges Element für die ostasiatisch-pazifische Strategie dar. Das ist der Grund, weshalb vom Pentagon das weitere militärische Engagement in der Region als notwendige Vorbedingung für eine erneute Belebung der Allianz mit Japan hervorgehoben wird. In seinem Bericht weist Nye darauf hin, dass es nach einem vollständigen Abzug der Truppen aus Japan Tokio zwangsläufig einen unabhängigen Kurs in seiner Sicherheitspolitik mit allen hinlänglich bekannten negativen Konsequenzen für die Stabilität der Region einschlagen würde. Gleichzeitig ist der US-Administration jedoch bewusst, dass das Verhältnis zu Japan - „America's most important bilateral relationship“²⁹⁰ - auf eine neue Basis gestellt werden muss. Nye ist zuversichtlich, „that it will indeed be possible to establish a firm basis for a U.S.-Japan security relationship even though the Cold War is over.“²⁹¹

Im April 1996 unterstützen Premierminister Ryutaro Hashimoto und Präsident Clinton öffentlich die Tätigkeit einer Arbeitsgruppe, die den Amerikanisch-Japanischen Sicherheitsvertrag als Basis für die Stabilität der Region neu überarbeitete.²⁹² Dies könnte sich als eine der bedeutendsten politischen Entwicklungen in der Region erweisen. China kann somit nicht die japanische Karte gegen die USA ausspielen oder versuchen, die Vereinigten Staaten aus der Region zu vertreiben.²⁹³ Für Japan wiederum ist der (nukleare) Schutzschirm seines Verbündeten aus Übersee eine Rückversicherung gegen die sicherheitspolitischen Unwägbarkeiten der Zukunft, die in Nordkorea, u.a. aber im weiteren Aufstieg Chinas gesehen werden. Der übergroße Nachbar wird im nächsten Jahrhundert wohl der einzige Staat in der asiatisch-pazifischen Region sein, der das Potential besitzt, die Sicherheit Nippons nachhaltig zu beeinträchtigen. Haupt Sorge Chinas ist daher die Ausdehnung der japanisch-amerikanischen Sicherheitskooperation. Am 17.04.1996 kam es zum Abschluss der Gemeinsamen Amerikanisch-Japanischen Sicherheitserklärung, am 23.09.1997 vereinbarten Washington und Tokio eine Revision ihrer Verteidigungsrichtlinien von 1978. Die USA streben – auch

²⁹⁰ Vgl. Department of Defense: United States Security Strategy for the East Asia-Pacific Region, Washington, D.C. 1995, S. 10.

²⁹¹ Nye, Joseph S. Jr.: „The Case for Deep Engagement“, in: *Foreign Affairs*, 74 (Sommer 1995) 4, S.97.

²⁹² Shikara, Toshiyuki: „Behind the Redefinition of the Japan-US Security Setup“, in: *Japan Review of International Affairs*, 10 (Autumn 1996) 4, S. 291.

²⁹³ Nye, Joseph S. Jr.: „China's Re-emergence and the Future of the Asia-Pacific“, in: *Survival*, 39 (Winter 1997-98) 4, S.77.

im Interesse des „burden sharing“ - eine größere sicherheitspolitische Verantwortung Japans an.²⁹⁴

Ein besonderes Thema, im Sicherheitsdialog zwischen den USA und Japan ist die Definition der Formulierung „areas surrounding Japan“ in den Richtlinien des Sicherheitsabkommens zwischen beiden Staaten.²⁹⁵ Sowohl die japanische als auch die amerikanische Regierung haben unterstrichen, dass es sich eher um ein situationsabhängiges Konzept als ein geographisches handelt, d.h. jede Situation umfasst, die einen bedeutenden Einfluss auf den Frieden und die Sicherheit Japans hat. Folglich wird jemand, der bei der Definition von „areas surrounding Japan“ an einer eingeschränkten Interpretation der geographischen Grenzen festhält, daran scheitern, die zentrale Logik des kollektiven Selbstverteidigungskonzepts der Sicherheitsallianz zwischen Japan und den USA zu erfassen. Wie dem auch sei, die neuen Richtlinien stellen für die Allianz zwischen den USA und Japan eine neue Möglichkeit dar, ihre regionale Sorge auszudrücken, besonders in Hinblick auf einen möglichen militärischen Konflikt auf der koreanischen Halbinsel oder in der Taiwan-Straße.

Beijing dagegen betrachtet den Passus der Richtlinien, der eine enge Zusammenarbeit Washingtons und Tokios in Krisenfällen „*in areas surrounding Japan*“ vorsieht, als Bedrohung seiner eigenen Sicherheit, denn zur „Umgebung Japans“ könnte Taiwan gerechnet werden,²⁹⁶ und China dürfte sehr wohl wissen, dass die Intensivierung der amerikanisch-japanischen Verteidigungskooperation auch eine Reaktion auf die Krise vom März 1996 in der Taiwan-Straße ist.

²⁹⁴ Vgl. Kreft, Heinrich: „Japan und die USA erneuern ihre Allianz“, In: *Außenpolitik*, 4 (1997), S.379ff.

²⁹⁵ Vgl. U.S. Department of Defense: *The Guidelines for U.S.-Japan Defense Cooperation*, Washington, D.C. 1997.

²⁹⁶ China fühlte sich in seinen Befürchtungen bestätigt, als der japanische Kabinettssekretär Kajiyama öffentlich erklärte, dass die Taiwanstraße „natürlich“ zu dem Gebiet zähle, in dem Japan den USA logistische Hilfe leisten werde. Vgl. FAZ, 5. 9. 1997, S. 7.

3.3.3.2 „Prosperity“ - Die ökonomische Strategie

Damit für amerikanische Exporteure und Investoren der Zugang zu den Wachstumsmärkten im pazifischen Raum gesichert war, entschied sich die Regierung Clinton für eine handels- und wirtschaftspolitische Strategie, die drei Ebenen umfaßte: zunächst ging es aus globaler Sicht darum, die Uruguay-Runde des GATT zu einem erfolgreichen Abschluß zu bringen mit der darauffolgenden Gründung der Welthandelsorganisation (WTO), regional standen vor allem die Freihandelszonen „the North American Free Trade Agreement“ (NAFTA) und „the Asia Pacific Economic Cooperation“ (APEC) im Mittelpunkt. Bei den bilateralen Beziehungen waren die wirtschaftlichen Beziehungen zu Japan und China am wichtigsten, unabhängig von der zunehmenden wirtschaftlichen Verflechtung mit den Staaten der ASEAN. Aufgrund der Tatsache, daß von Clinton die Fortentwicklung der APEC erneut als tragendes Element in seiner Strategie der Prosperität in Ostasien genannt wurde, soll diesem Bereich im Folgenden eine ausführlichere Analyse gewidmet werden.

Eines der herausragendsten Merkmale des erstaunlichen Wirtschaftsaufschwunges im asiatisch-pazifischen Raum ist das Fehlen multilateraler Organisationsstrukturen, wie sie für die Entwicklung der westeuropäischen Volkswirtschaften und die transatlantischen Beziehungen nach 1945 so typisch gewesen sind. Die entscheidende Ursache hierfür ist in der Rolle der USA zu sehen. Neben ihrer strategischen Rolle, in der sie regionale Sicherheit durch bilaterale Allianzen boten, schufen sie durch den ungehinderten Zugang zu amerikanischem Kapital, amerikanischer Technologie und dem US-Binnenmarkt günstige Wirtschaftsbedingungen. Wie wir gesehen haben, zielte die Zurückdrängungspolitik auch auf die Entwicklung der Wirtschaft der amerikanischen Verbündeten, um deren soziale Stabilität zu kräftigen und somit ihre Anfälligkeit für kommunistische Subversion und Aufstände zu verringern. Aufgrund des ungehinderten Zuganges zum amerikanischen Markt und ohne die Behinderung durch Zollschranken gelang diesen asiatischen Volkswirtschaften ein exportorientiertes Wachstum. Die Politik der Amerikaner war erfolgreich und führte in vielen dieser Länder – hervorzuheben ist hier Japan - zu einem gewaltigen Außenhandelsüberschuss. Ein

Problem, auf das die USA seit den 80er Jahren besondere Mühen verwenden müssen.²⁹⁷

Einige Analysten betonen, der Anstieg des asiatischen Binnenhandels, direkte Investitionen und die technologische Führungsrolle Japans hätten einen Ostasiatischen Block geschaffen. In diesem Szenario werden die USA an den Rand gedrängt und von dem pulsierenden asiatischen Wirtschaftsaufschwung abgeschnitten. Währenddessen entwickelt sich im westlichen Pazifik ein „unabhängiger und multipolarer“ Wirtschaftsblock mit einer ganz eigenen Dynamik. In Fortsetzung dieses Gedankengebäudes sehen viele Anhänger einer andauernden Führungsrolle der USA in Asien die Beteiligung an APEC als Rückversicherung, die Vereinigten Staaten in Asien zu halten. Die APEC spielt in der Ostasienstrategie der USA, die Stabilität durch Wohlstand zu erreichen sucht, eine zentrale Rolle, da sie den internationalen Handel und die Investitionsmöglichkeiten ausweitet, was wiederum das Wirtschaftswachstum im ostasiatisch-pazifischen Raum beschleunigt.²⁹⁸

Das Ende des Kalten Krieges bot den Vereinigten Staaten die Gelegenheit, ihr Zögern, sich in multilateralen Beziehungen zu engagieren, aufzugeben. Selbstverständlich wurde eine Lösung der wirtschaftlichen Probleme mit Japan und einigen anderen Staaten in erster Linie auf bilateralem Wege gesucht, auf dem die USA ihre Verhandlungsstärke am besten ausspielen konnten. Zu diesen Zwecken wurden gegebenenfalls auch weiterhin globale Institutionen angerufen. Doch im besonderen Interesse der Vereinigten Staaten lag die Errichtung einer regionalen Wirtschaftsinstitution, die ihre Hauptforderungen nach einheitlichen Bedingungen für Investitionen, Handel, Finanzverkehr und den Schutz geistigen Eigentums unterstützen sollte.

Die von den USA und Japan hinter den Kulissen veranlasste australische Initiative zur Gründung der APEC im Jahre 1989 war in erster Linie deswegen erfolgreich, weil sie mit dem Ende des Kalten Krieges und der Furcht vor der Entstehung internationaler Handelsblöcke zusammen fiel. Sie zog ebenfalls Nutzen aus den Strukturen inoffiziel-

²⁹⁷ Petri, Peter A.: „Trading with Dynamos: East Asian Interdependence and American Interests“, in: *Current History*, December 1994, S. 407-412.

²⁹⁸ Bergsten, C. Fred: „APEC and World Trade“, in: *Foreign Affairs*, May/June 1994, S. 25-26.

ler Regierungskontakte, durch die eine Vielzahl von Konsultationsforen und Arbeitsgruppen entstanden war, welche zu einem besseren Verständnis der verschiedenen Perspektiven und Interessen der einzelnen Staaten beitrugen.²⁹⁹ Die ASEAN-Staaten machten es zur Bedingung ihrer Teilnahme, dass die APEC nur ein lose geknüpftes Informationsnetzwerk sein und nicht in Konkurrenz zu ihrer Organisation treten solle. Wie um ihre Eigenständigkeit zu unterstreichen, verpflichtete die ASEAN ihre Mitglieder im Januar 1992 zur Einrichtung einer exklusiven Freihandelszone (AFTA) für fünfzehn Jahre.³⁰⁰

Ohne Zweifel stellt die APEC als Forum, in dem Wirtschaftsminister und Regierungschefs in direkte Verhandlungen miteinander treten können, gegenüber den früheren Verhältnissen einen Fortschritt dar. Dieses Forum ist mehr als eine bloße Erweiterung der sich an die jährlichen Treffen der ASEAN-Staaten anschließenden Konferenzen unterhalb der Regierungsebene. Es bietet die Gelegenheit, bessere persönliche Kontakte zwischen den Verantwortlichen zu entwickeln, was im asiatischen Kontext eine notwendige, wenn auch noch nicht ausreichende Basis für die Herausbildung eines Gemeinschaftsgefühls darstellt. Abzuwarten bleibt, ob die APEC zu einem Forum reift, das in der Lage ist die Rahmenbedingungen für den wirtschaftlichen Austausch zu setzen und in dem Konflikte schon in einem frühen Entwicklungsstadium gelöst werden können.

Als Clinton in der Rolle des Gastgebers zur APEC-Jahreskonferenz 1993 erstmals den Staats- und Regierungsoberhäuptern aller teilnehmenden Länder eine Einladung nach Seattle aussprach, war dies eine enorme Aufwertung des Forums. Nach der erfolgreichen NAFTA-Abstimmung im Repräsentantenhaus gelang es dem amerikanischen Präsidenten, eine Atmosphäre des Neubeginns zu erzeugen, wie es z.B. in einem sogenannten „vision statement“ deutlich wird, mit folgender Erklärung der Mitglieder: *„Our success has been the result of the ability of our societies to adapt to changing circumstances. Our economies are moving toward interdependence and there is a*

²⁹⁹ Ebd.

³⁰⁰ Vgl. Clarke, Jonathan: “APEC as a Semi-solution”, in: *Orbis*, Winter 1995, S. 81-95.

growing sense of community among us. We are united in our commitment to create a stable and prosperous future for our people.”³⁰¹

Washington betrachtet APEC ferner als ein Gegengewicht zur Europäischen Union und beabsichtigt langfristig eine Verknüpfung von NAFTA und APEC zu einer umfassenden amerikanisch-asiatischen Freihandelszone. Doch war es Clinton gelungen, die USA als Motor des asiatisch-pazifischen Integrationsprozesses zu präsentieren und seine eigenen Führungsqualitäten unter Beweis zu stellen.

Bis zum APEC-Gipfel 1994 im indonesischen Bogor überließen es die Amerikaner dem australischen Premier Keating, bei den asiatischen Mitgliedern für die grundsätzliche Zustimmung zur Schaffung einer Freihandelszone und die Einführung eines Zeitplans zu werben, um in Ostasien nicht den Eindruck zu erwecken, Washington wolle dominieren. Der Gipfel auf Java wurde insofern ein Erfolg, als alle achtzehn Mitgliedsländer der Schaffung einer Freihandelszone zustimmten. Die „Bogor- Deklaration“ sieht vor, dass die Industrieländer der APEC-Gruppe dieses Ziel bis zum Jahr 2010 erreichen, während sich die Entwicklungsländer eine Dekade länger Zeit (bis zum Jahr 2020) lassen können.³⁰²

Die USA sahen mit der Einigung auf einen zweigleisigen Zeitplan zwar nicht ihre Maximalforderungen erfüllt, doch hatte dieser Kompromiss die Zustimmung Chinas gesichert. Dass Malaysia die Abschlusserklärung überhaupt unterzeichnete, wurde allgemein als Überraschung gewertet. Clinton, der nach der schweren Niederlage seiner Partei bei den Kongresswahlen politisch angeschlagen nach Indonesien gekommen war und dessen Vision einer „Neuen Pazifischen Gemeinschaft“ im Verlauf des Jahres 1994 aufgrund einer Ostasien-Politik viel von ihrer ursprünglichen Anziehungskraft verloren hatte, lobte den Bogor-Gipfel als Ereignis von historischer Bedeutung.³⁰³

Die ökonomische Strategie der Vereinigten Staaten in Ostasien kann auf der regionalen Ebene dann als erfolgreich bezeichnet werden. In jedem Fall unterstreicht das En-

³⁰¹ Zitiert in: “Focus on Asia-Pacific Economic Cooperation- Summary of November 1993 Meeting”, in: *U.S. Department of State Dispatch*, 5 (January 1994) 5, S. 49.

³⁰² Yahuda, Michael: *The International Politics of the Asia-Pacific, 1945-1995*, New York 1996, S. 145.

³⁰³ Ebd.

gagement Washingtons für APEC das neuerwachte Interesse der US-Regierung an multilateralen Institutionen.

3.3.3.3 “Freedom”- Die politisch-ideologische Strategie

Während seiner Ostasien-Tour im Juli 1993 hat Clinton die Förderung der Demokratisierung („enlargement“) in der asiatisch-pazifischen Region als einen integralen Bestandteil der amerikanischen Sicherheitspolitik dargestellt:

*„The guarantee of our security must rest in the character and the intentions of the region's nations themselves. That is why our final security priority must be to support the spread of democracy throughout the Asian Pacific. Democracies not only are more likely to meet the needs and respect the rights of their people, they also make better neighbours. They do not wage war on each other, practice terrorism, generate refugees or traffic in drugs and outlaw weapons.“*³⁰⁴

Mit dieser Begründung hatte Clinton die Menschenrechtspolitik zu einem strategisch relevanten Thema aufgewertet. „Freedom“ avancierte zu einem der drei Interessenschwerpunkte der US-Strategie in Ostasien.

Als Anhänger der Gedanken Wilsons war Clinton davon überzeugt, dass demokratische und freie Marktwirtschaften generell und von sich aus an friedlichen zwischenstaatlichen Beziehungen interessiert seien. So sollte es einer der Hauptaspekte der amerikanischen Rolle in der Ära nach dem Ende des Kalten Krieges sein, weltweit die Verbreitung der Menschenrechte zu fördern. Daraus folgte Washington die Verpflichtung, sich in die innenpolitischen Angelegenheiten verschiedener ostasiatischer Staaten zumindest kommentierend, aber auch agierend einzumischen. Zu einem Zeitpunkt, an dem die wichtigsten Staaten des asiatisch-pazifischen Raumes zunehmend auf ihrer Souveränität bestanden, wurde diese „Clinton-Doktrin“ der Ausweitung der

³⁰⁴ Zit. nach President Clinton: „Fundamentals of Security for A New Pacific Community“, Address before the National Assembly of the Republic of Korea, Seoul, South Korea, July 10, 1993, in: *U.S. Department of State Dispatch*, 4 (July 1993) 29, S. 511.

amerikanischen Einflussnahme meistens als Einmischungskampagne und Kulturimperialismus aufgefasst. Aber die amerikanische Ausweitungspolitik hatte weit ernstere Folgen als die Verletzung asiatischer Empfindlichkeiten. Sie untergrub die Fähigkeit der Vereinigten Staaten, ihre bilateralen Beziehungen zu den wichtigen regionalen Akteuren – besonders China - zu verbessern, und dies zu einem besonders kritischen Zeitpunkt.

Allerdings verfestigte sich der Eindruck, dass die amerikanische Regierung daran interessiert war, der Förderung der Menschenrechte nicht nur eine gleichberechtigte, sondern auch eine dominante Rolle zukommen zu lassen. So drehte es sich in den chinesisches-amerikanischen Beziehungen vor allem um die bevorstehende MFN-Entscheidung, mit Malaysia wurde über Arbeiter- und Gewerkschaftsrechte und mit Indonesien über die Ost-Timor-Frage gestritten, mit Singapur über die Vor- und Nachteile körperlicher Züchtigung debattiert. Nach Einschätzungen von Beobachtern trug dafür v.a. Clintons Sicherheitsberater Anthony Lake die Verantwortung. Er, der das „enlargement“-Konzept entworfen hatte, schien der absoluten Überzeugung zu sein, „that the spread of democracy would help solve all other American foreign policy problems The administration's faith in the multiple virtues of enlarging democracy soon placed human rights in the forefront of Asia policy.“³⁰⁵

Ironischerweise erleichterten die Bemühungen der USA um die Förderung der Demokratisierung und der Menschenrechte die politische Annäherung zwischen den asiatischen Staaten, die sich sonst gegenseitig als Sicherheitsproblem betrachtet hatten. Dies trifft voll und ganz auf Vietnam, Malaysia und Singapur und in geringerem Maße auf Indonesien und China zu. Einig in der Zurückweisung amerikanischer Beschwerden über politische Repressionen und menschenunwürdige Arbeitsbedingungen (z.B. zu geringe Löhne, gesundheitsschädliche Arbeitsbedingungen, Kinder- und Gefangenearbeit) lehnten diese Staaten auch das parlamentarische System der USA oder anderer entwickelter demokratischer Staaten als Modell für ihre zukünftige Entwicklung ab. Stattdessen betonten sie den Wert ihrer wirtschaftlichen Entwicklung und überlieferten Kultur für ihre Gesellschaften. Außerdem wiesen sie jegliche Einmischung westlicher

³⁰⁵ Harding, Harry: „Asia Policy to the Brink“, in: *Foreign Policy*, 96 (1994), S.61.

Staaten in ihre Entwicklung zurück. So sollten beispielsweise Handel und Entwicklungshilfe nicht als Mittel dienen dürfen, diejenigen Entwicklungsländer, die nicht den liberalen politischen Kriterien des Westens entsprächen, zu bestrafen.³⁰⁶

Überdies betrachten sich einige asiatische Regime selbst als zukunftsfähige Modelle. Sie halten die Versuche des Westens, eine seinen Vorstellungen entsprechende Weltordnung zu errichten, für zum Scheitern verurteilt, da westliche Macht und westlicher Einfluss im Schwinden begriffen seien. Die Verbindung von Demokratie und Menschenrechten mit Wirtschafts- und Sicherheitsfragen wird in vielen asiatischen Staaten als Versuch angesehen, auf ideologische Weise die Dominanz des Westens zu sichern. Während die amerikanische Militärpräsenz weiterhin begrüßt wird, trifft dies auf die Einmischung der USA in innenpolitische Angelegenheiten überhaupt nicht zu.³⁰⁷

Trotz dieser Attacken auf die der US-amerikanischen Politik zu Grunde liegenden Werte betonte die Clinton-Administration unbeirrt die Bedeutung der Menschenrechte und der Demokratie in ihren asiatischen Beziehungen. Anlässlich der Aufnahme der vollen diplomatischen Beziehungen zwischen Washington und Hanoi hob Verteidigungsminister Warren Christopher hervor, dass eine erfolgreiche Zukunft Vietnams eine unabhängige Justiz, eine freie Presse und ein Ende der autoritären Herrschaft voraussetze. Dies war eine ehrgeizige Rede, in Anbetracht der Tatsache, dass in Vietnam politischer Dissens unweigerlich mit Gefängnis bestraft wird und die Regierung ohne jeden Zweifel das chinesische Modell der wirtschaftlichen Liberalisierung und leninistischen Herrschaft anstrebt.³⁰⁸

Ein weiterer Kritikpunkt der Vertreter „asiatischer Werte“ ist die angeblich zerbrechliche Sozialstruktur multiethnischer Gesellschaften. Wenn jede ethnische Gruppe das Recht hätte, ihre eigenen Interessen zu vertreten, würde soziale Integration unmöglich. Folglich sei eine strenge Kontrolle durch die Regierung in rassischen und ethnischen Angelegenheiten notwendig. Aber selbst Premierminister Mahathir musste einräumen, dass in dem Falle Malaysia das Niveau eines entwickelten Industriestaates erreichen

³⁰⁶ Ghai, Yash: *Human Rights and Governance: The Asia Debate*, San Francisco 1994, S. 5.

³⁰⁷ Ebd.

³⁰⁸ Vgl. Sanger, David E., „U.S. Message to Vietnam: Freedom Pays“, *The New York Times*, August 7, 1995.

würde, dass „*unsere Gesellschaft in Ihrem Sinne liberaler werden würde*“. Mahathirs Sicht könnte den Weg einer zukünftigen demokratischen Entwicklung in Asien weisen.³⁰⁹

Die Unterschiede in den jeweiligen Interpretationen dieser Fragen in China und Taiwan sind augenfällig. Taiwan entwickelte sich in den zurückliegenden zehn Jahren sowohl in Richtung eines offenen Systems konkurrierender Parteien als auch einer genuinen Legislative. Das Bekenntnis zur parlamentarischen Demokratie hat sich so auf der Insel durchsetzen können. Ebenso rückt die Einhaltung der Menschenrechte zunehmend in den Mittelpunkt der öffentlichen Wahrnehmung. Trotz ihres konfuzianischen kulturellen Hintergrundes sehen die taiwanischen Intellektuellen die Demokratie nicht als unvereinbar mit der asiatischen Kultur an. Denn auch im Konfuzianismus finden sich demokratische Elemente. So muss z. B. gemäß dem Konzept des „himmlischen Mandats“ ein Herrscher die Unterstützung des ganzen Volkes genießen.

Darüber hinaus zeichnet sich der Konfuzianismus durch ein humanistisches Verständnis guter Regierung aus. Demnach soll nicht die Machtsteigerung der Eliten, sondern die öffentliche Wohlfahrt Ziel der Herrschaft sein. Überdies haben Taiwans neue demokratische Erfahrungen geholfen, Freunde im Ausland zu gewinnen, denn demokratische Regierungen werden fast überall als rechtmäßig anerkannt.

Clintons Entscheidung, die Gewährung der Meistbegünstigungsklausel von Beijings Menschenrechtspolitik abhängig zu machen, wurde leider nicht von dem Versuch flankiert, für das bilaterale Verhältnis eine breitere Basis zu finden und gemeinsame Interessen auszuloten. Beijing war unter diesen Umständen nicht zu Konzessionen bereit. Die Vereinigten Staaten standen bei der MFN-Entscheidung vor einem Dilemma. Die USA entschied sich schließlich für die zweite Option, die mit der Entkopplung von Menschenrechts- und Handelspolitik die Chance für einen politischen Neuanfang bot.³¹⁰

³⁰⁹ Vgl. „Sie zelebrieren das Chaos- Malaysias Premier Mahathir Mohamad über asiatische Werte und den Niedergang des Westens“, in: *Der Spiegel*, 21. August 1995, S. 136–139.

³¹⁰ Harding, Harry, a.a.O., S. 64.

Sollte jedoch auch weiterhin das Ziel Washingtons darin bestehen, zur Verfolgung bestimmter Vorhaben (z.B. Handel, Investitionen, strategische Interessen) gute Beziehungen zu autoritären Regierungen zu pflegen, so dürfte fortgesetzte Kritik an deren Innenpolitik die wirtschaftlichen und strategischen Beziehungen belasten. Die Partner Amerikas in der asiatisch-pazifischen Region könnten zu dem Schluss kommen, dass gemeinsame Militärmanöver und die Bereitstellung von Standorten für Militärbasen die beständige Einmischung der USA in ihre inneren Angelegenheiten nicht Wert sein dürften. Für diese Regierungen könnte die innere Ruhe und das Verbleiben an der Macht die Vorteile ökonomischer und militärischer Anbindung an die Vereinigten Staaten mehr als aufwiegen. Sollten die politischen Entscheidungsträger in Washington alle diese Ziele gleichzeitig erreichen wollen (Demokratie, Menschenrechte, wirtschaftliche und militärische Anbindung), ist ein äußerst behutsames und harmonisches Vorgehen notwendig.

4. Die Taiwan-Frage in den strategischen Beziehungen zwischen China und den USA nach dem Ende des Ost-West-Konflikts

4.1. Die strategische Beziehung zwischen China und den USA

4.1.1. Die chinesische Beurteilung der US-Strategie

Nach dem Ende des Kalten Krieges wurde in der offiziellen Ideologie Chinas der Marxismus-Leninismus vom einem immer dominanteren Patriotismus verdrängt. Entsprechend diesen nationalistischen Gesinnungen und Gefühlen wird die chinesische Haltung gegenüber den Vereinigten Staaten immer wieder angepasst. Was die prinzipiellen Annahmen zur Rolle der USA in globalen Angelegenheiten angeht, so gibt es hierzu innerhalb der politischen Elite Chinas einen breiten Konsens: Von den meisten politischen Analytikern wird der Rückgang der amerikanischen Macht vorhergesagt. In diesem Sinne vollzieht sich eine „Multipolarisierung“ der Welt, bei der Mächte wie einschließlich Europa, Japan, China und Russland- zu unabhängigen „Polen“ und damit zu einer Herausforderung für amerikanische Macht werden.³¹¹

Anfang der neunziger Jahre rechneten die chinesischen Analysten mit dem allmählichen Entstehen von Gegenkräften wie der Europäischen Union, Russland, Japan und China. Das Potential einer Nation messen die chinesischen Strategen anhand sowohl quantitativer als auch qualitativer Einschätzungen der Politik, der Wirtschaft, des Militärs, der Wissenschaft und der Technologie und der außenpolitischen Beziehungen eines Landes, um so die relative „Comprehensive National Power (CNP)“³¹² dieses Staates bestimmen zu können. Sie denken, der Niedergang der USA würde auf buchstäblich allen Gebieten erwartet.³¹³ Vor allem ging man davon aus, das Ende des Kal-

³¹¹ Vgl. Wang Jisi: „Die Beziehungen zwischen Amerika und China“, in: Maull, Hans W./Segal, G./Wanandi, J. (Hrsg.), *Europa und Asien-Pazifik*, München 1999, S. 192-193.

³¹² Diese Definition von „Comprehensive National Power“ findet sich vor allem im Gebrauch der Militärakademie der Volksbefreiungsarmee. Die Chinesische Akademie für Sozialwissenschaften (CASS) wendet etwas andere Messkriterien an: Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Technologie sowie die Außenpolitik. Siehe Kapitel 5 von Michael Pillsbury: *China Debates the Future Security Environment*, National Defense University Press, Washington, D. C. 2000.

³¹³ Vgl. U.S. Defense Secretary's Report on the Pattern of Military Modernization in China: Annual Report to Congress on the Military Power of the People's Republic of China, June 2000, S. 6.

ten Kriegen werde die Weltordnung hin zu einem Mehr an Multipolarität, Gleichgewicht zwischen den Großmächten, Widerstand gegen „westliche Werte“ und einer Renaissance der „orientalischen“ oder konfuzianischen Kultur in Asien verschieben. Überdies rechnete man mit einem weltweiten Wechsel zu wirtschaftlichem und diplomatischem Vorgehen anstelle des Einsatzes militärischer Machtmittel.³¹⁴

Nach der Mitte der neunziger Jahre gingen die chinesischen Analysten und Offiziellen nicht länger von einem unmittelbar bevorstehenden Rückgang der US-amerikanischen Vorherrschaft aus. Stattdessen richtete man sich auf das mittelfristige Fortbestehen einer von den USA dominierten unipolaren Weltordnung ein. Die zunehmende Akzeptanz der amerikanischen Vormachtstellung führte zwangsweise dazu, den globalen strategischen Zielen der USA noch größere Aufmerksamkeit zu widmen. Man musste anerkennen, dass die Vereinigten Staaten ihre CNP durch signifikantes wirtschaftliches, wissenschaftliches, technologisches und militärisches Wachstum steigern konnten. Auf der anderen Seite bestimmte während der neunziger Jahre wirtschaftliche Stagnation die Lage Japans, Russlands und der EU, weshalb diese keinerlei Absichten zeigten, die globale Führungsrolle der USA herauszufordern. Dies bot den USA in den Worten der chinesischen Beobachter die „strategische Gelegenheit“, ihr internationales Primat weiter auszubauen. Die chinesischen Kommentatoren verwiesen auf die steigenden Militärausgaben der Vereinigten Staaten. In ihren Augen war die amerikanische Aufrechterhaltung außerordentlich hoher Militärausgaben ein Zeichen für die Absicht, die Überlegenheit über ihre potentiellen Konkurrenten weiter auszubauen.³¹⁵ Da es sehr wahrscheinlich ist, dass die USA auch in den nächsten zehn bis zwanzig Jahren ihren Status als einzige Supermacht nicht verlieren, charakterisieren einige chinesische Analysten die weltpolitische Struktur mit der Beschreibung „eine Supermacht, viele Großmächte“ (*Yichao Duoqi qian*)³¹⁶

³¹⁴ Vgl. Xi Laiwang: *Meiguo Guoji Diwei De Lishi Quxiang*, Kaifeng 1992.

³¹⁵ Vgl. Wang, Jincun: „Chong Beiyue Qinlue Nansilafu Zhanzheng Kan Guoji Xingshi de Xin Bianhua“, in: *Qian Xian*, Beijing, July 1999.

³¹⁶ Diese Beschreibung scheint auch offiziell unterstützt zu werden, da sie in einigen maßgeblichen offiziellen Dokumenten verwendet wurde. Vgl. Wang Jisi: „Die Beziehungen zwischen Amerika und China“, in: Maull, Hans W./Segal, G./Wanandi, J. (Hrsg.), *Europa und Asien-Pazifik*, München 1999, S. 195.

Demzufolge sah China als Hintergrund für die Ausweitung der NATO und ihren Luftkrieg im Kosovo die Schwächung und Einkreisung Russlands. Der Krieg im Kosovo sollte das widerständige Milosevic-Regime und damit ein Hindernis der NATO-Erweiterung beseitigen. Weiterhin sollte so Russlands traditionelle Einflussphäre eingeengt werden. Viele chinesische Kommentatoren folgerten im Zuge dieses Krieges, dass die USA eine offensive, neoimperialistische, neointerventionistische Strategie eingeschlagen hatten, um ihre weltweite Hegemonie auszuweiten.³¹⁷ In den Augen dieser Beobachter ließ dies auf eine hohe Bereitschaft der USA schließen, sich in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten einzumischen, wenn nötig ihre Militärmacht einzusetzen und unter dem Deckmantel der Aufrechterhaltung der Weltordnung ihre eigenen Interessen zu verfolgen. Nach Meinung der Chinesen haben die USA in ihrem Streben nach absoluter Vorherrschaft den ABM-Vertrag und das Raketenkontrollprogramm einseitig verletzt. Dies sei durch die Entwicklungsversuche zu einer eigenen, nationalen Raketenabwehr geschehen. Nach außen hin richte sich das amerikanische Raketenabwehrsystem gegen „Schurkenstaaten“. Hauptsächlich stehe dahinter aber die Absicht, gegenüber potentiellen Gegnern wie Russland oder China absolute Sicherheit zu erlangen. Damit soll in internationalen Fragen völlige Handlungsfreiheit erreicht werden.³¹⁸

Indem China den Vereinigten Staaten eine in sich geschlossene globale Strategie unterstellt, wird Beijings Sicht der amerikanischen Chinapolitik erkennbar. In Chinas auswärtigen Beziehungen spielen die USA besonders in strategischen, den Modernisierungsprozess und die Integration in die internationale Gemeinschaft betreffenden Fragen eine wesentliche Rolle. China und die USA wurden durch grundverschiedene historische und kulturelle Kräfte geprägt. Dies spiegeln die Beziehungen der beiden Staaten wider, die sich dadurch besonders schwierig gestalten. Mit dem Ende der Bipolarität sind diese Differenzen deutlicher geworden. Die chinesische Führung ist im Wesentlichen darüber besorgt, dass die USA im eurasischen Kräftegleichgewicht eine dominierende Rolle einzunehmen versuchen, indem sie den chinesischen Machtzuwachs begrenzen und ein Wiederaufstehen der russischen Supermacht verhindern.³¹⁹

³¹⁷ Vgl. Shi, Yukun: „Xin Ganshe Zhuyi de Fenxi: Yu Junshi Kexueyuan Yanjiuyuan de Fangtan“, in: *Zhong guo junshi kexue*, May 1999.

³¹⁸ Vgl. Zheng, Yuan: „Liji Zhuyi, Badao Xintai“ (Der Egoismus und die anmaßende Haltung), *Renmin Ribao* (People's Daily), 7 July 2000.

³¹⁹ Vgl. Song, Yimin: „A Discussion of the Division and Grouping of Forces in the World After the End

Unter diesem Aspekt gesehen zielt der amerikanisch-japanische Sicherheitsvertrag in aller erster Linie gegen China.³²⁰ Während des kurzen Zeitraumes vor der Taiwankrise 1995/96 tolerierte China die US-amerikanische Militärpräsenz im Westpazifik. Die USA schienen eine stabilisierende Rolle in der Region zu spielen, indem sie Japan in Schach hielten und ein Wettrüsten in Ostasien verhinderten.³²¹ Nach der Taiwan-Krise begannen die chinesischen Strategen, ihre Bewertung der amerikanischen Rolle in der Region neu zu überdenken. Sie sahen ihre schlimmsten Befürchtungen bestätigt und sahen China das Ziel der Eindämmung durch ein USA-geführtes Sicherheitssystem im Pazifik werden. In Beijing wuchs der Verdacht, die USA unterstützen die Remilitarisierung Japans, statt sie zu verhindern.³²² Die Befürchtungen Chinas, dass die USA und Japan versuchen, gemeinsam ein Gegengewicht zum Machteinfluss Chinas zu bilden, haben sich aufgrund der neuerlich verbesserten militärischen Koordinierung der beiden Mächte noch vergrößert.³²³

Größte Aufmerksamkeit schenkt Beijing dem amerikanischen Raketenabwehrschirm TMD(Theater Missile Defence). Solch ein regionales Abwehrsystem würde das chinesische Abschreckungspotential untergraben und somit die militärische Aufrüstung Japans fördern. Momentan ist Taiwan noch nicht in den Abwehrschild mit einbezogen. Sollte das System jedoch eingerichtet sein, kann es leicht auf die Insel ausgeweitet werden. Damit würde das politische und militärische Bündnis zwischen Taiwan, Japan und den USA wieder hergestellt.³²⁴ Offenbar rechnet Beijing ernsthaft mit der Ausweitung des amerikanischen Abwehrsystems auf Taiwan. Damit würde die auf dem Festland aufgebaute konventionelle Raketenmacht ihren Wert als Druckmittel verlieren. Man geht in China davon aus, dass die entscheidende Überlegung hinter der wachsenden Unterstützung der USA für Taiwan die Bedeutung der Insel für die strate-

of the Cold War“, in: *International Studies* (China Institute of International Studies, Beijing), 6 (1996) 8, S. 10.

³²⁰ Vgl. Funabashi, Yoichi: *Alliance Adrift*, New York 1999.

³²¹ Vgl. Nathan, Andrew/ Ross Robert: *The Great Wall and the Empty Fortress: China's Search for Security*, New York 1997, S. 79.

³²² Christensen, Thomas: „China, the U.S.–Japan Alliance, and the Security Dilemma in East Asia,“ in: *International Security*, 23 (Spring 1999), S. 49–80.

³²³ Vgl. Wang Jisi: „Die Beziehungen zwischen Amerika und China“, in: Maull, Hans W./Segal, G./Wanandi, J.(Hrsg.), *Europa und Asien-Pazifik*, München 1999, S. 200.

³²⁴ Christensen, Thomas: „Theater Missile Defense and Taiwan's Security,“ in: *Orbis*, 44 (Winter 2000), S. 79–90.

gische Eindämmung gegen China ist. Die USA haben die „taiwanische Karte“ zur Schwächung und Spaltung Chinas gespielt und werden dies weiterhin tun.³²⁵

Nach dem Kosovo-Krieg äußerten sich chinesische Beobachter noch pessimistischer über die Zukunft der amerikanisch-chinesischen Beziehungen. Ein Großteil der chinesischen Elite sah die amerikanische Intervention im Kosovo als gefährlichen Präzedenzfall für Militäraktionen gegen China in der Straße von Taiwan oder im Südchinesischen Meer. Ebenso ist die Sorge erkennbar, die USA könnten sich in Chinas innere Auseinandersetzungen mit seinen tibetischen und muslimischen Minderheiten im Westen des Landes einmischen. Dies kommt in dem „White Paper“ – „Chinas nationale Verteidigung 2000“ als Antwort auf die „neo-interventionistische“ „neue Kanonenboot-Politik“ der USA zum Ausdruck. Ebenso werden hier die Aussichten auf eine friedliche Wiedervereinigung mit Taiwan als ernsthaft gefährdet angesehen. China müsse demnach seine militärischen Kapazitäten zur Verteidigung seiner Souveränität und nationalen Sicherheit ausbauen.³²⁶

Zusammenfassend kann gesagt werden, die chinesischen Beobachter kritisieren die außerordentlich hohen Verteidigungsausgaben der USA, ihre Neigung, Zwangsmaßnahmen als politisches Mittel einzusetzen, ihre je nach Gutdünken vorsätzliche Missachtung internationaler Institutionen und Vereinbarungen, ihren aggressiven Kurs bei der Weiterverbreitung westlicher Wertvorstellungen, ihre einseitige Entscheidung zum Aufbau eines Raketenabwehrsystems, ihre zunehmende Kontrolle über das Hightech Know-how des Globalisierungszeitalters, ihre arrogante Verletzung der Souveränität anderer Staaten, die grundlose Erweiterung traditioneller Allianzen in Europa und Asien, ihren festen Willen zur Eindämmung neu aufstrebender Mächte etc. Im Urteil Chinas präsentieren sich die USA als Hegemon mit dem Drang zu immer neuem Machtzuwachs.

³²⁵ Vgl. Su, Ge: „Zhongmei Gaofenghui yu Zhanlüe Huoban Guanxi“, in: *Shijie Zhengzhi Yu Jingji*, August 1998, S. 20–23; Chen, Qimao: „The Taiwan Strait Crisis: Causes, Scenarios, and Solutions“, in: Zhao, Suisheng (Hrsg.), *Across the Taiwan Strait: Mainland China, Taiwan, and the United States*, New York 1999, S. 143.

³²⁶ Vgl. „China’s National Defense in 2000“, The Information Office of China’s State Council, Beijing 2000.

4.1.2. Chinas Strategie und Antwort auf den Primat der USA

Offiziell hat China keine seiner Außenpolitik zu Grunde liegende „große Strategie“ verkündet, zumindest nicht, wenn man das westliche Verständnis dieses Begriffs anlegt. Gemäß einer staatlichen Quelle stellt sich die chinesische internationale Strategie wie folgt dar: Erstens sollen friedliche internationale Rahmenbedingungen geschaffen werden, damit sich China auf seine wirtschaftliche Entwicklung konzentrieren kann. Zweitens soll die Wiedervereinigung mit Taiwan erreicht werden. Drittens soll Chinas Wettbewerbskraft gestärkt werden, um die chinesische Position in einer zukünftigen multipolaren Welt auszubauen. Schließlich soll eine neue politische und wirtschaftliche Weltordnung geschaffen werden, die politische Macht und wirtschaftlichen Wohlstand gerechter zwischen Arm und Reich verteilen und das Souveränitätsprinzip stärken soll.³²⁷

Mitte der neunziger Jahre sah sich die chinesische Führung in ihrer Auffassung bestätigt, dass die USA eine dominante geostrategische Position anstrebten, indem sie das Wachsen der chinesischen Macht eindämmten und ein Wiederaufstehen der russischen Großmacht zu verhindern suchten. Die gestärkte amerikanisch-japanische Sicherheitsallianz, die verstärkte Präsenz der USA im asiatisch-pazifischen Raum, die Bemühungen um eine Erweiterung der NATO wurden in Beijing als Manifestationen dieser Strategie Washingtons aufgefasst. Offensichtlich stellen die USA eine langfristige Herausforderung dar. Chinas Kritik an der strategischen Ausrichtung der USA spiegelt zum einen die tief empfundene Sorge Beijings über die - zumindest als solche empfundenen - Anstrengungen Washingtons wider, China „einzudämmen“ und „einzukreisen“. Ebenso wird in den Augen Chinas Japan dazu ermutigt, seine Verteidigungsaktivitäten in einer Weise auszuweiten, welche die regionale Stabilität erschüttern würde. Diese Kritik speist sich jedoch auch aus der Annahme, dass die USA internationale Gegebenheiten zu schaffen versuchen, die Beijing daran hindern sollen, sowohl materiell als auch ideell die verschiedenen Komponenten nationaler Macht umfassend auszubilden. Chinas Anstrengungen, die bedeutendste Kraft in Asien zu werden, sollen dadurch behindert werden.

³²⁷ Vgl. Gao, Jindian (Hrsg.): Guoji Zhanlue xue Gailun, Beijing 1995, S. 321–23.

Bei Waltz heißt es: „in international politics, overwhelming power repels and leads others to balance against it.“³²⁸ Staaten werden immer die Machtbalance suchen, da nicht kontrollierte Macht dazu neigt, missbraucht zu werden und zu expandieren. Weiterhin werden sich Staaten in einer anarchischen Welt sui generis durch jede Machtkonzentration bedroht fühlen. Die häufigste Kritik an Waltz und dem Strukturellen Realismus richtet sich gegen die ausschließliche Konzentration auf die Verteilung der Macht als einzige unabhängige strukturelle Variable, die das Verhalten von Staaten erklärt. Ebenso steht sein apodiktisches Urteil, Staaten würden immer ein Übergewicht an Macht auszugleichen versuchen, im Mittelpunkt der Kritik. Dagegen wird eingewandt, dass Diplomatie, die Auffassungen und Einschätzungen der politischen Eliten sowie innenpolitische Faktoren die Antwort eines Staates auf ein Machtungleichgewicht beeinflussen würden. Dies sei sogar öfter ein Motiv als der strukturelle Zwang zum Machtausgleich.³²⁹ In der Beurteilung der chinesischen Antwort auf die Hegemonie der USA muss man die Stärke der strukturellen Einflüsse auf China in Betracht ziehen. Ebenso wenig darf man allerdings aus den Augen verlieren, wie die chinesischen Strategen und Führer ihre politischen Optionen einschätzen und planen, also ihre innenpolitischen Sorgen und das US-amerikanische Bedrohungspotenzial.

Tatsächlich versuchte China nach dem Ende des Kalten Krieges, die Macht der Vereinigten Staaten auszugleichen. Beijing startete Initiativen in verschiedenste Richtungen, um neue Bindungen in Asien aufzubauen und darüber hinaus sein Sicherheitssystem zu verbessern, Bedrohungen abzuwehren und kritische Interessen zu wahren. Man hoffte, Mächte wie Japan, Europa, Russland, ja selbst Länder der Dritten Welt würden sich dazu bereit finden, die Macht der Vereinigten Staaten zu beschneiden und eine multipolare Weltordnung zu schaffen.

Als wichtigster Schritt Beijings in Richtung einer Machtbalance mit den USA ist das strategische Bündnis mit Russland anzusehen. Im Jahre 1996 erzielten die Führungen

³²⁸ Waltz, Kenneth: „Evaluating Theories,” in: *American Political Science Review*, 91 (December 1997) 4, S. 913-917, hier S.916.

³²⁹ Vasquez, John A.: „The Realist Paradigm and Degenerative versus Progressive Research Programs: An Appraisal of Neotraditional Research on Waltz’s Balancing Proposition,” in: *American Political Science Review*, 91 (December 1997), S: 899–912.

Chinas und Russlands Einigkeit darüber, der amerikanischen Hegemonie durch eine strategische Partnerschaft zu begegnen. Sowohl China als auch Russland lehnen die NATO-Osterweiterung, den US-amerikanischen Raketenabwehrschild und den Kriegseinsatz im Kosovo ab. Beide streben stattdessen eine multipolare Weltordnung an und unterstützen sich gegenseitig bei der Verteidigung ihrer territorialen Integrität (Beispiele sind Tschetschenien für Russland und Taiwan für China). Beide Länder sind fest entschlossen, in Zentralasien gegen ethnischen Separatismus, internationalen Terrorismus, religiösen Radikalismus und das internationale Verbrechen vorzugehen.

330

Bis Mitte der neunziger Jahre hatten sich Beijings multipolare diplomatische Bemühungen auf Großmächte wie die EU, Russland oder Japan konzentriert, um eine stärkere Machtverteilung zu erreichen. Jedoch hat Beijing inzwischen die Grenzen dieser Großmachtdiplomatie erkannt. Eine schnelle Multipolarisation hatte sich nicht zuletzt in der Frage der Verteilung materieller Machtmittel als nicht umsetzbar erwiesen. Beijing betrieb deshalb leise aber bestimmt einen größeren diplomatischen Aufwand für die Entwicklung von Bindungen mit der Dritten Welt. Damit sollten größerer Pluralismus und größerer Relativismus erreicht werden. In den Kalkulationen Beijings sollte die Solidarität mit kleineren Ländern helfen, dem Unilateralismus der USA und ihren Versuchen, ihr Wertesystem anderen Staaten aufzuerlegen, entgegenzuwirken. Deshalb verfolgte Beijing die Entwicklung eigener „Partnerschaften“ in Asien und weltweit (Eine Auflistung der verschiedenen bilateralen Partnerschaften, die Beijing über das letzte Jahrzehnt hinweg zu etablieren versucht hat, findet sich in Tabelle 1).

Tabelle 1: Die Bilaterale Partnerschaft Chinas

Jahr	Partner	Name der Partnerschaft
1993	Brasilien	Langfristige und stabile strategische Partnerschaft
1996	Russland	Strategische kooperative Partnerschaft
1996	Pakistan	Umfassende und kooperative Partnerschaft mit Orientierung

³³⁰ Vgl. „Zhongge Beijing Xuanyan“ (Die Beijing-Erklärung von China und Russland), *Renmin Ribao* (People's Daily), 19 July 2000.

		auf das 21. Jahrhundert
1996	Indien	Konstruktive Partnerschaft der Kooperation mit Orientierung auf das 21. Jahrhundert
1996	Nepal	Gute Nachbarschaftliche und freundliche Partnerschaft mit Orientierung auf das 21. Jahrhundert
1997	Frankreich	Langfristige umfassende Partnerschaft
1997	USA	Aufbau einer konstruktive strategische Partnerschaft
1997	ASEAN	Gute nachbarschaftliche, gegenseitige Vertrauenspartnerschaft
1997	Kanada	Umfassende Partnerschaft
1997	Mexiko	Partnerschaft mit Orientierung auf das 21. Jahrhundert
1998	EU	Langfristige und stabile Konstruktive Partnerschaft
1998	Großbritannien	Umfassende Partnerschaft
1998	Republik Korea	Kooperative Partnerschaft
1998	Japan	Freundliche Kooperative Partnerschaft
2000	Südafrika	Erklärung von Pretoria zu Partnerschaft zwischen VR China und Republik Südafrika

China erwies sich auch zunehmend offen für die Mitarbeit in multilateralen Organisationen. Dies gilt als Versuch, dem amerikanischen Einfluss sowohl global als auch regional entgegenzuwirken. So sind Chinas fortgesetzte Bemühungen um Stärkung der Bedeutung der „Shanghai Forum“ („Shanghai Five“³³¹) ein klarer Versuch Beijings, ein besseres regionales Sicherheitssystem zu entwickeln. Ebenso öffnete sich China gegenüber dem ASEAN Forum als einem weiteren Instrument, den US-amerikanischen Einfluss in Ostasien zurückzudrängen und gleichzeitig die Interessen Chinas unter seinen Nachbarn zu fördern. Auf wirtschaftlicher Seite wirkt China ebenfalls in ähnlichen Foren wie den ASEAN + 3-Diskussionen mit, ist Gastgeber des Asia Boao Economic Forum und spricht sich für die Einrichtung einer Freihandelszone mit

³³¹ Am 26. April 1996 unterzeichneten die Präsidenten Chinas, Russlands, Kasachstans, Kirgistans und Tadschikistans in Shanghai ein Abkommen über Vertrauensbildende Maßnahmen in ihren Grenzgebieten.

den ASEAN-Staaten aus.³³² All dies unterstreicht Beijings Entschlossenheit, stärkere Bindungen zu seinen Nachbarn einzugehen und eine Teilhabe der USA daran möglichst zu verhindern.

Jedoch hat sich China gegen eine Strategie der Machtbalance entschieden, welche die USA vollständig ausschließen würde. Vielmehr taktiert China zurückhaltend und inkonsistent. Nach dem Tiananmen-Massaker entwickelte der inzwischen verstorbene chinesische Führer Deng Xiaoping die Strategie des *Taoguang Yanghui*. Diese besagt in etwa, dass China seine Fähigkeiten zurückhalten müsse und auf seine Chance zu warten habe.³³³ Anfang der neunziger Jahre wurde dies durch eine Richtlinie ersetzt, die auf Konfrontationsabbau aus war. Dementsprechend spiegelten die Außenpolitik, Militärausgaben und die politischen Beziehungen Chinas zu den Vereinigten Staaten nach dem Ende des Kalten Krieges auch kein Interesse wider, ein umfassendes Gegengewicht zur Vormachtstellung der USA aufzubauen.³³⁴

Für Beijing beruhen Chinas äußere Sicherheit und internationaler Status letztlich auf einer sicheren innenpolitischen Basis und einer entwickelten Wirtschaft. Deshalb besteht die chinesische Regierung darauf, dass der wirtschaftlichen Entwicklung eine zentrale Rolle beizumessen sei, der sich die Landesverteidigung unterzuordnen und sich in ihren Dienst zu stellen habe.³³⁵ Beijing betrachtet das wirtschaftliche Wachstum als wesentliches Element auf seinem Kurs zur Erhaltung stabiler sozialer innenpolitischer Verhältnisse. Überdies spielen Außenhandel und Investitionsanreize eine zentrale Rolle beim Ausbau der Wirtschaft als materieller Komponente nationaler Stärke.

Seit Deng hat die chinesische Führung die Modernisierung des Militärs anderen Prioritäten gegenüber, wie der Entwicklung der Landwirtschaft und Industrie als auch der Wissenschaft und Forschung zurückgestellt. Dies basierte auf der Annahme, dass eine breit angelegte Modernisierung das allgemeine Niveau von Industrie, Wissenschaft,

³³² Vgl. Cheng, Joseph Y.: "Sino-ASEAN relations in the early twenty-first century", in: *Contemporary Southeast Asia*, 3 (2001) 23, S. 420-451.

³³³ Vgl. Wang, Taiping (Hrsg.): *Deng Xiaoping Waijiao Shixiang Yanjiu Lunwenji*, Beijing 1996.

³³⁴ Vgl. Nathan, Andrew/ Ross Robert: *The Great Wall and the Empty Fortress: China's Search for Security*, New York 1997, S. 78-81.

³³⁵ Vgl. „China's National Defense in 2000", The Information Office of China's State Council, Beijing 2000.

und Bruttosozialprodukt anheben und so auf lange Sicht eine Modernisierung des Militärs ermöglichen würde. Im Zuge der Operation ALLIED FORCE im Kosovo – einschließlich der Bombardierung der chinesischen Botschaft in Belgrad – haben einige chinesische Offizielle eine Neubewertung der nationalen Zielsetzungen ernsthaft in Erwägung gezogen und den Stellenwert der nationalen Verteidigung hervorzuheben versucht. Die höchste Führungsebene bekräftigte jedoch ihre Priorität des Wirtschaftswachstums, der Entwicklung von Wissenschaft und Technik und der Erschließung und Förderung von Bodenschätzen. Man geht ebenfalls davon aus, dass erhöhte Verteidigungsausgaben Washingtons Anstrengungen, China einzudämmen bestärken und Japans Absichten rechtfertigen würden, die Schlagkraft seiner Streitkräfte auszubauen.³³⁶

Aus Beijings Sicht wäre ein konfrontativer Kurs gegenüber Washington kontraproduktiv und würde zur Isolation Chinas führen. Um eine offene Eindämmungspolitik durch die USA und ihre Verbündeten zu vermeiden, sollte China eine Politik der Konfrontationsvermeidung betreiben. Dies stehe auch im Einklang mit Chinas strategischen Langzeitinteressen.³³⁷ Selbst in der hoch sensiblen Taiwan-Frage hat Beijing in der Krise von 1995-1996 die militärische Konfrontation vermieden. Ein auf Dauer vom chinesischen Festland getrenntes Taiwan wird als möglicher US-amerikanischer Stützpunkt betrachtet. Gleichzeitig würde die Kontrolle über die Insel es der Volksrepublik China ermöglichen, ihren Verteidigungsgürtel weiter seewärts zu verschieben. Vordringlichstes strategisches Ziel der VR China ist es, weitere separatistische Schritte Taiwans zu verhindern. Die militärischen Manöver waren als ernsthafte Warnung gegen die taiwanischen Unabhängigkeitsbestrebungen gerichtet. Damit sollten die USA daran gehindert werden, vom Prinzip des „einen Chinas“ abzugehen. Taiwan sollte davor gewarnt werden, auch de jure seine Unabhängigkeit zu vollziehen.³³⁸

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass China trotz einer zunehmenden Unzufriedenheit mit der globalen Strategie der Vereinigten Staaten kein dauerhaftes Gegengewicht zu diesen darzustellen vermag. Dies ist auf einen Mangel an starken Verbünde-

³³⁶ Ebd.

³³⁷ Yan, Xuetong: *Zhongguo Guojia Liyi Fengxi*, Tianjin 1996, S. 158.

³³⁸ Vgl. Funabashi, Yoichi, a.a.O., S. 370–73.

ten, fehlende Kapazitäten, die Konzentration auf die innerstaatliche Entwicklung und die unkalkulierbaren Kosten einer etwaigen direkten Konfrontation mit den USA zurückzuführen. Chinas internes und externes Agieren zielt auf die Verfolgung seiner Kerninteressen ab und nicht auf eine unnötige Brüskierung Amerikas. Dies könnte sich jedoch ändern, wenn China die notwendige materielle Stärke erlangt haben sollte, um mit den USA direkt konkurrieren zu können oder wenn sich für China potente Verbündete fänden. Weder das eine noch das andere scheint aber für die nähere Zukunft wahrscheinlich. China hat deswegen den Weg einer „berechnenden Strategie“³³⁹ eingeschlagen, einer Strategie, die das Land vor äußeren Bedrohungen schützen soll, während es seine nationalen Ressourcen entwickelt. Auf diese Weise soll China seine Macht so unauffällig wie möglich steigern. Im Falle eines Erfolges würde diese Strategie China die Gelegenheit bieten, seine inneren sozialen Belange zu ordnen, damit die Legitimation des herrschenden Regimes zu festigen, die wirtschaftlichen und technologischen Fähigkeiten des Landes zu erweitern, sein Militär zu stärken und seine Position und seinen Einfluss in der internationalen politischen Ordnung zu erweitern. Alle diese Punkte sind von großer Wichtigkeit für die Erreichung der langfristigen strategischen Ziele der Nation.

³³⁹ Vgl. Swaine, Michael D. / Tellis, Ashley J.: *Interpreting China's Grand Strategy: Past, Present, and Future*, RAND Publications MR-1121, Santa Monica 2000, Kapitel 4.

4.1.3. Die USA und China: zwei strategische Konkurrenten

Seit 1949 haben die chinesisch-amerikanischen strategischen Beziehungen folgende Stadien durchlaufen: in den fünfziger und sechziger Jahren betrachtete man sich als strategische Gegner, in den siebziger und achtziger Jahren als Partner und seit den Neunzigern als Konkurrenten.³⁴⁰

In den siebziger und achtziger Jahren hatte die gemeinsam empfundene Bedrohung durch die Sowjetunion als bindendes Glied zwischen beiden Nationen gewirkt. In den späten Achtzigern machte die Entspannung zwischen China und der Sowjetunion eine neue strategische Ausrichtung der bilateralen Beziehungen Chinas und der USA notwendig. Seitdem waren die strategischen Beziehungen immer wieder Spannungen unterworfen.

Früher einte der gemeinsame Widerstand gegen die Sowjetunion. An die Stelle dieser Idee ist jedoch keine neue Vision getreten. Dies hat die chinesisch-amerikanischen Beziehungen seit den späten achtziger Jahren schwer belastet. Erst 1996 wurde zwischen höheren Stellen der Zivilverwaltung und des Militärs der bilaterale strategische Dialog wieder aufgenommen. Für die Clinton-Administration war dies eine Schlüsselkomponente auf dem Weg zu einer neuen politischen Initiative des „comprehensive engagement“ mit China. Dies schloss durch regelmäßige Treffen der Präsidenten die Wiederaufnahme des Diskurses auf höchster Ebene ein. Obwohl sich Clinton und Jiang Zemin oft am Rande des Asia-Pacific Economic Cooperation (APEC) und anderer internationaler Foren trafen, hatte es seit 1989 keinen Besuch eines US-Präsidenten in China und seit 1987 keinen eines chinesischen Staatsoberhauptes in den USA gegeben. Nach lang andauernden Planungen und harten Verhandlungen wurden wechselseitige Besuche vereinbart. Im November 1997 besuchte Präsident Jiang die USA. Clinton stattete China seinen Gegenbesuch im Juli 1998 ab. Während dieser Besuche verkündeten beide Regierungen öffentlich ihr Interesse, „eine konstruktive, strategische Partnerschaft für das 21. Jahrhundert“ aufbauen zu wollen.³⁴¹

³⁴⁰ Vgl. Shambaugh, David, Sino-American Strategic Relations: From Partners to Competitors, in: *Survival*, 42 (Spring 2000) 1, S. 97-115, hier 97.

³⁴¹ Shambaugh, David (ebd.), S.98.

Seit diesen Äußerungen hat jedoch weder die eine noch die andere Regierung klar und deutlich die strategische Basis und Koordination der gemeinsamen Beziehungen artikuliert. Eine echte strategische Partnerschaft sollte hinsichtlich der Weltanschauung, der strategischen Interessen, des politischen Systems und in militärischen Fragen grundsätzliche Gemeinsamkeiten aufweisen. Bei Anlegen dieses Maßstabes sind Frankreich und die USA trotz ihrer Differenzen sowohl strategische Partner als auch formal Alliierte. Wie jedoch die vorangehende Untersuchung zeigte, trennen China und die USA widerstreitende Weltanschauungen, divergierende strategische Interessen, unvereinbare politische Systeme und schwach entwickelte militärische Beziehungen. Konflikte bestehen in der Frage nach dem Schicksal Taiwans, in den Visionen für eine globale Ordnung und in der Frage nach Sinn und Zweck der bestehenden internationalen Strukturen.

Der Konflikt zwischen China und den USA ist von struktureller Natur. China ist eine aufstrebende Nation, die USA hingegen wollen ihre unipolare Dominanz aufrechterhalten. Die beiden Kontrahenten prallen buchstäblich auf jedem Gebiet aufeinander: strategisch, politisch, wirtschaftlich als auch weltpolitisch. Aus der Perspektive Beijings wird die strategische Rivalität wahrscheinlich den Aufstieg der chinesischen Macht fördern.³⁴² Diese Betrachtungsweise unterstreicht den den chinesisch-amerikanischen strategischen Beziehungen unterliegenden strukturellen Konflikt, der durch konkurrierende Machtpolitik charakterisiert ist, in der die Logik des Sicherheitsdilemmas und relativer Erfolge immer noch vorherrscht. Für die Vereinigten Staaten stellt China ein potenzielles nationales Sicherheitsrisiko dar. Dies geschieht aus drei Gründen: wegen seiner generellen geostrategischen Bedeutung und seiner wachsenden nationalen Potenziale, wegen seiner zunehmenden Einbindung in und seinen wachsenden Einfluss auf die Weltpolitik, wegen der besonderen historischen und kulturellen Faktoren, welche die bilateralen Spannungen auf längere Sicht verstärken könnten.³⁴³

³⁴² Vgl. Yan, Xuetong: "Zhongguo De Zhan Lue Anquan Huanjing", in: *Shijie Zhishi*, 3 (February 2000), S. 8–9.

³⁴³ Vgl. Swaine, Michael D. / Tellis, Ashley J.: *Interpreting China's Grand Strategy: Past, Present, and Future*, RAND Publications MR-1121, Santa Monica 2000, Kapitel 2.

Chinas gewaltige Größe und seine geografische Lage, durch die es zur einzigen eurasischen Kontinentalmacht mit direkten Außengrenzen zu Nordostasien, Südostasien, Südasien, Zentralasien und Russland wird, machen es zu einem der wichtigsten geostrategischen Akteure, der in der Lage ist, die globalen und regionalen Interessen der USA ernsthaft zu gefährden. Beijings Fähigkeit, über ganz Eurasien hinweg Einfluss auszuüben, ist als Ergebnis seines enormen Wirtschaftswachstums und seiner zunehmenden Einbindung in die weltwirtschaftliche und die weltpolitische Ordnung in den letzten zwei Jahrzehnten enorm angewachsen. Chinas hohe Wachstumsrate wird durch eine sich rapide ausbreitende Anbindung an das Ausland, vor allem an die USA und mit der auf Außenhandel ausgerichteten Wirtschaft Südkoreas, Japans, Taiwans und Südasiens vorangetrieben. Vor allem aufgrund dieser Entwicklungen sucht China größeren Einfluss jenseits seiner Grenzen. Das Land entwickelt sich zu einem aktiven Teilnehmer an einer Vielzahl internationaler Wirtschaftsinstitutionen und -foren. Es liegt auf der Hand, dass solche Entwicklungen für die globalen und regionalen wirtschaftlichen als auch politischen Zugangs- und Einflussmöglichkeiten nicht ohne Folgen bleiben.³⁴⁴

Überdies wandte sich China in den achtziger Jahren von der gescheiterten autarken Planwirtschaft der Maoisten ab und führte in der Folge eine erfolgreiche, marktorientierte und auf den Export ausgerichtete Reformstrategie ein. Dies erlaubte eine signifikante, wenngleich auch nur schrittweise militärische Aufrüstung. Von besonderer Bedeutung für die USA sind Chinas Nuklearwaffen und sein Programm zur Entwicklung ballistischer Raketen. Weiterhin sind auch seine wachsenden Fähigkeiten auf den Gebieten der Raumfahrt und der Informationstechnologie bedeutend sowie die Entwicklung von Luftverteidigungssystemen für den Luft- und Seekrieg an seinen östlichen und südlichen Außengrenzen. Ein fortwährendes Wachstum des chinesischen Brutto-sozialprodukts wird mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit zu einer weiteren Modernisierung des Militärs und einer noch weiteren maritimen strategischen Ausrichtung führen. Dies wird direkte Auswirkungen auf die Sicherheitslage und den Einfluss der Vereinigten Staaten und ihrer Verbündeten in Ostasien haben.³⁴⁵

³⁴⁴ Ebd.

³⁴⁵ Ebd.

Die potenziell negativen Auswirkungen einer möglichen fundamentalen strukturellen Verschiebung auf die strategischen Interessen der USA in der Verteilung der wirtschaftlichen und militärischen Macht in Eurasien werden durch verschiedene spezifische historische und kulturelle Besonderheiten Chinas strategischer Einstellung, seiner Erfahrung und seines Verhaltens verschärft. Erstens war China die meiste Zeit seiner imperialen Geschichte die vorherrschende politische, wirtschaftliche, kulturelle und militärische Macht in Ostasien. Diese Vorherrschaft schuf einen tief verwurzelten Glauben in die geopolitisch zentrale Bedeutung Chinas für die Region. Mit der Zunahme der relativen Macht Chinas könnte dieser Glaube das Land dafür anfällig machen, die Rolle der USA als Vormacht und zentraler Sicherheitsgarant für große Teile des asiatisch-pazifischen Raumes einnehmen zu wollen. Zweitens, Chinas jüngere Geschichte ist reich an Niederlagen, Unterdrückungen und Demütigungen durch den Westen und Japan. Dies hat ein akutes chinesisches Bedürfnis nach internationaler Anerkennung als Großmacht geweckt. Ebenso groß ist der lang gehegte Anspruch auf eine selbstbestimmte Außenpolitik, die sich nicht in die formalen Strukturen der Zusammenarbeit oder die Bündnisstrukturen der Großmächte, und hier vor allem der USA, fügt. Drittens, China erhebt unbeirrbar Ansprüche auf eine Reihe von Territorien entlang seiner Land- und Seegrenzen. An erster Stelle sind hier Taiwan und die Spratly Inseln im südchinesischen Meer zu nennen. Diese Ansprüche genießen landesweit große Unterstützung, denn sowohl die Eliten als auch ein offensichtlich wachsender Teil der Bevölkerung befürworten eine zentralistisch-nationalistische Ideologie, die sich die Wiedervereinigung und Schaffung einer starken und reichen Nation auf die Fahnen geschrieben hat. Der Erfolg dieser Ideologie als ein Mittel um der ideologisch diskreditierten Landesführung Legitimität zu verschaffen, legt nahe, dass Beijing in Zukunft seine revanchistischen Ansprüche parallel zum Anwachsen seiner allgemeinen Fähigkeiten mit noch größerem Nachdruck vertreten wird.³⁴⁶

Der bisher geschilderte strukturelle Konflikt zwischen China und den Vereinigten Staaten straft alle Erwartungen einer strategischen Partnerschaft der beiden Länder Lügen. „Strategische Konkurrenten“, dies dürfte eine treffendere Beschreibung der gegenwärtigen Verhältnisse sein. Gleichzeitig ist es wichtig zu erkennen, dass „strate-

³⁴⁶ Vgl. Swaine, Michael D. / Tellis, Ashley J.: *Interpreting China's Grand Strategy: Past, Present, and Future*, RAND Publications MR-1121, Santa Monica 2000, Kapitel 2.

gische Konkurrenten“ keine „strategischen Feinde“ sind und auch nicht notwendigerweise werden müssen. Rivalen können durchaus auf bestimmten Gebieten, die vielfach von strategischer Bedeutung sind, kooperieren und dennoch hauptsächlich konkurrierende bis hin zu feindlichen Beziehungen unterhalten. Die amerikanische Hegemonie, die Versuche der USA, eine unipolare Welt zu schaffen, werden von Beijing scharf kritisiert. China strebt eine multipolare Weltordnung an, in welcher die amerikanischen Machtbestrebungen in die Schranken gewiesen werden. Die Vereinigten Staaten hingegen zielen auf globale Führerschaft ab. Sie versuchen, die Zahl der demokratischen, marktwirtschaftlich orientierten Staaten zu vergrößern und eine weltweite Sicherheitsarchitektur zu entwickeln, welche Stabilität garantiert und den Interessen der USA und des Westens entgegenkommt.³⁴⁷

Der Kampf der Weltanschauungen wird durch den zunehmenden Wettbewerb bezüglich des Machtgleichgewichts und der Sicherheitsstrukturen des ostasiatisch-pazifischen Raumes verschärft. Die Sicherheitsinteressen der beiden Nationen kollidieren hier immer mehr. Dies betrifft in besonderem Maße die Taiwan-Frage, die Allianzen der USA, ihre Streitkräfte, die erneute Bekräftigung des gegenseitigen Beistandspaktes der USA und Japans, die vorgeschobenen Verteidigungslinien und die drohende Installation der zentralen strategischen und der regionalen Raketenabwehrsysteme (NMD/TMD). Amerikanische Waffenverkäufe an Taiwan bilden eines der grundlegenden Probleme zwischen den beiden Regierungen. Die Taiwan-Frage schwebt als Damoklesschwert über den chinesisch-amerikanischen Beziehungen. Sollte es hier zu Fehlentwicklungen kommen, ist ein direkter militärischer Schlagabtausch zwischen den beiden Nationen nicht auszuschließen.³⁴⁸

Das Verhältnis zwischen China und den USA ist jedoch nicht mit dem früheren Kalten Krieg zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten vergleichbar. China mangelt es an Ambitionen, politischem Einfluss und militärischer Macht, um die USA weltweit herauszufordern. Dennoch konkurrieren beide Staaten um die strategische Vorherrschaft in Ostasien. Zwar betont Beijing immer wieder, keine Hegemonie im asiatischen Pazifik anzustreben, doch ist man ebenso wenig mit der gegenwärtigen,

³⁴⁷ Shambaugh, David, a.a.O., S.99.

³⁴⁸ Shambaugh, David, a.a.O., S.100.

von Amerika dominierten Sicherheitsarchitektur der Region zufrieden. Die chinesische Regierung, besonders die Militärführung, hat nicht die Absicht, eine andauernde US-amerikanische Militärpräsenz oder einen strategischen Vorrang der USA in der Region hinzunehmen.³⁴⁹

Gegenwärtig sind 100 000 Mann Offensivstreitkräfte der Vereinigten Staaten in Ostasien stationiert. Zudem bestehen insgesamt fünf bilaterale Bündnisse (mit Japan, Südkorea, den Philippinen, Thailand und Australien). Alle fünf Allianzen sind in den letzten Jahren ausgebaut worden. Bedeutende militärische Ausgangsbasen stellen zudem Singapur und andere Länder bereit. Stützpunkte auf Guam und den Mariannen, sowie in Hawaii und Kalifornien beherbergen die notwendige militärische Logistik und können als Ausgangsbasen für den Kampfeinsatz dienen. Die Streitkräfte im Pazifik stellen geographisch gesehen die größte Einheit in der US-amerikanischen Verteidigungsstruktur dar. Der Oberkommandierende im Pazifik (The Commander-in-Chief of the Pacific, CINCPAC) verfügt über ca. 300 000 Mann, etwa ein Fünftel des gesamten Militärs der USA.³⁵⁰

Diese Kräftekonzentration lässt keinen Zweifel an den Absichten der amerikanischen Militärs aufkommen, die vitalen nationalen Interessen der USA im westlichen Pazifik verteidigen zu wollen. Zudem sind die USA davon überzeugt, dass ihre Militärpräsenz als Abschreckung gegenüber potenziell feindlichen Staaten dient. Amerikas Überzeugung, die Sicherheit in Ostasien ließe sich allein unter der unangefochtenen Führerschaft der Vereinigten Staaten garantieren, findet ihren Ausdruck in der fortgesetzten amerikanischen Militärpräsenz im Westpazifik und in traditionellen bilateralen Sicherheitsabkommen. Für Beijing bedeutet das einen Konflikt mit Chinas vitalen Interessen. Hier werden weder die Prämissen noch das dahinter stehende Machtkalkül der amerikanischen Militärpräsenz anerkannt. Die chinesische Führung hat deutlich und in aller Öffentlichkeit die Aufhebung der Allianzen gefordert, da diese keinen Beitrag zur Aufrechterhaltung von Frieden und Sicherheit in der Zeit nach dem Ende des Kalten Krieges leisten würden. Besonders vehement hat sich Beijing gegen die Erweiterung

³⁴⁹ Vgl. Shambaugh, David: "China's Military Views the World: Ambivalent Security", in: *International Security*, 23 (winter 1999/2000) 3, S. 52-79.

³⁵⁰ Shambaugh, David, Sino-American Strategic Relations: From Partners to Competitors, in: *Survival*, 42 (Spring 2000) 1, S.103.

der NATO, die Ausweitung der „Partnerschaft für den Frieden“ auf Zentralasien, den Ausbau des amerikanisch-japanischen Beistandspaktes sowie der gemeinsamen Verteidigungsrichtlinien ausgesprochen. Alle diese Punkte werden als Teile einer großen Strategie zur Eindämmung Chinas interpretiert. Im Jahre 1997 haben chinesische Offizielle und Sicherheitsexperten öffentlich zu einem Rückzug der US-amerikanischen Streitkräfte aus der Region aufgerufen. Dies wurde von anderen asiatischen Staaten, welche die amerikanische Präsenz aufrechterhalten wollen, schroff abgelehnt. Für einen Teil dieser Länder dient die Gegenwart des amerikanischen Militärs als Schutz gegen ein immer stärker und immer nationalistischer werdendes China. Besonders in der Volksbefreiungsarmee interpretiert man die Gegenwart der amerikanischen Streitkräfte als gegen China gerichtet. Stark beunruhigt zeigt man sich über das mögliche Eingreifen des US-Militärs im Falle einer Auseinandersetzung mit Taiwan.³⁵¹

In dieser Frage sind für die kommenden Jahre zunehmende Spannungen zwischen Washington und Beijing absehbar. Dies bedeutet jedoch nicht zwangsläufig, dass dadurch aus strategischen Konkurrenten Feinde werden müssen. Tatsächlich arbeitet man in bestimmten Bereichen zusammen und konkurriert in anderen. Trotz starker Differenzen in der Taiwan-Frage bezüglich der amerikanisch-japanischen Allianz, des Aufbaus von TMS und NMD, der NATO-Erweiterung und der Sicherheitsbündnisse in Ostasien kooperieren die beiden Regierungen auf einem Gebiet, das man als das der „low security“ bezeichnen könnte. Hier geht es um die Bekämpfung der Drogenproduktion und des Drogenhandels, des organisierten Verbrechens, des Schmuggels und um den Umweltschutzes. Die Aufrechterhaltung dieser Formen der Zusammenarbeit ist von großer Bedeutung. Selbst in einigen Fragen der „high security“ kooperiert man. Dies betrifft den Kampf gegen den Terrorismus, die Kontrolle von Massenvernichtungswaffen, die Nichtweiterverbreitung von atomaren, biologischen und chemischen Waffen, Nord Korea, die Exportkontrollen für Raketen und andere Materialien von strategischer Bedeutung.³⁵²

³⁵¹ Shambaugh, David (ebd.), S.104.

³⁵² Shambaugh, David (ebd.), S.100.

Gegenwärtig stellen sich die strategischen Beziehungen zwischen China und den USA als eine Mischung von Kooperation und Konkurrenz dar.³⁵³ Jedoch führt die Konkurrenz in strategischen Fragen zu signifikanten Einschränkungen auf der Ebene der funktionalen Kooperation. Ohne jedoch ein gegenseitiges Verständnis in strategischen Fragen aufzubringen, die Differenzen in diesen Angelegenheiten, die an sich ein hohes Maß an Zusammenarbeit erfordern, können leicht zur Eskalation führen. Aber letztendlich beruhen die Beziehungen der beiden Länder immer noch auf einem „nicht umfassenden strategischen Wettbewerb“ (non-comprehensive strategic competition). Interesse an der Vermeidung eines Krieges untereinander besteht ebenfalls. Diese gemeinsame Überzeugung, einen für beide Seiten vernichtenden militärischen Showdown vermeiden zu müssen, macht es erst möglich, friedliche Lösungen zu suchen und sich gegenseitig weit genug entgegen zu kommen, um den bestehenden strukturellen Konflikt handhaben zu können.

³⁵³ Ebd.

4.2. Die Taiwanpolitik der USA

4.2.1. Die Haltung der USA in der Taiwan-Frage: Die „strategische Ambiguität“ in den siebziger und achtziger Jahren

Die Haltung der USA in der Taiwan-Frage nach dem Ende der Phase der „Eindämmungs“-Chinapolitik lässt sich in dem Begriff der „strategischen Ambiguität“³⁵⁴ fassen. Das heißt, dass die Vereinigten Staaten sich zu keiner bestimmten Lösung für dieses Problem durchringen konnten und keine politischen Ziele hinsichtlich der Sicherheit und Zukunft Taiwans formulierten. Dies muss vor dem Hintergrund des in den Shanghai Kommuniqués von 1972 und dem Taiwan Relations Act (TRA) von 1979 formulierten nicht eindeutig festgelegten und flexiblen politischen Kurses der USA gesehen werden.

Schon in den frühen siebziger Jahren, als der Aufbau fester chinesisch-amerikanischer Beziehungen für Nixon und Kissinger strategische Bedeutung gewann, stellte die Taiwan-Frage einen heiklen Punkt in den Beziehungen zwischen den USA und der Volksrepublik China dar. Um auf anderen diplomatischen Gebieten voranzukommen, mussten die Verhandlungspartner Möglichkeiten und Wege finden, das Problem Taiwan auszuklammern. Das Ergebnis waren die höchst widersprüchlichen Formulierungen des Kommuniqués von Shanghai. Wie Joseph Nye Jr. bestätigte, wurde das Kommuniqué hinsichtlich der Taiwan-Frage bewusst vage gehalten.³⁵⁵ Darin heißt es:

*The United States acknowledges that all Chinese on either side of the Taiwan Strait maintain there is but one China and that Taiwan is part of China. The United States Government does not challenge that position. It reaffirms its interest in a peaceful settlement of the Taiwan question by the Chinese themselves. With this prospect in mind, it affirms the ultimate objective of the withdrawal of all U.S. forces and military installations from Taiwan. In the meantime, it will progressively reduce its forces and military installations on Taiwan as the tension in the area diminishes.*³⁵⁶

³⁵⁴ Vgl. Umbach, Frank: Konflikt oder Kooperation in Asien-Pazifik? Chinas Einbindung in regionale Sicherheitsstrukturen und die Auswirkungen auf Europa, München 2002, S. 80.

³⁵⁵ Nye, Joseph S.: „A Taiwan Deal“, *Washington Post*, March 8, 1998, S. C7.

³⁵⁶ Zit. nach „Shanghai Communiqué, 1972“, in: Chiu, Hungdah (Hrsg.), *China and The Taiwan Issue*, New York 1979, Dokument 21, S. 246-249.

Das unbestimmt formulierte Kommuniqué von Shanghai bezieht sich von Seiten der USA her ausführlicher auf zwei Punkte der Taiwan-Frage: die Zukunft und die Sicherheit der Insel. Hinsichtlich der Zukunft Taiwans wird die Position Beijings anerkannt, was aber nicht zwangsläufig Übereinstimmung bedeutet. Zudem trafen die USA keine Aussagen über die politische Form, die das vereinigte China annehmen sollte, noch konzidierten sie die Zugehörigkeit Taiwans zu China. Nach Auffassung der Vereinigten Staaten muss das Taiwan-Problem zwischen Taipeh und Beijing gelöst werden. Die USA werden hier weder intervenieren noch moderieren. Sie bestehen lediglich auf einer friedlichen Lösung, da jede Form der Instabilität oder militärischen Konfrontation in der Straße von Taiwan den Frieden und die Sicherheit in Ostasien und damit auch die regionalen Interessen der USA gefährden würde.

Zweitens und in noch größerem Umfange ist von der „strategischen Ambiguität“ die Sicherheit Taiwans betroffen. Der TRA bringt lediglich zum Ausdruck, dass die Stabilität und die Sicherheit Taiwans von den USA mit großer Sorge beobachtet werden und man der Insel Defensivwaffen zur Verfügung stellen werde, um sich gegen jede militärische Bedrohung oder Invasion verteidigen zu können. Eine klare Aussage, Taiwan aktiv zu verteidigen, wird nicht getroffen. Man hält sich lediglich die Option offen. Die für den Fall, dass Taiwan von der VR China angegriffen werden würde, von den USA nicht näher bestimmte Handlungsweise dient als strategisches Abschreckungsmittel, um eine militärische Auseinandersetzung in der Straße von Taiwan zu vermeiden.

Das Kommuniqué von Shanghai von 1972 dient als Grundlage für die Taiwan betreffende amerikanische Sicherheitspolitik. Seit 1979 wird diese Politik auch durch den Taiwan Relations Act bestimmt. Darin versprechen die USA ihre zwar inoffizielle jedoch feste Beziehung zum taiwanischen Volk aufrechtzuerhalten. Dazu kommen noch drei Kernaussagen des Aktes. Erstens werden Frieden und Sicherheit Taiwans zu einem ernsthaften Anliegen der Vereinigten Staaten erklärt. Zweitens bekräftigen die USA ihre Bereitschaft, alle auch immer notwendigen Verteidigungsmittel zu liefern, um die Sicherheit des Volkes von Taiwan zu garantieren. Drittens soll die Zukunft der Insel mit friedlichen Mittel entschieden werden.

Hinsichtlich der Sicherheitsproblematik, bezeichnet es Section 2(b)(4) des TRA als die Politik der Vereinigten Staaten „*to consider any attempt to resolve the Taiwan issue by other than peaceful means, including boycotts or embargos, a threat to the peace and security of the Western Pacific area and of grave concern to the United States.*“³⁵⁷ Im Falle „*of any threat to the security or the social or economic system of the people on Taiwan*“ oder „*any danger to the interest of the United States*“ werden die USA gemäß Section 3(c) des TRA in angemessener Weise reagieren. Hinsichtlich des Verkaufs und der Weitergabe von Waffen heißt es in Section 3(a), dass die USA „*[will] make available to Taiwan such defence articles and defence services in such quantity as be necessary to enable Taiwan to maintain a sufficient self-defense capability.*“ Weiterhin wird für den Fall einer Bedrohung in Section 3(c) ausgeführt: *The President is directed to inform the Congress promptly of any threat to the security or the social or economic system of the people of Taiwan and any danger to the interests of the U.S. arising therefrom. The President and the Congress shall determine in accordance with constitutional processes, appropriate action by the U.S. in response to any such danger.*³⁵⁸

Hinsichtlich der Zukunft Taiwans wurde als Antwort auf die ständige Weigerung der Volksrepublik China, militärische Gewalt auszuschließen, das Modell einer friedlichen Lösung aufgegriffen. Section 2(b)(3) formuliert als Politik der USA: „*to make clear that the United States decision to establish diplomatic relations with the People’s Republic of China rests upon the expectation that the future of Taiwan will be determined by peaceful means.*“³⁵⁹ Tatsächlich kommt diese Erwartungshaltung in allen drei gemeinsamen Kommuniqués der VR China und der Vereinigten Staaten zum Ausdruck. Zum Beispiel bekräftigten die USA im Kommuniqué von Shanghai 1972 ihr Interesse an einer friedlichen Lösung der Taiwan-Frage. Im Kommuniqué zur Normalisierung der bilateralen Beziehungen zwischen den USA und China aus dem Jahre 1979 äußerten die Vereinigten Staaten ihr weiterhin bestehendes Interesse an einem friedlichen Ausgleich. Schließlich, im gemeinsamen Kommuniqué vom 17. August 1982 erklärten

³⁵⁷ Vgl. „Taiwan Relations Act, 1979“, in: Chiu, Hungdah (Hrsg.), *China and The Taiwan Issue*, New York 1979, Dokument 35, S. 266-275.

³⁵⁸ Ebd.

³⁵⁹ Ebd.

die USA ihr Verständnis und ihre Wertschätzung für die Anstrengungen der chinesischen Regierung, eine friedliche Lösung in der Taiwan-Frage zu finden.

Obwohl eine friedliche Lösung das politische Ziel der USA ist, betonen sie, dass diese zwischen Taipeh und Beijing gefunden werden muß. Dies kommt auch in jedem der drei gemeinsamen Kommuniqués zum Ausdruck.³⁶⁰ Die Vereinigten Staaten werden also nicht als Vermittler bei den Verhandlungen zu welchem Punkt auch immer auftreten. Diese Politik der Nichteinmischung ist von jeder US-Regierung betont und verfolgt worden.

Wie bereits erwähnt, dient das Kommuniqué von Shanghai als Grundlage für die amerikanische „Ein-China-Politik“. Der TRA hingegen formuliert die Richtlinien für das Verhalten der USA in jenen Fragen, die die Sicherheit Taiwans betreffen. Es ist schwierig, eine ausgeglichene Politik zu erreichen, die mit der „Ein-China-Doktrin“ im Einklang steht und gleichzeitig Frieden und Stabilität in der Straße von Taiwan garantiert. Überdies erfordert es größeres politisches Geschick als je zuvor, die demokratische Entwicklung Taiwans und das dort anwachsende Bedürfnis, eine größere internationale Rolle zu spielen, so mit der „Ein-China-Doktrin“ in Einklang zu bringen, dass weder die Sicherheit noch die Würde des Inselstaates gefährdet werden. Der Taiwan Relations Act liefert den USA und Taiwan eine Abschreckungsstrategie. Indem der TRA eine Selbstverpflichtung in Sicherheitsfragen in geltendes nationales Recht umwandelt, wird den USA die Option gegeben, Taiwan zu verteidigen. Dies schreckt von jeder denkbaren Bedrohung oder Invasion der Insel ab. Der TRA stärkt ebenfalls die Selbstverteidigungskräfte der Insel, was zu einer weiteren Abschreckung möglicher Aggressionen von Seiten der VR China führt.

Es ist von großer Bedeutung, festzuhalten, dass der TRA kein gegenseitiger Beistandspakt ist. Deshalb stellt er auch keine wahre Garantie für Taiwans Sicherheit dar. Er bietet den USA lediglich die Möglichkeit Taiwan zu verteidigen, zwingt sie aber nicht dazu.³⁶¹ Der Spielraum der USA für den Fall einer Bedrohung oder des Einsatzes

³⁶⁰ Vgl. Hickey, Dennis Van Vranken: „America's Two Point Policy and the Future of Taiwan,“, in: *Asian Survey*, 28 (August 1988) 8, S. 881-896.

³⁶¹ Vgl. Hickey, Dennis Van Vranken: *Taiwan Security in the Changing International System*, Boulder

militärischer Gewalt durch die VR China gegen Taiwan erstreckt sich über ein militärisches Eingreifen, Waffenlieferungen bis hin zu einer reinen militärischen Geste, mit anderen Worten, auf jede Variante, die der Wahrung ihrer Interessen in der Region dient. Das versteht man unter der Politik der „strategischen Ambiguität“. Es handelt sich um eine beabsichtigte Nicht-Festlegung auf irgendeine Reaktionsweise im Falle einer kriegerischen Auseinandersetzung zwischen China und Taiwan.

Auch während der durch die chinesischen Raketentests 1995 heraufbeschworenen Krise verfolgte die Clinton-Administration hinsichtlich der Verteidigung Taiwans ihren Kurs, sich strategisch nicht festlegen zu lassen. Alle US-Regierungsmitglieder beriefen sich auf den TRA als Grundlage der amerikanischen Verpflichtungen hinsichtlich der Sicherheit Taiwans. Jedoch wurde jeder Kommentar zu möglichen Reaktionen der Vereinigten Staaten abgelehnt. Als die Spannungen in der Straße von Taiwan im März 1996 ihren Höhepunkt erreichten, entsandten die USA zwei Flugzeugträger, die USS Independence und die USS Nimitz, um in den internationalen Gewässern vor Taiwan die chinesischen Raketentests zu beobachten. Die Entscheidung dazu fiel in erster Linie deswegen, weil der TRA den USA ein militärisches Eingreifen bis hin zur Intervention gestattet, wenn die Sicherheit Taiwans ernsthaft bedroht ist. Zuerst äußerte sich der Sprecher des US-Außenministeriums Nicholas Burns. Er sagte, dass die USA gemäß dem Taiwan Relations Act bestimmte, die Sicherheit der Insel betreffende Verpflichtungen eingegangen wären. Deshalb werde jeder Versuch, die Zukunft Taiwans mit anderen als friedlichen Mitteln zu gestalten, mit ernsthafter Sorge als Bedrohung für Frieden und Sicherheit im Westpazifik betrachtet.³⁶² Die Antwort der Vereinigten Staaten auf die Taiwan-Krise des Jahres 1996 zeigte wohl am deutlichsten, wie stark sich die USA an den TRA gebunden fühlen. Dies bedeutete aber kein bedingungsloses Engagement. Es bleibt festzuhalten, dass der TRA eine amerikanische Militärintervention im Falle eines Angriffs der VR China nicht garantiert. Er eröffnet den USA lediglich die Option dazu.

Der frühere US-Außenminister James Baker unterstützte die Politik der Clinton-Regierung, sich Taiwan betreffend strategisch nicht festlegen zu lassen:

1997, S. 40.

³⁶² *Lianhepao* (United Daily News), Taipei, October 22, 1995.

*“If we said we would come to the defense of Taiwan under any and all circumstances, she would declare independence and China would move – no doubt about that in my mind. If we would say we wouldn’t, China would move. And so we shouldn’t say under what circumstances and to what extent we will aid Taiwan, but we should make it clear, that we would view with the gravest concern any resort to the use of force.”*³⁶³

Die lange Zeit von den USA in der Taiwan-Frage verfolgte duale Abschreckungspolitik einer „strategischen Ambiguität“ spielt eine entscheidende Rolle in der Auseinandersetzung der beiden chinesischen Kontrahenten. Sollte die VR China den Eindruck gewinnen, die Bereitschaft Amerikas, Taiwan zu verteidigen, sei schwach, würde eine zur Vereinigung mit Taiwan entschlossene Führung aufgrund ihrer militärischen Überlegenheit erheblichen Druck in den Verhandlungen mit der Insel ausüben. Würden die USA andererseits die Verteidigung Taiwans unter allen Umständen garantieren, könnte die Insel durch Schritte in Richtung Unabhängigkeit oder gar eine direkte Unabhängigkeitserklärung die Volksrepublik provozieren.³⁶⁴ Dies würde die USA in eine unerwünschte militärische Konfrontation mit der VR China bringen.

Frieden und Sicherheit sind unter offenen strategischen Rahmenbedingungen in der Straße von Taiwan seit 25 Jahren gewahrt worden. Kritiker dieser Politik warnen jedoch vor den einem solchen Vorgehen innewohnenden Gefahren der Fehleinschätzungen und des Misstrauens. So warnte der Premierminister Singapurs, Lee Kuan Yew, dass diese „strategische Ambiguität“ in eine Katastrophe führen könne, sollten China oder Taiwan die Position der USA fehlinterpretieren.³⁶⁵

³⁶³ Siehe “Baker supports US policy of strategic ambiguity on Taiwan,” *The Straits Times*, April 19, 1996.

³⁶⁴ Vgl. Campbell, Kurt M. / Mitchell, Derek F.: “Crisis in the Taiwan Strait? ”, in: *Foreign Affairs*, 80 (2001) 4, S. 22.

³⁶⁵ Siehe “Baker supports US policy of strategic ambiguity on Taiwan,” *The Straits Times*, April 19, 1996.

4.2.2. Von der „strategischen Ambiguität“ zu „strategischer Klarheit“

Bevor Bill Clinton Präsident wurde, hatten die USA zwar eine friedliche Lösung der Taiwan-Problematik verlangt, jedoch keinen Weg dazu gewiesen. Überdies behielten sie ihre Politik strategischer Ambivalenz hinsichtlich der Sicherheit Taiwans und der Anerkennung der „Ein-China-Politik“ bei. In der ersten Hälfte seiner ersten Amtszeit änderte auch Clinton daran nichts. Während des Wahlkampfes hatte er die Entscheidung von Präsident Bush, F-16 Kampfflugzeuge an Taiwan zu verkaufen, begrüßt und für den Fall seiner Wahl versprochen, diesen politischen Kurs fortzusetzen. Ebenso verkündete er, die für die USA aus dem TRA erwachsenden Verpflichtungen hinsichtlich der Verteidigung Taiwans anzuerkennen.

Nach 1994 führte eine Reihe von Vorfällen zwischen den USA, China und Taiwan zur Änderung der bisherigen Taiwan-Politik. An erster Stelle sind die Bitte Taiwans um Aufnahme in die Vereinten Nationen und die Anstrengungen des Landes um größeren internationalen Stellenwert zu nennen. Die Reaktionen auf und die Sympathien der USA für diese Initiativen ließen China argwöhnen, dass Taiwan ein „ein China, ein Taiwan“ oder vielmehr ein „Zwei-China“-Szenario anstrebe. Zweitens hatte Präsident Lees Absicht, den Vereinigten Staaten einen Privatbesuch abzustatten, im Kongress so starke Unterstützung gefunden, dass sich die Clinton-Administration gezwungen sah, ihm ein Visum zu erteilen. Lee besuchte dann im Juni 1995 die Cornell University. Drittens fanden die ersten Präsidentschaftswahlen Taiwans, die Lee gewann, am 23. März 1996 zu einem Zeitpunkt statt, als die Spannungen zu China besonders stark waren.

Es hat seit der Raketenkrise von 1996 eine Vielzahl von Diskussionen darüber gegeben, ob die von den USA verfolgte Politik der „strategischen Ambiguität“ wirklich geeignet sei, die Spannungen zwischen China und Taiwan zu entschärfen. Ihre Kritiker wandten ein, dass neue Faktoren in den taiwanisch-chinesischen Beziehungen auch eine Anpassung der US-Strategie durch transparentere Richtlinien notwendig machten. Andererseits hatte Taiwans Übergang zu demokratischen Regierungsformen die nach Unabhängigkeit strebenden Kräfte gestärkt. Die wachsende militärische Stärke des Mutterlandes und dort anwachsende nationalistische Gefühle haben ihrerseits in Bei-

jing die Aufmerksamkeit für Schritte in Richtung Unabhängigkeit geschärft. Die sich wandelnde Dynamik in der Taiwan-Frage brachte China und den Inselstaat auf einen Kollisionskurs, der klare Direktiven der US-Politik erforderte. So sollte eine Konfrontation aufgrund fehlerhafter Interpretation der amerikanischen Absichten durch China oder Taiwan verhindert werden.

Die amerikanische Regierung wollte aus den genannten Gründen Taiwan signalisieren, dass sich die Anstrengungen der USA zur Verteidigung der Insel immer im Rahmen der „Ein-China-Politik“ bewegen würden. Vor Clintons Chinabesuch von 1998 bestätigte die Stellvertretende Staatssekretärin des Außenministeriums, Susan Shirk, die feste Absicht der Regierung, die Bestimmungen des Taiwan Relations Act hinsichtlich der Sicherheit und der Unterstützung der Insel mit Waffenlieferungen einzuhalten. Vor allem Waffenlieferungen sollten dem vorherrschenden Ziel der Vereinigten Staaten dienen, Frieden und Stabilität in der Region aufrechtzuerhalten und zu festigen. Laut Shirk hatte sich für die USA am verpflichtenden Charakter der Bestimmungen des TRA nichts geändert, da Frieden und Stabilität in der Straße von Taiwan im Interesse der Vereinigten Staaten im Westpazifik lägen. Sie stellte klar, dass die Zukunft Taiwans als Entscheidung betrachtet werde, die allein von der chinesischen Nation auf beiden Seiten der Meerenge getroffen werden müsse. Als neue politische Position der Clinton-Administration hielt Shirk fest: „*We will continue to pursue a ‘one China’ policy. Consistent with this policy, we do not support ‘two Chinas’ or ‘one China, one Taiwan’, Taiwan independence, or Taiwan’s membership in the UN.*“³⁶⁶ Damit wurde die Politik der „drei Verneinungen“ (three nos) zum ersten Mal formuliert. Bei seinem ersten Besuch in der VR China im Jahre 1998 gab Clinton erstmalig detailliert Auskunft über die amerikanische Taiwan-Politik. Vor einer Gesprächsrunde in Shanghai sagte er: „*we don’t support independence for Taiwan; or two Chinas; or one Taiwan, one China. And we don’t believe that Taiwan should be a member in any organization for which statehood is a requirement.*“³⁶⁷

³⁶⁶ Siehe die Aussage von East Asia and Pacific Bureau Deputy Assistant Secretary Susan L. Shirk Before The House International Relations Committee, May 20, 1998. In: <http://www.usia.gov/regional/ea/uschina/shirk520.htm>.

³⁶⁷ Zitiert in “Clinton Publicly Reiterates U.S. “Three Nos” Principles on Taiwan, June 30, 1998. In: <http://www.china-embassy.org/eng/7120.html>.

Die Veröffentlichung dieser Politik der „drei Verneinungen“ gab den taiwanisch-amerikanischen Beziehungen ein neues Gepräge. Hauptursache hierfür ist ein Interessenwechsel der USA in der Taiwan-Frage. Diese hatten sich in den letzten Jahrzehnten sowohl in sicherheitspolitischer, wirtschaftlicher als auch allgemeinpoltischer Hinsicht verändert. Das wirkte sich auch drastisch auf das Beziehungsdreieck Washington-Beijing-Taipeh aus. In den fünfziger und sechziger Jahren des zwanzigsten Jahrhunderts sahen die USA Taiwan hauptsächlich im Lichte ihrer strategischen Sicherheitsinteressen als vorgeschobenen Stützpunkt bei der Eindämmung des Kommunismus sowjetisch-chinesischer Prägung an. In den siebziger Jahren, als das Bündnis zwischen der Sowjetunion und der VR China auseinanderbrach, wirkten sich die dynamischen Beziehungen zwischen Washington, Beijing und Taipei erheblich auf die amerikanische Interessenlage in der Region aus. Tatsächlich betrachtete Washington die VR China in dieser Zeit mehr als strategischen Vorteil gegen die Sowjetunion, denn als Gegner in der Straße von Taiwan.³⁶⁸ Dies führte zur Anerkennung der VR China 1979 und zum Abbruch der offiziellen Kontakte mit Taiwan in Verteidigungsfragen und anderen Dingen. Seitdem lag der Schwerpunkt der amerikanischen Interessen in Taiwan hauptsächlich auf dem gegenseitigen Warenaustausch, weiteren Wirtschaftsfragen und inoffiziellen Kontakten. Zwar bekräftigte Washington mit dem Taiwan Relations Act seine Sicherheitsinteressen in Taiwan, war jedoch in Wirklichkeit an Frieden und Stabilität im Westpazifik interessiert.

Mitte der neunziger Jahre begann die Weltöffentlichkeit, China als potenzielle Großmacht im asiatisch-pazifischen Raum wahrzunehmen. Schließlich verfügte das Land über das weltweit größte stehende Heer und betrieb ein fortlaufendes militärisches Modernisierungsprogramm. In nahezu allen außenpolitischen Domänen der USA stellte China eine Herausforderung dar. Deshalb lag es im Interesse der USA, eine neue Politik in der Taiwan-Frage zu formulieren. Damit sollte die Gefahr einer militärischen Auseinandersetzung zwischen Taipei und Beijing, die aus einer Fehlinterpretation des amerikanischen Standpunktes erwachsen konnte, ausgeschlossen werden.

³⁶⁸ Vgl. Sutter, Robert G.: East Asia and the Pacific: Challenges for U.S. Policy, Boulder 1992, S. 72.

Zudem betrachtete die Clinton-Regierung nach den Erfahrungen der Raketenkrise vom März 1996 die Taiwan-Frage als besonders sensible Angelegenheit, welche die angestrebte Verbesserung der chinesisch-amerikanischen Beziehungen und die Stabilität in Ostasien gefährden könnte. Um dies zu vermeiden, veränderten die USA ihren politischen Kurs von der „strategischen Ambiguität“ hin zu einer klareren Position betreffs der Sicherheit und Zukunft Taiwans. Als ein Hauptbeteiligter an der Entwicklung bilateraler Beziehungen zwischen der VR China und Taiwan strebten die USA einen substanziellen und konstruktiven Dialog zwischen den beiden chinesischen Regierungen an. Die Aussagen Bill Clintons in Shanghai sind jedoch in keiner Weise mit der ausweichenden Sprache Richard Nixons oder Henry Kissingers im Shanghai Kommuniqué von 1972 vergleichbar. Verständlicherweise konnten die USA weder die Unabhängigkeitsbestrebungen Taiwans unterstützen noch China die Wiedervereinigung um jeden Preis gestatten, denn jede dieser Alternativen hätte mit hoher Wahrscheinlichkeit eine sofortige regionale Instabilität nach sich gezogen. Deshalb kann die amerikanische Politik zur Aufrechterhaltung von Frieden und Stabilität mit Fug und Recht als Bewahrung des „status quo“ bezeichnet werden.

Die Taiwan-Politik der Clinton-Regierung unterschied sich klar und deutlich von dem früheren Ansatz der „strategischen Ambiguität“. Die neue Herangehensweise wird als „accommodationist“ Ansatz bezeichnet.³⁶⁹ Einer der herausragendsten Vertreter dieser Politik ist Joseph Nye, der frühere stellvertretende Verteidigungsminister der Clinton-Regierung. Diese Politik baut darauf auf, dass die Demokratisierung Taiwans der taiwanischen Unabhängigkeitsbewegung mehr Macht und Einfluss verliehen habe. Da jedoch jeder Schritt in Richtung Unabhängigkeit Taiwans einen Angriff der VR China heraufbeschwören könne, würden somit alle involvierten Parteien gefährdet. Ein Angriff der VR China würde sowohl Taiwans wirtschaftliche als auch demokratische Entwicklung gefährden und die USA vor die Wahl stellen, entweder die Insel zu verteidigen oder fallen zu lassen. Weder das eine noch das andere wäre in ihrem Interesse. Sollten sich die USA völlig von Taiwan abwenden, würde dies ihre Glaubwürdigkeit schwer beschädigen. Die Verteidigung der Insel gegen einen Angriff der VR China würde zu einer direkten militärischen Konfrontation führen, welche die amerikani-

³⁶⁹ Vgl. Carpenter, Ted Galen: „Let Taiwan Defend Itself,” in: *Cato Policy Analysis*, 313 (August 1998), S. 5.

schen Sicherheitsinteressen sowohl regional als auch international gefährdete. Deshalb sollten sich die USA von ihrer ‚berechnend zweideutigen‘ (calculatingly ambiguous) Sprache des Kommuniqués von Shanghai und des TRA verabschieden.³⁷⁰ Stattdessen sollten die Vereinigten Staaten in Nyes Augen folgendes tun: 1.) öffentlich erklären, im Falle einer taiwanischen Unabhängigkeitserklärung nicht für die Verteidigung der Insel bereitzustehen, ebensowenig aber auch die Anwendung von Gewalt durch die VR China zu akzeptieren, wenn diese damit versuchen sollte, die Unabhängigkeit Taiwans zu verhindern; 2.) vorausgesetzt, Taiwan werde seine Unabhängigkeit als politische Variante ausschließen, für die Insel größere Spielräume auf internationalem Parkett eröffnen; 3.) ausdrücklich darauf bestehen, dass sich Taiwan bereit erklärt, auf jegliche Unabhängigkeitsbemühungen zu verzichten.³⁷¹ Im Grunde genommen besagte Nyes Vorschlag nichts anderes, als dass die USA die Partei zur Rechenschaft ziehen würden, welche den ersten Schritt hin zur Veränderung des Status quo unternähme. Die Vereinigten Staaten sollten die Verteidigung der Insel ablehnen, wenn sich Taiwan in Richtung Unabhängigkeit bewegt und ebenso die Anwendung von Gewalt durch die VR China zurückweisen. Dies bedeutete ein weites Abrücken von der Politik der „strategischen Ambiguität“, da konkrete Voraussetzungen für eine Verteidigung der Insel durch die USA genannt wurden.

Taiwan besitzt eindrucksvolle militärische Fähigkeiten, eine starke technisch-industrielle Basis und befindet sich in einer ausgezeichneten wirtschaftlichen Lage. Es steht am Schnittpunkt der strategischen und ökonomischen Interessen Japans, Chinas und der USA. Zusätzlich ist Taiwan eine kapitalistische, demokratischen Prinzipien folgende Gesellschaft. Auf die soziale, politische und wirtschaftliche Entwicklung Chinas nimmt es somit als Gegenmodell zur Volksrepublik Einfluss. Ein mehr oder weniger unabhängiges Taiwan erscheint so als logische Komponente einer US-Strategie, die auf die Verdrängung des Kommunismus vom chinesischen Festland und den Ausgleich eines chinesischen Aufstiegs zur Großmacht zielt. Auf jeden Fall wäre eine amerikanische Einwilligung in den Versuch der gewaltsamen Wiedereingliederung Taiwans für die Führungsposition und das Ansehen der USA in Fernost so verheerend, dass diese es sich nicht leisten könnten, militärisch passiv zu bleiben, sollte

³⁷⁰ Nye, Joseph S.: „A Taiwan Deal,” *Washington Post*, März 8, 1998, S. C7.

³⁷¹ Ebd.

sich Taiwan nicht selbst schützen können. Mit anderen Worten, Amerika würde nicht einem eigenständigen Taiwan zuliebe eingreifen müssen, sondern wegen seiner eigenen strategischen Interessen im ostasiatisch-pazifischen Raum.³⁷²

Die Wiedervereinigung mit Taiwan würde die Reichweite der chinesischen Marine und Luftwaffe weit über die Küstengewässer hinaus vorschieben lassen. China musste weiterhin eine Seegrenze sichern, die umstrittene Gebiete im Südchinesischen Meer einschließt. Es könnte sich versucht fühlen, die US-amerikanische Militärpräsenz in der Region herauszufordern und die Einsatzgebiete seiner eigenen Truppen weiter hinauszuverlagern. Die Handelsstraßen im Südchinesischen Meer führen meistens nicht durch die Straße von Taiwan. Aber sie erstrecken sich entlang der Ostküste der Insel und nähern sich ihr bis auf 75 Seemeilen, wenn Schiffe nach Japan, Korea oder Russland fahren. Diese Transportwege würden viel anfälliger für eine Unterbrechung durch China, wenn es Taiwan unter seine Kontrolle brächte.³⁷³

Zusätzlich würde ein Ausbau der Seestreitkräfte mit Sicherheit die japanischen Militärstrategen alarmieren. Eine chinesische Präsenz entlang der japanischen Schiffsrou-ten und in unmittelbarer Nachbarschaft zu seinen Ryukyu-Inseln gäbe China die Gelegenheit, die zweitgrößte Volkswirtschaft der Welt zu strangulieren.³⁷⁴ Auf die chine-sisch-japanischen Beziehungen und die Rolle der USA in Japan wäre der geostrategi-sche Einfluss einer Wiedervereinigung mit Taiwan immens. Japan könnte sich demzu-folge weniger tolerant gegenüber den US-Militärbasen auf seinem Gebiet zeigen. Gleichwohl könnte eine Wiedervereinigung die Bedenken Japans aber auch vermehren und es darin bestärken, seine Verfassung zu revidieren, seine Streitkräfte aufzurüsten und seine Bindung an die USA zu festigen.³⁷⁵

³⁷² Vgl. Brzezinski, Zbigniew: *The Grand Chessboard. American Primacy and its Geostrategic Impera-tives*, New York 1997, S. 188-189.

³⁷³ Pomfret, John: "China's Military Takes a Hard Look at U.S.," *International Herald Tribune*, Novem-ber 16, 2000.

³⁷⁴ Tucker, Nancy Bernkopf: "If Taiwan Chooses Unification, Should the United States Care?" in: *The Washington Quarterly*, 25 (Summer 2002) 3, S. 15-28, hier S. 22; s.a. Struck, Doug / Chandrasekaran, Rajiv: "Nations across Asia Keep Watch on China," *Washington Post*, October 19, 2001, S. A23.

³⁷⁵ Tucker, Nancy Bernkopf (ebd.), S.23

Sollte China die Absicht hegen, die USA aus dem Westpazifik zu verdrängen und nicht mit ihnen zu koexistieren, dann läge nichts was dem Machtzuwachs Chinas diene, die Vereinigung mit Taiwan eingeschlossen, im Interesse der Vereinigten Staaten. Taiwan würde wirtschaftlich, technologisch und militärisch dazu beitragen, China zu einem „strategischen Konkurrenten“ aufzubauen. Als Bestandteil Chinas könnte Taiwan darauf hoffen, mäßigenden Einfluss auf die Wertvorstellungen und Institutionen des Landes zu gewinnen. Ebenso jedoch könnte es zur Stärkung eines Landes beitragen, dessen Werte unverändert geblieben sind.

4.3. Die politischen Beziehungen zwischen Taipeh und Beijing in den neunziger Jahren

4.3.1. Taipehs China-Politik

Taiwans Beziehungen zum chinesischen Festland durchliefen seit dem Ende des Kalten Krieges verschiedene Stadien. Am 30. April 1991 verkündete Präsident Lee das Ende des Kriegsrechts. Dies markierte in zweierlei Hinsicht den Beginn einer neuen Ära. Einerseits sollte das Ende des Kriegsrechts den Beginn einer wahrhaftigen Demokratisierung darstellen. Andererseits wurde das chinesische Festland nicht länger von Taiwan als eine Gruppe von „Rebellen“ aufgefasst, sondern als der Republik China (auf Taiwan) mehr oder weniger ebenbürtige politisches Gebilde. Sowohl in der einen wie auch in der anderen Hinsicht repräsentierte die Deklaration einen Paradigmenwechsel. Von nun an konnten die Taiwaner das Mutterland frei besuchen, damit Handel treiben, dort heiraten oder in welcher Art und Weise auch immer Kontakte pflegen. Dies alles konnte nun geschehen, ohne dass man Gefahr lief, wegen der Hilfeleistung für die Rebellen angeklagt zu werden. Zudem war die Regierung der Republik China nicht länger an das totale Kontaktverbot zu ihrem Gegenüber in der Volksrepublik China gebunden. Damit konnten Verhandlungen über beiderseitige Angelegenheiten aufgenommen werden.

So führte der, wenn auch nicht auf Regierungsebene durchgeführte, so doch wichtige Dialog zwischen Taiwan und China zu einer Reihe von den Interaktionen zwischen der taiwanischen Straits Exchange Foundation (SEF) und der chinesischen Association for Relations Across the Taiwan Strait (ARATS). Der bedeutsamste dieser Kontakte war 1992 das historische öffentliche Treffen der Vorsitzenden der beiden Organisationen, Wang Daohan (ARATS) und Koo Chen-fu (SEF). Bei diesem Treffen von 1992 erreichten beide Seiten ein Verständnis, dass jede Seite der Taiwanstraße ihre eigene Interpretation für „Ein China“ haben könne.³⁷⁶ Diese Abmachung bereitete den Weg für das Treffen 1993 in Singapur, indem es beiden Seiten ermöglichte, von den Differenzen hinsichtlich Bedeutung des „Ein-China-Prinzips“ für die Politik und die Souve-

³⁷⁶ Vgl. SU Chi/Cheng An-kuo: *“yigezhongguo, gezibiaoshu”-gongshi de shishi (One China, Different Interpretations)—A Historical Account of the Consensus of 1992*, Taipei 2002, S. I-VIII.

ränität beider Staaten abzusehen und sich stattdessen auf die Stärkung des bilateralen Austausches in Kultur, Handel und Wirtschaft zu konzentrieren. So unterzeichneten Wang und Koo bei ihren Gesprächen in Singapur vier Abkommen über den gegenseitigen Austausch und schufen einen institutionalisierten Kommunikationsrahmen für die Lösung von möglichen Streitigkeiten. Das Treffen ebnete den Weg für zwei Jahre wechselseitig stattfindender Gespräche zwischen Taipeh und Beijing.³⁷⁷ In der Rückschau handelt es sich dabei um die einzige „Tauwetterperiode“ in den fünf Jahrzehnte andauernden Spannungen in der Straße von Taiwan.

Mit Präsident Lees Besuch der Cornell University 1995 und den heftigen Reaktionen der VR China darauf begann das zweite Stadium. In schneller Folge unterbrach die Volksrepublik die Gespräche zwischen SEF und ARATS, bedrohte Taiwan mit Raketenbeschüssen und Militärmanövern und dämonisierte Lee und seine Regierung in ihrer Propaganda nach innen wie nach außen. Beijings Säbelrasseln brachte Taiwan die Sympathien der Weltöffentlichkeit und die Stationierung zweier US-Flugzeugträger in seiner Nähe ein. Zudem ebnete es Lee den Weg zu einer klaren Mehrheit bei den Präsidentschaftswahlen. Das Siegesgefühl sollte jedoch nur kurz andauern. Der im Inneren unbesiegbare Präsident fand seine Hände bald von außen gebunden. Als „Störenfried“ genossen er und seine Regierung nicht mehr länger das Wohlwollen der Weltöffentlichkeit und der USA. Obwohl Lee unter großem amerikanischen Druck stand, seine Positionen zu mäßigen, testete er weiterhin die Grenzen seiner Politik in größerer Entfernung vom Festland aus und weigerte sich, mit Beijing Gespräche zu führen, solange dies nicht auf einer gleichen, souveränen Basis möglich wäre.

Beijing zeigte Taipeh die kalte Schulter, ging sogar so weit, die Existenz des politischen Kompromisses von 1992 in Frage zu stellen. Schnell versuchte die Volksrepublik China ihre Beziehungen zu den USA zu verbessern. Präsident Clintons Bemerkungen über die sogenannten „drei Verneinungen“ („three nos“) alarmierten besonders die Verfechter einer Eigenstaatlichkeit Taiwans. Diese sahen damit eine Vorentschei-

³⁷⁷ Ende 1992 herrschte zwischen beiden Seiten unzweifelbar so viel Vertrauen, dass man darin übereinkommen konnte, die „Einheitsfrage“ beiseite zu lassen und den Dialog bezüglich anderer Fragen von 1993 bis 1995 fortzusetzen.

dung gefällt. Die großen Spannungen dieser Phase wirkten sich sogar auf den wirtschaftlichen und kulturellen Austausch aus. Unter diesen Umständen diente 1998 Koos Besuch in Shanghai und Beijing eher der Schadensbegrenzung als irgendetwas anderem.

Das dritte Stadium spannt sich vom 09. Juli 1999, an dem Lee gegenüber einem deutschen Radioreporter seine Bemerkung über die „besonderen Staat-zu-Staat-Beziehungen“ machte, bis heute. Die Rede von „besonderen Staat-zu-Staat-Beziehungen“ bedeutete nichts anderes als ein neues Paradigma. Lees Bemerkung sollte als Gegenreaktion auf die von Beijing immer lauter geäußerte politische Forderung nach „einem Land, zwei Systemen“ dienen. Ebenso richtete sie sich gegen den wachsenden Druck aus Washington, sogenannte Zwischenvereinbarungen (interim agreements) mit China zu treffen, um den Status quo zu stabilisieren.³⁷⁸ Lee hatte das Ziel, diesen Druck abzulenken und die Kernfrage nach der Souveränität Taiwans und der Natur der zwischenchinesischen Beziehungen neu aufzuwerfen. Jedoch konnte er von seinem ursprünglichen Plan bis zum Ende seiner Präsidentschaft nichts umsetzen.

Chen Shui-Bian, der ehemalige Oberbürgermeister von Taipeh und Kandidat der für die Unabhängigkeit eintretenden Demokratischen Fortschrittspartei (DPP), gewann im März 2000 die Präsidentschaftswahlen. Am 20. Mai 2000 wurde er als der zehnte Präsident der Republik China in sein Amt eingeführt. Den Kern seiner Politik gegenüber der VR China bildete der sogenannte „neue Mittelweg“. Damit bewegte er sich von der traditionellen, die Unabhängigkeit Taiwans anstrebenden Position der DPP zu einem neutraleren Standpunkt. Unter bestimmten Umständen erklärte er sich zur Einhaltung einer Politik der „fünf Verneinungen“ („five nos“) bereit. Diese beinhaltete 1.) den Verzicht auf eine Unabhängigkeitserklärung; 2.) die Aufnahme des Ausdrucks „Staat-zu-Staat-Beziehung“ in die Verfassung nicht weiter voranzutreiben; 3.) ein Referendum über die Unabhängigkeitsfrage nicht zu unterstützen; 4.) den formalen Namen des Staates „Republic of China“ nicht zu ändern und 5.) die Nationalen Wiedervereinigungsrichtlinien nicht außer Kraft zu setzen, die den Rahmen für eine endgültige Wiedervereinigung mit dem Festland vorgeben. Damit hoffte Chen, im Falle eines

³⁷⁸ Vgl. Stanley O. Roth (Clintons Vize-Außenminister): „The Taiwan Relations Act at Twenty- and Beyond“, eine Rede an the Woodrow Wilson Center am 24 März 1999, Washington, D. C..

Einfrierens der innerchinesischen Beziehungen nicht verantwortlich gemacht werden zu können und Beijing am Einsatz militärischer Gewalt zur Lösung der Probleme hindern zu können.³⁷⁹

Jedoch hat es seit Beginn der Präsidentschaft Chens heftige verbale Auseinandersetzungen über die „Ein-China“-Problematik gegeben. Dies erfolgte nicht nur zwischen Taipeh und Beijing, sondern auch zwischen der Regierung Chen und der taiwanischen Opposition. Schon im ersten Monat seiner Amtszeit gab Chen auf einer Pressekonferenz seiner Bereitschaft Ausdruck, die Frage nach „der Zukunft des einen Chinas“ diskutieren zu wollen.³⁸⁰ Seitdem hat die Chen-Regierung öffentlich die Existenz des „Ein-China-Prinzips“ in Abrede gestellt. Dieses sei vielmehr ein anzustrebendes Ziel. Dennoch zeigt sich Taipeh bereit, die Problematik des „einen Chinas“ in den Verhandlungen mit der Volksrepublik zu behandeln. Die Integration der Wirtschaft, des Handels und der Kultur der beiden Seiten soll für die Regierung Chen als vertrauensbildender Ausgangspunkt dienen. Konkrete politische Konnotationen des „Ein-China-Prinzips“ werden jedoch vermieden.

Bei der Rede der Chen-Regierung von der „Zukunft des einen Chinas“ handelt es sich um ein reines Lippenbekenntnis. Die Möglichkeit der Wiedervereinigung ist unter dieser Regierung faktisch ausgeschlossen. Wegen ihrer Ablehnung des „Ein-China-Prinzips“ ist die Regierung Chen kritisiert worden, da ihre innerchinesische Politik zur Fortführung des „Neuen Paradigmas“ von Lee neige.³⁸¹ Chen vertrat fest die Ansicht, das sogenannte „Arrangement von 1992“, das Prinzip des „einen, unterschiedlich aufgefassten China“ bedeutete das Ende der Republik China. Dies hieße seiner Meinung nach ebenso, dass Taiwan unter der Herrschaft der VR China ein zweites Honkong werden würde. Das „Arrangement von 1992“ entsprach nach Chens Auffassung Beijings Formel für die Wiedervereinigung vom „einen Land und zwei Systemen“. Nach Chens öffentlicher Ablehnung des „Arrangements von 1992“ schlug die DPP einen neuen politischen Kurs ein und erließ Restriktionen für taiwanische Investitionen auf dem chinesischen Festland. Diese duale Strategie zog gleichermaßen die Fundamenta-

³⁷⁹ Vgl. Kemenade, Willem Van: „Taiwan: Domestic Gridlock, Cross-Strait Deadlock,” in: *Washington Quarterly*, Autumn 2001, S. 55-70.

³⁸⁰ „Trend Emerging on Chen’s Statements,” *Straits Times*, June 21, 2000.

³⁸¹ Vgl. Su Chi, a.a.O..

listen der taiwanischen Unabhängigkeitsbewegung und gemäßigtere Wählerkreise an, die im Verhältnis zur VR China einen Mittelweg einschlagen wollten. Mit der Ablehnung des Konsenses von 1992 ist die gemeinsame Basis für neue Gespräche zwischen Taipeh und Beijing klein geworden.³⁸²

Den Kernpunkt der Taiwan-Frage bildet das „Ein-China-Prinzip“. Dieser Begriff ist mit vielen politischen und strategischen Inhalten gefüllt. Aufgrund der komplexen Entwicklungen und Erfahrungen in den letzten Jahrzehnten lassen sich jedoch drei Hauptaspekte herauschälen, deren Zusammenwirken den gegenwärtigen friedlichen Status quo in der Straße von Taiwan herstellt.

Erstens haben in den neunziger Jahren sowohl die KMT als auch Beijing am „Ein-China-Prinzip“ festgehalten, obwohl beide Seiten damit unterschiedliche Interpretationen verbanden. Aus diesem Grund bestand die KMT-Regierung auch auf der Existenz einer sogenannten „Übereinkunft von 1992“. Beijing zögert deshalb, Gespräche mit der Chen Shui-Bian Regierung aufzunehmen und fordert die Anerkennung des „Ein-China-Prinzips“ als Voraussetzung für jegliche Kontakte ein.

Zweitens haben auch die USA seit dem Kommuniqué von Shanghai das "Ein-China-Prinzip" als Grundbestandteil der chinesisch-amerikanischen Beziehungen betrachtet. Drei Hauptelemente des Kommuniqués von Shanghai konstituieren die Grundprinzipien der US-amerikanischen Politik gegenüber der VR China und Taiwan: 1.) die "Ein-China-Politik", 2.) die friedliche Lösung der Taiwan-Frage, 3.) die Lösung der Taiwan-Frage durch die Chinesen selbst. Hinsichtlich der "Ein-China-Politik" erklärten die USA im Shanghaier Kommuniqué, dass „[the USA] acknowledges that all Chinese on either part of the Taiwan Strait maintain there is but one China and that Taiwan is part of China.“ Das Wort “acknowledge” wurde mit besonderer Sorgfalt gewählt. Damit sollten alle Wege offen gehalten werden, um die Möglichkeit auszuschließen, dass was die USA zur Zeit anerkannten, eines Tages nicht mehr der Fall sein könne. Indem „ein China“ zwar anerkannt, eine genaue inhaltliche Bestimmung des Begriffes aber offen gelassen wurde, ähnelte die Politik der USA sehr stark der

³⁸² Vgl. Su Chi, a.a.O..

„92-er Übereinkunft“ (ein China, aber verschiedene Interpretationen des Begriffs). Deshalb hoffte Chen Shui-Bian auch, durch Verleugnung der „92-er Übereinkunft“ und des "Ein-China-Prinzips" den zwischen Beijing, Taipeh und Washington bestehenden trilateralen, mehrdeutigen Konsens bezüglich „eines Chinas“ aufzubrechen. Washington zeigte sich allerdings zurückhaltend und wies darauf hin, dass 1992 ein „Minimum an notwendigem Konsens“ zwischen Taipeh und Beijing bestanden habe. Man sieht also in Washington „ein China“ immer noch als wichtigen Aspekt der chinesisch-amerikanischen Beziehungen und der Bewahrung des Status quo in der Straße von Taiwan.³⁸³

Das "Ein-China-Prinzip" wird schließlich von Beijing als grundlegende Voraussetzung für das Zustandekommen von Kontakten mit Taiwan betrachtet. Dies gilt für Verhandlungen in politischen oder ökonomischen Fragen, wie auch für Chinas Zurückhaltung hinsichtlich militärischer Aktionen in der Region. Bei einer Vielzahl von Gelegenheiten lies Beijing keinen Zweifel daran, dass es in Bezug auf das "Ein-China-Prinzip" keinen Kompromiss geben kann. Mit seiner Ablehnung des „92-er Konsenses“ und des "Ein-China-Prinzips" könnte Chen einen Propagandakrieg entfesselt haben, der in Zukunft an Intensität zunehmen könnte.

³⁸³ “US Senior Official: Cross-Strait Consensus Exists,” *China Times*, Taipeh, Nov. 21, 2001

4.3.2. Beijings Taiwan-Politik

Die Hauptelemente der Taiwan-Politik Beijings der neunziger Jahre schälten sich im Wesentlichen in den späten siebziger Jahren heraus, da in dieser Zeit die signifikantesten Einstellungswechsel stattfanden. Beijing verließ formal seinen auf der gewaltsamen Befreiung der Insel aufbauenden Konfrontationskurs. Stattdessen wurde nun einer Politik das Wort geredet, die eine friedliche Wiedervereinigung durch Verhandlungen zum Ziel hatte. Dieser liegen neun Elemente zu Grunde, von denen einige erst in den achtziger und neunziger Jahren formuliert wurden:³⁸⁴

1. Es gibt nur ein China. Taiwan ist Teil Chinas und kann kein unabhängiger Staat werden.
2. Die Wiedervereinigung von Taiwan und China ist notwendig und unausweichlich und sollte so schnell wie möglich erfolgen.
3. Die Wiedervereinigung sollte gemäß der Formel „ein Land, zwei Systeme“ gestaltet werden. Dabei wird Taiwan ermöglicht, sein politisches, wirtschaftliches und militärisches System beizubehalten. Im Gegenzug muss Taipeh die Regierung in Beijing als die staatliche Regierung Chinas anerkennen, die auch für Taiwans Verteidigung und diplomatische Beziehungen die Verantwortung trägt.
4. Gespräche über die Wiedervereinigung sollten so schnell wie möglich aufgenommen werden.
5. Die Verhandlungen über die Wiedervereinigung können zwischen Vertretern der Nationalistischen und der Kommunistischen Parteien auf gleicher Ebene geführt werden. Dies gilt jedoch nicht für Vertreter der Regierungen in Taipeh und Beijing, da die taiwanischen Autoritäten lediglich eine Provinzregierung repräsentieren.
6. Beide Seiten sollten den gegenseitigen Austausch ihrer Nationen fördern, um einer Wiedervereinigung den Weg zu bahnen.
7. Die sogenannten „drei Verbindungen“ (direkter Postverkehr, Schiffs- und Luftverkehr, Handelsverkehr) sind dafür notwendige Voraussetzungen.

³⁸⁴ Clough, Ralph N.: Reaching Across the Taiwan Strait: People-to-People Diplomacy, Boulder 1993, S. 126.

8. Obwohl die VR China eine friedliche Wiedervereinigung anstrebt, behält sie sich das Recht auf den Einsatz militärischer Mittel gegenüber Taiwan vor, um gegebenenfalls eine permanente Separation der Insel zu verhindern.

9. Allein die VR China vertritt das Land nach außen. Taiwan sind lediglich kulturelle und wirtschaftliche Kontakte zu anderen Staaten erlaubt, keinesfalls jedoch diplomatische Beziehungen.

Diese Richtlinien hatten Ende der siebziger Jahre zwei größere politische Initiativen zur logischen Konsequenz: die Normalisierung der chinesisch-amerikanischen Beziehungen, die Einführung von Wirtschaftsreformen und die Öffnung des Landes nach außen. Infolgedessen erkannte Washington Beijings "Ein-China-Prinzip" an und setzte den gegenseitigen Beistandspakt zwischen den USA und der Republik China vorläufig außer Kraft. Diese Art der politischen Beziehungen verlangte nach einer friedlichen und stabilen Umgebung, in der das Wirtschaftswachstum gefördert und freundschaftliche Verbindungen mit den Großmächten und Chinas Nachbarn, Taiwan eingeschlossen, hergestellt wurden. Somit wurde es für Beijing möglich, den Weg einer Politik der Nichtkonfrontation gegenüber Taiwan einzuschlagen. Dies vergrößerte die Wahrscheinlichkeit, dass ein solcher politischer Kurs von Taipeh akzeptiert werden würde. Die chinesische Führung und vor allem Deng Xiaoping gingen offenbar davon aus, dass der Verlust der militärischen und politischen Unterstützung durch die USA, die Entwicklung stärkerer Bindungen zwischen Beijing und den anderen asiatischen Staaten sowie das Angebot, Taiwan könne sein gegenwärtiges politisches und wirtschaftliches System gemäß der Formel „ein Land, zwei Systeme“ beibehalten, Taipeh schließlich zur Aufgabe seines Konfrontationskurses und in Wiedervereinigungsverhandlungen zwingen würden. Die chinesische Führung glaubte ebenso, dass die Öffnung des Landes nach außen und sein rapides Wirtschaftswachstum die Abhängigkeit Taiwans vom Mutterland vergrößern und so immer zwingendere Faktoren für eine Wiedervereinigung schaffen würde.³⁸⁵

³⁸⁵ Vgl. Swaine, Michael D.: "Chinese Decision-Making Regarding Taiwan, 1979–2000," in: David M. Lampton (hrsg.), *The Making of Chinese Foreign and Security Policy in the Era of Reform, 1978–2000*, Stanford 2001, S: 289–336, hier S. 312.

Chinas Strategie einer friedlichen Wiedervereinigung erfuhr Anfang der neunziger Jahre erhebliche Veränderungen. Dies betraf zuerst das "Ein-China-Prinzip", das für die Volksrepublik lange Zeit als grundlegende Voraussetzung für Verhandlungen galt. Einen entscheidenden Durchbruch erreichte man 1992 mit den Gesprächen der Repräsentanten zweier quasi-offizieller Organisationen: der taiwanischen Straits Exchange Foundation (SEF) unter der Führung von Koo Chen-Fu und der chinesischen Association for Relations Across the Taiwan Strait (ARATS) unter Wang Daohan. Obwohl es beiden Seiten überlassen blieb, den Begriff „ein China“ auf eigene Weise zu interpretieren, betrachtete Beijing nach wie vor die Übereinkunft beider Seiten, das "Ein-China-Prinzip" anzuerkennen, als Ergebnis dieser Verhandlungen.³⁸⁶

Trotz dieser frühen Fortschritte waren beide Verhandlungsparteien nicht in der Lage, auf der Grundlage des Treffens von 1992 weitere Ergebnisse aufzubauen. Aus der Sicht Beijings schien Taiwan 1993/94 vom Vereinigungskurs abzugehen. Deswegen startete man im Januar 1995 gegen Taipeh eine neue großangelegte politische Initiative - das sogenannte „Acht-Punkte-Programm“ Jiang Zemin (Jiang Ba Dian). Dieses wurde die Grundlage für die Beziehungen zu Taiwan in der Zeit nach dem Tode Dengs.³⁸⁷

Obwohl es auf den in den späten siebziger und frühen achtziger Jahren festgelegten Grundprinzipien beruht, konzentriert sich Jiangs „Acht-Punkte-Programm“ in erster Linie auf die Modalitäten von Wiedervereinungsverhandlungen. Verschiedene Vorschläge werden darin gemacht. Diese reichen vom Dialog gleichrangiger Vertreter beider Seiten bis hin zu einem Abkommen zur Einstellung der Feindseligkeiten und betonen die Notwendigkeit eines klar abgestuften Prozesses der Annäherung und der Aufnahme von Verhandlungen mit dem Ziel der Wiedervereinigung. Im Unterschied zu dem politischen Kurswechsel der Jahre 1978-1982, der Dengs Wunsch nach einer Lösung der Taiwan-Frage noch in den achtziger Jahren widerspiegelte, erwartete Jiangs Programm keine so schnelle Wiedervereinigung. Vielmehr suchte man den Konsens über vorläufige Rahmenbedingungen, die den Status quo stabilisieren, den

³⁸⁶ Su Chi, a.a.O..

³⁸⁷ Jiang Zemin, "Continue to Promote the Reunification of the Motherland," Xinhua, 30 January 1995.

wirtschaftlichen Austausch ermöglichen und generell eine permanente Abtrennung Taiwans vom Mutterland unmöglich machen sollten.³⁸⁸

Jiangs „Acht-Punkte-Programm“ war die Antwort auf verschiedene neue innen- wie außenpolitische Entwicklungen, vor die sich die chinesische Führung zu Beginn der neunziger Jahre gestellt sah. Dies umfasste an erster Stelle Lee Teng-Huis offensichtliche Versuche, sowohl nach innen wie nach außen das „ein China, ein Taiwan“-Szenario zu legitimieren, welches in den Augen der chinesischen Führung mit hoher Wahrscheinlichkeit zu einer Separation Taiwans führen musste. Zweitens wurden Veränderungen in der politischen Haltung der USA gegenüber der Insel deutlich, wie u. a. 1992 durch den Verkauf von F-16 Kampffjets an Taiwan. Viele chinesische Regierungsmitglieder sahen dies als Verletzung des chinesisch-amerikanischen Kommuniqués von 1982, in dem Washington zugesichert hatte, seine Waffenverkäufe an Taipeh schrittweise zu reduzieren. Überdies ließen viele Handlungen der USA darauf schließen, dass sie von ihrem Bekenntnis zur "Ein-China-Politik" abrückten und die Kräfte der taiwanischen Unabhängigkeitsbewegung zu ermutigen begannen. So wertete Washington im September 1994 seine Beziehungen zu Taipeh leicht auf. Drittens entstanden infolge des Führungswechsels in China und besonders durch den Machtgewinn Jiang Zemin viele strukturelle und personelle Möglichkeiten für einen Politikwechsel. Jiang glaubte ohne Zweifel daran, dass ein friedlicher Durchbruch in der Taiwan-Frage die Konformität seiner Politik mit der Deng Xiaopings bestätigen würde. Ebenso verband er damit die Stärkung seiner Position in der Öffentlichkeit und gegenüber seinen Genossen und Rivalen um die Macht. Schließlich dachte er, damit die Bedenken des Militärs über die an Stärke gewinnende Unabhängigkeitsbewegung Taiwans zerstreuen zu können.³⁸⁹

Die Taiwan-Politik der VR China erfuhr Ende der neunziger Jahre im Zuge der Krise von 1995/96 weitere Modifikationen. Dieses Ereignis ließ die chinesischen Befürchtungen wachsen, Washington würde Lees Strategie einer „schleichenden Unabhängigkeit“ unterstützen und der „Ein-China-Politik“ den Rücken zuwenden. Nach dieser Krise belebte die Regierung in Beijing wieder schrittweise den diplomatischen Kurs

³⁸⁸ Swaine, Michael D., a.a.O., S. 314.

³⁸⁹ Ebd.

des „Acht-Punkte-Programms“ Jiang Zemins. Dieses wurde nun Teil einer größeren sowohl politischen als auch militärischen und diplomatischen Strategie, die Taiwans Handlungsfreiheit international eingrenzen sollte. Demzufolge wollte China seine Ziele gewaltsam durchsetzen, falls sich Taiwan eindeutig in Richtung Unabhängigkeit bewegen würde. Gleichfalls sollte Washington für den Fall einer Konfrontation zwischen dem Mutterland und der Insel von einem militärischen Eingreifen abgeschreckt werden.

Um diese Ziele zu erreichen, startete China von 1997 bis 2000 in drei Bereichen Initiativen. Erstens verstärkte es seine Anstrengungen, den politischen Dialog mit Taipeh voranzutreiben und versuchte den Druck auf die taiwanische Regierung zu erhöhen, indem die ökonomischen Verflechtungen und damit die Abhängigkeit vom Mutterland vertieft wurden. Diese Initiative wurde von breit angelegten diplomatischen Bemühungen in Asien, Russland und Europa begleitet. Dadurch sollten vorhandene Bindungen gestärkt und dem diplomatischen Einfluss der USA hinsichtlich der Taiwan-Frage in diesen Ländern entgegengewirkt werden. Ebenso sollte damit deutlich gemacht werden, dass die Taiwan-Frage eine innere Angelegenheit Chinas sei und Beijings Muskelspiele kein Anzeichen für eine aggressivere Außenpolitik Chinas waren.

Zweitens erneuerte Beijing seine Bemühungen um verbesserte Beziehungen zu Washington. Damit sollte in erster Linie erreicht werden, dass sich die USA offiziell und eindeutig gegen die Unabhängigkeit Taiwans aussprechen und ihre Nicht-Unterstützung der „Ein Taiwan, ein China“-Lösung bekannt geben. Überdies sollten die Vereinigten Staaten in dieser Form klar machen, dass sie die Bemühungen Taiwans um Aufnahme in den internationalen Organisationen, die Eigenstaatlichkeit voraussetzen, nicht unterstützten³⁹⁰ und dass die Militärhilfen für Taiwan zurückgefahren würden. Besonders besorgt zeigen sich die chinesischen Führer und Beobachter über die Versuche der US-Führung, Taiwan zusammen mit den US-Streitkräften in Japan in ein TMD einzubeziehen. In den Augen der meisten Chinesen würde dies jedoch eine Stärkung des taiwanisch-amerikanischen Verteidigungsbündnisses bedeuten. Dies wiederum würde die Verfechter der Unabhängigkeit Taiwans stärken.

³⁹⁰ Washington fand sich letztendlich dazu bereit, offiziell zu erklären, was 1998 während des Gipfeltreffens zwischen Bill Clinton und Jiang Zemin als die „drei Verneinungen“ („three nos“) bekannt wurde.

Drittens hat China die Modernisierung seiner Streitkräfte gegenüber Taiwan und den USA intensiviert. Dies diene dazu, Gewaltandrohungen gegen die Insel eine größere Glaubwürdigkeit zu verleihen und somit die USA von einem Eingreifen in eine mögliche militärische Auseinandersetzung abzuschrecken oder ihr Eingreifen zumindest zu verzögern. Seit 1996 hat China seine Produktion von Kurzstreckenraketen gesteigert. Mit Russland wurden Abkommen über die Lieferung hochentwickelter See- und Luftverteidigungsanlagen abgeschlossen, die gegen Taiwan eingesetzt werden könnten. Zudem versuchte China Kapazitäten aufzubauen, um die amerikanischen Schiffsgruppierungen aufklären und angreifen zu können. Starken Widerstand brachte es dem Kauf ballistischer Raketenabwehrsysteme durch Taiwan entgegen.³⁹¹

Schließlich kamen Beijing und Taipeh 1998 darin überein, mit einem für den Oktober des Jahres in der VR China geplanten Treffen zwischen Wang Daohan und C.F. Koo, den Dialog wieder aufzunehmen. Die Beziehungen erlitten jedoch Anfang 1999 einen schweren Rückschlag. Im Juli des Jahres beschrieb Lee Teng-Hui die bilateralen Beziehungen als „spezielles Staat-zu-Staat-Verhältnis“. Dies wurde von Beijing als bewusster Versuch verstanden, sowohl die innenpolitische als auch internationale Akzeptanz Taiwans als souveräner, vom Mutterland völlig unabhängiger und diesem ebenbürtiger Staat zu erhöhen. Aus chinesischer Sicht sollte Lee damit daran gehindert werden, einen Ausgleich mit der Volksrepublik zu suchen. Im Februar 2000 veröffentlichte Beijing ein „White Paper“,³⁹² in dem seine nach dem Prinzip „Zuckerbrot und Peitsche“ ausgerichtete Taiwan-Politik ihre bis heute umfassendste offizielle Erläuterung erfuhr. Themen des Papiers sind auch Lee Teng-Huis angebliche separatistischen Bestrebungen und die Zukunft des bilateralen Dialogs. Das Dokument muss als Versuch verstanden werden, Lees Rede von den „speziellen Staat-zu-Staat-Beziehungen“ zurückzuweisen und seine Nachfolger durch Druck und Verheißungen zur Wiederaufnahme des Dialogs zu bewegen. Das „White Paper“ zeigt sich als Kombination dieser grundlegenden Strategie, indem es Teile großer Flexibilität mit einer sich steigernden Betonung von Elementen des Zwanges verbindet. Das Dokument bietet eine umfassende Zahl von Anreizen für die Wiederaufnahme der Gespräche. Nichtsdestoweniger

³⁹¹ Swaine, Michael D., a.a.O., S.327-329.

³⁹² Das White Paper unter dem Titel: „*The One-China Principle and the Taiwan Issue*“. Vgl. The One-China Principle and the Taiwan Issue, Beijing Xinhua, Februar 2000.

kommt darin erstmals offiziell zum Ausdruck, was chinesische Regierungsvertreter schon früher informell geäußert hatten: Beijing würde zu den Waffen greifen, wenn Taipeh den Beginn eines ernstgemeinten Dialoges immer weiter aufschieben sollte.³⁹³

Die bereits erwähnte grundlegende politische Ausrichtung und die dazugehörige, drei Kernelemente umfassende Strategie haben bis heute in Taiwan ihre volle Gültigkeit behalten. Die Wahl des DPP-Kandidaten Chen Shui-Bian zum Präsidenten der Republik China im März 2000 hat daran kaum etwas geändert. Sie führte jedoch zu einigen taktischen Modifikationen und Gewichtsverlagerungen. Die Führung in Beijing zeigt sich natürlich besorgt über Chens nationalistischen Kurs, obwohl er in seiner Antrittsrede Taiwans „fünf Verneinungen“ („five nos“) neu bekräftigte, allerdings unter der Voraussetzung, China verzichte auf den Einsatz militärischer Gewalt. Auf Chens Initiativen hat China nur passiv reagiert.³⁹⁴

Seine Amtsantrittsrede wurde als vage und ausweichend verurteilt, ihm selbst ein Mangel an Aufrichtigkeit unterstellt. Regierungsvertreter und Wissenschaftler in Beijing kritisierten an Chen, er wolle den falschen Eindruck erwecken, die bilateralen Beziehungen seien weiterhin relativ stabil. Beijing zog sich gegenüber Chens Initiativen und Vorschlägen auf die Position des sogenannten „Abwartens und Beobachtens“ zurück. Man wollte Chen an seinen Taten und nicht an seinen Worten messen. Seit seiner Wahl hat die chinesische Führung alle Kontakte zu Chen abgelehnt. Dafür müsse er sich erst zum "Ein-China-Prinzip" bekennen. Nur unter dieser Voraussetzung könnten Gespräche stattfinden. Für Beijing würde die Anerkennung des "Ein-China-Prinzips" durch Chen die Rückkehr zu der bereits während der historischen Gespräche von 1992 im sogenannten „92-er Konsens“ durch Taipeh akzeptierten Position bedeuten.

Seitdem hat China eine feiner ausgearbeitete Herangehensweise entwickelt. Die daraus hervorgegangenen Initiativen schließen die folgenden ein:

³⁹³ Ebd.

³⁹⁴ Siehe "Taiwan's Change of Power is Met by a Moderate Response from Beijing," *New York Times*, May 21, 2000.

Erstens bemühte sich Beijing, seine Kontakte zu einer Vielzahl von taiwanischen Politikern, Geschäftsleuten und Kulturschaffenden zu verbessern, indem diese in die Volksrepublik eingeladen wurden. Dadurch sollten diese dazu bewogen werden, in Taiwan das "Ein-China-Prinzip" mit Worten zu unterstützen, die Wiederaufnahme des politischen Dialoges mit Beijing zu fordern und um den Konsens bemühte Strömungen außerhalb der DPP zu unterstützen. Ziel dieser „Einheitsfront“-Taktik ist es, in der taiwanischen Öffentlichkeit die Chen-Regierung zu schwächen und zu isolieren. Betrachtlichen Rückenwind erhielt diese Kampagne durch den anhaltenden Wirtschaftsabfall in Taiwan und die gleichzeitig zunehmende Zahl ökonomischer Verknüpfungen mit dem Festland. In dieselbe Richtung wirkt der schon angedeutete offensichtliche Popularitätsgewinn der Wiedervereinigungsidee in Taiwan.

Zweitens zeigt sich Beijing in den bilateralen Beziehungen noch moderater und flexibler als 1997-2000. Der stellvertretende Premierminister der VR China, Qian Qichen, bemerkte, dass „es nur ein China gibt und sowohl Taiwan als auch das Festland zu China gehören“. ³⁹⁵ Diese Worte schienen Taiwan als dem Mutterland gleichberechtigt darzustellen. Dies bedeutete einen großen Schritt weg von der bisherigen Position, nach der Taiwan nur eine Provinz Gesamtchinas bilde. Zwar beharren die chinesischen Regierungsmitglieder darauf, dass sich die Regierung Chen als Voraussetzung für die Aufnahme von Gesprächen explizit zum "Ein-China-Prinzip" bekennen muss, sie haben jedoch auch zu Erkennen gegeben, dass sie ein zukünftiges vereintes China nicht mit der Regierung der Volksrepublik China gleichsetzen. Insbesondere deuteten sie ihre Bereitschaft an, den zwischen Taipeh und Beijing erzielten „92-er Konsens“ zu akzeptieren. Darin hatten sich beide Seiten zum "Ein-China-Prinzip" bekannt, sich jedoch eine jeweils eigenständige Interpretation des Begriffes vorbehalten.

³⁹⁵ Vgl. Baum, Julian: "Tightrope," in: *Far Eastern Economic Review*, September 14, 2000.

4.4. Die strategische Interaktion im „Taiwan-Straße Dreieck“

4.4.1. Das Konzept des „strategischen Dreiecks“

Das Konzept des „strategischen Dreiecks“ wurde traditionell verwendet, um die Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten, der Sowjetunion und der Volksrepublik China während des langen Kalten Krieges zu beschreiben.³⁹⁶ Das Konzept kann jedoch auf alle Dreiecksbeziehungen angewandt werden, solange die folgenden drei Kriterien erfüllt sind: (1) Es werden die Beziehungen zwischen drei rationalen, souveränen Akteuren beschrieben, wobei; (2) die bilateralen Beziehungen zwischen jeweils zwei von ihnen von ihren Beziehungen zum jeweils dritten abhängig sind und (3) die nationale Sicherheit auf dem Spiel steht.³⁹⁷ Es ist offensichtlich, dass die Beziehungen zwischen Taipeh, Washington und Beijing seit 1949 diese Kriterien erfüllen. Im Vergleich zum „großen strategischen Dreieck“, das die Beziehungen zwischen Washington, Moskau und Beijing beschreibt, kann dieses Dreieck als „Mini-Dreieck“ bezeichnet werden.

Es ist notwendig, die Rollen (oder Positionen) der Akteure in einem strategischen Dreieck zu analysieren, um zu verstehen, wie dieses Konzept auf die internationalen Dreiecksbeziehungen angewandt werden kann. Die Rollen in einem strategischen Dreieck können durch die Beobachtung des Charakters der drei bilateralen Beziehungen ermittelt werden. Wir können diese Beziehungen als entweder freundschaftlich (positiv) oder feindlich (negativ) charakterisieren.³⁹⁸ Es sind drei Freundschaften, zwei Freundschaften und eine Feindschaft, eine Freundschaft und zwei Feindschaften oder drei Feindschaften vorstellbar. Welche ist nun die vorteilhafteste Position in einem strategischen Dreieck? Zweifelsohne die „Achsenposition“, in der der betreffende Spieler freundschaftliche Beziehungen zu den beiden anderen (auf den „Flügeln“) unterhält, während er sie als Gegner einander gegenüberstellt (s. Abb. 1). Die Achse kann auf geschickte Weise ein Gleichgewicht zwischen ihren Beziehungen zu den beiden

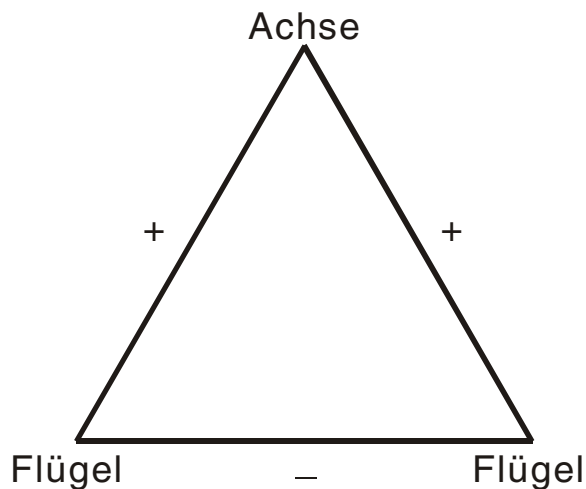
³⁹⁶ Vgl. Dittmer, Lowell: „The Strategic Triangle: An Elementary Game-Theoretical Analysis,” in: *World Politics*, 33 (1981) 4, S.490-491.

³⁹⁷ Vgl. Wu, Yu-Shan: „Exploring Dual Triangles: The Development of Taipei-Washington-Beijing Relations”, in: *Issues & studies*, 32(Oktober 1996) 10, S.26-52.

³⁹⁸ Es ist offensichtlich, dass diese Annahme die Verhältnisse stark vereinfacht. Wir werden die dichotomen Variablen durch VerlaufsvARIABLEN ersetzen, wenn das Modell fertig konstruiert ist und damit mehr Raum für Nuancen bleibt.

Flügeln aufrechterhalten und dabei maximalen Nutzen aus ihnen ziehen, während sie versuchen, sich gegenseitig zu überbieten. Die zwei Freundschaften, die die Achse mit den Flügeln unterhält, sind notwendig für den Austausch positiver Werte, die für die Achse von Nutzen sind. Auch die negativen Beziehungen zwischen den Flügeln sind unverzichtbar, denn sie schließen die Möglichkeit aus, dass die Flügel gegen die Achse gerichtete Absprachen treffen, und stellen gleichzeitig einen Anreiz für die Flügel dar, der Achse so den Hof zu machen, dass diese asymmetrische Profite von ihren Verehrern gewinnen kann. Um von einem Flügel maximale Zugeständnisse zu erreichen, muss die Achse bei ihm ein bestimmtes Maß an Eifersucht oder Panik erzeugen, indem sie sich dem anderen Flügel zuneigt. Flexibilität beim Manövrieren zwischen den beiden Flügeln ist mithin eine Voraussetzung für den Erfolg der Achse. Von gleicher Bedeutung ist die Fähigkeit der Achse, ihre eigene Attraktivität für die Flügel aufrechtzuerhalten und ihre militärischen Fähigkeiten auszubauen, um die Flügel von allen eventuellen Versuchen abzuhalten, ihr auf „unzivilisierte“ Art den Hof zu machen.³⁹⁹

Abbildung 1



+: freundschaftlich

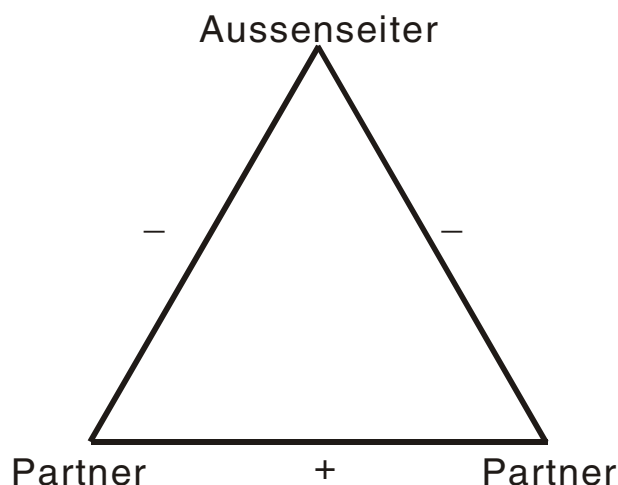
–: feindlich

Die attraktivste Position in einem strategischen Dreieck ist die der Achse, aber diese Position ist nicht immer erreichbar. Wenn die endogenen Elemente (d.h. die Faktoren,

³⁹⁹ Wu, Yu-Shan, a.a.O., S. 28.

die sich ausschließlich auf die betreffenden zwei Akteure und auf keine dritte Partei beziehen) zwangsläufig zur Feindschaft zwischen zwei Spielern führen, besteht die bestmögliche Rolle für jeden der beiden Spieler darin, eine positive Beziehung (Freundschaft) mit dem dritten Spieler aufzubauen, während es ihm gleichzeitig gelingt, diese dritte Partei gegen den eigenen Gegner aufzustacheln. In einem derartigen Dreieck findet man zwei „Partner“, die gemeinsam gegen einen gemeinsamen Feind – einen „Außenseiter“ – vorgehen (s. Abb. 2). Die Achse verliert zwar die freundschaftliche Beziehung zu einem der beiden Partner, es existieren aber zumindest keine Absprachen zwischen den beiden anderen Spielern, obwohl man gegen eine solche Möglichkeit immer Vorkehrungen treffen sollte.

Abbildung 2

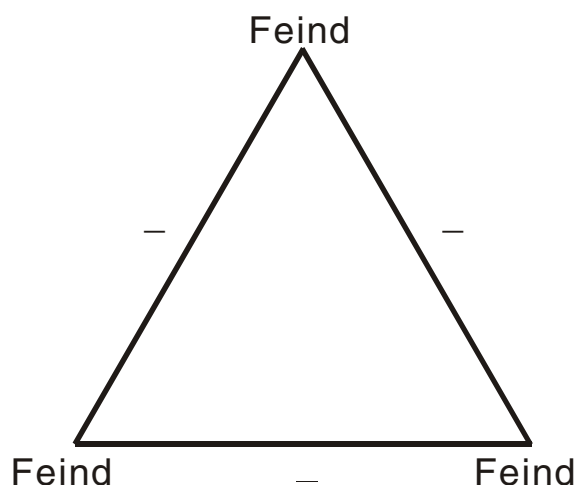


Die größte Sorge eines Partners ist es, verraten zu werden; dies trifft insbesondere auf die kleineren Partner zu. Wenn der Verbündete beginnt, mit dem Gegner zu kollaborieren, während die Beziehungen zwischen den beiden bisherigen Alliierten noch in gewissem Maße ihren positiven Charakter behalten, wandert der verratene Partner in eine Flügelposition, während der Verräter die Achsenposition erlangt. In einem noch schlimmeren Szenario kollaboriert der Verbündete nicht nur mit dem Gegner, sondern die beiden wenden sich sogar gemeinsam gegen den bisherigen Partner des Verräters. In diesem Falle wird letzterer zu einem Außenseiter degradiert, dessen Beziehungen zu den anderen beiden Spielern negativer Art sind, während er zusehen muss, wie die beiden koordiniert gegen ihn vorgehen. Wenn ein Spieler in eine Außenseiterrolle ab-

gedrängt wird, muss dies selbstverständlich nicht unbedingt daran liegen, dass ihn ein Partner verraten hat, sondern kann vielmehr auch ein Ergebnis seiner eigenen Politik sein – unabhängig davon ist jedoch die Außenseiterrolle die denkbar schlechteste Position in einem strategischen Dreieck.⁴⁰⁰

Achse und Flügel können nur existieren, wenn in einem Dreieck zwei Freundschaften und eine Feindschaft bestehen, während die Voraussetzung für das Vorhandensein von Außenseiter und Partnern die Existenz von einer Freundschaft und zwei Feindschaften ist. Wie verhält es sich aber mit drei Freundschaften oder drei Feindschaften? In diesen beiden Fällen sind alle Spieler in exakt derselben Position: Sie sind „Feinde“ in der ausschließlich feindlichen (s. Abb. 3) und „Freunde“ in der ausschließlich freundschaftlichen (s. Abb. 4) Variante. Es ist ganz offensichtlich besser, ein Freund als ein Feind zu sein. Die rein freundschaftliche Variante bringt jedoch keine derivativen exogenen Beziehungen mit sich, d.h. die Dreiecksbeziehungen hängen nicht voneinander ab, weshalb das Dreieck praktisch als aufgelöst betrachtet werden kann (daher die gepunktete Linie in Abb. 4).⁴⁰¹

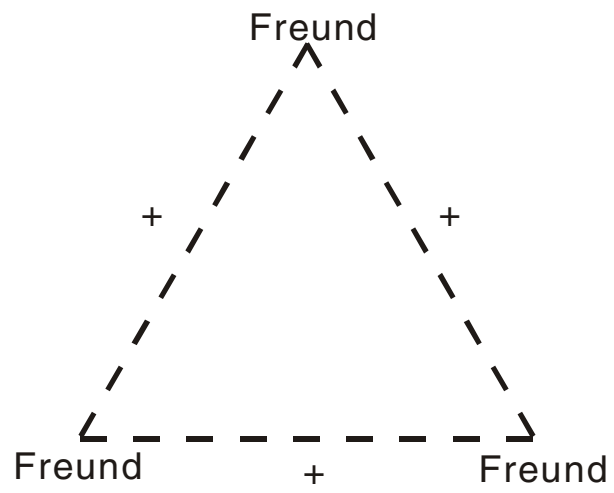
Abbildung 3



⁴⁰⁰ Wu, Yu-Shan, a.a.O., S. 29.

⁴⁰¹ Wu, Yu-Shan, a.a.O., S. 30-31.

Abbildung 4



4.4.2. Die strategische Interaktion im „Taiwan-Straße Dreieck“ und der strategische Stellenwert Taiwans

Im folgenden Abschnitt werden wir das Modell der dualen Dreiecke⁴⁰² benutzen, das großes Dreieck und Mini-Dreieck vereinigt, um auf diesem Wege mit Hilfe einer Darstellung der historischen Ereignisse zu analysieren, wie die Veränderung des großen Dreiecks die strategischen Interaktionen im Mini-Dreieck und die Entwicklung der Taiwan-Frage beeinflusst hat.

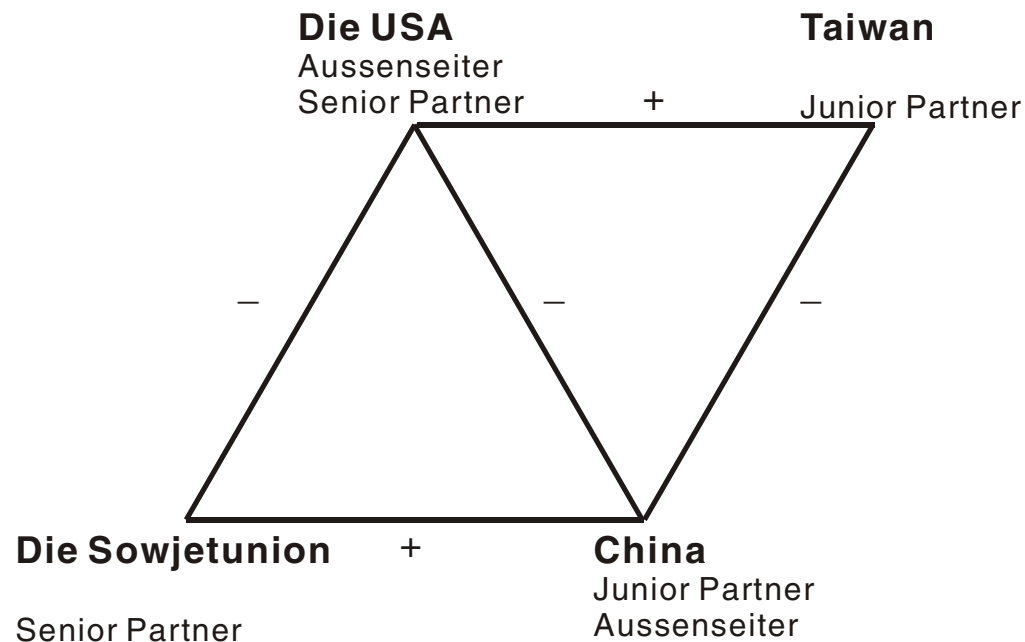
Im Rahmen einer Politik, die durch die inneren und äußeren Umstände diktiert wurde, entschloss sich die Volksrepublik China in den 50-er Jahren, sich an die Sowjetunion anzulehnen. Mao Tse Tung und seine Mitstreiter hatten bei der Wahl der Orientierung der Außenpolitik des jungen kommunistischen Staates keinen großen Spielraum. Das Ergebnis war verständlicherweise die Allianz zwischen Moskau und Beijing. Im großen strategischen Dreieck wurde die Sowjetunion der stärkere und die Volksrepublik China der schwächere Partner, während sich die Vereinigten Staaten in der Rolle des Außenseiters wiederfanden. Dieses Dreieck war relativ stabil. Wir wollen zuerst die Sowjetunion betrachten: Die Feindschaft zwischen ihr und den Vereinigten Staaten war im Kalten Krieg eine gegebene Tatsache (Politik der Eindämmung, Koreakrieg, Wettrüsten, der Aufstand in Ungarn, Suezkrise, Berlinkrise etc.) Da Moskau und Beijing einen gemeinsamen Feind hatten, strebten die Sowjets danach, die Freundschaft zu ihren chinesischen Genossen zu vertiefen. Dieselbe Denkweise fand sich auch auf der chinesischen Seite: Mao war dem „US-amerikanischen Imperialismus“ gegenüber feindlich eingestellt und näherte sich daher der Sowjetunion an.

Hier wenden wir uns dem Mini-Dreieck zu. Im Jahre 1954 verbündeten sich die Vereinigten Staaten mit Taiwan gegen ihren gemeinsamen Feind Beijing. Die dualen Dreiecke ähneln sich in ihrer Struktur (ein Außenseiter und 2 Partner), aber das Machtgleichgewicht ist im Mini-Dreieck deutlicher ausgeprägt. In Abb. 5 werden das

⁴⁰² Das Modell der „dualen Dreiecke“ ist vom taiwanischen Politikwissenschaftler Wu entworfen worden. Vgl. Wu, Yu-Shan: „Exploring Dual Triangles: The Development of Taipei-Washington-Beijing Relations“, in: *Issues & studies*, 32 (Oktober 1996) 10, S.26-52.

große und das Mini-Dreieck miteinander kombiniert, um die Verbindungen zwischen beiden zu demonstrieren.

Abbildung 5

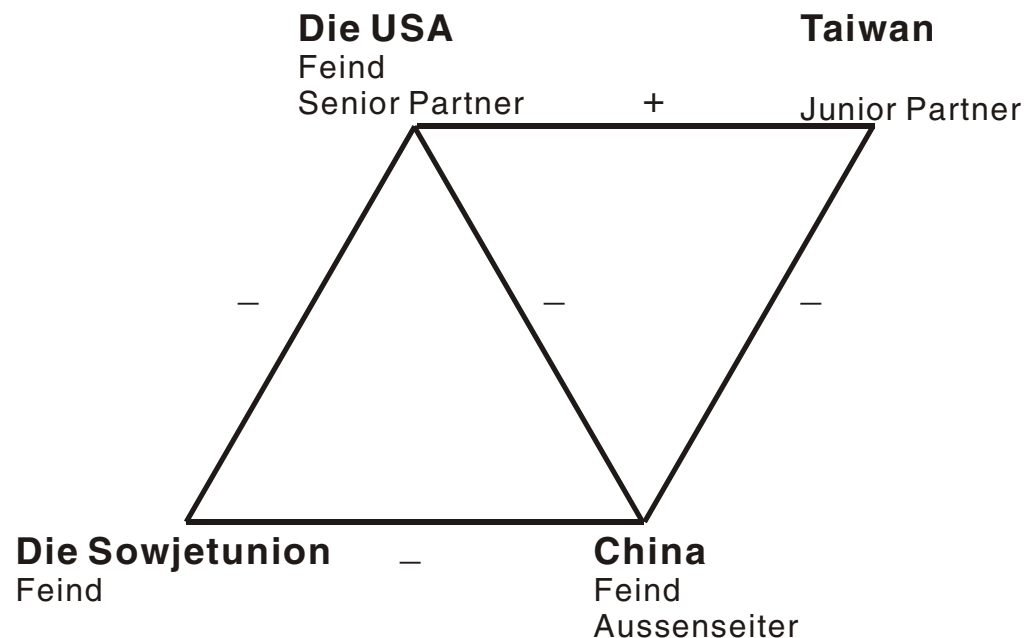


Es ist deutlich erkennbar, dass die Beziehungen zwischen den USA und der Volksrepublik China der Bereich sind, in dem sich die Dreiecke überlappen. Da diese Beziehung zwangsläufig in beiden Dreiecken identisch sein muss und das große Dreieck für die Vereinigten Staaten von äußerst großer Bedeutung war, entsprach im Endeffekt die US-Politik im Mini-Dreieck der Haltung Washingtons gegenüber Beijing, wie sie durch die Konstellation im großen Dreieck bestimmt wurde. In den fünfziger Jahren gab es zwischen den amerikanischen Positionen in den dualen Dreiecken keine Widersprüche. Da Washington mit Beijing keine Kompromisse in globalen Fragen erzielen konnte, spielte es die Rolle eines treuen Partners im Mini-Dreieck. Taiwans Haltung gegenüber den Vereinigten Staaten wurde selbstverständlich durch die Abhängigkeit von dem stärkeren Partner determiniert.

Gegen Ende der fünfziger Jahre wurde die große Spaltung zwischen den beiden kommunistischen Titanen offenbar. Neben Differenzen über Beijings Nuklearprojekte, Chruschtschows Entstalinisierungskampagne, Chinas Strategie zur Wirtschaftsent-

wicklung und Beijings Rolle in der kommunistischen Weltbewegung gaben Mao vor allem die Gespräche zwischen Chruschtschow und Eisenhower im September 1959 in Camp David das Gefühl, von seinem stärkeren Partner betrogen worden zu sein, wodurch sich die Kluft zwischen Beijing und Moskau noch vertiefte. Im Ergebnis dessen wurde aus der Freundschaft zwischen Moskau und Beijing eine Feindschaft, und die Struktur des großen Dreiecks veränderte sich dementsprechend. In den sechziger Jahren wurde die Gegnerschaft zwischen China und den Vereinigten Staaten durch die Eskalation des Vietnamkonflikts weiter verschärft. Da sich Beijing im weiteren Verlauf der Kulturrevolution gegen beide Supermächte wandte, waren die Beziehungen im Dreieck nunmehr ausschließlich feindlicher Natur. Innerhalb des Mini-Dreiecks nahmen zwar die Spannungen in der Straße von Taiwan ab, die Feindschaft blieb jedoch bestehen. Aus der Erkenntnis heraus, dass die grundlegende Haltung Beijings im großen Dreieck unverrückbar war, spielten Vereinigten Staaten auch weiterhin die Rolle des stärkeren Partners Taiwans(s. Abb. 6).

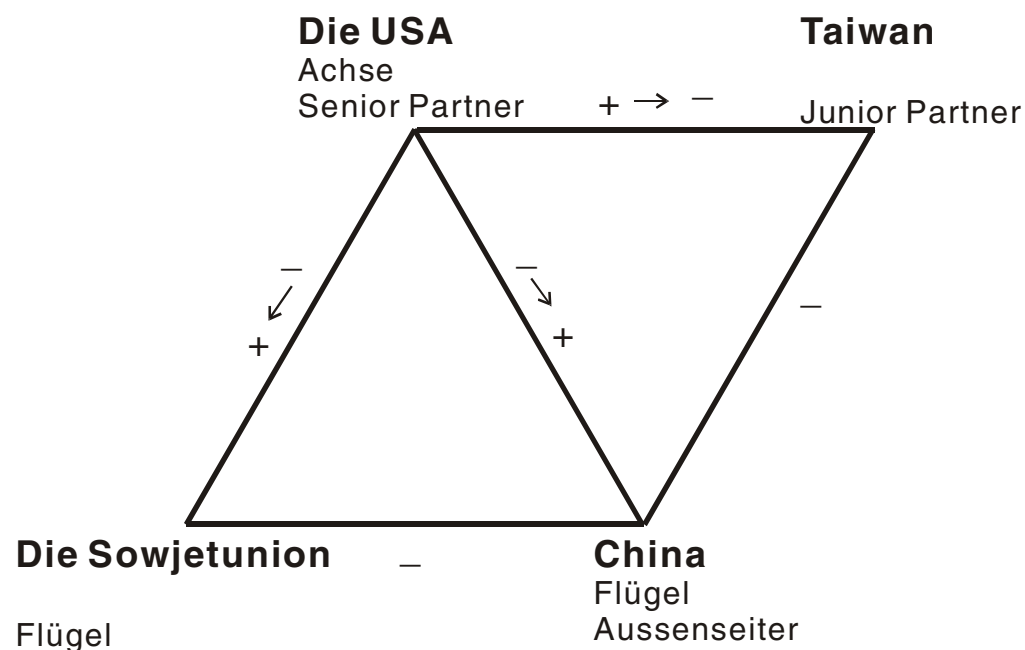
Abbildung 6



Die sowjetische Invasion der Tschechoslowakei im Jahre 1968 als Konsequenz der “Breschnew-Doktrin” von der begrenzten Souveränität und die blutigen bewaffneten

Kämpfe zwischen der Sowjetarmee und der chinesischen Volksbefreiungsarmee um Zhenbaodao Insel vom Ussuri im Jahre 1969 halfen Beijing, zwischen primären und sekundären Feinden zu unterscheiden und seine “Strategie der vereinigten Front” zu entwickeln. Die Chinesen waren nun offen für amerikanische Avancen, die, nachdem Richard Nixon 1968 zum Präsidenten gewählt worden war und Henry Kissinger die Leitung der amerikanischen Außenpolitik übernommen hatte, auch nicht lange auf sich warten ließen. Die neue amerikanische Führungsmannschaft war damit beschäftigt, das amerikanische Engagement im Ausland einzuschränken und die Wunden zu lecken, die sich Amerika im Vietnamkrieg zugezogen hatte. So kam es langsam zu einer Annäherung zwischen Washington und Beijing. Gleichzeitig bemühten sich die Vereinigten Staaten um einen Kompromiss mit den Sowjets, was zur “Entspannung” zwischen den beiden Supermächten führte. In den frühen siebziger Jahren begannen die Vereinigten Staaten, Schritt für Schritt die Achsenposition einzunehmen, was die Besuche Nixons in Beijing und Moskau im Jahre 1972 bezeugten, während Moskau und Beijing in Flügelpositionen gerieten. Die Vereinigten Staaten waren sich damals im klaren über die Vorteile, die sich aus der Achsenposition ziehen liessen, und bemühten sich zielgerichtet darum, diese Position zu übernehmen.

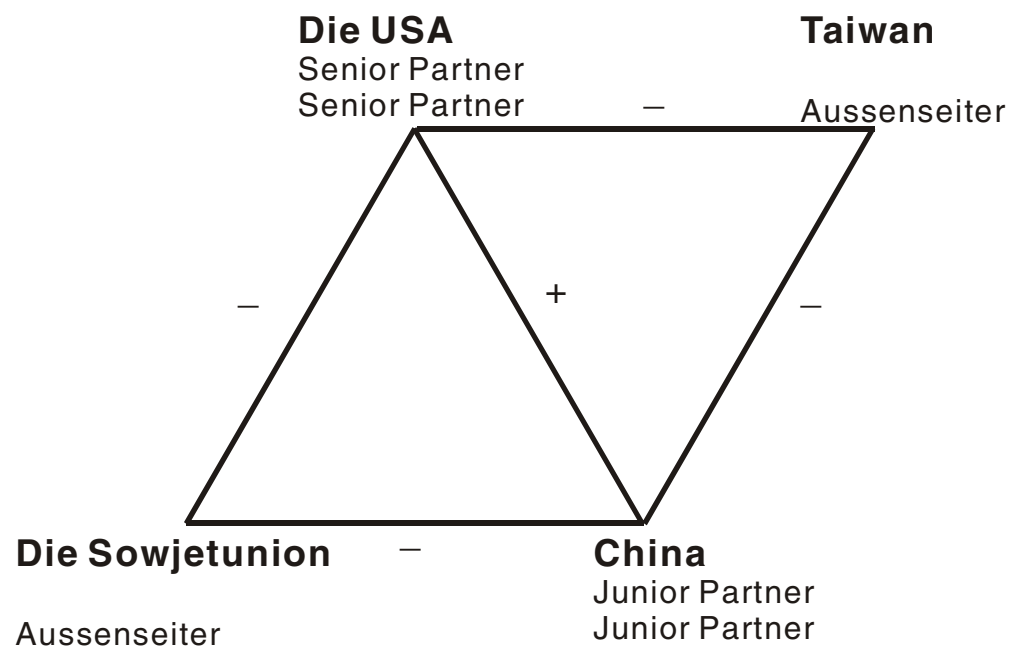
Abbildung 7



Die Auswirkungen dieser Entwicklung auf das Mini-Dreieck waren für Taiwan eine Katastrophe. Erstmals seit 1949 flirtete der stärkere Partner Taiwans mit seinem Erzfeind. Da die Beziehungen über die Straße von Taiwan hinweg festgefahren waren, konnten die Avancen der USA gegenüber Beijing nur bedeuten, dass Washingtons Interesse an Taiwan schwächer geworden war – eine typische Typ-2-Situation, wie Abbildung 7 zeigt. Unter diesen Bedingungen wurde das erste Kommuniqué von Shanghai unterzeichnet. Taipeh fühlte sich von seinem stärkeren Partner verraten.

In der zweiten Hälfte der siebziger Jahre kam es zu einer rapiden Expansion der Sowjetunion. Die Vereinigten Staaten, die sich dadurch bedroht fühlten, verbündeten sich mit der Volksrepublik China und arbeiteten so der neuen Beijings Führung in die Hände. Das Ergebnis war eine weitere Wandlung des großen Dreiecks (s. Abb. 8).

Abbildung 8

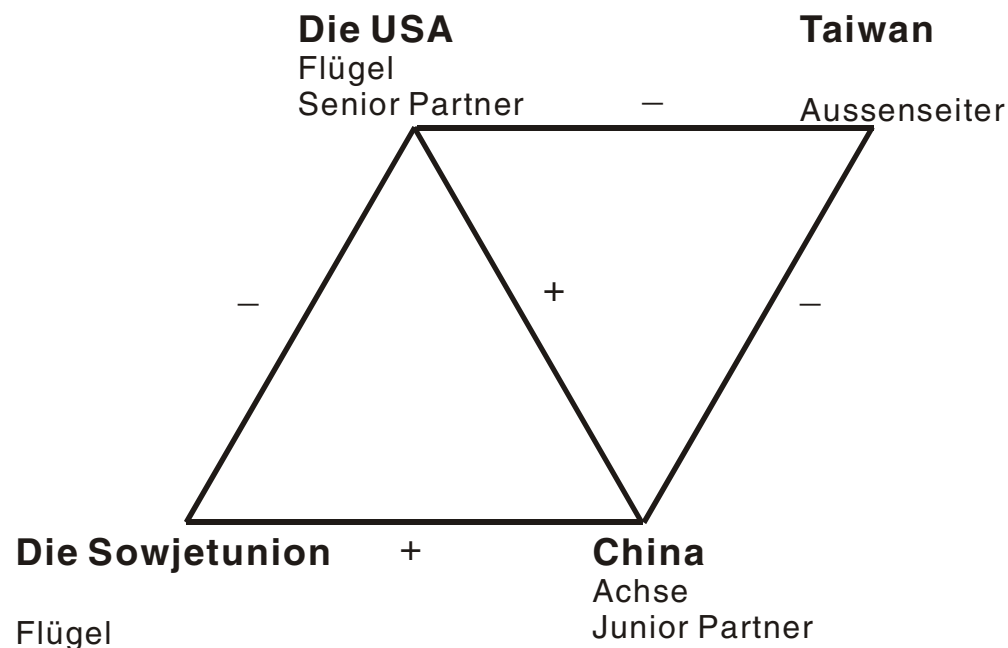


Während sich die Kontakte zwischen Washington und Beijing intensivierten und die Beziehungen zwischen Taiwan und der Volksrepublik China an einem Tiefpunkt angelangt waren, stürzte Taipehs Position im Mini-Dreieck ins Bodenlose. 1979 wurde der Verteidigungsvertrag zwischen den Vereinigten Staaten und Taiwan außer Kraft

gesetzt und die formalen diplomatischen Beziehungen abgebrochen, wodurch Taiwan zum Außenseiter wurde. Das Minidreieck hatte sich, nachdem es einer Reihe von Erschütterungen aus dem großen Dreieck ausgesetzt war, entscheidend verändert. Da die Vereinigten Staaten daran interessiert waren, der Volksrepublik China den Hof zu machen, ließ man Taiwan fallen.

Die frühen achtziger Jahre wurden Zeuge einer weiteren Verbesserung der Position der Volksrepublik China innerhalb der Dreiecke. Auf dem XII. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas wurde die Strategie des "ausgeglichene Distanzhaltens" verkündet. Die Volksrepublik China plante, aus der Rolle des schwächeren Partners im großen Dreieck in eine Achsenrolle zu wechseln, indem sie zu Washington und zu Moskau gleichermaßen auf Distanz blieb (s. Abb. 9).

Abbildung 9



Dieser Schachzug fiel einerseits mit sowjetischen Versuchen zusammen, die Beziehungen zu Beijing zu verbessern, andererseits mit der Erkenntnis Deng Xiaos, dass die gleichgerichteten Interessen der Vereinigten Staaten und der Volksrepublik China Grenzen hatten. Der Handelsstreit und die ideologischen Differenzen zwischen

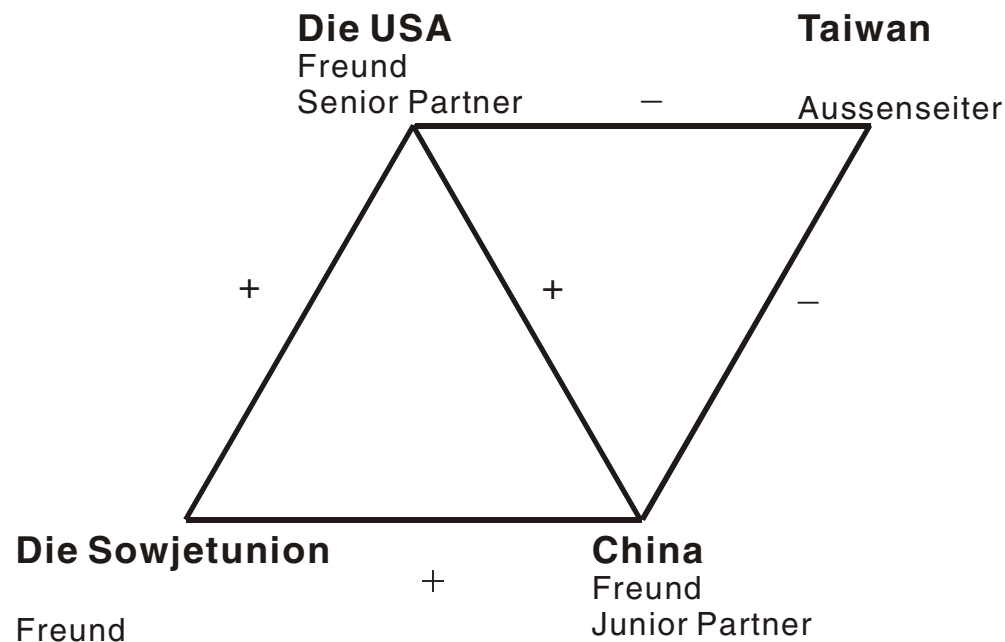
den beiden Ländern hatten gravierende Ausmaße angenommen, als die Volksrepublik China eine Exportkampagne startete und außerdem Anstrengungen machte, die “geistige Verschmutzung”, d.h. das Einsickern bürgerlicher Ideen aus dem Westen einzudämmen. Aus der Sicht Beijings waren die Sowjets nunmehr freundlicher und die Amerikaner weniger freundlich gesinnt, während die Sowjets nach wie vor mit den Amerikanern im Clinch lagen. Die Motive der Chinesen ähnelten in dieser Situation denen der US-Außenpolitik unter Nixon und Kissinger in den frühen siebziger Jahren. Unter diesen Bedingungen gerieten die Vereinigten Staaten im großen Dreieck in eine Flügelposition, während im Mini-Dreieck Taiwan nach wie vor litt. Das dritte gemeinsame Kommuniqué der Vereinigten Staaten und der Volksrepublik China im Jahre 1982, das die Qualität und Quantität der zukünftigen amerikanischen Rüstungsexporte nach Taiwan begrenzte, zeugte von dieser grundlegenden strategischen Struktur.⁴⁰³

Mit der Machtübernahme durch Mikhail Gorbatschow im Jahre 1985 ergriffen die Sowjets die Initiative. Ronald Reagan und danach George Bush akzeptierten ihn als den sowjetischen Führer, der den Interessen des Westens am dienlichsten war. Gorbatschow machte auch Beijing gegenüber Konzessionen, indem er Dengs drei Bedingungen erfüllte: Er zog die sowjetischen Truppen aus Afghanistan zurück, übte Druck auf die Vietnamesen aus, die sich daraufhin aus Kambodscha zurückzogen, und er reduzierte die Militärpräsenz an der sowjetisch-chinesischen Grenze und in der Mongolei. So entwickelte sich das große Dreieck in den späten achtziger Jahren zu einer rein freundschaftlichen Konstellation, in der die drei Spieler im Grunde positive Beziehungen miteinander pflegten (s. Abb. 10). Die Auswirkungen dieses Strukturwandels auf Taiwan waren jedoch begrenzt: Ein Interesse der Vereinigten Staaten an guten Beziehungen zu Beijing musste einer Verbesserung der Beziehungen zwischen Washington und Taipeh immer im Wege stehen.⁴⁰⁴

⁴⁰³ Wu, Yu-Shan, a.a.O., S.44.

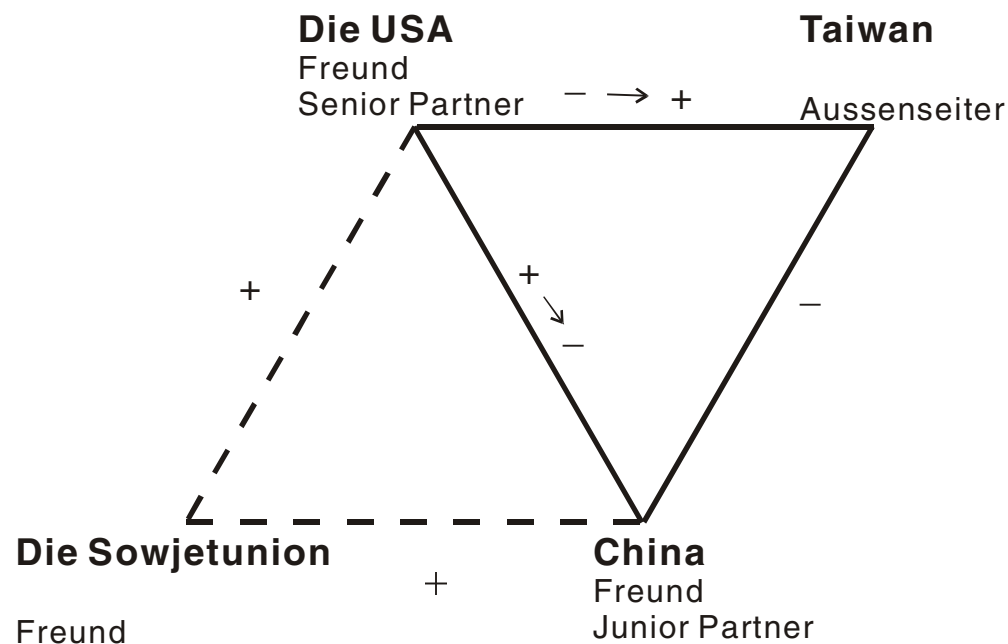
⁴⁰⁴ Wu, Yu-Shan, a.a.O., S.44-45.

Abbildung 10



In den frühen neunziger Jahren kam es zu grundlegenden Veränderungen der dualen Dreiecke. Die Ereignisse auf dem Platz des Himmlichen Friedens stellten eine endogene Herausforderung für die Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und der Volksrepublik China dar, die sich noch in Griff bekommen ließ. Eine wesentlich ernster zu nehmende Herausforderung war der Zusammenbruch der Sowjetunion und die damit einhergehende praktische Auflösung des großen strategischen Dreiecks (s. Abb. 11). Da Russland seitdem durch seine ökonomische Misere und den ethnischen Separatismus in Anspruch genommen ist, stellt es praktisch keine Bedrohung mehr für die Sicherheit der Vereinigten Staaten dar. Das bedeutet, dass es keine exogenen Faktoren mehr gibt, die bedingen, dass sich Washington dem Willen Beijings beugen muss. Da aber andererseits China eine Macht im Aufschwung ist und die Vereinigten Staaten ihre unipolare Dominanz aufrechterhalten wollen, geraten diese beiden Spieler auf nahezu allen Ebenen – in Strategie, Politik und Wirtschaft sowie in Bezug auf die Ausgestaltung globaler Institutionen - miteinander in Konflikt.

Abbildung 11



Wie wir eben gezeigt haben, sind die beiden Länder seit der Mitte der neunziger Jahre strategische Konkurrenten, die ihre Beziehungen aber immer noch auf die Basis des „nicht allumfassenden strategischen Wettbewerbs“ stellen können. Unter diesen strategischen Bedingungen kam es zur Krise in der Straße von Taiwan in den Jahren 1995-96. In ihrem Verlauf sah sich Washington mit in die eskalierenden Spannungen hineingezogen, hin- und hergerissen zwischen Taipeh und Beijing und dazu gezwungen, das relative amerikanische Interesse an den beiden Kontrahenten gegeneinander abzuwägen. Aus Beijing's Sicht wurde es als ein signifikant pro-taiwanischer Zug betrachtet, dass man Präsident Lee gestattete, seine Alma Mater (Cornell University) zu besuchen. Der an die Adresse der Vereinigten Staaten gerichtete Protest Beijings, der vehementer war als erwartet, die Rakentests und die mit scharfer Munition durchgeführten Manöver der Volksbefreiungsarmee sowie die boshaften Vorwürfe, mit denen Lee überschüttet wurde, sollten Washington und Taipeh einschüchtern, um sie dazu zu bringen, zu ihren ursprünglichen Interaktionsmustern zurückzukehren. In der zweiten Hälfte des Jahres 1995 schien diese Rechnung aufzugehen: Washington sah davon ab, auf Beijings Säbelrasseln in der Straße von Taiwan zu reagieren. Als jedoch die ersten direkten Präsidentschaftswahlen in der Republik China näherrückten, hielt es Beijing

für notwendig, die Spannungen weiter eskalieren zu lassen, um so Einfluss auf die taiwanische Politik auszuüben, weshalb Washington schließlich gezwungen war zu reagieren. Als die Volksbefreiungsarmee ihre Manöver nicht mehr nur vor der Küste einiger zu Taiwan gehöriger Inseln abhielt, sondern direkt vor der taiwanischen Küste, war man in Taipeh hocherfreut über die Nachricht, dass zwei Schiffsverbände der US-Marine unter Führung der Flugzeugträger *Nimitz* und *Independence* Kurs auf die Straße von Taiwan nahmen.

Es steht fest, dass die US-Militärbewegungen eine klare Geste gegen eine weitere Eskalation im Kriegspoker der Volksbefreiungsarmee waren. Sie spiegelten die Angst der USA wider, in einen Krieg verwickelt zu werden, der durch Fehleinschätzungen von Seiten Beijings verursacht würde. Die Schnelligkeit dieser Bewegungen bestätigte geradezu Amerikas Verpflichtung, Taiwan zu verteidigen, und Washingtons Beteuerung, dass die Vereinigten Staaten in den Gewässern der Region die Vorherrschaft hätten.⁴⁰⁵ In dieser Krise konnte Beijing Washington zwingen, seine Präferenzen offenzulegen, und war von dem Ergebnis erstaunt. Die Auflösung des großen Dreiecks spielte eine kritische Rolle; es wäre für die USA unvorstellbar gewesen, diese Art pro-taiwanischer Militärmaßnahmen in den späten 70-er oder frühen 80-er Jahren zu ergreifen, als Beijing der wichtigste Vorteil gegen eine weltweite sowjetische Expansion war.

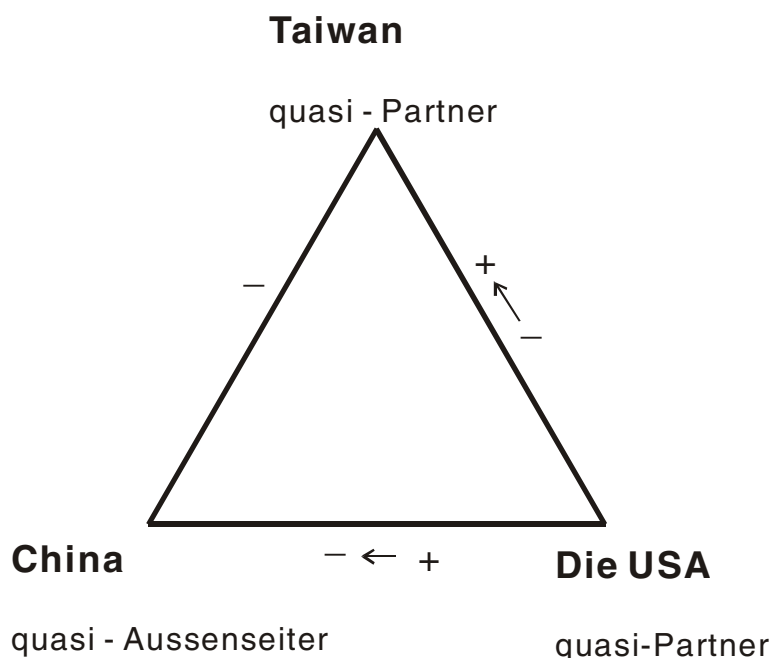
Nachdem man seine Lektion aus der Raketenkrise von 1996 gelernt hatte, nahm die Clinton-Regierung die Taiwanfrage als extrem sensible Angelegenheit wahr, die die erreichten chinesisch-amerikanischen Beziehungen und die Stabilität in Ostasien gefährden konnte. Unter diesen Bedingungen formulierten die Vereinigten Staaten eine neue Politik bezüglich der Frage der Taiwan-Straße: Sie wollten ihre Interessen in Taiwan und der ostasiatischen Region wahren und das Risiko eines militärischen Konflikts, der aufgrund der Mißinterpretation der US-Haltung in der Taiwan-Frage zwischen Beijing und Taipeh entstehen könnte, minimieren. Deshalb änderten die Vereinigten Staaten ihre Politik gegenüber Taiwan. Die bisherige „strategische Ambiguität“ gab den Weg frei für eine klarere Position zu Taiwans Zukunft und Sicherheit. Die

⁴⁰⁵ Vgl. Ross, Robert: „The 1995-96 Taiwan Strait Confrontation: Coercion, Credibility, and the Use of Force,” in: *International Security*, 25 (Fall 2000) 2, S.87-123.

USA werden weder Taiwan bei der Erlangung seiner Unabhängigkeit unterstützen noch China erlauben, eine Wiedervereinigung mit allen Mitteln zu verfolgen.

Der Hauptgrund für die neue Politik war die drastische Veränderung in der Dreiecksbeziehung zwischen Washington, Beijing und Taipeh. Es kann kein Zweifel daran bestehen, dass sich die bilateralen Beziehungen zwischen Washington und Beijing seit dem Ende achtziger Jahren verschlechtert haben, indem sie sich langsam von Freundschaft zu Halb-Freundschaft mit Halb-Feindschaft gewandelt haben. Mit anderen Worten: Washington und Beijing sind keine Partner mehr, sondern werden strukturell zu Konkurrenten. Somit wird auch eine Veränderung in den strategischen Interessen der USA in bezug auf Taiwan wahrgenommen, mit dem Ergebnis, dass Taiwan jetzt mehr strategischen Raum hat, um seine Beziehungen mit den Vereinigten Staaten zu stärken und allmählich vom ‚Außenseiter‘ in die bessere Position eines ‚Quasi-Partners‘ innerhalb des Mini-Dreiecks zu rücken (s. Abb. 12).

Abbildung 12



Mit den Einsichten, die das Dreiecksmodell bietet, wird immer klarer, dass China und die Vereinigten Staaten Konkurrenten in der ostasiatischen Pazifikregion werden. Die

Vereinigten Staaten haben für ihren Teil sowohl schwerwiegende politische, Sicherheits- und Wirtschaftsinteressen in der Region als auch ein bleibendes Anliegen in bezug auf die Menschenrechte und die Förderung der Demokratie. Solange die Vereinigten Staaten die Absicht haben, die vorherrschende Macht im Westpazifik zu bleiben, werden sie jeden Versuch, ihnen die Vorherrschaft streitig zu machen, als Bedrohung für amerikanische Interessen betrachten, welche für gewöhnlich mit regionalem Frieden und Stabilität benannt werden. Mit dem Zusammenbruch der früheren Sowjetunion ist die Volksrepublik China zum wahrscheinlichsten Rivalen geworden, der die Vormachtstellung Amerikas im asiatischen Pazifik herausfordern könnte. Wir haben den klassischen Fall einer aufsteigenden Macht (China), die versucht, sich eine, wie sie es sieht, legitime Einflußsphäre im Westpazifik zu schaffen, und einer vorherrschenden Macht (die Vereinigten Staaten), die danach strebt, einen vorteilhaften Status quo in derselben asiatischen Umgebung zu bewahren. Wenn die Chinesen erwägen, welche Nation sie beim Erreichen ihrer internationalen Ziele am stärksten behindert, dann heißt das Ergebnis USA. Wenn dagegen die Amerikaner darüber reflektieren, welche Nation die größte Bedrohung für die US-Position im Westpazifik darstellt, so ist das China.

In diesem strategischen Zusammenhang ist die Taiwan-Frage sowohl sensibler als auch wichtiger für Beijing und Washington geworden. Für Beijing ist Taiwan aus folgenden Gründen strategisch wichtig:⁴⁰⁶

1. Taiwan ist das letzte große Territorium, das China genommen wurde und zurückgegeben werden muss, um eine nationale Wiedervereinigung zu erreichen.
2. Taiwan ist ein hochsensibles Thema in Chinas Innenpolitik mit starken nationalistischen Untertönen.
3. Taiwan ist gut positioniert als Kommunikationszentrum für ganz Ostasien.
4. Taiwan kontrolliert äußerst wichtige Schifffahrtswege im Westpazifik.
5. Taiwan ist Chinas Zugang zum Pazifik für seine zukünftige Hochseeflotte.

⁴⁰⁶ Vgl. Lasater, Maritin L.: "Sino-American Strategic Competition: Implications for Conflict in the Taiwan Strait", in: *Taiwan Security Research*, April 2001. Siehe in: <http://www.taiwansecurity.org/IS/2001/IS-Lasater-0401.htm>

6. Taiwan ist erforderlich, wenn Beijing in Zukunft in der Lage sein will, militärische Kräfte in den Pazifik zu entsenden. Umgekehrt wäre Taiwan, wenn es in feindlichen Händen wäre, eine ideale Ausgangsposition, um China anzugreifen.

Für Washington ist Taiwan aus folgenden Gründen strategisch wichtig:⁴⁰⁷

1. Taiwan ist ein kritischer Faktor in den strategisch wichtigen US-Beziehungen mit der Volksrepublik China.
2. Die US-Unterstützung für Taiwans Sicherheit ist eine wichtige Komponente für Amerikas Glaubwürdigkeit und Führung in Asien.
3. Taiwan kann einen positiven Einfluss auf Chinas Innen- und Außenpolitik ausüben.
4. Taiwan ist ein Schlüsselfaktor für Chinas geopolitische Macht.
5. Taiwan ist ein festetabliertes Mitglied der Gemeinschaft der marktwirtschaftlichen Demokratien, einer Gemeinschaft, die die USA zu erweitern und zu verteidigen versprochen haben.
6. Taiwan ist ein ungefähres Modell für das, was China eines Tages sein wird, wenn sich die Hoffnungen der Vereinigten Staaten erfüllen - eine marktwirtschaftliche Demokratie mit freundschaftlichen Beziehungen zum Westen.

Zusammenfassend:

Die Vereinigten Staaten und China stehen im strategischen Wettbewerb um den Einfluss im ostasiatischen Pazifik: Die beiden Nationen wetteifern um die strategische Vorherrschaft und Führung in Ostasien. Der strategische Konkurrenzkampf zwischen den Vereinigten Staaten und China hat es beiden Seiten erschwert, sich in bezug auf Taiwan entgegenzukommen. Die Volksrepublik China braucht Taiwan, um ihr Ziel der regionalen Führerschaft zu erreichen. Die Vereinigten Staaten setzen ihre Unterstützung für Taiwan aufgrund der amerikanischen Interessen und Wertvorstellungen fort, wobei der Wunsch, im Westpazifik die vorherrschende Macht zu bleiben, keine geringe Rolle spielt. Taiwan könnte ein sensibles und bisweilen sogar lästiges Thema

⁴⁰⁷ Ebd.

in den chinesisch-amerikanischen Beziehungen und ein Auslöser für einen möglichen Konflikt mit China sein, aber die amerikanischen Interessen in Taiwan sind eng verbunden mit dem amerikanischen Selbstbild des Verteidigers der Demokratie und sind deshalb nicht leicht aufzugeben. Nachdem Washington seine Beziehung zur Volksrepublik China auf der Akzeptanz des “Ein-China-Prinzips” begründet hat, findet es sich nun in einer Position, in der es diese Zusicherung nahezu aufkündigt, da es sich der Notwendigkeit der demokratischen Ratifizierung einer vorgeschlagenen Vereinigung durch Taiwan verpflichtet fühlt. Diese implizite amerikanische Unterstützung für eine unbestimmte Verlängerung des Status quo ist nicht nur inakzeptabel für Beijing, sondern stellt aus Beijings Sicht auch einen casus belli dar.

Ein anderer relevanter Aspekt des Mini-Dreiecks ist die sich verändernde Natur der Festland China--Taiwan Beziehung. Diese Beziehung umfaßt mehrere Komponenten: Handel und Investition, chinesisch-taiwanische Gespräche, Tourismus, Transport und andere Aspekte der Kommunikation, das militärische Gleichgewicht, sich verändernde kulturelle Bindungen, den gegenläufigen Einfluß der politischen Entwicklungen auf beiden Seiten und die jeweilige Politik gegenüber anderen Staaten und Institutionen auf internationaler Ebene. Während Handel, Investitionen und die chinesisch-taiwanischen Gespräche als Polster wirken, tendieren die anderen Komponenten dazu, das Gleichgewicht zu zerstören und beide Seiten auseinander zu treiben. Die Präsidentschaft von Lee Teng-Hui brachte die Festigung einer „Taiwanisierungspolitik“ mit sich, und seine Erklärung “einer besonderen zwischenstaatlichen Beziehung” erschuf ein “neues Paradigma” für Taiwans chinesisch-taiwanische Politik. Dieser Ansatz wurde während der Präsidentschaft von Chen Shui-Bian, der zu einer Fortsetzung von Lees “neuem Paradigma” tendiert, im wesentlichen beibehalten. Die Auswirkung auf Beijings politisches Denken war keine große Überraschung: Man fühlte die dringende Notwendigkeit einer sofortigen und sichtbarereren Militärpräsenz vor der Insel. Die anschließende Stationierung von Raketen entlang der Küste⁴⁰⁸ suggeriert, dass Beijing die Anwendung von Gewalt nicht nur als letzten Ausweg sah, um eine

⁴⁰⁸ Bis 2002 ist die Anzahl der Kurz- und Mittelstrecken-Raketen auf ca. 350 angestiegen. Vgl. The U.S. Department of Defense, *Annual Report on the Military Power of the People's Republic of China*, Washington, D.C., July 2002, S. 2.

schwerwiegende Veränderung in Taiwans Status zu verhindern, sondern auch als Mittel, um Verhandlungen zu den Bedingungen der Volksrepublik China herbeizuführen.

Da Beijings militärische Macht zunimmt und seine Geduld in der Taiwan-Frage geringer wird, wird die Volksrepublik China weniger bereit sein, das amerikanische Bestreben zu vergeben, die Taiwan-Frage friedvoll und mit der vollen Zustimmung des taiwanischen Volkes zu lösen. In Chinas strategischer Wahrnehmung der Situation würde ein amerikanischer Rückzug von Taiwans Verteidigung als Washingtons Akzeptanz der chinesischen Vormachtstellung in Ostasien interpretiert werden. Da Washington Beijings Bestreben, Taiwan in seine strategischen Grenzen im Westpazifik einzugliedern, erkennt, hat es wenig Ansporn, der Volksrepublik China in der Taiwan-Frage ihren Willen zu lassen. In einer Zeit des chinesisch-amerikanischen strategischen Wettstreits hat somit Taiwans symbolisches und geopolitisches Gewicht entscheidend zugenommen, und die Möglichkeit einer chinesisch-amerikanischen Konfrontation mit bezug auf Taiwan ist gestiegen.

4.5. Die optimale strategische Option und Politik Taiwans

Die folgende Erörterung, die über die optimale strategische Option und Politik Taiwans zur Zeit und in Zukunft geführt wird, will hier grundsätzlich einen beschreibend-normativen Ansatz verfolgen. Die Einordnung wird durch die Tatsache gerechtfertigt, dass sich die empirisch-analytischen Untersuchungen von Strukturen, Interessen und Entwicklungsmöglichkeiten, dem Ist-Zustand also, stark von der Beurteilung des erstrebens- bzw. wünschenswerten Soll-Zustands unterscheiden. Ohne eine solche Unterscheidung kann es dazu kommen, dass nur das gesehen wird, was man sehen will.

Die vorliegende Arbeit geht gleichwohl von dem normativen Ziel aus, dass die "optimale strategische Option und Politik Taiwans" notwendig und wünschenswert ist. Natürlich ist klar, dass sich bei diesen normativen Gedanken die Angriffsfläche bietet. Um der Gefahr des Verbindungsverlustes zur empirischen Grundlage vorzubeugen, soll eine historisch-hermeneutische und politisch-systematische Analyse durchgeführt werden.

Aus diesem Grund ist es notwendig zu untersuchen, wie sich die Strategie und Politik Taiwans über die Zeit entwickelt haben:

Während der 50er und 60er Jahre genoss die taiwanische Regierung unter Chiang Kai-shek als einzige legitime Regierung Chinas ein weites internationales Ansehen, weil sie kritische Unterstützung und Schutz von den Vereinigten Staaten erhielt. Das war das Ergebnis der anhaltenden chinesisch-amerikanischen Konfrontation, die auf den Korea-Krieg folgte. Amerikanische Unterstützung zeigte sich in diesem Zeitraum (1) im formalen Verteidigungsabkommen zwischen den USA und Taiwan von 1954, durch das Taiwan in die weitere Sicherheitsstrategie der USA für Ostasien einbezogen wurde, vor allem als Basis für die US-amerikanischen Streitkräfte in der Region, und (2) in Washingtons kritischer Unterstützung der taiwanischen Regierung in den Vereinten Nationen als einzige legitime Regierung Chinas und Mitglied des UNO-Sicherheitsrates. In der Realität hing die nationale Strategie Taiwans in hohem Maße von den Vereinigten Staaten ab und wurde ebenso stark von ihnen koordiniert. Chiang hielt in den ersten Jahren seiner Regierung Taiwans an der Überzeugung fest, dass seine Regierung die Insel als Basis nutzen könnte für die Führung eines Gegenschlags,

um mit der Unterstützung der Vereinigten Staaten und der Mehrheit der internationalen Gemeinschaft das Festland zurückzuerobern. Während der Ära Chiang Kai-shek richtete sich die Strategie Taiwans dementsprechend auf die "gewaltsame Rückeroberung des Festlandes" (*fangong dalu*).⁴⁰⁹ Chiang Kai-shek hielt konsequent an der Vorstellung von „einem China“ fest und lehnte somit jegliche internationale oder nationale Politik oder Handlung ab, die der Idee „zwei getrennte Chinas“, „ein China, ein Taiwan“ oder „ein unabhängiges Taiwan“ dienen könnte.⁴¹⁰

In den frühen 1970ern folgten auf die Hinwendung zur einer defensiven Sicherheitspolitik bemerkenswertere Veränderungen in der nationalen Strategie Taiwans, was vor allem aus der anwachsenden Sorge aufgrund der nachlassenden internationalen Unterstützung der taiwanischen Regierung resultierte. Zu diesem Zeitpunkt hatte das Festland-China Taiwan als einzige legitime Regierung Chinas in den Vereinten Nationen (UN) ersetzt. Obwohl die Führung Taiwans ihre Politik am Antikommunismus, der Rückrerlangung des Festlands und des "Ein-China-Prinzips" ausrichtete, versuchte sie auch, eine breitere internationale Unterstützung zu gewinnen und das Maß an Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten möglichst zu reduzieren, da Taipeh fürchtete, dass die Unterstützung der USA gegenüber der Insel zurückgehen könnte.⁴¹¹

1979 führen der Abbruch der formellen diplomatischen Beziehungen zu Taiwan, begleitet von der gleichzeitigen Annullierung des zwischen den USA und Taiwan bestehenden Verteidigungsabkommens, zum Abzug der US-Streitkräfte aus Taiwan und der Unterbrechung der substanziellen Kontakte zwischen den amerikanischen und den taiwanischen Streitkräften. Der Taiwan Relations Act kompensierte bis zu einem gewissen Maß diese Einbußen, indem er eine Grundlage für eine Fortsetzung der defensiv ausgerichteten militärischen Unterstützung Taiwans durch die USA schuf. Jedoch basieren die amerikanische Unterstützung und die Hilfe für Taiwan weder auf einer Sicherheitsallianz oder anderer eindeutiger Sicherheitsgarantien, noch auf formellen diplomatischen Beziehungen. Es gibt für die USA keine Verpflichtung zur Unterstüt-

⁴⁰⁹ Vgl. Hickey, Dennis Van Vranken: "U.S. Policy and Taiwan's Reintegration into the Global Community", in: *Journal of Northeast Asian Studies*, 11 (Spring 1992), S. 18–32.

⁴¹⁰ Vgl. Hsieh, Chiao Chiao: *Strategy for Survival: The Foreign Policy and External Relations of the Republic of China on Taiwan, 1949–79*, The Sherwood Press, London, 1985, S. 280–287.

⁴¹¹ Ebd., S. 289.

zung Taiwans im Falle einer Konfrontation mit Beijing. Das heißt, dass Taiwan in jedem Falle weiterhin stark von der Unterstützung der Vereinigten Staaten abhängt, diese Unterstützung aber begrenzt und gewisser doppeldeutiger Art war.

In den 1980er Jahren waren die Strategie und Taktik der USA bei der weiteren Unterstützung Taiwans stark vom größeren strategischen, wirtschaftlichen und politischen Interessen Washingtons in Ostasien und speziell China geprägt, was den Wunsch einschloss, eine grundsätzliche Destabilisierung der gegen die Sowjetunion gerichteten chinesisch-amerikanischen Beziehungen durch Taiwan zu verhindern.. Deshalb wurde der wachsende Druck nach neuen Initiativen gegenüber dem Festland in Taiwans Politik mit einer Vielzahl indirekter Kontakte beantwortet. 1984 akzeptierte Taiwan wirtschaftliche Kontakte mit China und es reisten einige Journalisten auf das chinesische Festland. Es wurde eine Vereinbarung für Taiwan und die VR China erreicht, Mannschaften zu den Olympischen Spielen 1984 zu schicken. Berichte über die schlechten Zustände auf dem Festland halfen dabei, die taiwanischen Behörden dazu zu bewegen, das Verbot für Besuche in der VR China aufzuheben. Eine der letzten Handlungen von Chiang Ching-kuo vor seinem Tod im Januar 1988 war es, Taiwanern Reisen auf das Festland zu Familientreffen zu erlauben.⁴¹²

Diese Veränderungen in der Herangehensweise der taiwanischen Regierung in den auswärtigen Beziehungen und den Beziehungen zu China führten zu einer Abschwächung der ursprünglichen Bedeutung des „Ein-China“-Prinzips in der Praxis, indem de facto eine Situation der „zwei Chinas“ anerkannt wurde, in der Taipeh neben Beijing in der internationalen Arena auftrat.⁴¹³ Wie auch immer, die taiwanische Regierung hielt weiterhin formal an einer engen Definition des „Ein-China-Prinzips“ fest und vergrößerte damit die Lücke zwischen chinesischen nationalistischen Äußerungen und der politischen Praxis. Insbesondere Chiang Ching-kuo schloss weiterhin eine politische Lösung mit Beijing aus. Darüber hinaus antwortete Chiang auf die Bemühungen der VR China in den frühen 1980ern, Taiwan an friedlichen Wiedervereinigungsver-

⁴¹² Vgl. Yahuda, Michael: „The Foreign Relations of Greater China,” in: Shambaugh, David (Hrsg.), *Greater China: The Next Superpower?*, Oxford 1995, S. 48.

⁴¹³ Hsieh, Chiao Chiao, a.a.O., S. 293.

handlungen zu interessieren, mit der Politik der „drei Neins“: keine Kontakte, keine Verhandlungen und keine Kompromisse mit dem Festland.⁴¹⁴

Trotz der signifikanten Zunahme der Kontakte zwischen China und Taiwan und einer explosionsartigen Zunahme des Handels und der Investitionen hat die Politik von Lee Tang-hui gegenüber China eindeutig zu einer deutlichen Zunahme der Spannungen zwischen Taipeh und Beijing beigetragen. Lee erklärte die „besonderen Staat-zu-Staat-Beziehungen“, zwischen zwei Staaten also, die jeweils ihre eigene Jurisdiktion ausüben und grundverschiedene politische Systeme und einen unterschiedlichen Entwicklungsstand haben.⁴¹⁵ Diese Aufhebung des „Ein-China-Konzepts“ ermöglichte Lee auch die Argumentation, dass Taiwan de facto ja schon ein unabhängiger Staat war und als solcher von der internationalen Gemeinschaft anerkannt werden sollte.

In den 1990ern Jahren kam es zur Eskalation der politischen und militärischen Spannungen zwischen Taiwan und Festland-China. Gleichzeitig haben die Entwicklungen in den Handels- und Investitionsbeziehungen über die Straße von Taiwan zu einer stärkeren wirtschaftlichen Integration beigetragen. Taiwan hatte bereits zwischen 80 und 100 Milliarden USD auf dem Festland investiert, wobei der tatsächliche Ressourcenfluss noch weitaus größer war und beträchtliche Gewinne abwarf. Der Warenaustausch stieg weiter an und erreichte im Jahr 2000 30 Milliarden USD. Taiwan stieg zum sechstgrößten Handelspartner Chinas auf, und China löste die Vereinigten Staaten als größten Exportmarkt Taiwans ab.⁴¹⁶ Die derzeitigen Beziehungen zwischen Taiwan und China können als divergierende politische Konfrontation und konvergierende wirtschaftliche Kooperation beschrieben werden.

Ming, ein Politikwissenschaftler in Taiwan, verweist auf drei strategische Möglichkeiten für Taiwan: eine ist die Hinwendung zu den USA gegen China; die zweite ist die Hinwendung zu China um sich den USA entgegenzusetzen; die letzte ist eine Positio-

⁴¹⁴ Vgl. Hughes, Christopher: *Taiwan and Chinese Nationalism*, London 1997, S. 50–51; Moody, Peter R. Jr.: *Political Change on Taiwan*, New York 1992, S. 92.

⁴¹⁵ Vgl. Yahuda, Michael: „The International Standing of the Republic of China on Taiwan“, in: *The China Quarterly*, 148 (December 1996), S. 1323.

⁴¹⁶ Vgl. Lampton, David M. / Ewing, Richard Daniel: *U.S.-China Relations in a Post-September 11th World*, Washington, D.C. 2002, S.74.

nierung Taiwans zwischen beiden Lagern.⁴¹⁷ Wie in der obigen Diskussion dargestellt, hatte Taiwan seit den 1950er Jahren die erste strategische Option gewählt, um weiterhin ein Gegengewicht zu China zu bilden. Andererseits waren die Vereinigten Staaten immer Taiwans wichtigster Partner im Hintergrund, der kritische politische, militärische, wirtschaftliche und ideologische Hilfestellung und materielle Unterstützung gewährte, je nach dessen strategischem Interesse.

Trotzdem plädieren wir hier für die dritte Option als die optimale Strategie für Taiwan in Zukunft. Das Argument dafür ist folgendes: In der Dreiecksbeziehung Washington-Beijing-Taipeh sind Washington und Beijing ab Mitte der 1990er Jahre schrittweise zu Konkurrenten geworden und Taiwan immer weiter vom „Aussenseiter“ in die bessere Position eines „Quasi-Partners“ im Dreieck gerückt. Diese Situation eines moderaten strategischen Wettbewerbs zwischen den USA und China schafft beste Bedingungen für Taiwan. Das heißt, weder im strategischen Kontext der Partnerschaft zwischen den USA und China positioniert, noch im trennenden Einfluss einer offenen Rivalität oder Konfrontation zwischen USA und China, eröffnet sich für Taiwan ein beachtlicher Handlungsspielraum. Folglich hat Taiwan jetzt mehr strategischen Raum für eine in beide Richtungen wirksame Strategie(„two-pronged strategy“) zwischen China und den Vereinigten Staaten. Verständlicherweise wäre eine ausgeglichene Anwendung der beidseitig ausgerichteten Strategie am besten geeignet, Taiwan die Fortsetzung der guten Beziehungen mit Washington und Beijing zu ermöglichen und dann seine nationalen Interessen zu verfolgen.

Für die Anwendung dieser Strategie muss Taiwan in der Lage sein, vier Schlüsselmissionen erfolgreich umzusetzen:

Erstens sollte Taipeh flexibel genug sein, um einzusehen, dass das „Ein-China-Prinzip“ als Strategie im Umgang mit Beijing dienen sollte. Dies trifft besonders deswegen zu, weil sich das chinesische Festland in einem Prozess des politischen und ökonomischen Wandels befindet. Damit entwickeln die Beziehungen zwischen Taiwan und der VR China eine immer größere Interdependenz. Taipeh könnte die Initiati-

⁴¹⁷ Vgl. Ming Chu-cheng: „Guoji tixi lilun yu liangan guanxi“ (International systems theory and cross-strait relations), in: Bau Tzong-Ho/ Wu Yu-Shan (Hrsg.), *Zhengbian zhong de liangan guanxi lilun* (Contending theories in the study of cross-strait relations), Taipeh 1999, S. 365-388.

ve ergreifen und sich in der "Ein-China-Frage" beweglicher zeigen. Diese könnte zu künftigen Entwicklungen in den interchinesischen Beziehungen oder der Entscheidung des taiwanischen Volkes überlassen werden. Aber das „Ein-China-Prinzip“ sollte als Ausgangspunkt und Basis für den Dialog dienen, der einen ersten Schritt zum Aufbau gegenseitigen Vertrauens zwischen Taipeh und Beijing bedeuten würde.

Chen Shui-bian und seine Regierung verleugneten, dass bei den berühmten Gesprächen von 1992 zwischen Wang und Koo Vereinbarungen mit Beijing hinsichtlich des „Ein-China-Prinzips“ getroffen wurden. Mittlerweile unterstreicht Chen die Notwendigkeit, das Konzept einer neuen Identität Taiwans voranzutreiben, das sich von der chinesischen Identität unterscheidet. Demzufolge haben sich jetzt die offiziellen Beziehungen zwischen beiden Seiten wieder stark abgekühlt.

Es ist bekannt, dass aufgrund des von beiden Seiten 1992 erzielten Konsens in der schwierigsten Frage, der Frage des „Ein-China-Prinzips“, die Durchführung der Gespräche zwischen Koo und Wang im April 1993 in Singapur und die Fortsetzung dieser grundlegenden Kontakte in den darauffolgenden zwei Jahren möglich wurde. Der Konsens des „einen Chinas mit verschiedenen Interpretationen“ war der erste Kompromiss von wirklicher historischer Bedeutung nach mehr als vierzig Jahren bewaffneten Konfliktes und ideologischer Schwierigkeiten zwischen den beiden Seiten der Taiwan-Straße seit Beginn der separaten Verwaltung 1949.

Das Thema, das von diesem Kompromiss angesprochen wurde, ist die zentralste, entscheidendste und empfindlichste Frage des „Ein-China-Prinzips“. Offiziell gesprochen handelt es sich um eine Frage der Souveränität, allgemein gesprochen um eine Frage der Identität. Es betrifft das Selbstverständnis beider Seiten und die gegenseitig zugewiesenen Identitäten. Genau deshalb war der Kompromiss so wertvoll. Unabhängig davon, wie mehrdeutig die Formulierung des „Ein-China-Prinzips“ mit „zwei verschiedenen Interpretationen“ gewesen sein mag und egal wie unkonventionell die Form gewirkt haben mag, hatte sie offensichtlich genug politisches Gewicht, um das dicke Eis der damaligen politischen Beziehungen zwischen beiden Seiten zu brechen.

Zweitens müssen gerade die Beziehungen mit den Vereinigten Staaten für Taiwans Strategie in vielerlei Hinsicht Kernpunkt bleiben. Taipehs vorrangiges strategisches Ziel ist die Verstärkung der US-amerikanischen Verpflichtungen gegenüber der Sicherheit und dem Wohlstand Taiwans, ohne einen größeren Konflikt oder Spannungen mit dem chinesischen Festland zu provozieren. Das impliziert auch Bemühungen, Ausmaß und Art der US-amerikanischen Militärunterstützung für Taiwan zu verbessern, um die militärischen Möglichkeiten Taiwans gegenüber dem Festland zu verstärken und den Eindruck zu vermitteln, dass sich Amerika verstärkt für die Sicherheit Taiwans und eine friedlichen Lösung der schwierigen Situation zwischen China und Taiwan einsetzt. Schließlich ist Taiwans Politik gegenüber den USA auch von den Bemühungen geprägt, Washington davon abzuhalten, einen „deal“ mit Beijing zu vereinbaren, der die Interessen Taiwans gefährden könnte.

Drittens sollte Taipeh grundsätzlich im Besitz eines glaubwürdigen Abschreckungsmittels oder anderer adäquater Antworten auf alle möglichen militärischen Bedrohungen der VR China sein. Dafür muss Taiwan sein eigenes militärisches System verbessern, indem es kritische Waffen anschafft oder entwickelt, die notwendige Infrastruktur und die Militärtechnologien für eine effizientere und modernere Armee ausbaut sowie die militärischen Beziehungen zu den Vereinigten Staaten intensiviert. Vielleicht ist es sogar noch wichtiger, wie oben angesprochen, dass die politische Führung in Taipeh alles daran setzen muss, um sicherzustellen, dass die Vereinigten Staaten Taiwan direkte militärische Unterstützung im Falle einer ernsthaften Bedrohung vom Festland gewähren.

Viertens sollte Taiwan seine wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Kontakte mit China ausweiten und verbessern und gleichzeitig „Drei Verbindungen“ bei direkten Kontakten in Handel, Kommunikation und Transport mit China schaffen, um Taiwans Entwicklung und Wohlstand zu unterstützen, Spannungen abzubauen und damit einen Konflikt zwischen den beiden Seiten der Taiwanstraße zu vermeiden und gleichzeitig die Entwicklung einer freieren und offeneren Politik und Gesellschaft auf dem Festland zu fördern.

Wie auch immer, das schnelle Ansteigen von Investitionen und Handel mit dem Festland durch eine große Zahl taiwanischer Unternehmen birgt die Gefahr einer wirtschaftlichen Abhängigkeit Taiwans vom Festland. Um zu vermeiden, dass Beijing diese wirtschaftliche Abhängigkeit Taiwans als strategisches Mittel einsetzt, um Taipeh zu zwingen, seine Bedingungen für eine Annäherung zu akzeptieren, darf Taiwan nicht länger ein Zentrum für Niedriglohnproduktion bei hoher Qualität bleiben, sondern muss neue Nischen finden, die auf hochqualifizierten und fleißigen Arbeitskräften, der Anwendung von Technologien und dem effizienten Einsatz der Arbeitskräfte basieren, um die Produktivität zu verbessern und die wirtschaftliche Entwicklung zu gewährleisten.

5. Schlussfolgerung

Zusammenfassung:

Die Taiwan-Frage ist unweigerlich mit dem internationalen politischen System verknüpft. Die vorangegangene Diskussion über die Veränderungen der strategischen Interaktion im Modell der dualen Dreiecke seit 1950 hat die Gründe für die unbeständige Natur der Dreieckspolitik in der Straße von Taiwan aufgezeigt. In der Regel bestimmt die Konfiguration des großen Dreiecks die Politik der Akteure gegenüber anderen Akteuren in diesem Spiel und formt dadurch die Konfiguration des Mini-Dreiecks. Deshalb kann die Entstehung und Entwicklung der Taiwan-Frage mit der Änderung der internationalen strategischen Lage in drei Phasen eingeteilt werden:

1. Die Taiwan-Frage im Zeitalter des Kalten-Krieges:

Aufgrund der Entwicklung des chinesischen Bürgerkrieges und des Kalten Krieges wurde Taiwan strategisch wichtig. Die nationalchinesische Führung wählte die Insel als Rückzugsbasis, und danach erfüllte Taiwan eine wichtige Funktion als Sitz der nationalchinesischen Regierung. Die strategische Bedeutung Taiwans wurde durch den Ausbruch des Koreakrieges Mitte 1950 und durch die damit verbundene US-Eindämmungspolitik in Ostasien deutlich. Und sie wurde durch das militärische Vorgehen der chinesischen Kommunisten gegen Taiwan noch hervorgehoben, das die internationale Aufmerksamkeit auf die Taiwan-Frage lenkte und die amerikanische Bereitschaft zur Unterstützung der nationalchinesischen Regierung erhöhte. Dies stand im Zusammenhang mit den zunehmenden militärischen US-Aktivitäten in Vietnam seit Mitte der 1960er-Jahre, aufgrund derer Taiwan zu einer logistischen Basis für die US-Streitkräfte wurde.

In der damaligen Zeit blieb Taiwan ein wichtiges Glied im westpazifischen antikomunistischen Verteidigungsgürtel der US-Eindämmungsstrategie. Auf Seiten der US-Regierungen gab es die Bereitschaft, umfangreiche Mittel für die Verteidigungskapazitäten Taiwans zur Verfügung zu stellen und die im bilateralen Verteidigungsvertrag von 1954 festgehaltenen Verpflichtungen zu erfüllen. Es zeigte sich eine deutliche Übereinstimmung zwischen dem Interesse der US-Regierung, die vorgeschobene strategische Position Taiwans zur Eindämmung kommunistischer Expansionsbestrebun-

gen und zur Erhöhung der eigenen Sicherheit zu nutzen, und dem Interesse der nationalchinesischen Regierung, die Invasion der chinesischen Kommunisten auf Taiwan zu verhindern. Folglich, blieb Taiwan ein wichtiges Glied im westpazifischen Verteidigungsgürtel der Eindämmungsstrategie der USA.

2. Die Taiwan-Frage in der Phase der Veränderung der Konstellation des Kalten Krieges:

Die Détente-Politik zwischen den USA und der SU zeigte Ende der 1960er Jahre konkrete Erfolge. Gleichzeitig eröffnete der sowjetisch-chinesische Konflikt strategische Vorteile, die die USA aus einer Annäherung an die VR China ziehen konnten. Vor diesem Hintergrund wurde China für die USA strategisch bedeutsam, ebenso wie die USA für China strategisch wichtig wurden.

Anfang der 1970er Jahre erschien Taiwan ein weiteres Mal auf der internationalen Agenda, als die US-Regierung beschloss, ihre außenpolitische Strategie und ihre Strategie hinsichtlich der VR China zu verändern. Im Februar 1972 wurde im Zuge des Besuches von Präsident Nixon in der VR China das Shanghai-Kommuniqué unterzeichnet, einem politisch einschneidenden Ereignis, da darin von amerikanischer Seite das „Ein-China-Prinzip“ als Position der beiden chinesischen Regierungen anerkannt wurde und endlich die Reduzierung der militärischen Präsenz der USA auf Taiwan zugesagt wurde. Das war der Zeitpunkt, an dem die amerikanisch-chinesischen Beziehungen als vorher informale Partnerschaft sich zu einer gegen die Sowjetunion gerichteten strategischen Partnerschaft entwickelten.

Für die gemeinsamen strategischen Interessen gegen die SU schlossen die USA und China den Kompromiss, die Taiwan-Frage vorübergehend zur Seite zu legen, und unterzeichneten letztlich das Gemeinsame Kommuniqué zu den diplomatischen Beziehungen vom Dezember 1978. Aus der Entscheidung, die VR China offiziell anzuerkennen, resultierte, dass der nationalchinesischen Regierung auf Taiwan die einzige formale sicherheitspolitische Garantie verloren ging.

3. Die Taiwan-Frage nach dem Ende des Kalten Krieges:

Mit dem Ende der kommunistischen Regime in Osteuropa, der Wiedervereinigung Deutschlands und der Auflösung der Sowjetunion kam es zu weitreichenden Veränderungen im internationalen System, wobei die Vereinigten Staaten die einzige Supermacht nach dem Ende des Ost-West-Konflikts sind. So entstanden mit dem Abbau der Bipolarität und aufgrund der neuen Machtverhältnisse zwischen den Großmächten neue internationale Rahmenbedingungen.

Nachdem der russische Einfluss in der Region immer mehr nachließ und dafür China als regionale Macht immer bedeutender wurde, kam es in der regionalen Gewichtung der Großmächte in Ostasien wie auch in den strategischen Beziehungen zwischen China und den USA zu wesentlichen Veränderungen. China entwickelte sich wieder zu einem Unsicherheitsfaktor für die Stabilität im westpazifischen Raum, eine Tatsache, die für die Strategie der USA Konsequenzen haben wird. Darum besteht die größte Herausforderung für die USA darin, gemeinsam mit der ostasiatischen Großmacht China eine stabile Beziehung zu schaffen. Neben vielen anderen Problemen handelt es sich bei der Taiwan-Frage nach wie vor um die schwierigste in den chinesisch-amerikanischen Beziehungen.

Da Selbstbestimmung und Unterstützung der Demokratie fundamentale amerikanische Werte sind, unterstützen die Amerikaner Taiwans Autonomie von Chinas Kontrolle. Daher schafft das Beharren Chinas, dass Taiwan ein Teil Chinas ist, einen Konflikt von politischen und strategischen Interessen zwischen den USA und China. Amerikas Verpflichtung gegenüber der Sicherheit Taiwans ist ein wichtiger Grundsatz der US-amerikanischen Ostasienpolitik, deren Abschwächung Amerikas Willen in Frage stellen würde, sich weiterhin an der ostasiatischen Sicherheit aktiv zu beteiligen, und möglicherweise kontraproduktive Reaktionen von den amerikanischen Verbündeten in der gesamten Region hervorrufen würde.

In der Zukunft ist die Taiwan-Frage immer noch ein gefährliches Dilemma und ein Konfliktherd für die USA in ihrer strategischen Beziehung zu China, die zu einem militärischen Konflikt führen könnte, der gleichzeitig die Sicherheit und die gesamte strategische Lage im asiatisch-pazifischen Raum destabilisieren würde.

Ausblick:

Das obige Modell der strategischen Interaktion in der Taiwan-Frage ist auch hilfreich, um zu untersuchen, wie sich die Politik der einzelnen Akteure in diesem Dreieck gestaltet. Im Folgenden wird eine abstrakte Beschreibung der Politik und der Ziele, die jeder der drei Akteure derzeit verfolgt, gegeben.

Im Rahmen der US-Strategie für Ostasien und den Pazifik wird die amerikanische "Status-quo-Politik" in der Taiwan-Frage in Zukunft fortgesetzt werden. Die USA werden weder Taiwan bei ihren Unabhängigkeitsbestrebungen unterstützen noch China erlauben, eine Wiedervereinigung mittels Gewalt anzustreben. Zur genaueren Beschreibung der Politik und auf der Grundlage der strategischen Konfiguration des Dreiecks der Straße von Taiwan seit Mitte der 1990er Jahre sind die Hauptinhalte der US-Politik in der Taiwan-Frage folgende:

1. Die Vermeidung eines bewaffneten Konflikts zwischen Taiwan und China aufgrund der hohen Wahrscheinlichkeit einer amerikanischen Verwicklung und die Bemühungen zur Beibehaltung der Stabilität in der Region.
2. Das Insistieren, dass jede Lösung der taiwanisch-chinesischen Differenzen friedlich geschehen muss und der Zustimmung des taiwanischen Volkes bedarf.
3. Das Festhalten am Taiwan Relation Act (TRA) wie auch die Beibehaltung der vielfältigen Beziehungen mit Taiwan, die sich seit 1979 entwickelt haben. Insbesondere die Beibehaltung der Erweiterungen des TRA, die festsetzen, dass die Insel mit Verteidigungsgerät und damit verbundenen Serviceleistungen von einer Qualität und Quantität versorgt wird, die nötig ist, um ein ausreichendes Selbstverteidigungspotential aufrecht zu halten. Darüber hinaus das Festhalten an den Erweiterungen des TRA, die festlegen, dass die Vereinigten Staaten die Fähigkeit beibehalten, gegen jede Gewaltanwendung oder andere Formen von Zwang Widerstand zu leisten, die die Sicherheit oder das soziale und ökonomische System der Menschen in Taiwan gefährden.
4. Gleichzeitig dazu soll die taiwanische Regierung von Maßnahmen wie der Erklärung der Unabhängigkeit oder anderen schwerwiegenden Veränderungen des Status quo, die eine militärische Reaktion von Seiten Chinas provozieren könnten, abgehalten werden.

5. Das Zunichtemachen jeglicher Versuche Chinas, Amerikas Vormachtstellung im asiatischen Pazifik anzufechten; Reduzierung der Spannungen in der ostasiatischen Region und die konstruktive Einbindung der Volksrepublik China in das internationale System.

In der Taiwan-Frage ist Washingtons "Ein-China"-Politik entscheidend in der Doppel-erwartung begründet, dass jede Lösung friedlich sein muß und dass beide Seiten Maßnahmen vermeiden, die die Spannungen erhöhen würden, speziell Taiwans Erklärung seiner Unabhängigkeit und die militärischen Drohungen der Volksrepublik China. Die amerikanische Politik bemüht sich, ausreichende Unterstützung für Taiwan zu zeigen, um das Festland von einem nicht provozierten Angriff abzubringen und ohne Taipeh zu einem potentiell destabilisierenden Verhalten zu ermutigen. Das bedeutet, dass sich die Vereinigten Staaten in einer Situation befinden, in der sie die Unterstützung für Taiwan vorsichtig modulieren müssen, um nicht in einen ungewollten Konflikt verwickelt zu werden. Trotzdem gibt es bei einer konstanten US-Politik gegenüber Taiwans Status und Zukunft keine Veränderung in der Sicherheitspolitik der Insel.

Chinas politische Ziele in der Taiwan-Frage können sowohl hinsichtlich der strategischen Konfiguration in der Region Ostasiens und des Pazifiks als auch im Rahmen des Mini-Dreiecks wie folgt zusammengefaßt werden:

1. Beendigung des Bürgerkriegs und Sicherung der territorialen Integrität Chinas durch das Erreichen der Wiedervereinigung, um eine souveräne internationale Einheit zu bilden, die als "China" bekannt wäre und durch die Regierung der Volksrepublik China international repräsentiert würde, mit der gleichzeitigen Zusicherung eines Sonderstatus für Taiwan (eine Variante von "ein Land, zwei Systeme", anders als bei Hongkong und Macao).
2. Beibehaltung der Hauptpolitik einer friedlichen Wiedervereinigung, jedoch unter Vorbehalt des Rechts, Gewalt in dieser rein innenpolitischen Angelegenheit anzuwenden.
3. Isolierung und Delegitimierung der taiwanischen Regierung als Staatsakteur im internationalen System.

4. Reduzierung des Einflusses der Vereinigten Staaten auf Taiwan und seiner unterstützenden Kontakte mit der Insel - besonders in Bezug auf die Waffenverkäufe und die militärische Zusammenarbeit (all dies wird als Ermutigung für Taiwans Ablehnung der Initiativen des Festlandes und als Unterstützung des Unabhängigkeitsgefühls verstanden).
5. Reduzierung der Spannungen im strategischen Konkurrenzkampf mit den Vereinigten Staaten, um die Sicherheit der Volksrepublik China zu unterstützen und eine internationale Umgebung zu schaffen, die der Entwicklung seiner "umfassenden nationalen Macht" (Comprehensive National Power) förderlich ist.

Taiwans Position zu den chinesisch-taiwanischen Beziehungen könnte in den folgenden Hauptpunkten zusammengefaßt werden:

1. Beibehaltung des gegenwärtigen Status quo, der weiterhin Taiwans de-facto-Status als "souveräner, unabhängiger" Staat garantiert.
2. Vermeidung militärischer Konfrontation mit dem Festland bei gleichzeitiger Ablehnung seiner Bedingungen ("Ein China"/das Festland und Taiwan gehören beide zu China), deren Annahme innenpolitisch und international als Bereitschaft Taipehs gesehen werden könnte, die Vereinigung unter den derzeitig von Beijing angebotenen Bedingungen zu akzeptieren.
3. Vergrößerung der internationalen Präsenz und des Profil Taiwans, um dem Status eines souveränen Staates näherzukommen und somit die innenpolitische Legitimität zu vergrößern; Erweiterung der globalen Unterstützung für den Status quo in der Straße von Taiwan, und Beibehaltung/Förderung der ökonomischen Beteiligung an der Weltwirtschaft.
4. Verbesserung der ökonomischen Beziehungen mit dem Festland, um dessen wirtschaftliches Potential zu erhalten und damit das Wachstum in Taiwan zu unterstützen und die wirtschaftlichen Kosten eines bewaffneten Konflikts in der Straße von Taiwan für das Festland zu erhöhen; es sollte verhindert werden, dass die taiwanische Wirtschaft ausgehöhlt wird oder in Abhängigkeit vom Festland gerät.
5. Erhaltung von dynamischen und vielfältigen Beziehungen mit den Vereinigten Staaten, um Taiwans Sicherheit gegen eine militärische Bedrohung vom Festland zu garantieren.

6. Minimierung und Begrenzung einer amerikanischen Annäherung an China, die in Taiwan als nachteilig für die taiwanischen Sicherheitsinteressen gesehen wird und die innenpolitische Moral untergräbt.

7. Das Zeigen einer offenen Einstellung in Bezug auf die zukünftige Beziehung mit dem Festland und auf die Art und Weise, in der diese zukünftige Beziehung durch Verhandlungen – auch auf Regierungsebene - etabliert werden könnte.

Diese Zusammenfassung der jeweiligen Politiken Taiwans und Chinas impliziert, dass, abgesehen vom innerlich misstrauischen Charakter der Washington-Taipeh-Beijing-Beziehung, in den widersprüchlichen Politikzielen beider Seiten und ihren wettstreitenden Formeln für Taiwans Status zukünftige Unsicherheiten für das Taiwan-Straße-Dreieck liegen.

Besonders die Beziehungen über die Straße von Taiwan bleiben komplex und nuanciert, und die Dynamik der Beziehungen kann sich ändern. Dadurch ergeben sich einige wichtige Fragen in Bezug auf die Zukunft der Dreiecksbeziehung: Wird das Dreieck weiterhin mit widersprüchlichen Zielen auf allen Seiten bestehenbleiben und dadurch eine Situation erzeugen, die weder Krieg noch Frieden darstellt? Werden sich die widersprüchlichen Ziele eines oder mehrerer Akteure so verändern, dass eine permanente Lösung politisch möglich wird? Oder wird eine solche Veränderung zu einem bewaffneten Konflikt führen, der für immer die Dynamik der Beziehungen in der Straße von Taiwan verändern wird?

Das unwahrscheinlichste Ergebnis scheint eine endgültige Verhandlungslösung der Taiwan-Frage zu sein. Eine solche Lösung würde fundamentale Veränderungen in Grundsätzen erfordern, die bis heute fest bei allen drei Akteuren verwurzelt sind, besonders bei denen von Taiwan und China. Die wahrscheinlichste Möglichkeit wird die Fortsetzung des instabilen Gleichgewichts in diesem Dreieck sein. In den letzten Jahren existieren - bei wenig Ansporn auf irgendeiner Seite, Kompromisse einzugehen - auch schwerwiegende Gründe dafür, warum keine von ihnen einen bewaffneten Konflikt provozieren möchte. Ein friedlicher Status quo war bisher in der Tat für alle Parteien vorteilhaft. Ein offener Konflikt würde unkalkulierbare Risiken für jeden Beteiligten mit sich bringen, vor allem für Taiwan, aber auch für die Volksrepublik China,

die Vereinigten Staaten und die Region im Allgemeinen. Aus diesem Grund ist es wahrscheinlich, dass das instabile Gleichgewicht das bevorstehende Szenario im Gebiet der Straße von Taiwan sein wird. Das ist jedoch nicht unbedingt ein optimistisches Ergebnis. Es darf nicht vergessen werden, dass es paradoxerweise ebenso wahrscheinlich ist, dass ein fortdauernder Status quo zu einem Konflikt führt, wie er auch die Grundlage für die Auflösung des Fundaments des gefährlichen „Dreiecks der Straße von Taiwan“ seit 1950 liefern könnte.

Empfehlung:

Die Taiwan-Frage bleibt der fundamentale Grund für die Instabilität der bilateralen Beziehungen und schafft Umstände, die letztendlich einen militärischen Konflikt zwischen China und den Vereinigten Staaten zur Folge haben könnten. China und Taiwan sind weiterhin gänzlich unterschiedlicher Meinung hinsichtlich des politischen und internationalen Status Taiwans. Es ist sehr unwahrscheinlich, dass in naher Zukunft Fortschritte in Richtung auf politische Verhandlungen zwischen beiden Seiten gemacht werden. Die Situation bleibt aufgrund der auf beiden Seiten der Taiwan-Straße vorhandenen Sensibilität hinsichtlich der Unabhängigkeitsfrage sehr heikel, insbesondere mit Blick auf die bisherige Unabhängigkeitsbefürwortung der Demokratischen Fortschrittspartei (DPP) und der Notwendigkeit für Präsident Chen, eine Möglichkeit zu finden, Taiwans besonderer (wenn nicht sogar unabhängigen) Status aus innenpolitischen Gründen zu unterstreichen. Daher bleibt die Führung der Volksrepublik China Chen gegenüber misstrauisch und glaubt, dass seine Strategie darin besteht, den Status quo langsam und in zunehmendem Maße zu ändern.

Da die fundamentalen Unterschiede tatsächliche politische Verhandlungen unmöglich machen, sollte die US-Politik es sich zum Ziel setzen, die Situation so stabil wie möglich zu halten und Fehleinschätzungen auf beiden Seiten zu vermeiden, die zu einem bewaffneten Konflikt führen könnten. Insbesondere die politische und soziale Dynamik Taiwans und Beijings Anhäufung militärischer Macht könnten derart zusammenwirken, dass sich die Wahrscheinlichkeit eines Konflikt demnächst erhöht. Die Vereinigten Staaten haben ein großes strategisches nationales Interesse an der Bewahrung des Friedens und der Stabilität und an der Vermeidung provokativer Aktionen oder Zwangsmaßnahmen einer der beiden Seiten. Jede Krise durch Taiwan birgt ein vorher-

sehbares Problem mit der Möglichkeit eines direkten Militärkonfliktes zwischen China und den Vereinigten Staaten in sich. Würden die USA tatenlos zusehen, wenn China einen unprovzierten Angriff gegen Taiwan wagt, wäre dies ein furchtbarer Schlag für die amerikanische Glaubwürdigkeit und Führung in Ostasien und in der gesamten Welt.⁴¹⁸

Wenn sie sich weiterhin gegen eine auf lange Sicht mögliche Entwicklung eines Chinas und die Möglichkeit einer Konfrontation wegen Taiwan absichern wollen, müssen die Vereinigten Staaten einen hohen Grad an Überlegenheit gegenüber den regionalen Akteuren beibehalten und damit die regionale Stabilität bewahren und insbesondere einen Konflikt in der Straße von Taiwan verhindern. Die Vereinigten Staaten müssen fähig sein, zwei Positionen im Gleichgewicht halten: (1) ein klares, glaubwürdiges Engagement in der Bereitstellung von Verteidigungspotential für Taiwan und, im Zweifelsfalle, die Intervention zugunsten Taiwans; (2) politische Versicherungen, dass die Vereinigten Staaten weder jetzt noch in Zukunft beabsichtigen, ihre Überlegenheit zu nutzen, um Beijings nationalem Hauptinteresse durch die Unterstützung der Unabhängigkeit Taiwans zu schaden.⁴¹⁹ Die US-Regierung sollte gegenüber der Volksrepublik China weiterhin klarstellen, dass die USA angesichts der chinesischen militärischen Aufrüstung in Übereinstimmung mit dem Taiwan Relations Act weiterhin Verteidigungswaffen an Taiwan verkaufen werden und dass Einschüchterung und Zwang amerikanische Reaktionen hervorrufen würden. Ebenso sollte die US-Regierung Taiwan weiterhin versichern, dass die amerikanische Unterstützung für Taiwan stark und gesichert ist, jedoch immer unter der Voraussetzung, dass es Maßnahmen vermeidet, die unnötige Spannungen provozieren würden.

Taiwan sollte wissen, dass die Vereinigten Staaten auch mit der Erfüllung ihrer Verpflichtungen gemäß dem Taiwan Relations Act eine einseitige Erklärung der Unabhängigkeit Taiwans nicht unterstützen werden. Solch eine Erklärung würde als Provokation angesehen werden, und es wäre höchst unwahrscheinlich, dass die USA Taiwan zu Hilfe eilen würden, falls diese Erklärung eine militärische Konfrontation mit der

⁴¹⁸ Der derzeitige US-Präsident Bush hat erklärt, dass die Vereinigten Staaten „alles tun würden“, um die Insel im Falle eines chinesischen Angriffs zu verteidigen.

⁴¹⁹ Vgl. Christensen, Thomas: „The Contemporary Security Dilemma: Deterring a Taiwan Conflict“, in: *The Washington Quarterly*, Autumn 2002, S. 8.

Volksrepublik China zur Folge hätte. China muss begreifen, dass das Insistieren der USA auf einer Lösung des Problems mit friedlichen Mitteln ernst gemeint ist, auch wenn die Vereinigten Staaten ihre „Ein-China-Politik“ weiterhin beibehalten und Taiwans Unabhängigkeit nicht unterstützen. China muss weiterhin verstehen, dass militärische Maßnahmen Chinas gegen Taiwan die Gefahr eines Krieges mit den Vereinigten Staaten heraufbeschwören würden, in jedem Falle aber den Abbruch der amerikanisch-chinesischen Beziehungen zur Folge hätten und China von der Weltgemeinschaft isolieren würden.

Beide, Taiwan und China, sollten begreifen, dass die Priorität für beide Parteien weder Unabhängigkeit noch Vereinigung ist, sondern Frieden und wirtschaftliche Entwicklung, und dass die praktische Aufgabe eher in der Vermeidung einer Konfrontation oder eines Konflikts besteht und weniger im Streben nach einer endgültigen Lösung. Der Frieden könnte davon abhängen, ob beide Seiten in der Lage sind, einen Weg zu finden, Bestrebungen nach verfrühten Lösungen zu vermeiden, einschließlich Lösungen durch Verhandlungen. Aufgrund der grundlegenden Unterschiede zwischen beiden Gesellschaften gibt es derzeit kaum eine Basis für einen Kompromiss zu irgendeiner endgültigen Lösung, und das Scheitern eines solchen Versuchs selbst könnte Druck erzeugen, sich anderen Mitteln zuzuwenden.

In gewissem Sinne geht es bei dem Problem darum, ob jede Seite ausreichend Vertrauen darauf hat, dass die Zeit auf ihrer Seite ist und dass sie daher einen unsicheren, sich langsam verlagernden Status quo möglicherweise akzeptiert. Andererseits könnte Beijing sich sorgen, dass Taiwan, das zunehmend demokratischer wird, während China unter Parteiherrschaft bleibt, seine chinesische Identität ablegt, während die Jahre der tatsächlichen Abspaltung voranschreiten, und dass die Vereinigten Staaten Taiwans Unabhängigkeitsbestrebungen im Laufe der Zeit zunehmend unterstützen würden. Taiwans Sorge könnte darin bestehen, dass Chinas zunehmende wirtschaftliche und militärische Macht die Insel noch stärker international isolieren, wirtschaftlich abhängig machen und militärisch überwältigen könnte.

Trotz allem kann Chinas wirtschaftliches Wachstum (und möglicherweise Taiwans Beispiel eines demokratischen Systems in einer chinesischen Kultur) zu einem politi-

schen Wandel führen, der neue Möglichkeiten für eine gänzlich andere politische Beziehung eröffnet als die derzeit existierende oder eine, von der beide Seiten sich im Augenblick nicht vorstellen können, dass sie sie akzeptieren würden. In jedem Falle kann die weiterführende wirtschaftliche Interdependenz Spannungen reduzieren und beide Seiten dazu bringen, sich nicht zu sehr auf einen abstrakten Legalismus und Prinzipien in den Beziehungen zu konzentrieren, sondern vielmehr auf praktische Kooperation und Stabilität. Keine der beiden Seiten kann sicher sein, dass die Zeit für sie arbeitet, aber jede muss erkennen, dass, auch wenn dies nicht ganz zufriedenstellend ist, ein fortgesetzter Frieden eher im eigenen Interesse ist als Konfrontation und Krise.

Literaturverzeichnis

Monographien und Aufsätze in Zeitschriften und Sammelbänden

Aron, Raymond/ Bernard, Jessie / Pear, T. H., *The Nature of Conflict – Studies on the sociological aspects of international tensions*, Paris 1957.

Asian Development Bank, *Emerging Asia*, Manila 1997.

Auw, David C.L., *Commitment, Policy Legacy, and Policy Options: The U.S.-R.O.C. Relations Under Reagan*“, in: *Issue & Studies*, 18 (1982) 3, S.8-26.

Axelrod, Robert / Keohane Robert O., „Achieving Cooperation under Anarchy: Strategies and Institutions“, in: Baldwin, David (ed.): *Neorealism and Neoliberalism-The Contemporary Debate*, New York 1993, Kapitel 4.

Baker, James A., „America in Asia: Emerging Architecture for a Pacific Community“, in: *Foreign Affairs*, 70 (Winter 1991/92) 5, S. 1-40.

Baldwin, David (ed.), *Neorealism and Neoliberalism-The Contemporary Debate*, New York 1993.

Baldwin, David, „Neoliberalism, Neorealism, and world Politics“, in: Baldwin, David (ed.): *Neorealism and Neoliberalism – The Contemporary Debate*, New York 1993, S.209-233.

Barnett, A. Doak, „The Changing Strategic Balance in Asia“, in: Hsiao, Gene T. (ed.), *Sino-American Détente and Its Policy Implications*, New York 1974, S. 22-45.

Barnett, A. Doak, „Dangerous Dilemmas. The Unresolved Problem of Taiwan’s Future“, in: *American Foreign Policy Interests*, 18 (1996) 4, S. 5-20.

Bau, Tzong Ho, „Taipei Peking Interaction as a Two Person Conflict: A Game Theoretical Analysis 1949-88“, in: *Issues & Studies*, 27 (1991) 10, S. 72-96.

Baum, Julian, “Tightrope”, in: *Far Eastern Economic Review*, September 14, 2000.

Bernstein, Richard und Munro, Ross H., „The Coming Conflict with American“, in: *Foreign Affairs*, 76 (1997) 2, S. 18-32.

Bernstein, Richard/Munro, Ross H., *The coming conflict with China*, New York 1997.

Bergsten, C. Fred: “APEC and World Trade”, in: *Foreign Affairs*, May/June 1994, S. 20-26.

Betts, Richard K.: “Wealth, Power and Instability: East Asia and the United States after the Cold War,” in: *International Security*, 18 (Winter 1993-94) 3, S. 35-77.

Brzezinski, Zbigniew, *The Grand Chessboard. American Primacy and its Geostrategic Imperatives*, New York 1997.

Buruma, Ian, „Taiwan’s New Nationalists“, in: *Foreign Affairs*, 75 (1996) 4, S. 77-91.

Campbell, Kurt M. / Mitchell, Derek F., “Crisis in the Taiwan Strait? ”, in: *Foreign Affairs*, 80 (2001) 4, S. 14-25.

Carpenter, Ted Galen, “Let Taiwan Defend Itself,” in: *Cato Policy Analysis*, 313 (August 1998).

Chang, Han-Yu /Myers, Roman H., “Japanese Colonial Development Policy in Taiwan, 1895-1906: A Case of Bureaucratic Entrepreneurship”, in: *Journal of Asian Studies*, 22(1963), S. 433-449.

Chang, Joanne Jaw-ling. 1995-1996 Taihai Weiji: Huaifu, Beijing, Taipei Zhi Juetse Xiwu Janto, Taipeh 1998.

Chang, Parris H., „Beijing's Policy Toward Taiwan: An Elite Conflict Model”, in: Cheng, Tun-Jen (ed.), *Inherited Rivalry. Conflict across the Taiwan Strait*, Lynne Rienner 1995, S. 65-79.

Chao, Chien-Min, „Taiwan's Identity Crisis and Cross Strait Exchanges”, in: *Issues & Studies*, 30 (1994) 4, S. 1-13.

Chen Jian, China's Road to the Korean War: The Making of the Sino-American Confrontation, New York 1994.

Chen, Qimao: “The Taiwan Strait Crisis: Causes, Scenarios, and Solutions”, in: Zhao, Suisheng (ed.), *Across the Taiwan Strait: Mainland China, Taiwan, and the United States*, New York 1999, S. 127-159.

Chen, Te Sheng, Zhongnanhai zhengjing dongxiang (Beijing's recent political and economic trends), Taipeh 1992.

Cheng, Joseph Y., “Sino-ASEAN relations in the early twenty-first century”, in: *Contemporary Southeast Asia*, 3 (2001) 23, S. 420-451.

Cheng, Tun-Jen, „On Taiwan-Mainland Dyad“, in: *Issues & Studies*, 29 (1993) 2, S. 36-55.

Cheng, Tun-Jen, „The Mainland China-Taiwan Dyad as a Research Program“, in: Cheng, Tun-Jen (ed.): *Inherited Rivalry. Conflict across the Taiwan Strait*, Lynne Rienner 1995. S.1-22.

Chiao-Min, Taiwan-ilha Formosa: A Geography in Perspective, Washington D.C. 1964.

Chiu, Hungdah (ed.), China and the Question of Taiwan. Documents and Analysis, New York 1973.

Chiu, Hungdah, "The Question of Taiwan in Sino-American Relations", in: Chiu, Hungdah (ed.), *China and The Taiwan Issue*, New York 1979, S. 147-211.

Chou, David S., "The Role of the U.S. President and Congress in American Foreign Policy-Making, with Special Reference to the Making and Implementation of the Taiwan Relations Act", in: *Issues & Studies*, 20 (1984) 3, S. 41-66.

Christensen, Thomas F., „Chinesische Realpolitik“, in: *Foreign Affairs*, 75 (1996) 5, S.37-52.

Christensen, Thomas, "China, the U.S.-Japan Alliance, and the Security Dilemma in East Asia," in: *International Security*, 23 (Spring 1999), S. 49–80.

Christensen, Thomas, "Theater Missile Defense and Taiwan's Security," in: *Orbis*, 44 (Winter 2000), S. 79–90.

Christensen, Thomas, "The Contemporary Security Dilemma: Deterring a Taiwan Conflict", in: *The Washington Quarterly*, Autumn 2002, S. 7-21.

Chu, Yun-han und Lin, Tse-min,, "The Process of Democratic Consolidation in Taiwan: Social Cleavage, Electoral Competition, and the Emerging Party System", in: Tien, Hung-mao (ed.), *Taiwan's Electoral Politics and Democratic Transition: Riding the Third Wave*, New York 1996, S. 79-104.

Clarke, Jonathan, "APEC as a Semi-solution", in: *Orbis*, Winter 1995, S. 81-95.

Clough, Ralph N., "The Republic of China and the World", in: Chiu, Hungdah/leng, Shao-chuan (eds.), *China, Seventy Years After the 1911 Hsin-hai Revolution*, Charlottesville 1984, S.524-557.

Clough, Ralph N., *Island China*, Cambridge 1978.

Clough, Ralph N., *Reaching Across the Taiwan Strait: People-to-People Diplomacy*, Boulder 1993.

Cohen, Warren I., "China's Strategic Culture," in: *Atlantic Monthly*, 279 (March 1997) 3, S. 103–105.

Copper, John F., *China Diplomacy: The Washington-Taipei-Beijing Triangle*, Boulder 1992.

Czempiel, Ernst-Otto, „Aktivieren, reformieren, negieren? Zum 50jährigen Bestehen der Vereinten Nationen“, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B42 /1995, S.36-45.

Daase, Christopher, „Regel oder Ausnahme? - Der Golfkrieg und die Zukunft der amerikanischen Interventionspolitik“, in: Matthias Dembinaki/Peter Rudolf/Jürgen Wilzewski (Hrsg.), *Amerikanische Weltpolitik nach dem Ost-West-Konflikt*, Baden Baden 1994.

Dittgen, Herbert, „Das Dilemma der amerikanischen Außenpolitik: Auf der Suche nach einer neuen Strategie“, in: Dittgen, Herbert/Minkenberg, Michael (Hrsg.), *Das amerikanische Dilemma—Die Vereinigten Staaten nach dem Ende des Ost-West-Konflikts*, Paderborn 1996, S. 291-317.

Dittmer, Lowell, „The Strategic Triangle: An Elementary Game-Theoretical Analysis“, in: *World Politics*, 33 (1981) 4, S. 485-516.

Fang, Hao, „Looking at the Chinese Sovereignty over Taiwan and Penghu from Some Historical Documents“, in: *Chung-yüan wen-hua yü Taiwan (Chinesische Kultur und Taiwan)*, Taipeh 1971, S. 355-379.

“Focus on Asia-Pacific Economic Cooperation- Summary of November 1993 Meeting“, in: *U.S. Department of State Dispatch*, 5 (January 1994) 5, S. 49-52.

Foster, Richard B., "Strategy and the American Regime", in: *Comparative Strategy*, 19 (2000) 4, S.287-300.

Freeman, Charles W., "The Process of Rapprochement: Achievements and Problems", in: Hsiao, Gene T./Witunski, Michael (eds.), *Sino-American Normalization and Its Policy Implications*, New York 1983, S. 3-27.

Friedberg, Aaron L., "Ripe for Rivalry: Prospects for Peace in a Multipolar Asia," in: *International Security*, 18 (Winter 1993-94) 3, S. 5-33.

Friedman, Edward, "Real interests of China and America in the Taiwan Area", in: Cohen, Alan Jerome et al., *Taiwan and American Policy. The Dilemma in U.S.-China Relations*, New York 1971, S. 38-78.

Funabashi, Yoichi / Oksenberg, Michael / Weiss, Heinrich, China auf dem Wege zur Großmacht. Konsequenzen in einer interdependenten Welt. Ein Bericht an die Trilateral Kommission, Bonn 1994.

Funabashi, Yoichi, „Japan and the New World Order“, in: *Foreign Affairs*, 75 (Winter 91/92) 5, S. 58-74

Funabashi, Yoichi, *Alliance Adrift*, New York 1999.

Gaddis, John Lewis, "The Strategic Perspective: The Rise and Fall of the Defense Perimeter Concept, 1947-1951," in: Borg, Dorothy/Heinrichs, Waldo (eds.), *Uncertain Years: Chinese-American Relations, 1947-1950*, New York 1980, S. 61-118.

Gao, Jindian (Hrsg.), *Guoji Zhanlue Gailun* (Einführung der internationalen Strategie), Beijing 1995, S. 321–323.

Garver, John W., *Face Off: China, the United States, and Taiwan's Democratization*, Seattle 1997.

Garver, John W., *The Sino-American Alliance. Nationalist China and American Cold War Strategy in Asia*, New York 1999.

Geldenhuis, Deon: *Isolated States: A comparative Analysis*, Cambridge 1990.

Ghai, Yash, *Human Rights and Governance: The Asia Debate*, San Francisco 1994.

Gilbert, Stephen P. / Carpenter, William M., *America and Island China: A Documentary History*, Lanhanl 1989.

Gill, Bates: "Limited Engagement," in: *Foreign Affairs*, 78 (July-August 1999) 4, S. 65-76.

Goldgeier, James, "NATO-Enlargement. Anatomy of a Decision", in: *The Washington Quarterly*, 21 (Winter 1998) 1, S. 85-102.

Haftendorn, Helga, „Theorie der internationalen Beziehungen“, in: Woyke Wichard (Hrsg.), *Handwörterbuch Internationale Politik*, 4. Auflage, Opladen 1990, S. 480-490.

Halliday, Fred: „The End of the Cold War and International Relations: Some Analytical and Theoretical Conclusions“, in: Booth, Ken/Smith, Steve (eds.), *International Relations theory Today*, Pennsylvania 1995, S. 38-61.

Harding, Harry, American Security policy in the Pacific Rim, in: Weltman, Jihn J/Nacht, Michael/Quester, George H (eds.), *Challenges to American National Security in the 1990s*, New York 1991, S. 131-152.

Harding, Harry, "Asia Policy to the Brink", in: *Foreign Policy*, 96 (1994), S.57-74.

Harding, Harry: „Die Zukunft der USA als Stabilitätsmacht in Asien/Pazifik“, in: Maull, Hans W./Segal, G./Wanandi, J.(Hrsg.), *Europa und Asien-Pazifik*, München 1999, S. 177-192.

He, Di, "The Evolution of the People's Republic of China's Policy toward the Off-shore Islands", in: Cohen, Warren I. /Iriye, Akira (eds.), *The Great Powers in East Asia 1953-1960*, New York 1990, S. 222-245.

Hellmann, Gunther/Wolf, Reinhard, „Systemische Theorie nach dem Ende des Ost-West-Konflikts. Bilanz und Perspektiven der Neorealismus-Institutionalismus-Debatte“, in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 22 (1993) 2, S.153-167.

Herz, John H, *Staatenwelt und Weltpolitik. Aufsätze zur internationalen Politik im Nuklearzeitalter*, Hamburg 1974.

Hickey, Dennis Van Vranken, "America's Two Point Policy and the Future of Taiwan," in: *Asian Survey* 28 (August 1988) 8, S. 881-896.

Hickey, Dennis Van Vranken, "U.S. Policy and Taiwan's Reintegration into the Global Community," in: *Journal of Northeast Asian Studies*, 11(Spring 1992), S. 18–32.

Hickey, Dennis Van Vranken, *Taiwan Security in the Changing International System*, Boulder 1997.

Hoffmann, Stanley: "The Case for Leadership", in: *Foreign Policy*, 81 (Winter 1990/91), S. 20-38.

Hsieh, Chiao Chiao, *Strategy for Survival: The Foreign Policy and External Relations of the Republic of China on Taiwan, 1949–79*, London 1985.

Hsu, Chieh-lin, "The Republic of China and Japan", in: Wang, Yu-san (ed.), *Foreign Policy of Republic of China on Taiwan. An Unorthodox Approach*, New York 1990.

Huang, Chi / Kim, Woosang / Wu, Samuel S. G., „Rivalry Between the ROC and the PRC: An Expected Utility Theoretical Perspective“, in: Chen, Tun-jen (ed.), *Inherited Rivalry. Conflict across the Taiwan Strait*, Lynne Rienner 1995, S. 25-46.

Hughes, Christopher, *Taiwan and Chinese Nationalism*, London 1997.

Huiskens, Ron, „Civilizing the Anarchical Society: Multilateral Security Process in Asia-Pacific“, in: *Contemporary Southeast Asia*, 2 (2002) 24, S. 187-202.

Huntington, Samuel P., „Why International Primacy Matters“, in: *International Security*, 17 (Spring 1993) 4, S. 68-83.

Huntington, Samuel P., *Kampf der Kulturen. Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert*, München/Wien 1996.

Jeon, Jei Guk, „The Origins of Northeast Asian NICs in Retrospect: The Colonial Political Economy, Japan in Korea and Taiwan“, in: *Asian Perspective*, 16 (1992) 1, S.71-101.

Jiang Zemin, „Continue to Promote the Reunification of the Motherland,“ *Xinhua*, 30 January 1995.

Joffe, Josef, „Who’s Afraid of Mr. Big?“, in: *The National Interest*, 64 (summer 2001), S. 43-52.

Johnston, Alastair Iain, *Cultural Realism: Strategic Culture and Grand Strategy in Chinese History*, Princeton 1996.

Kao, Yung-kuang, „The Issue of China's Reunification: Analysis from Models of Game Theory“, in: *Zhongshan shehui kexue qikan (Journal of Social Sciences)*, 1 (1990) 1, S. 45-64.

Kast, Günter, *Der Schwierige Abschied von Der Vorherrschaft*, Münster 1998.

Kemenade, Willem Van, "Taiwan: Domestic Gridlock, Cross-Strait Deadlock," in: *Washington Quarterly*, Autumn 2001, S. 55-70.

Keohane, Robert O., *After Hegemony*, Princeton, N.J. 1984.

Khalilzad, Zalmay et al, *The United States and Asia: Toward a New U.S. Strategy and Force Posture*, RAND Publications MR 1315, Santa Monica 2001. S. XIII.

Kindermann, von Gottfried-Karl, "Zur Entstehungsgeschichte und Frühphase des Bürgerkrieges in China 1927-1949", in: Kindermann, von Gottfried-Karl (Hrsg.), *Chinas unbeendeter Bürgerkrieg. Im Spannungsfeld Peking-Taiwan-USA 1949-1980*, Wien/München 1980, S. 25-40.

Kissinger, Henry A., *White House Years*, Boston 1979.

Krause, Joachim, *Strukturwandel der Nichtverbreitungspolitik*, München 1998.

Krauthammer, Charles, „The Unipolar Moment“, in: *Foreign Affairs*, 70 (1991) 1, S. 23-33.

Kreft, Heinrich, „Japan und die USA erneuern ihre Allianz“, In: *Außenpolitik*, 4/1997, S.379-396.

Kuhn, Thomas, *The Structure of Scientific Revolutions*, Chicago 1962.

Kuo, Cheng-Tian, „Economic Statecraft Across the Taiwan Strait“, in: *Issues & Studies*, 29 (1993) 10, S. 19-37.

Kuo, Ting-Yi, "History of Taiwan", in: Chiu, Hungdah (ed.), *China and the Question of Taiwan*, Documents and Analysis, New York 1973, S.3-27.

Lai, Tse-han/Myers, R. H. /Wei, W., *A tragic Beginning: The Taiwan Uprising of February 28, 1947*, Stanford 1991.

Lamley, Harry J, "The 1895 Taiwan Republic, A Significant Episode in Modern Chinese History", in: *Journal of Asian Studies*, 27 (1968), S. 739-762.

Lampton, David M., „America's China Policy in the Age of the Finance Minister: Clinton Ends Linkage", in: *The China Quarterly*, (September 1994) 139, S. 597-621.

Lampton, David M. / Ewing, Richard Daniel, U.S.-China Relations in a Post-September 11th World, Washington, D.C. 2002.

Langdon, Frank C., Superpower Maritime Strategy in the Pacific, London 1990.

Layne, Christopher, „The Unipolar Illusion – Why New Great Power will Rise", in: *International Security*, 17 (1993) 4, S. 5-51.

Lee, Bernice, The Security Implication of the New Taiwan, Adelphi Paper 331, London 1999.

Leifer, M., The ASEAN Regional Forum, IISS-Adelphi Paper 302, London 1996.

Lieberthal, Kenneth, „A New China Strategy“, in: *Foreign Affairs*, November/December 1995, S. 35-49.

Lien, Heng, Tai-Wan-Tung-Shih (Taiwan History), Taipeh 1954.

Lin, Bih-jaw, "Taipei-Washington Relations: Moving Toward Institutionalization", in: Chang, King-yuh (ed.), *ROC-US Relations Under the Taiwan Relations Act: Practice and Prospects*, Taipeh 1988, S. 40-52.

Link, Wenner, Der Ost-West-Konflikt. Die Organisation der internationalen Beziehungen im 20. Jahrhundert, Stuttgart/Berlin/Köln, 1980.

Link, Werner, Die Neuordnung der Weltpolitik: Grundprobleme globaler Politik an der Schwelle zum 21. Jahrhundert, München 1998.

Lo, Chih-Cheng / Lin Jih-Wen, „Between Sovereignty and Security: A Mixed Strategy Analysis of Current Cross-Strait Interaction“, in: *Issues & Studies*, 31 (March 1995) 3, S. 64-91.

Lord, Winston, „A New Pacific Community - Ten Goals for American Policy", confirmation Hearing of the Senate Foreign Relations Committee, 31. 3. 1993.

Mahathir's Interview, in: *Der Spiegel*, 21. August 1995, S. 136–139.

Mandelbaum, Michael, „Foreign Policy as Social Work“, in: *Foreign Affairs*, 75 (Januar/Februar 1996) 1, S.16-32.

Matthias Dembinaki/Peter Rudolf/Jürgen Wilzewski (Hrsg.), *Amerikanische Weltpolitik nach dem Ost-West-Konflikt*, Baden Baden 1994.

Maurer, Jürgen, *Taiwan in den Internationalen Beziehungen*, Hamburg 1996.

McNaugher, Thomas L.: „U.S. Military Forces in East Asia“, in: Curtis, Gerald L. (ed.), *The United States, Japan and Asia*, New York 1994, S. 184-215.

Meyers, Reinhard, „Die Theorie der internationalen Beziehungen zwischen Empirismus und paradigmatischer Koexistenz. Ein typologisch-taxonomischer Versuch“, in: Haungs, Peter (Hrsg.), *Wissenschaft, Theorie und Philosophie der Politik*, Baden-Baden 1990, S. 3-25.

Meyers, Reinhard, „Grundbegriffe, Strukturen und theoretische Perspektiven der Internationalen Beziehungen“, in: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.), *Grundwissen Politik*, Bonn 1993, S.229-333.

Meyers, Reinhard, „Metatheoretische und Methodologische Betrachtungen zur Theorie der internationalen Beziehungen“, in: Rittberger, Volker(Hrsg.), *Theorien der internationalen Beziehungen*, Opladen 1990, S. 48-68.

Meyers, Reinhard, Theorien der internationalen Beziehungen, in: Woyke Wichard (Hrsg.), *Handwörterbuch Internationale Politik*, 6. Auflage, Opladen 1995, S. 403-430.

Ming Chu-cheng, "Guoji tixi lilun yu liangan guanxi" (International systems theory and cross-strait relations), in: Bau Tzong-Ho/ Wu Yu-Shan (Hrsg.), *Zhengbian zhong de liangan guanxi lilun (Contending theories in the study of cross-straits relations)*, Taipeh 1999.

Moody, Peter R. Jr., Political Change on Taiwan, New York 1992.

Myer Ramon H. / Chao Linda, „Cross-Strait Economic Relations and Their Implications for Taiwan”, in: *Issues & Studies*, 30 (1994) 12, S. 97-112.

Nacht, Alexander, "U.S. Foreign Policy Strategies", in: *The Washington Quarterly*, 18(Sommer 1995) 3, S. 195-210.

Nathan, Andrew J., „The Effect of Taiwan's Political Reforms on Taiwan-Mainland Relations”, in: Chang, King-Yuh (Hrsg.), *Zhonghua minguo minzhuhua: Guocheng, zhidu yu yingxiang (Democratization in the Republic of China: Process, institution, and impact)*, Taipeh 1992, S.379-397.

Nathan, Andrew/ Ross Robert, *The Great Wall and the Empty Fortress: China's Search for Security*, New York 1997.

National Defense University, *China Debates the Future Security Environment*, Washington, D.C. 2000.

Niou, Emerson M. S., „An Analysis of the Republic of China's Security Issues”, in: *Issue & Studies*, 28 (1992) 1, S. 82-95.

Nye, Joseph S. Jr., *Bound to Lead: The Changing Nature of American Power*, New York 1990.

Nye, Joseph S. Jr., „Soft Power”, in: *Foreign Policy*, 80 (Fall 1990), S. 153-171.

Nye, Joseph S. Jr., „What New World Order?”, in: *Foreign Affairs*, 71(Spring 1992) 2, S. 83-96.

Nye, Joseph S. Jr., „The Case for Deep Engagement ”, in: *Foreign Affairs*, 74 (Summer 1995) 4, S. 90-102.

Nye, Joseph S. Jr., „Conflicts After the Cold War”, in: *The Washington Quarterly*, 19 (1996) 1, S. 5-24.

Nye, Joseph S. Jr., “International Conflicts After the Cold War”, in: The Aspen Institute, *Managing Conflict in the Post-Cold War World: The Role of Intervention*, Washington, D. C. 1996, S. 63-76.

Nye, Joseph S. Jr./William A. Owens, America’s Information Edge, in: *Foreign Affairs*, 2 (March/April 1996), S. 20-36

Nye, Joseph S. Jr., “China's Re-emergence and the Future of the Asia-Pacific”, in: *Survival*, 39 (Winter 1997-98) 4, S.65-79.

Nye, Joseph S. Jr., “As China rises, must other bow? ”, in: *The Economist*, Juni 1998, S. 21-24.

Nye, Joseph S. Jr., *The Paradox of American Power: Why the world’s only super-power can’t go it alone*, Oxford 2002.

Oksenberg, Michel, „China and the Japanese-American Alliance”, in: Curtis, Gerald L. (ed.): *The United States, Japan and Asia*, New York 1994, S.96-121.

Paal, Douglas H.: “China and the East Asian Security Environment: Complementarity and Competition”, in: Vogel, Ezra F. (ed.), *Living with China: U.S.-China Relations in the Twenty-first Century*, New York 1997, S. 97-119.

Peking Review, 16 (September 1973) 35-36, S. 17-25.

Petri, Peter A., "Trading with Dynamos: East Asian Interdependence and American Interests", in: *Current History*, December 1994, S. 407-412.

Pillsbury, Michael, *China Debates the Future Security Environment*, Washington, D.C. 2000.

Posen, Barry / Ross, Andrew L., "Competing Visions for U.S. Grand Strategy", in: *International Security*, 21(Winter 1996/97) 3, S.5-53.

Powell, Robert, „Absolute and Relative Gains in international Relations Theory", in: Baldwin, David (ed.), *Neorealism and Neoliberalism – The Contemporary Debate*, New York 1993, S. 209-233.

President Bush, "Toward a New World Order", Address before a joint session of Congress, September 11, 1990, in: *U.S. Department of State Dispatch*, 1 (September 1990) 3, S.91-94.

President Clinton, „Building a New Pacific Community", Address to students and faculty at Waseda University, Tokyo, Japan, July 7, 1993, in: *U.S. Department of State Dispatch*, 4 (July 1993) 28, S. 485-488.

President Clinton, „Fundamentals of Security for A New Pacific Community", Address before the National Assembly of the Republic of Korea, Seoul, South Korea, July 10, 1993, in: *U.S. Department of State Dispatch*, 4 (July 1993) 29, S. 509-512.

Ross, Robert, „Beijing as a Conservative Power", in: *Foreign Affairs*, 76 (1997) 2, S. 33-44.

Ross, Robert S.: "Engagement in US China Policy", in: Johnston, Alastair Iain/Ross, Robert S. (eds.), *Engaging China: the management of an emerging power*, London 1999, S. 176-206.

Ross, Robert, "The 1995-96 Taiwan Strait Confrontation: Coercion, Credibility, and the Use of Force," in: *International Security*, 25 (Fall 2000) 2, S. 87-123.

Roy, Denny, „Tensions in Taiwan Strait“, in: *Survival*, 42 (2000) 1, S. 76-96.

Salameh, Mamdouh G.: „China, Oil and the Risk of Regional Conflict“, in: *Survival*, 37 (1995-96) 4., S. 133-146.

Sanger, David E., "U.S. Message to Vietnam: Freedom Pays," *The New York Times*, August 7, 1995.

Schubert, Gunter, „Abschied von China?- Eine politische Standort- Bestimmung Taiwans nach den Präsidentschaftswahlen im März 2000“, in: *ASIEN*, (April 2001) 79, S. 5-32.

Schubert, Gunter, „Die Taiwanfrage und die nationale Identität Chinas“, in: *Internationale Politische Gesellschaft*, 3 (1998), S. 267-274.

Schwarz, Klaus-Dieter, *Weltmacht USA: Zum Verhältnis von Macht und Strategie nach dem Kalten Krieg*, Baden-Baden 1999.

Schweigler, Gebhard, "America First?". Die öffentliche Meinung und die amerikanische Außenpolitik, in: Matthias Dembinaki/Peter Rudolf/Jürgen Wilzewski (Hrsg.), *Amerikanische Weltpolitik nach dem Ost-West-Konflikt*, Baden- Baden 1994, S.23-67.

Schweller, Randall L., *Managing the Rise of Great Powers. History and Theory*, in: Johnston, Alastair Iain und Ross, Robert S. (eds.), *Engaging China: the management of an emerging power*, New York 1999, S. 1-31.

Shambaugh, David, *Sino-American Strategic Relations: From Partners to Competitors*, in: *Survival*, 42 (Spring 2000) 1, S. 97-115.

Shambaugh, David, "China's Military Views the World: Ambivalent Security", in: *International Security*, 23 (winter 1999/2000) 3, S. 52-79.

Shao, Yu-ming, *Zhong Mei guanxi yanjiu wenji* (Collected research on Sino-American relations), Taipeh 1980, S. 111-116.

Shaw, Yu-Ming, „Modern History of Taiwan: An Interpretative Account,“ in Chiu, Hungdah (ed.), *China and The Taiwan Issue*, New York, 1979, S. 7-36.

Shi, Yukun, "An Analysis of New Interventionism: Interviews with Researchers of the Academy of Military Sciences," in: *Zhong guo junshi kexue*, May 1999.

Shikara, Toshiyuki, "Behind the Redefinition of the Japan-US Security Setup", *Japan Review of International Affairs*, 10 (Autumn 1996) 4, S. 291-313.

Shlapak, David A. / Orletsky, David T. / Wilson, Barry A., *Dire Strait? Military Aspects of the China-Taiwan Confrontation and Options for U.S. Policy*, RAND publications, Santa Monica 2000.

Song, Yimin, „A Discussion of the Division and Grouping of Forces in the World After the End of the Cold War“, in: *International Studies* (China Institute of International Studies, Beijing), 6 (1996) 8, S. 5-17.

Stolper, Thomas E., *China, Taiwan and the Offshore Islands*, Armonk 1985.

Stuart, Douglas T. /Tow, William T, *A US Strategy for the Asia-Pacific*, Adelphi Paper 299, London 1995.

SU Chi and Cheng An-kuo "yigezhongguo, gezibiaoshu"-gongshi de shishi ("One China, Different Interpretations"- A Historical Account of the Consensus of 1992), Taipeh 2002.

Su, Ge, “Zhongmei Gaofenghui yu Zhanlüe Huoban Guanxi” (Sino-American Summits and the Strategic Partnership), in: *Shijie Zhengzhi Yu Jingji (World Politics and Economics)*, August 1998, S. 20–23.

Sutter, Robert G., *East Asia and the Pacific: Challenges for U.S. Policy*, Boulder 1992.

Sutter, Robert, “The Bush Administration and U.S. China Policy Debate—Reasons for Optimism”, in: *Issues & Studies*, 38 (June 2002) 2, S.1-30.

Swaine, Michael D. / Tellis, Ashley J., *Interpreting China’s Grand Strategy: Past, Present, and Future*, RAND Publications MR-1121, Santa Monica 2000.

Swaine, Michael D., “Chinese Decision-Making Regarding Taiwan, 1979–2000,” in David M. Lampton (ed.), *The Making of Chinese Foreign and Security Policy in the Era of Reform, 1978–2000*, Stanford 2001, S. 289-336.

Taipei Speaks Up: Special State-to-State Relationship, Mainland Affairs Council, Taipei, August 1999.

Talbott, Strobe: “Post-Victory Blues”, in: *Foreign Affairs*, 71 (1992) 1, S. 53-69.

The International Institute for Strategic Studies (IISS), *The Military Balance 1996-1997*, London 1996.

The International Institute for Strategic Studies (IISS), *The Military Balance 2000-2001*, London 2000.

Tien, Hung-mao (ed.), *Taiwan’s Electoral Politics and Democratic Transition: Riding the Third Wave*, New York 1996.

Tien, Hung-mao, “Elections and Taiwan’s Development”, in: Tien, Hung-mao (ed.), *Taiwan’s Electoral Politics and Democratic Transition: Riding the Third Wave*, New York 1996, S. 3-26.

Tucker, Nancy B., *Patterns in the Dust: Chinese-American Relations and the Recognition Controversy, 1949-1950*, New York 1983.

Tucker, Nancy B., "If Taiwan Chooses Unification, Should the United States Care?" in: *The Washington Quarterly*, 25 (Summer 2002) 3, S. 15-28.

Tyler, Patrick, *A Great Wall: Six Presidents and China*, New York 1999.

Umbach, Frank, *Konflikt oder Kooperation in Asien-Pazifik? Chinas Einbindung in regionale Sicherheitsstrukturen und die Auswirkungen auf Europa*, München 2002.

Vasquez, John A., "The Realist Paradigm and Degenerative versus Progressive Research Programs: An Appraisal of Neotraditional Research on Waltz's Balancing Proposition," in: *American Political Science Review*, 91 (December 1997), S: 899–912.

Wagener, Martin, "Amerikanische Asien-Pazifik-Politik aus der Sicht des Pentagons-Anmerkungen zum East Asian Strategy Report 1998", in: *Österreichische Militärische Zeitschrift (ÖMZ)*, 3/1999, S.269-280.

Waldron, Arthur, "Eight Steps toward a New China Policy," in: *Orbis*, 41 (Winter 1997) 1, S. 77-82.

Waltz, Kenneth N., *Theory of international Politics*, New York 1979.

Waltz, Kenneth N., „The Emerging Structure of International Politics“, in: *International Security*, 18 (1993) 2, S. 44-79.

Waltz, Kenneth, "Evaluating Theories," in: *American Political Science Review*, 91 (December 1997) 4, S. 913-917.

Wang Jisi, „Die Beziehungen zwischen Amerika und China“, in: Maull, Hans W./Segal, G./Wanandi, J.(Hrsg.), *Europa und Asien-Pazifik*, München 1999, S. 192-202.

Wang, Jincun, “Chong Beiyue Qinlue Nansilafu Zhanzheng Kan Guoji Xingshi de Xin Bianhua”(New Changes in International Situations as Viewed from NATO’s Aggressive War against Yugoslavia), in: *Qian Xian*, July 1999.

Wang, Taiping (Hrsg.), *Deng Xiaoping Waijiao Shixiang Yanjiu Lunwenji* (An Anthology of Papers on Deng Xiaoping’s Thinking on Diplomacy), Beijing 1996.

Wei, Ai, „The Development and Limitations of Taiwan-Mainland Economic and Trade Relations”, in: *Issues & Studies*, 27 (1991) 5, S. 43-60.

Weidenfeld, Werner, “Europa- Weltmacht im Werden”, in: *Internationale Politik*, 5/1995, S. 17-22.

Weston, Charles M., “ Die US-Außenpolitik zwischen Kontinuität und Neubestimmung“, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 17/ 1995.

Wiethoff, Bodo, *Chinas Dritte Grenze: Der traditionelle chinesische Staat und der küstennahe Seeraum*, Wiesbaden 1969.

Wolf, Charles Jr./Bamezai, Anil/Yeh, K. C. /Zycher, Benjamin, *Asian Economic Trends and Their Security Implications*, RAND publications, Santa Monica 2000.

Wu, Hsin-Hsing, „The Political Economy of ROC-PRC Relations”, in: *Issue & Studies*, 31 (1995) 1, S. 51-62.

Wu, Yu-Shan / Lin, Wen-Cheng / Chiang, Shui-Ping: *Deng Xiaoping shenhou dui dalu yu Taiwan de zhendang* (The shocking impact from Deng Xiaoping's death on mainland China and Taiwan), Taipeh 1995.

Wu, Yu-Shan, "Exploring Dual Triangles: The Development of Taipei-Washington-Beijing Relations", in: *Issues & studies*, 32 (Oktober 1996) 10, S.26-52.

Wu, Yu-Shan, „Exploring Dual Triangles: The Development of Taipei-Washington-Beijing Relations”, in: *Issue & Studies*, 32 (1996) 10, S. 26-52.

Wu, Yu-Shan, „The Collapse of the Bipolar System and Mainland China's Foreign Policy”, in: *Issue & Studies*, 29 (1993) 7, S. 1-25.

Wu, Yu-Shan, „The Impact of Cross-Strait Relations on Taiwan's Growth Pattern”, in: *Issues and Studies*, 34 (1995) 2, S.1-19.

Xi Laiwang, Meiguo Guoji Diwei De Lishi Quxiang, Kaifeng 1992.

Yahuda, Michael, "The Foreign Relations of Greater China", in: Shambaugh, David (ed.), *Greater China: The Next Superpower?*, Oxford 1995.

Yahuda, Michael, *The International Politics of the Asia-Pacific, 1945-1995*, New York 1996.

Yahuda, Michael, "The International Standing of the Republic of China on Taiwan", in: *The China Quarterly*, 148 (December 1996), S. 1319-1339.

Yan, Xuetong: "Zhongguo De Zhan Lue Anquan Huanjing"(China's Strategic Security Environment), in: *Shijie Zhishi*, 3 (February 2000), S. 8–9.

Yan, Xuetong, *Zhongguo Guojia Liyi Fengxi (Analysis of China's National Interests)*, Tianjin 1996.

Yen, Sophia, *Taiwan in China's Foreign Relations, 1836-1874*, Hamden 1965.

Yen-Scharpf, Sophia, „Chinas Taiwan-Probleme bis 1949. Die regionale Dimension“, in: Kindermann, von Gottfried-Karl (Hrsg.), *Chinas unbeendeter Bürgerkrieg. Im Spannungsfeld Peking-Taiwan-USA 1949-1980*, Wien/München 1980, S. 93-105.

Yen, Tzung-Ta, „Taiwan Investment in Mainland China and Its Impact on Taiwan's Industries“, in: *Issues & Studies*, 27 (1991) 5, S. 10-42.

Zhao, Suisheng (ed.), *Across the Taiwan Strait: Mainland China, Taiwan, and the United States*, New York 1999.

Dokumente

Address by the President to 48th Session of the United Nations General Assembly: The White House, Office of the Press Secretary, 27. 9. 1993.

A National Security of Engagement and Enlargement, The White House, Washington, D.C., July 1994.

A National Security of Engagement and Enlargement, The White House, Washington, D.C., February 1996.

A National Security strategy for a New Century, The White House, Washington, D.C., May 1997.

Annual Report on the Military Power of the People's Republic of China, The U.S. Department of Defense, Washington, D.C., July 2002.

A Strategic Framework for the Asia-Pacific Rim: Looking Toward the 21st Century, U.S. Department of Defense, Washington, D.C. 1990.

A Strategic Framework for the Asia-Pacific Rim: A report to Congress, U.S. Department of Defense, Washington, D.C. 1992.

China's National Defense in 2000, The Information Office of China's State Council, Beijing 2000.

Foreign Relations of the United States, 1950, vol. 6, Washington, D.C.: US Government Printing Office, 1976.

Foreign Relations of the United States, 1949, vol. 8, Washington, D.C.: US Government Printing Office, 1978.

The Guidelines for U.S.-Japan Defense Cooperation, U.S. Department of Defense, Washington, D.C., 23.09.1997.

The One-China Principle and the Taiwan Issue, Beijing Xinhua, Februar 2000.

The United States Security Strategy for the East Asia-Pacific Region, U.S. Department of Defense, Washington, D.C. 1995

The United States Security Strategy for the East Asia-Pacific Region 1998, U.S. Department of Defense, Washington, D.C. 1998.

U.S. Defense Secretary's Report on the Pattern of Military Modernization in China, Annual Report to Congress on the Military Power of the People's Republic of China, Washington, D.C., June 2000.

The Department of State Bulletin, Vol. XXII, No. 551, 23 January 1950.

United States Security Strategy for the East Asia -Pacific Region, U.S. Department of Defense, Washington, D.C., Februar 1995.

Zeitungsartikel

“Baker supports US policy of strategic ambiguity on Taiwan”, The Straits Times, 19 April 1996.

“China Accuses US of Escalating”, New York Times, 11 March 1996.

“Taiwan’s Change of Power is Met by a Moderate Response from Beijing”, New York Times, May 21, 2000.

“Trend Emerging on Chen’s Statements,” Straits Times, June 21, 2000.

“US Senior Official: Cross-Strait Consensus Exists”, China Times, Taipeh, November 21, 2001

Nye, Joseph S., “A Taiwan Deal,” Washington Post, March 8, 1998, S. C7.

Pomfret, John, “China’s Military Takes a Hard Look at U.S.”, International Herald Tribune, November 16, 2000.

Sanger, David E., “U.S. Message to Vietnam: Freedom Pays”, The New York Times, August 7, 1995.

Struck, Doug / Chandrasekaran, Rajiv, “Nations across Asia Keep Watch on China”, Washington Post, October 17, 1993, S. A28

Zheng, Yuan: „, Liji Zhuyi, Badao Xintai“ (Der Egoismus und die anmaßende Haltung), *Renmin Ribao* (People’s Daily), 7 July 2000.

„Zhongge Beijing Xuanyan“(Die Beijing-Erklärung von China und Russland), *Renmin Ribao* (People’s Daily), 19 July 2000.

Eidesstattliche Versicherung

Hiermit erkläre ich, dass die Dissertation auf der Grundlage der angegebenen Hilfsmittel und Hilfen selbstständig angefertigt worden ist.

Yuh-Feng Lee